september

9/76 - DM 3,50

C4143 EX

konkret

Wahl-Spezial 8 Seiten mehr

Wer wählt was:

Walter Jens
Axel Eggebrecht
Norbert Blüm
Karl-Heinz Hansen
Hermann Gautier
Heidi Wieczorek-Zeul
Wolfgang Harich
Gerhard Weber

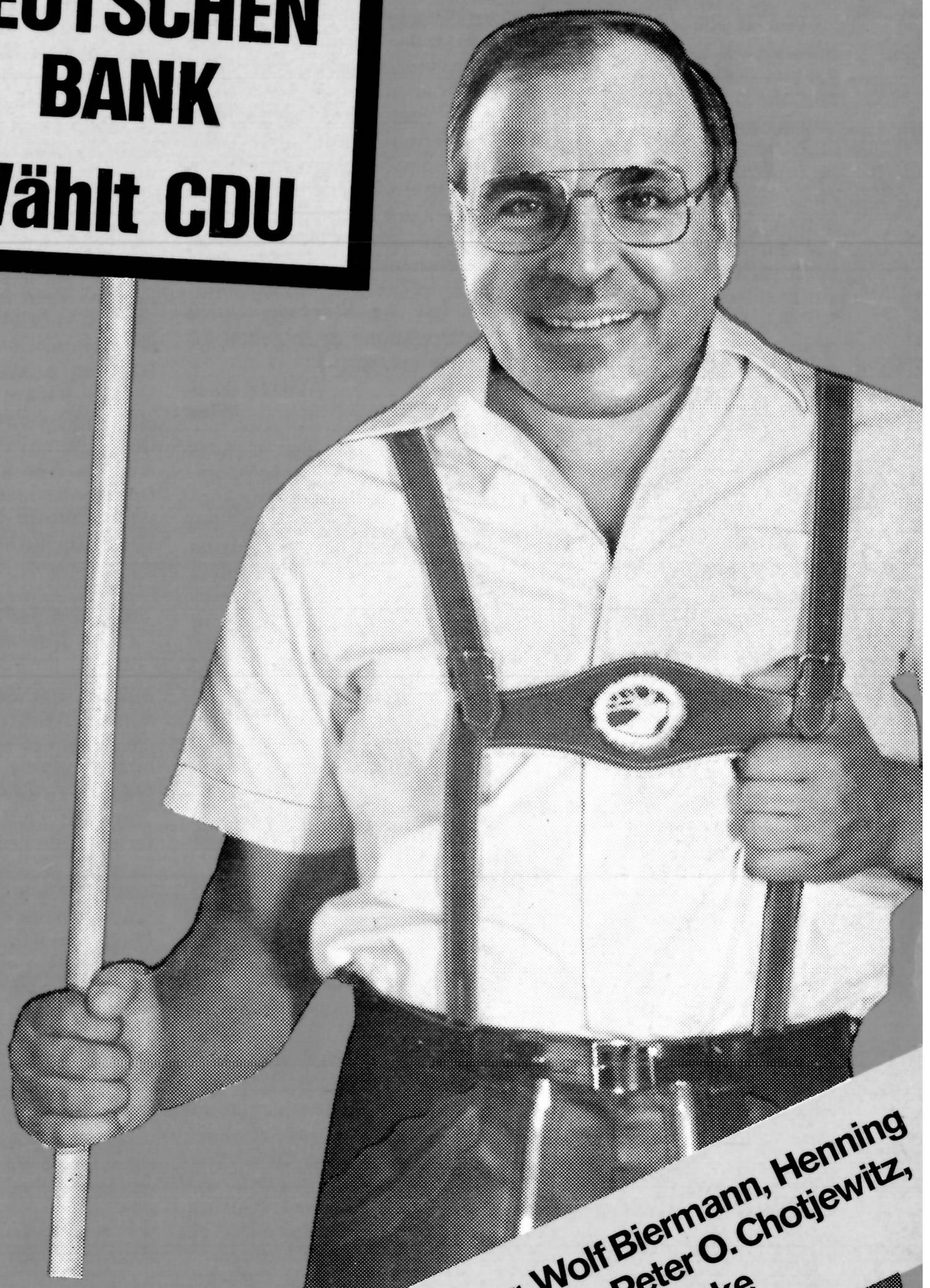
Der Fall Meinhof: Fakten zum Vorwurf Mord

Heinrich Böll: Das große Menschenfressen

Titelentwurf: Klaus Staeck

Aus Liebe zur DEUTSCHEN BANK Wählt CDU

Italien Lire 1200
Holland hfl 4.25
Schweiz sfr 3.80
Österreich S 28,–



Alice Schwarzer, Wolf Biermann, Henning Venske, Uwe Timm, Peter O. Chotjewitz, Rudi Dutschke

briefe an konkret

Hicks oder Hygs

Betrifft Reich-Ranicki/Held/Walden (KONKRET 6 + 7/76)

Unter Hygiene versteht jeder, außer einigen Böswilligen, daß man sich hinterher die Hände wäscht. Zum Beispiel nach der Lektüre von Springer-Zeitungen.

Wilhelm Grünberg, Berlin

Geben Sie doch zu: Sie haben eine Dummheit gemacht. Geben Sie doch zu, daß das Wort „Hygiene" im politisch-literarischen Zusammenhang heute nicht mehr zu gebrauchen ist. Es sind ja nicht die Reaktionen der Held und Walden, es sind ja nicht die Sudeleien, die so bezeichnend sich als eine Art Antifaschismus gewanden. Hier geht es doch um eine Dummheit, die in einem nicht so ganz unwichtigen linken Blatt geschrieben worden ist. Und die besteht darin, daß „Hygiene" einen furchtbaren Nebensinn hat, der in der deutschen Sprache für einige Generationen nicht mehr wegzubringen ist – dafür ist zu viel Rauch durch die Schornsteine von Auschwitz gegangen. Warum nicht die konkrete Wahrheit ausgesprochen: Wenn die Schweinerei sich wiederholt, werden diese und jene Antworten gegeben. Oder können keine gegeben werden, ist der Anspruch auf sudelfreie Kritik nicht durchzusetzen? Hat da einer laut im dunklen Wald gepfiffen?

Albert Weber, Lützellinden

Gremliza schreibt: „Uns unterscheidet von Kraus und Tucholsky, daß sie ihrem Bürgertum nicht entkamen, daß deshalb, zum Beispiel, ihre literarischen Drohungen mit nicht literarischen Mitteln im bürgerlichen Komment steckenblieben. Ein Sozialist droht anders, politisch. Er droht damit, eine Mobilisierung linker Autoren zu erwägen." Warum wird aber auf diese Mobilisierung verzichtet? Worauf warten die Herren noch? Ich meine, daß „wir" uns erst von Kraus und Tucholsky unterscheiden würden, wenn wir nicht angeberisch drohen, sondern sozialistisch handeln würden.

Heartleap, Opfikon

Phallerie, Phallera

Jenny Liebreich berichtete Autobiographisches vom Strich (KONKRET 7/76)

An die Phallokraten von KONKRET: Jenny Liebreich irrt. Prostitution ist für uns keine frei zu wählende Alternative, sondern *die* Alternative, die sich uns heute bietet für unsere materielle Sicherheit und soziale Anerkennung. In einer Männergesellschaft, die uns das Recht auf Arbeit, Karriere, freie Persönlichkeitsentwicklung verweigert, gehört die Vorstellung der sich verkaufenden Frau – sei es an einen, in der Ehe, sei es an viele, auf dem Strich – zu den Grundstrukturen.

Monica Ramers, Hannover

Ich kann beim besten Willen nicht sehen, wo bei den Aktivitäten der Autorin die Emanzipation sein soll. Gut, sie rächt sich an der Männerwelt, indem sie Männer ausnimmt. Dadurch, so glaubt sie, ist sie nicht mehr zum Objekt degradiert. Der Irrtum besteht aber darin, daß es den Männern ja nicht um die Seele sondern nur um den Körper der Frau geht. Sie enthält ihnen also etwas vor, was sie ohnehin nicht wollen. Sie unterdrückt ihre Bedürfnisse, um der Enttäuschung durch Nichterfüllung zu entgehen. Ist das Emanzipation?

Andrea Distl, Wien

Bedrückend ist, daß sie das „Protokoll" nicht nur in Boulevard-Manier anpreisen, sondern den Rest verbraten, daß man sich bald über die Identität des Autors klar ist. Da genügt es schon, wenn einer einsam vor sich hin tippt, ratet, wie das wohl so auf dem Strich ist und schließlich einen positiv abenteuerlichen Kehrreim findet. Nur die Nutten und die abhängigen Stenotypistinnen werden sich darüber nicht amüsieren können.

Roland Wittek, St. Ilgen

Emden gut, alles gut

Der Arbeitslosen-Report aus Ostfriesland (6/76) ist dort angekommen

Der Artikel von Gisela Weimann über die Arbeitslosigkeit in Ostfriesland – In Aurich is traurich – ist der primitivste und miserabelste Bericht, den ich über obiges Thema gelesen habe. Die Verfasserin zeichnet sich – soweit es die Arbeitsverwaltung betrifft – durch unsachliche Kritik und Naivität aus und schreibt daher zum Teil unverantwortlichen Unfug.

Hans Glienke, Leiter der Arbeitsvermittlung im Arbeitsamt Emden

Atom-Werbung

KONKRET - Berichterstattung über Kernkraftwerke und Anzeigen des Forschungsministeriums in KONKRET

Ihr tretet euch in den eigenen Hintern, wenn ihr zum Thema Kernkraftwerke einen wirklich guten Artikel bringt („200mal Nagasaki") und dann die verlogene Kernkraftreklame des Matthöferministeriums druckt.

Bernd Kappel, Zankenhausen

In der Anzeige tut Matthöfer so, als betrachte er die Bürgerinitiativen als „belebendes Element in der notwendigen öffentlichen Diskussion". Aber hätten es die Energiekonzerne und die von ihnen abhängigen Bundestagsparteien für nötig befunden, sich mit den Bürgern an einen Tisch zu setzen, wenn nicht in Wyhl gezeigt worden wäre, daß ihre Selbstherrlichkeit von den Bürgern ganz schön angekratzt werden kann? Jetzt sollen die Bürgerinitiativen in langwierigen Diskussionen mit dem Forschungsministerium verwickelt und von ihrer eigentlichen Arbeit, den Bau von Atomkraftwerken im aktiven Kampf zu verhindern, abgelenkt werden. Die sieben Bürgerinitiativen gegen die Atomkraftwerke bei Hamm werden sich nicht durch noch so schöne Worte des Herrn Matthöfer von ihrem Kampf abhalten lassen.

Horst Blume, Mitglied der Bürgerinitiative Umweltschutz, Hamm

Als ich mir die Juli-Ausgabe von KONKRET kaufte, freute ich mich, ein neues Heft einer bisher guten Zeitschrift in Händen zu haben. Doch als ich von Seite 3 auf Seite 4 umblätterte, durchfährt mich ein Schreck: Ich erblicke das strahlende Gesicht „unseres" Forschungsministers Matthöfer. Und eine Anzeige, die für die Kernenergie wirbt. Ein Schlag ins Gesicht jedes Umweltschützers!

Uwe Wehrle, Freiburg

Biederkripo

Günter Wallraffs Büro brannte aus. Beim Forschen nach Brandstiftung ließ die Polizei sich Zeit. Normalerweise verfährt sie nämlich so:

Ich war lange Jahre Lokalredakteur in Nordenham. In meinem Beritt gab es zahlreiche strohgedeckte und überdies sehr alte Häuser. So habe ich ziemlich viele Feuer erlebt. Jedesmal, wenn ich an einer Brandstelle auftauchte, durfte ich dort den Sachverständigen für Brände der Nordenhamer Kriminalpolizei begrüßen, der stets zusammen mit der Feuerwehr eintraf. Der Beamte war dann sogleich damit beschäftigt, in den noch rauchenden Trümmern den Brandherd zu suchen.

Klaus Dede, Oldenburg

Desto trotz

In KONKRET 8/76 begann die Autoren Diskussion zum Thema: „Trotz allem nochmal SPD?"

Ein Wallraff hat's gut – er kann seinen Unmut publik machen und wählt schließlich SPD. Was aber bleibt den vielen Leuten übrig, die ihre Wut nicht publik machen können? Einfach wählen erscheint mir fast so billig wie einfach nicht wählen. Kann so etwas wie ich eigentlich noch Mitglied der SPD werden?

Peter Brambring, Köln

„Ihre Sorgen – meine Sache" erklärt die Hamburger CDU-Kandidatin auf Wahlplakaten. Demnach ist „Freiheit statt Sozialismus" gar kein Ideologieversprechen, sondern der Code einer Strategie: Die CDU nimmt sich die Freiheit, sogar individuelle Sorgen zu sozialisieren. Man erhalte mir meine kleinen Sorgen und befreie mich von der Sache CDU.

Dieter Niedenführ, Hamburg

Jene wohlgesonnenen Stellungnahmen der KONKRET-Autoren können jeden demokratischen Bürger das Kotzen kriegen lassen. Arroganz und Hohlköpfigkeit spiegeln sich in den Ansichten jener Typen, denen es anscheinend bisher immer noch gelungen ist, Lükken im Paragraphendickicht zu entdecken. Die Ansichten sind der blanke Zynismus gegenüber hunderttausenden von überprüften Demokraten. Welche Hirngespinste, welche unreflektierte Solidatät bringen die Autoren dazu, nochmal für die alte Hure SPD zu votieren?

Renate Konicz, Hannover

Konsequent sind meiner Ansicht nach nur Fuchs und Abendroth. Denn man kann es drehen und wenden wie man will: Der durch die SPD ge-

Große Reichenstraße 25/27
2000 Hamburg 11

hende Rechtstrend, der Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten läßt sich nur stoppen, wenn sich links von der SPD ein paar Prozent Stimmen ansiedeln. Das heißt für jeden Linken in der BRD: Er muß diesmal, trotz aller Vorbehalte, die DKP wählen.

Jürgen Canehl,
Göttingen

Wolfgang Abendroth und Gerd Fuchs schrieben, sie würden DKP wählen – wegen der Berufsverbote in der BRD. Die Herren sollten sich mal informieren, wieviel Berufsverbote und Schlimmeres es in der DDR und der UdSSR gibt. Deshalb: SPD wählen!

Johann Helves,
Herne

Wenn einer DKP wählt, ist mir das angenehm. Wenn einer SPD wählt, kann ich das akzeptieren. Wenn aber ein bislang ernst zu nehmender Mann wie Henning Venske in einem pseudo-literarischen Erguß zu dem Ergebnis kommt, am besten gar nicht zu wählen – dann ist mir das schlicht „zu hoch". Ist KONKRET wirklich so wirkungslos, daß es nicht mal die eigenen Mitarbeiter zur Einsicht bringt, auf jeden Fall zu wählen?

Robert Weißenberger,
Klettau

Idi – viduen

Carl L. Guggomos kommentierte die israelische Militäraktion von Entebbe (8/76)

Was Guggomos in seinem Artikel über den Einsatz Israels zur Befreiung seiner Geiseln zusammenkochte, übersteigt das Maß alles bisher dagewesenen. Als Schulsprecherkollektiv einer berufsbildenden Schule mit mehr als 1200 Schülern hatten wir bis jetzt auch immer KONKRET im SV-Raum ausliegen. Ob das auch weiterhin der Fall sein wird, hängt nicht zuletzt davon ab, wie lange solche Individuen wie Guggomos noch in KONKRET zu Wort kommen werden.

Klaus Saalfeld
Schulsprecher
Staatl. Handelsschule, Hamb.

Der Genosse Guggomos bestätigt wieder einmal, daß man besonders dann Gefahr läuft, gehässig und unsachlich zu werden, wenn man seiner Sache als anständiger Mensch nicht ganz sicher ist. Die afrikanischen Soldaten „verteidigten" nicht „ihre Heimat", sondern verhinderten in befohlener Zusammenarbeit mit den Geiselnehmern die sonst mögliche Befreiung der Geiseln. Idi Amin ist nicht durch die westliche Presse herunterstilisiert worden, sondern er ist ein vermutlich paranoider Maulheld und Massenmörder.

Alfred Moos,
Ulm

Der Artikel von Guggomos vereinigt Unterstellungen, Verdrehungen und Unwahrheiten in einer Weise, die jeder Vernunft und jeder Sachkenntnis bitteren Hohn spricht. Guggomos betreibt schlicht Hetze. Ich erwarte von einer – ansonsten hervorragenden – Zeitschrift wie KONKRET mehr als einen derart demagogischen und niederträchtigen Artikel.

Roland Hammer,
Helmstedt

Der Artikel hat mich ganz schön geschockt: Die Gleichsetzung Castros, Netos, Berlinguers mit Ugandas Idi Amin – wer sich über das israelische Kommandounternehmen erleichtert gezeigt hat, muß noch längst nicht Attentaten auf diese Männer zujubeln.

Elisabeth Welter,
Seligenstadt

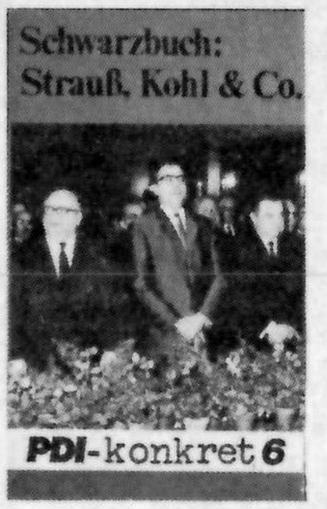
Guggomos' Artikel war der einzige mir zugängliche in der überregionalen Presse, der sich wohltuend vom Unisono-Jubelgeschrei unserer Informationsmedien abhob. Es ist erschreckend, wie die Informationstätigkeit der sog. freien Medien bei der Berichterstattung über eine Reihe von Themen einen Grad an Parteilichkeit erreicht hat, der nur noch mit dem der von diesen Meinungsmachern verhöhnten DDR-Presse vergleichbar ist. Was würden unsere Freie-Welt-Humanisten wohl sagen, wenn ein sozialistischer Staat ein Kommandounternehmen gegen ein KZ in Chile oder Brasilien starten würde.

Rainer Gerbeth,
Braunschweig

Der Gesamtauflage liegen Prospekte der Deutschen Volkszeitung bei.

---

konkret intern



Unter großer Geheimhaltung arbeiteten Autor und Verlag seit Monaten, jetzt ist es da: Bernt Engelmanns neues „Schwarzbuch Kohl/Strauß" erschien gleichzeitig bei Kiepenheuer und als Band 6 der Reihe „PDI-KONKRET". Auch wer es ahnte oder „schon immer" wußte, wie tief im braunen Sumpf unsere schwarzen Riesen stecken, wird bei der Lektüre hier und da zusammenzucken. Wir haben einige der schönsten Verbindungslinien aus Engelmanns Buch nachgezogen (Seiten 30/31). Es ist ein Stück politische Landkarte geworden. Sie reizt – nicht zum Hinfahren, zum Abhauen.

KONKRET wird fern von Hamburg gedruckt. Übermittlungsfehler sind die unerqickliche Folge. Einer davon: In KONKRET 8/76 war der Beitrag von Heinrich Böll „Der Freiheit eine Gosse" mit viel zu starkem Grauton unterlegt. Darunter litt die Lesbarkeit. Wir bitten um Entschuldigung.

Da wir gerade bei Pannen sind: Erfolgreichen Abo-Werbern hatten wir im Mai und Juni Bücher ausgesetzt. Inzwischen sind alle Buchprämien von den Verlagen direkt versandt worden. Leider ohne Begleitschreiben. Wer die Sendung bekommen hat, möge bitte nicht reklamieren. Die Bücher sind bezahlt, von KONKRET, wie versprochen.

Dieses KONKRET ist acht Seiten dicker als bislang üblich. Wir geben damit an die KONKRET-Leser weiter, was KONKRET-Käufer und -Abonnenten in den letzten Monaten für KONKRET getan haben. Doch auch auf 60 Seiten kriegen wir bei weitem nicht alles unter, was wir für wichtig halten. Diesmal mußten sogar die Service-Seiten zum Berufsverbot ausfallen. Das Thema fehlt dennoch nicht. Und im Oktober setzen wir die Serie fort (vielleicht dann schon unter verschärften Bedingungen, Herr Dregger?).

Letzte Meldung: Der Coupon da unten wird nicht gedruckt, weil uns hier oben der Stoff ausgegangen ist.

Coupon

Einsenden an: Deutscher Presse Vertrieb, Wendenstraße 27–29, 2000 Hamburg 1

Zustelladresse (Bitte in Blockschrift ausfüllen)
Herr/Frau/Firma
Vor- und Zuname: _____

Straße: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Rechnungsadresse (wenn nicht identisch mit der Zustelladresse) Herr/Frau/Firma

Vor- und Zuname: _____

Straße: _____

Postleitzahl/Ort: _____

Das Jahresabonnement KONKRET gibt es für 42,– DM incl. MwSt. frei Haus. (Nur BRD und West-Berlin.)

Datum _____ Unterschrift _____

Bücher zur Wahl

Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie

In der Reihe „Theorie und Praxis der deutschen Sozialdemokratie" erscheinen aktuelle Texte zur Politik des demokratischen Sozialismus. Die meisten Verfasser haben sich nicht nur theoretisch, sondern in der politischen Praxis mit ihrem Thema befaßt. Auch wo es – wie z. B. bei den Bernstein-Texten – um die ideologischen Grundlagen sozialdemokratischer Politik geht, bleibt der Bezug zu aktuellen Diskussionen gewahrt.

Eduard Bernstein: Texte zum Revisionismus. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Horst Heimann. Ca. 120 S. 8,– DM

Heimann verteidigt mit seiner Textauswahl und seiner Einleitung Bernstein gegen seine „rechten" Freunde ebenso wie gegen seine „linken" Feinde. Für ihn ist Bernstein der geistige Vater der Doppelstrategie; denn er habe, so Heimann, mit seiner Revision der Revolutionstheorie nicht das Ziel des Sozialismus aufgegeben, sondern eine Strategie entwikkelt, mit der der demokratische Sozialismus durch konsequente Reformpolitik verwirklicht werden könne.

Kleine Geschichte der SPD. Band 1 – Heinrich Potthoff: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945.

Band 2 – Susanne Miller: Die SPD vor und nach Godesberg. 229 bzw. 170 S. Je Bd. 8,– DM

An
Verlag
Neue Gesellschaft GmbH
Kölner Straße 143
5300 Bonn-
Bad Godesberg

Senden Sie mir weitere Informationen über Ihr Verlagsprogramm.

Absender:

.....

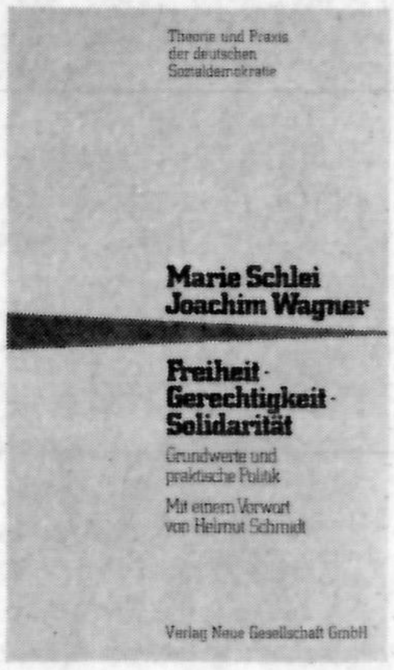
.....

.....

.....

Marie Schlei/Joachim Wagner: Freiheit – Gerechtigkeit – Solidarität. Grundwerte und praktische Politik. Mit einem Vorwort von Helmut Schmidt. Ca. 165 S. 12,– DM

Die Verfasser messen die Politik der Sozialdemokraten in der sozialliberalen Koalition, ihre Absichten, ihre Erfolge, aber auch ihre Rückschläge mit dem Maßstab der Grundwerte, wie sie im Godesberger Grundsatzprogramm der SPD niedergelegt sind. Sie beweisen, daß Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität Prinzipien politischen Handelns gewesen sind, Leitlinien für konkrete Reformen. Das Buch ist um so aktueller, als Gegner der Sozialdemokratie versuchen, den Grundwert Freiheit für sich zu monopolisieren.

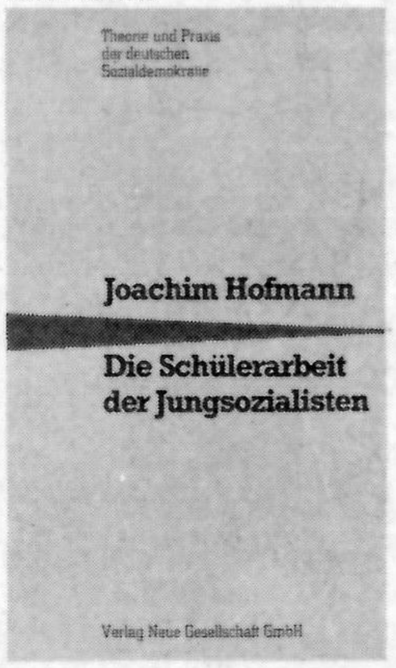


Helmut Schmidt: Kontinuität und Konzentration. 2. erw. Auflage. Ca. 300 S. 12,– DM

Die Neuauflage der Reden und Schriften Helmut Schmidts enthält zahlreiche Texte, die allenfalls parteiintern bekannt geworden sind. Mehrere dieser Texte behandeln das augenblicklich so aktuelle Thema Grundwerte. Schmidt geht verschiedentlich in Bundestagsreden auf den Zusammenhang zwischen diesen Grundwerten sozialdemokratischer Politik und der konkreten Reformpolitik in der sozialliberalen Koalition ein.

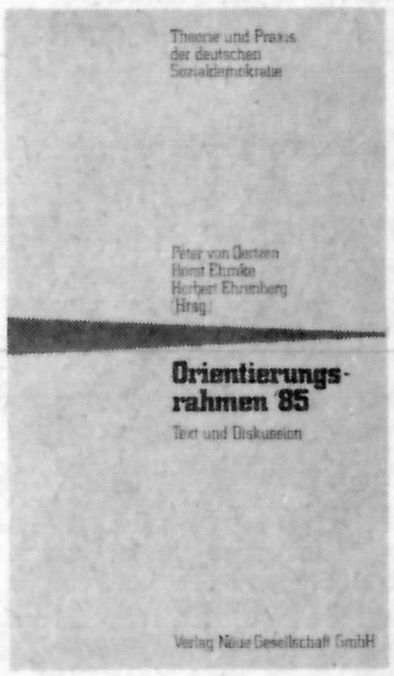
Joachim Hofmann: Die Schülerarbeit der Jungsozialisten. 134 S. 8,– DM

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen (rechtliche Beschränkungen, Leistungsdruck an den Schulen, Radikalenerlaß), trotz des Geredes von der „konservativen Tendenzwende der Jugend" hat progressive politische Arbeit mit Schülern eine Chance, wenn sie sich an den konkreten Interessen dieser Jugendlichen orientiert. Das legt Hofmann, Schülerreferent beim Bundesvorstand der Jusos in dieser Arbeit dar. Er zieht eine Bilanz der bisherigen Entwicklung der Juso-Schülerarbeit. Besonders eingehend beschäftigt er sich mit der Juso-Schülerpresse, die inzwischen etwa 500 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 1,3 Millionen umfaßt und bei der Hofmann ein Verhältnis kritischer Solidarität zur SPD feststellen kann.



Peter von Oertzen/HorstEhmke/Herbert Ehrenberg (Hrsg.): Orientierungsrahmen '85. Text und Diskussion. 441 S. 16,– DM

Eine Dokumentation über die Verabschiedung des „Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975–1985" auf dem Mannheimer Parteitag der SPD: Vollständig abgedruckt werden neben dem verabschiedeten Text die Diskussionen und Abstimmungen in den Arbeitsgemeinschaften und im Plenum sowie alle Anträge zu diesem Thema, die in der Parteitagsdiskussion aufgegriffen wurden. Sachregister und Rednerverzeichnis erleichtern die Benutzung. Hier ist nachzulesen, was die SPD wirklich will.



Thilo Sarrazin (Hrsg.): Investitionslenkung. „Spielwiese" oder „vorausschauende Industriepolitik?" 261 S. 16,– DM

Investitionslenkung ist zum Reizwort geworden, hinter dem sich nichts anderes verbirgt als eine wirtschaftspolitische Grundsatzdiskussion. In diesem Reader kommen Vertreter der gegensätzlichen Strömungen in dieser Diskussion mit ihren wichtigsten Beiträgen zu Wort. Z. B.: Karl Georg Zinn, Horst Hinz, Werner Meißner, Ulrich Steger, Gerhard Finking, Manfred Krüper, Rudolf Henschel, Albert Schunk, Herbert Ehrenberg, Hans Apel, Thilo Sarrazin, Reinhard Graeff und Peter Conradi. Die Texte sollen zur Versachlichung einer Diskussion beitragen, in der von beiden Seiten gerade im Wahlkampf an Emotionen appelliert und mit der Planwirtschaft östlichen Musters gedroht wird.

Horst Heidermann (Hrsg.): Wirtschaftsstruktur und Beschäftigung. Ca. 250 S. Ca. 16,– DM

Angesichts der Folgen des weltweiten Strukturwandels für die Wirtschaft der Bundesrepublik – etwa eine Million Arbeitslose – liegt die Aktualität neuer Beiträge der Forschung zu diesem Thema auf der Hand. Außer einer strukturpolitischen Analyse von Dieter Schröder (Prognos) sind die Beiträge aus der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Arbeit des Forschungsinstituts der Friedrich--Ebert-Stiftung hervorgegangen. Zu den Themen gehören: Arbeitsmarktpolitik in der EG, Probleme von Frauen und Ausländern auf dem Arbeitsmarkt, Humanisierung der Arbeitswelt, Berufsausbildung. Ein Buch nicht nur für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, sondern für jeden Gewerkschafter.

Weitere aktuelle Titel:

Udo F. Löwke: Die SPD und die Wehrfrage 1949 bis 1955. Ca. 220 S. Ca. 16,– DM

Guntram von Schenck: Das Hochschulrahmengesetz. Ca. 160 S. Ca. 12,– DM

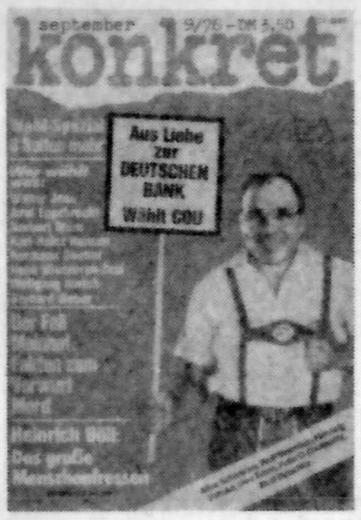
Rainer Frey: Kommunale Demokratie. Beiträge für die Praxis der kommunalen Selbstverwaltung. 304 S. 16,– DM

Friedel Läpple: Profit durch Krankheit. Das Gesundheitswesen aus Arbeitnehmersicht. 262 S. 12,– DM

Willy Brandt: Die Partei der Freiheit. Reden über August Bebel, Friedrich Engels, Karl Marx und Otto Wels. 69 S. 8,– DM

Horst Ehmke: Die Fristenregelung und das Grundgesetz. 88 S. 8,– DM

Herbert Ehrenberg/Peter Streichan (Hrsg.): Dokumente zur Vermögenspolitik. 128 S. 8,– DM



Monatszeitschrift für Politik und Kultur – Hamburg, 26. August 1976 – Heft 9/76

Herausgeber: Hermann L. Gremliza

Redaktion: Hermann L. Gremliza (verantwortlich für Politik), Ingrid Krüger (verantwortlich für Kultur), Hartmut Schulze. Layout: Georg v. Kieseritzky

KONKRET-Autoren: Wolfgang Abendroth · Wolf Biermann · Norbert Blüm · Walter Boehlich · Heinrich Böll · Martin Buchholz · Peter O. Chotjewitz Franz Josef Degenhardt · F. C. Delius · Rudi Dutschke · Bernt Engelmann · Hans Magnus Enzensberger · Hubert Fichte · Erich Fried · Gerhard Fuchs Max von der Grün · Peter Hamm · Günter Herburger · Alexander von Hoffmann · Jörg Huffschmid Walter Jens · Yaak Karsunke · Franz Xaver Kroetz Hans Matthöfer · Günter Nenning · Peggy Parnass Hermann P. Piwitt · Peter Schneider · Klaus Staeck Alice Schwarzer · Horst Tomayer · Henning Venske Günter Wallraff · Martin Walser · Peter Paul Zahl

Inhalt

Ulrike Meinhof hat Selbstmord begangen. Das ist amtlich. Aber es ist höchstwahrscheinlich falsch. KONKRET verschaffte sich Einblick in die widerspruchsvollen Akten von Staatsanwaltschaft, Anwälten und Medizinern und liefert

Indizien und Fakten zum Vorwurf: Mord 7

Ganze Schulungsjahrgänge in Sachen „Stamokap" kann sich ersparen, wer nur ein bisserl Aufmerksamkeit für die Selbstzeugnisse von Konzern-Bossen verwendet: KONKRET dokumentiert ein internes Siemens-Papier und einen Marschbefehl des Ober-Bankers Poullain:

„Wir müssen angreifen" 32

Zehn bis fünfzehn Millionen Kinder verhungern jedes Jahr – „Bilanz eines totalen Bankrottes", so Heinrich Böll in seinem KONKRET-Essay. Er sieht die Ursache der Konflikte in der Welt im Hunger in der Welt und erläutert seine These am Beispiel Irland.

Heinrich Böll: Das große Menschenfressen 34

Rudi Dutschke, der das Bloch-Wort vom aufrechten Gang zum Motto der Studentenbewegung der 60er Jahre machte, beschreibt und lobt Christian Ziewers gleichnamigen Film. Er fragt aber auch skeptisch:

Ist der aufrichtige Gang schon der aufrechte Gang? 54

Im Anschluß an das Interview mit Irmtraud Morgner im letzten KONKRET („Der erste große Schritt für die Frauenbefreiung ist die sozialistische Revolution"), stellt jetzt Alice Schwarzer die Trobadora Beatriz vor, die Heldin aus Irmtraud Morgners großem Roman zur Frauenfrage:

Auch Genossen sind nicht automatisch Brüder 57

Wahl-Spezial:
Axel Eggebrecht, Peter O. Chotjewitz, Walter Jens, Carl L. Guggomos und Wolfgang Harich antworten auf die Frage „Nochmal SPD?" (S. 10). CDU-MdB Blüm und SPD-MdB Hansen liefern sich ein Streitgespräch (S. 13). Interviews mit Gerhard Weber von der FDP (S. 19), mit Heidi Wieczorek-Zeul von den Jusos (S. 20) und Hermann Gautier von der DKP (S. 22) 10–24

KONKRET-Magazin 25

Wo die Weißen schwarz sehen
Uwe Timm berichtet aus Namibia 36

Schmidts Uhren gehen nach
Interview mit dem französischen Sozialisten-Führer Pierre Mauroy 39

Ab 12.40 h wird vergiftet
Max Jäggi über den italienischen Giftgas-Skandal 40

Leichen beleben das Blatt
Ein ehemaliger Boulevard-Journalist hat angefangen nachzudenken 42

Blutsbrüder
Kielmannsegg über Westmoreland, H.R. Minow über beide 44

Langweilig aber wichtig
Jörg Huffschmid stellt neue wissenschaftliche Literatur vor 46

Das Ungeheuerliche ist kein Thema
von Peggy Parnass

Der Umweg über die Hauptstraße
Wolf Biermann über Kipphardts „März" 49

Schizophrenie und Taktarbeit
Interview mit Heinar Kipphardt 50

Wem gehört der Funk?
KONKRET-Dokument über NDR-Zensur 51

„?" „!!!!!!!!!!!!!!" „–"
Henning Venskes erster und letzter Versuch, eine Plattenkolumne zu schreiben 52

Ernest Bornemann über Horst E. Richters „Flüchten oder Standhalten" 56

Neuer Konkret Verlag GmbH, Große Reichenstraße 25/27, 2000 Hamburg 11 · Telefon (040) 32 55 22/33 56 96 · Verlagsleiter: Manfred Schachtschneider · Anzeigenleitung (Verantwortlich für Anzeigen): Ulrich Alberti · Jahresabbonnement DM 42,– frei Haus incl. Mehrwertsteuer, im Ausland zusätzlich Porto, Abonnement-Bestellung bitte an: Deutscher Presse Vertrieb, Wendenstraße 27–29, Postfach 10 16 06, 2000 Hamburg 1

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 20 vom 1. 12. 1974 · Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg, Konto-Nr. 11 806 256 · Postscheckkonto Hamburg, Konto-Nr. 3840 30-202 · Druck: Druckerei Erwin Jungfer, Herzberg am Harz · Satz: Studio für Textverarbeitung, Ellerneck 73, 2000 Hamburg 73 · Vertrieb: IPV Inland Presse Vertrieb GmbH, Wendenstr. 27–29, 2000 Hamburg 1

Hermann L. Gremliza

Schmidt wählen?

Eine Wahlkabine ist kein Beichtstuhl. Am 3. Oktober wird kein Bekenntnis verlangt und kein Gelübde, nur eine Antwort auf die Frage: Soll die nächste Bundesregierung von der CSU oder von der SPD geführt werden? Wer nicht SPD oder FDP wählt, entscheidet sich für eine Regierung Strauß/Kohl. Das ist keine Frage des Glaubens, sondern Mathematik. Intellektuelle oder moralische Verrenkungen ändern daran nichts. Was nicht heißt, daß vor dieser Alternative alles politische Denken stillzustehen hat.

Man darf immerhin für möglich halten, daß ein CDU-Wirtschaftsrat erwägt, um des Osthandels und des lieben Betriebsfriedens willen die Chancen seines Vorsitzenden Kohl zu schmälern. Und wenn man das für möglich hält, lohnt es sich schon zu fragen, ob in einem rechten Regiment nicht auch linke Chancen stekken können?

Für Gewerkschafter zum Beispiel, die ihre Organisation an der Verfilzung mit einer regierenden SPD ersticken sehen. Für linke Sozialdemokraten, die sich von einer Abrechnung mit dem Wahlverlierer Schmidt und dessen Kanalarbeitern einen Kräftezuwachs in der Partei erhoffen. Für parteilose Sozialisten, die daran denken, links von der SPD und zusammen mit deren frustrierten Flügelmännern eine neue Partei aufzumachen. Für Kommunisten, die dem unentwegten „Noch einmal SPD – sonst kommt Strauß" die Schuld an ihrer Promille-Existenz geben.

Es ist gerade die Vielzahl der Hoffnungen auf linke Veränderung im Parteigefüge der Bundesrepublik, die sich zu Hoffnungslosigkeit addiert. Nirgends ist ein sozialistisches Zentrum auszumachen, um dessen personellen und programmatischen Bestand sich nennenswerte Gruppen sammeln könnten. Die jüngsten Versuche hatten allenfalls kabarettistischen Charme: Zur Parteigründung erschienen fünf Vorsitzende; als keiner von ihnen die Rolle der ausgebliebenen Mitgliedschaft übernehmen wollte, löste sich die Versammlung auf.

Die angepaßte Funktionärsschicht des DGB hätte es im Falle eines CDU-Siegs schwerer, die Basis in den Betrieben bei Lohnleitlinienlaune zu halten. Es gäbe – da hat Helmut Schmidt ganz recht – weniger sozialen Frieden, mehr Arbeitskampf, mehr Gelegenheit zu Bewußtseinsbildung. Wieviel? Wieviel Klassenbewußtsein ist von 1949 bis 1966, solange die SPD in Opposition war, entstanden? Wenn nun die CDU/CSU mit einem repressiven Verbandsrecht, mit Streikverbot zuschlüge, bevor sich bei den Gewerkschaften was wiederbelebt hätte? Ein langer und steiniger Umweg.

Und die DKP? Gäbe es eine Chance, die Partei unter einer CDU-Regierung auf das Normalmaß einer westeuropäischen KP zu bringen und die Bundesrepublik damit auf das Normalmaß einer westeuropäischen Demokratie? Wohl kaum, wenn die DKP bei verschärfter ökonomischer Krise und ohne daß es – bei den Landtagswahlen des Jahres 1975 – darum geht, Strauß auf Leber komm raus zu verhindern, noch 43 000 Stimmen verliert.

In der SPD sieht es nicht viel besser aus: Gleich wie offenkundig die Schuld Schmidts und seiner rechten Mehrheit an einer Wahlniederlage auch wäre, sie würde der linken Minderheit angelastet. Aber das einzige, wovon diese Parteilinke reichlich hat, ist Mangel an personellem Zusammenhang und programmatischer Einigkeit. Wer offenkundig keine USPD gründen könnte, kann auch nicht damit drohen. Regeneration in der Opposition? In der SPD wiederholt sich Geschichte unablässig: an Wiederholung der Periode von 1958 (Godesberg) über 1961 (Parteiausschluß des SDS) bis 1966 (Große Koalition) besteht kein Bedarf.

Das alles spricht *nicht dafür*, der CSU durch ein paar Prozent weniger SPD-Stimmen an die Regierung zu helfen. Und was *dagegen* spricht, ist deftig: Verschärfte Repression, verschärftes Berufsverbot, Demontage sozialer Leistungen. Sicher, die Parole: Bonn wird Santiago ist falsch. Aber auch der halbe Weg dorthin wäre unerquicklich.

Die größte Gefahr liegt in der Außenpolitik. Es ist durchaus nicht unrealistisch, davon auszugehen, daß dann ein Mann wie Gerhard Löwenthal den CSU-Außenminister beriete. Die SPD-Regenten haben die Bundesrepublik nicht aus der Gefolgschaft der USA gelöst und sie werden es nicht tun. Die CDU aber würde, wie die Juso-Vorsitzende Wieczorek-Zeul in diesem Heft sagt, die Bundesrepublik zum brutalen Handlanger der USA machen, auch und erst recht dann, wenn diese Weltmacht von einem zu allem fähigen Polit-Clown wie Jimmy Carter regiert würde.

Es fällt nicht leicht, die Unterschiede zwischen Carstens und Schmidt in Puerto Rico, zwischen Strauß und Leber im Pentagon auszumachen. Aber so klein sie sein mögen – in ihnen kann die Differenz zwischen Krieg und Frieden liegen.

Wer andere Alternativen sucht, sollte vier Jahre lang dran arbeiten und nicht fünf Sekunden beim Ankreuzen des Wahlzettels. Wer sein Kreuz macht, als sei es ein Glaubenszeichen, wird Schwierigkeiten haben: Eine Partei zu wählen, die gerade dabei ist, ein ehemaliges NSDAP- und späteres SPD-Mitglied, das im letzten Wahlkampf austrat und für Springer arbeitete, wieder zu hofieren; deren Landesregierungen über eigene Genossen Berufsverbote verhängen, deren Minister Kasernen nach Nazi-Generalen nennen und den Namen Carl von Ossietzkys von einer Universität abkratzen lassen, erweckt Übelkeit.

Aber es steht keine Alternative zur Wahl, jedenfalls keine, von deren Wahl der Skrupulöse mehr hat als das Gefühl, vor sich selbst sauber und konsequent geblieben zu sein. Und genau das wird nicht verlangt und ist einem, der politisch handeln will, hier und jetzt auch nicht erlaubt. Das Wort vom kleineren Übel basiert auf einer solch moralisierenden Haltung, akzeptiert sie prinzipiell und will nur für den politischen Augenblick ihre schädlichen Konsequenzen vermeiden. Es geht aber nicht um abstrakte Übel, es geht um konkrete Gefahren. Über die wird entschieden, nicht über ein Modell oder über den Sozialismus.

Wer die parlamentarische Demokratie als bürgerliche Herrschaftsform analysiert, wer die Vorstellung, das in rhythmischen Abständen wiederholte Ankreuzen von Wahlzetteln sei Demokratie, verwirft, hat am 3. Oktober den ganzen Zynismus, zu dem er diesem System gegenüber fähig ist, zusammenzunehmen und sich kalt und ohne Rührung zu entscheiden: Für eine CSU-geführte Bundesregierung oder für eine SPD-geführte. Im ersten Fall kann er auch die DKP wählen. Im zweiten auch die FDP – in Hamburg etwa, wo sie gegen die Berufsverbote kämpft.

Wie gesagt: Bekenntnisse werden am 3. Oktober nicht verlangt. Eine Wahlkabine ist kein Beichtstuhl. ●

Fakten zum Vorwurf MORD

Jürgen Saupe

Am 9. Mai 1976, einem Sonntagmorgen, öffnet der Sekretär im Strafvollzugsdienst, Peter Großmann, um 7.34 Uhr die Zelle 719 in der Strafvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim zur Kaffeeausgabe an die Strafgefangene Ulrike Meinhof: „Dabei fiel mir auf, daß die Frau Meinhof, von der ich zunächst über die Kloabschirmung hinweg nur den Kopf sah, leblos an dem vordersten Zellenfenster hing. Ich habe sofort geahnt, daß hier etwas passiert ist und sich die Frau Meinhof wahrscheinlich am Zellenfenster erhängt hat."

So schnell, wie der Peter Großmann etwas ahnt, so schnell spielt sich dann alles Geschehen an diesem Mai-Sonntag ab:
7.35 Uhr: Großmann und sein Kollege Reichl betreten die Zelle von Ulrike Meinhof. Sie stellen fest, daß Körper und Handgelenke bereits kalt und steif sind: „Was für mich eindeutiges Zeichen dafür war, daß Frau Meinhof tot ist" (Großmann).
7.40 Uhr: Anstaltsarzt Dr. med. Henck, der nicht in der Anstalt wohnt, sondern angerufen werden muß, trifft im 7. Stock an der Zelle ein.
7.45 Uhr: Kripo Stuttgart wird telefonisch benachrichtigt.
8.15 Uhr: Die Kripo-Leute Wörner und Zimmermann treffen vor der Zelle ein und finden dort den stellvertretenden Anstaltsleiter Schreitmüller und den Leiter der Vollzugsabteilung beim Justizministerium Baden-Württemberg, Ministerialdirigent Reuschenbach. Minuten später sind Staatsanwalt Dr. Heißler sowie weitere Kripobeamte von der Inspektion I der Kripo Stuttgart und vom Landeskriminalamt zur Stelle.

41 Minuten nach der Erkenntnis, daß „hier etwas passiert ist" nehmen Kripo, Staatsanwaltschaft und Justizministerium „Ermittlungen auf".

Erst um 9.25 Uhr – mehr als eine Stunde später – beginnt der Leiter des Instituts für Rechtsmedizin am Gesundheitsamt der Stadt Stuttgart, Prof. Dr. Joachim Rauschke, mit der „Rechtsmedizinischen Leichenuntersuchung".

Zu dieser Zeit hat das Stuttgarter Justizministerium längst mitgeteilt, Frau Meinhof habe „Selbstmord durch Erhängen" begangen, was die Deutsche Presse Agentur (dpa) um 9.34 Uhr in einer Eilmeldung verbreitet.

Bereits um 10.00 Uhr fährt im knapp 40 Kilometer entfernten Tübingen der als Obduzent bestimmte Direktor des Instituts für Gerichtliche Medizin der Universität Tübingen, Prof. Dr. Hans Joachim Mallach, zusammen mit Präparator Heinz Meier als Sektionsgehilfen nach Stuttgart ab.
Von 11.45 bis 13.45 Uhr wird im Sektionsraum des Stuttgarter Bürgerhospitals eine Leiche obduziert, von der Kriminalhauptkommissar Vinnai und Prof. Dr. Rauschke bestätigen, daß sie die von Ulrike Meinhof sei. Die Obduzenten sind Rauschke und Mallach. Zuschauer der Richter Baier und Staatsanwalt Dr. Heißler.

Um 17.00 Uhr wird die Leiche von der Staatsanwaltschaft freigegeben. Und immer noch wird kein Anwalt der Frau Meinhof und kein Angehöriger informiert. Auch die in der Nebenzelle inhaftierte Gudrun Enßlin sowie die anderen Angeklagten im Stammheimer RAF-Prozeß, Andreas Baader und Jan Carl Raspe, dürfen ihre tote Genossin nicht mehr sehen.

> „Nur solange einer lebt, kann er aufstehen und kämpfen. Wenn Du hörst, ich hätte mich umgebracht, dann kannst Du sicher sein, es war Mord."
>
> **Ulrike Meinhof**
> (in der Haftanstalt Ossendorf zu ihrer Schwester Wienke Zitzlaff)

Derlei Eile bei der Obduktion ging nicht nur – wie noch zu belegen sein wird – auf Kosten der Gründlichkeit. Sie mußte auch im Verein mit der strikten Abschirmung von Verteidigern und Angehörigen vor der Zelle und der Toten das Mißtrauen wecken, beim Tod der Ulrike Meinhof sei mehr geschehen, als ein „Selbstmord durch Erhängen", der für die Behörden längst beschlossene Sache ist.

- Nach den Erfahrungen beim Tod von Holger Meins, als Anstaltsmediziner und Justizbeamte gegen richterliche Anordnungen handelten und Meins so zu Tode kam;
- nach dem Tod der Katharina Hammerschmidt, bei der Anstaltsmediziner Krebs nicht glaubten erkennen zu können, bis sie der Tod der jungen Frau eines Schlechteren belehrte;
- nach dem Tod des Siegfried Hausner, dessen Überführung trotz schwerster Verletzungen von Stockholm zunächst nach Düsseldorf und dann noch einmal von Düsseldorf nach Stuttgart die Mediziner billigten, bis der junge Mann starb, ohne vorher seinen Anwalt Dr. Klaus Croissant sehen zu können, wie er verlangt hatte
- nach den von Justizmedizinern abgelehnten Haftverschonungen für die schwerkranken, zur RAF gezählten Inhaftierten Grundmann und Karl Heinz Roth und schließlich
- nach dem von Medizinern und Juristen bereits gebilligten Versuch, Eingriffe in das Gehirn von Ulrike Meinhof auch ohne deren Wissen und Duldung unter Narkose vorzunehmen;

nach all diesen und manchen anderen Erfahrungen war es nicht nur für Angehörige der Ulrike Meinhof, sondern auch für die Wahlverteidiger im Stammheimer Prozeß naheliegend und verständlich, der Selbstmord-Version zweifelnd zu begegnen. Bald fiel, zunächst noch nicht von allen

Anwälten vertreten, das Wort vom „institutionellen Mord".

Für Anwälte, Angehörige und Mitinhaftierte von Ulrike Meinhof war es undenkbar, daß die Journalistin ohne jede Zeile des Abschieds und der Begründung für einen Freitod sich erhängt haben sollte. Mit zu vielen Plänen hatte sich die Tote noch am letzten Tag befaßt:

Ulrike Meinhof und Gudrun Enßlin hatten just zu der Zeit beschlossen, nun endlich auf eine Sanierung ihrer Zähne zu dringen. Frau Meinhof hatte noch am Freitag vor ihrem Tod den italienischen Rechtsanwalt Giovanni Capelli empfangen, der einen Artikel über sie schreiben wollte. Dabei hat sie noch ausdrücklich darauf bestanden, den Beitrag vorher zu sehen.

Die vier Angeklagten von Stammheim haben am Abend vor dem Tod von Ulrike Meinhof zusammen diskutiert, wobei – wie Andreas Baader und ein Beamter erklärten – sogar gelacht wurde. Nachdem die Zellen in Stammheim um 22 Uhr geschlossen wurden, haben sich Gudrun Enßlin und Ulrike Meinhof, deren Zellen nebeneinanderlagen, von Zellenfenster zu Zellenfenster darüber unterhalten, daß erstmals wieder seit langer Zeit ein Hubschrauber an diesem Abend über Stammheim geflogen ist.

Für die nächsten Verhandlungstage waren im Stammheimer Verfahren von der Verteidigung Anträge geplant, die speziell auf die Involvierung der Bundesrepublik in den Vietnam-Krieg Bezug nahmen. Ulrike Meinhof wollte im Stammheimer Verfahren Beziehungen zwischen dem SPD-Vorsitzenden und ehemaligen Bundeskanzler Brandt und dem amerikanischen Geheimdienst CIA belegen und dazu auch Brandt als Zeugen laden lassen. Dieses Vorhaben hat sie, nach Auskunft von Rechtsanwalt Dr. Hans Heinz Heldmann, besonders stark befaßt. Umso unverständlicher mußte es sein, daß sie ausgerechnet vor diesen Tagen, auf die sie so lange gewartet hatte, resignieren und sich erhängen sollte.

Und mit welcher Kraft Frau Meinhof selbst aus der jahrelangen Isolationshaft heraus noch den RAF-Angehörigen mit scharf formulierten Briefen zu helfen versuchte, zeigt der Brief an die Hamburger Häftlinge, den KONKRET in diesem Heft dokumentiert.

Alle diese Umstände machen deutlich: Für Ulrike Meinhof gab es kein erkennbares Motiv, sich zu dieser Zeit, sozusagen über Nacht, das Leben zu nehmen.

Ein fehlender Abschiedsbrief – von der Kripo und der Staatsanwaltschaft wurden zwei Tage lang die Zelle 719 und eine weitere „Akten-Zelle" (Nr. 721) der Stammheimer Angeklagten gründlichst gefilzt – und der von den Anwälten erhobene Vorwurf des Mordes müssen wohl Behörden dazu veranlaßt haben, alsbald Material für ein Motiv zu liefern. Springer-Blätter und die „Stuttgarter Nachrichten" wurden in die Lage versetzt, über angebliche Zerwürfnisse zwischen den Stammheimer Angeklagten zu berichten. Dazu dienten Briefe und Fragmente, die zwar teilweise von Ulrike Meinhof und Gudrun Enßlin stammten, aber mehrere Jahre alt waren und aus der Aktenzelle gefischt wurden.

Bemerkenswerterweise sind diese angeblichen Indizien für Krach innerhalb der RAF von den Behörden eben nicht offen, in einer Presseerklärung oder einem Interview bekanntgegeben worden, sondern sie wurden lanciert. Eine verdeckte Operation nach nachrichtendienstlichem Muster. Und die Lieferung dieses Pseudo-Motivs enthüllte zugleich, daß die Staatsschutzorgane über den Tod der Ulrike Meinhof ebenso rasch zur Tagesordnung übergehen wollten, wie es Richter Dr. Theodor Prinzing in Stammheim am nächsten Verhandlungstag tat.

Eine Untersuchung des unnatürlichen Todes einer inhaftierten Strafgefangenen, bei der das zuständige Ministerium bereits vor Beginn der Rechtsmedizinischen Leichenuntersuchung das Ergebnis der Untersuchung publiziert, muß Zweifel an der Ernsthaftigkeit, Gründlichkeit, Wissenschaftlichkeit und Ehrlichkeit der Untersuchung wecken, von der Rechtmäßigkeit ganz zu schweigen.

Und in der Tat sind die Untersuchungen zum Tod der Ulrike Meinhof in einer Weise geführt worden, die alle Zweifel rechtfertigen. Hier nur eine – keineswegs vollständige – Auflistung der Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Untersuchung des Todes von Ulrike Meinhof, hinter die man einfach nur Fragezeichen setzen kann.

● Die Assistentin zur Ausbildung Renate Frede, eine Wärterin in Stammheim, sagt in ihrer ersten Vernehmung aus, sie habe am Abend des 8. Mai um 22 Uhr die Zelle der Frau Enßlin und der Frau Meinhof geöffnet „und mir wie jeden Tag die Neonröhren und Glühbirnen von den Beleuchtungskörpern in den beiden Zellen geben lassen. Dabei hat mir die Frau Meinhof sowohl eine Neonröhre als auch eine Glühbirne ausgehändigt. Wenn ich jetzt aber gehört habe, daß sich in der Tischlampe der Frau Meinhof noch eine Birne befindet, so kann ich mir diesen Umstand nur so erklären, daß Frau Meinhof eine weitere Glühbirne in ihrer Zelle versteckt hatte. Zu dem erwähnten Zeitpunkt zeigte sich Frau Meinhof wie jeden Tag unauffällig." – Das war am 9. Mai 1976.

● Zwei Tage später, am 11. Mai 1976, nachdem inzwischen die Rechtsanwälte auf einer Pressekonferenz Zweifel am Selbstmord geäußert haben, wird Renate Frede noch einmal vernommen. Jetzt liest sich die Aussage so: „Wenn ich bei meiner ersten Vernehmung irrtümlich angegeben haben sollte, daß ich am Samstagabend um 22 Uhr die Zellentüre der Frau Meinhof geöffnet habe, um die Glühbirnen entgegenzunehmen, so stimmt das nicht ganz. Ich habe nicht die Zellentüre geöffnet, sondern nur die Essensklappe. Hierbei waren außer mir noch die Beamten Walz und Egenberger anwesend. In letzter Zeit ist mir oft aufgefallen, daß Frau Meinhof sehr durcheinander und vergeßlich war. Auch ist mir aufgefallen, daß sie in letzter Zeit nicht oft beim gemeinsamen Hofgang dabei war. Meiner persönlichen Meinung nach hat sie sich etwas abgesondert. Beim Umschluß habe ich in letzter Zeit bemerkt, daß sie von Andreas Baader des öfteren angeschrieen wurde."

Mit ihrer ersten Aussage hatte Renate Frede einen Verstoß gegen die Vorschriften zugegeben, denn sie hätte die Zelle nicht allein öffnen dürfen. Warum sie noch einmal vernommen wurde, wird nicht ausgeführt. In jedem Fall aber korrigiert die Frede ihren Verstoß gegen die Vorschriften und liefert en passant Indizien für einen angeblichen Selbstmord. Dieses Motiv scheint den Vernehmenden wichtiger, als – außer Egenberger – auch den Beamten Walz darüber zu befragen, ob die Frede die Wahrheit gesagt hat und wenn ja, wann? Auch wird nicht kontrolliert, wo die aus der Zelle abends entnommene Glühbirne und die Neonröhre sind.

● Von den beiden Beamten – Großmann und Reichl – welche Frau Meinhof finden, wird nur Großmann vernommen. Bei Reichl wird konstatiert, er habe nichts anderes zu sagen und man entläßt ihn. Offenbar wurden beide gleichzeitig verhört, denn wie soll sonst Reichl wissen, daß er nicht mehr als Großmann zu sagen hat.

● Am 11. Mai werden weitere Vollzugsbeamte gezielt gefragt, ob sie „Spannungen" zwischen Andreas Baader und Ulrike Meinhof bestätigen können. Dazu der Beamte Bubeck: „Ich kann dies weder bestätigen noch widerlegen. Die Aufseher im 7. Stock haben, so wie ich mitbekommen habe, geäußert, daß Herr Baader beim Umschluß Frau Meinhof des öfteren angeschrieen hat. Dies ist zwar richtig, aber ich möchte dazu bemerken, daß er dies genauso bei Frau Enßlin, den Rechtsanwälten und beim Richter im Verhandlungssaal gemacht hat."

● Aus den Protokollen der Vernehmungen und aus Aussagen von Gudrun Enßlin geht hervor, daß Ulrike Meinhof am Abend mit

...kopf- und Zungenbeinbrüche beim Erhängen. ...orn- und Kehlkopfhornbruch infolge ...Band) verhinderten Auseinanderweichens ...e Pfeile) von Zungenbein und Kehlkopf ...gen des Stranges (schraffierter runder ...zwischen diese und Heranpressung der ...e Wirbelsäule.

...ischen Erhängen liegt die Strang- ...schen Kehlkopf und Zungenbein ...halb des Unterkiefers (Abb. 14).

Eine auffallend tiefe Lage der Strangmarke, also unterhalb des Kehlkopfes, kann beim Erhängen im Liegen vorkommen, kann aber auch durch Erdrosseln bedingt sein, denn die Drosselmarke ist durch die tiefe Lage gekennzeichnet.

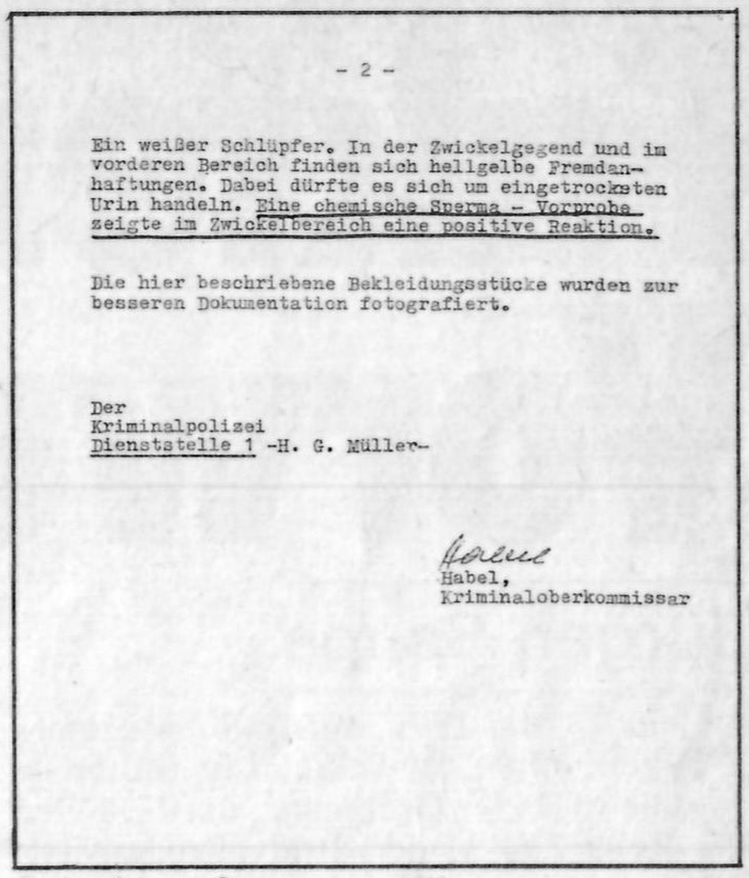
Werden Venen und Arterien verschlossen, so ist die Gesichtsfarbe blaß. Darin könnte ein vitales Zeichen gesehen werden, wenn nicht die Leichenblässe eine allgemeine Leichenerscheinung wäre.

Brüche des Schildknorpels und des Ringknorpels sind selten und erwecken den Verdacht auf Drosseln oder Würgen. Dicht unterhalb der Teilungsstelle der Karotiden (Halsschlagadern) können sich Intima-(Innenhaut-) Risse finden. Ein Genickbruch, also ein Abbrechen des Zahnes vom zweiten Halswirbel, kommt nur beim Abstürzen mit der Schlinge zustande, wie z. B. beim Hinrichten. Hierbei wird der Verurteilte auf ein Podest gestellt und der Boden unter ihm durch eine Klappvorrichtung plötzlich entfernt. Der Laie sieht aber irrtümlich gerade in dem Genickbruch die Todesursache beim Hängen.

...ktion
...nzeichen
...s
Gefäßsystem
Stauung — Gesichtscyanose [Blaufärbung], Gesichtsgedunsenheit
Blutung — Bindehautblutung

...n

Lehrbuch: Verdacht auf Würgen



- 2 -

Ein weißer Schlüpfer. In der Zwickelgegend und im vorderen Bereich finden sich hellgelbe Fremdanhaftungen. Dabei dürfte es sich um eingetrockneten Urin handeln. Eine chemische Sperma - Vorprobe zeigte im Zwickelbereich eine positive Reaktion.

Die hier beschriebene Bekleidungsstücke wurden zur besseren Dokumentation fotografiert.

Der
Kriminalpolizei
Dienststelle 1 -H. G. Müller-

Habel,
Kriminaloberkommissar

Gutachten: Sperma positiv

B. Innere Besichtigung

I. Brust- und Bauchhöhle

22. Unterhautfettgewebe der Bauchdecke bis zu 2 cm dick, das Fettgewebe von mittelgelber Farbe. Rumpfmuskeln mittelblutreich, keine Einblutungen.
23. Zunächst wird die Brustwand gefenstert und das Herz unter Wasser eröffnet. Aus der rechten und linken Herzkammer entweicht nur flüssiges Blut, keine Luft.
24. Halshaut und Halsmuskeln werden schichtweise präpariert. Es zeigen sich keine Blutungen. Auch im Bereich der Schilddrüse bestehen keine Blutungen. Die Schilddrüse ist klein, seitengleich, feinkörnig und blaß.
25. Das Zungenbein ist auf der linken Seite gebrochen, 1 cm vom freien Rand entfernt ist das linke Zungenbeinhorn vom Zungenbeinkörper getrennt. Die umgebenden Weichteile zeigen keine Blutungen.
26. Am linken Kehlkopfknorpel ist das Horn von seiner Verbindung vom Hauptknorpel gelöst, es besteht eine pfefferkorngroße Weichteilblutung.
27. Beide Gaumenmandeln klein, narkig weich, nicht zerklüftet. Die Zunge unverletzt, auf einem Flachschnitt keine Einblutungen.
28. Regelrechte Lage der Bauchorgane, zartes spiegelndes Bauchfell, der Bauchfellüberzug der Darmschlingen ziemlich blutreich. Keine Vergrößerung der Gebärmutter. Kein Blut und keine fremde Flüssigkeit in Bauchhöhle und kleinem Becken. Das Zwerchfell links an der Unterkante der 6. und rechts an der Unterkante der 5. Rippe.
29. Um 12.45 Uhr beträgt die Mastdarmtemperatur 28°.

a) Brusthöhle

Obduktion 1: Mandeln klein

Aus dem rechten Brustdrüsenkörper wird eine Gewebsprobe entnommen.

26. In der Brust- und Bauchhöhle finden sich Organteile, die durch eine vorangegangene Obduktion in typischer Weise verändert sind. - In den nachfolgenden Nummern werden die noch vorhandenen Organteile organweise beschrieben.

27. Zunge mit Einschnitt am rechten vorderen Begrenzungsrand. Narben oder Verletzungen lassen sich nicht sicher feststellen. Auf Einschnitten im Zungenrandgebiet bis auf geringfügige bläulich-rote Vertrocknungserscheinungen im Bereich der Spitze keine Besonderheiten. Zungengrund unauffällig, von reichlich Lymphgewebe durchsetzt. Gaumenmandeln beiderseits etwas vergrößert, knapp backpflaumengroß, stark zerklüftet. Auf der Schnittfläche ohne Pfröpfchenbildung.

28. Rachenschleimhaut blaß-bläulich-rot, nicht getrübt.

29. Kehlkopf und Speiseröhreneingang frei, Kehldeckel unverletzt. Schleimhäute im Bereich des Kehlkopfes und an der Innenseite des Kehldeckels flächenhaft rötlich verfärbt (postmortal). Stimmbänder unauffällig.

30. Die Schildknorpelhörner sind beiderseits im oberen Bereich jeweils 11 bis 12 mm lang abgebrochen. Auf der linken Seite befindet sich in der Umgebung der Bruchstell

Obduktion 2: Mandeln groß

einer verwaschenen Jeanshose und einer roten Bluse bekleidet war. Als man sie erhängt fand, trug sie eine schwarze Cordhose und eine graue langärmelige Baumwollbluse. So bleiben zwei Fragen: 1. Warum zieht sich jemand um, der sich aufhängen will? 2. Warum wurde von der Kripo und Staatsanwaltschaft nicht festgestellt, wo die von Ulrike Meinhof am Abend getragenen Kleidungsstücke geblieben sind?

Weitere Fragezeichen:

● Bei der Rechtsmedizinischen Leichenuntersuchung stellt Prof. Rauschke zwischen 9.25 und 11.00 Uhr am 9. Mai fest, das „Strangwerkzeug", ein Handtuchstreifen, messe vom Aufhängepunkt am Fenstergitter bis zum Knoten (unter dem Kinn) jeweils 34 Zentimeter. Weiter heißt es nur: „Beide Enden des Handtuchstreifens sind unten in der Mitte zusammengeknotet. Der Kopf hängt in dieser Schlinge." Nach der Obduktion, die von 11.45 Uhr bis 13.45 Uhr im Bürgerhospital stattfindet, unterschreibt derselbe Prof. Rauschke ein Protokoll, in dem es unter Punkt 2 heißt: „Auf dem Hals der Leiche liegt das Strangwerkzeug. Es ist an der ursprünglichen Aufhängestelle in der Mittellinie durchtrennt. Die Seitenteile sind 26 und 25 cm lang, die Breite beträgt vier cm. Es folgt ein doppelter Knoten mit zwei freien Enden, das eine 11 und das andere 12 cm lang."

Dazu muß man fragen: Wie kommt Rauschke zu dem Wort Schlinge? Richtiger wäre wohl Schlaufe, denn das Handtuchstück war eben nicht zu einer Schlinge geschlungen. Weiter: Wie lang waren denn nun die Seitenstränge der Schlaufe: 25 und 26 cm oder zweimal 34 Zentimeter? Woher kommen – bei kürzeren Seitensträngen – bei der Obduktion die „zwei freien Enden"? Wurden die Knoten neu gebunden? Wurde beim Abschneiden des Strangwerkzeuges ein Teil desselben mit abgeschnitten?

Wichtig ist die Länge einer nicht zur Schlinge geformten Schlaufe deshalb, weil, je länger die Seitenstränge desto unsicherer hängt der Körper in der Schlaufe. Warum also war die Schlaufe in der Zelle noch 68 cm lang, auf dem Obduktionstisch aber nur noch 51 cm?

● Zum Strangwerkzeug: Die Kripo findet in der Zelle 719 unter anderem zwei blaukarierte Handtücher. Eines ist 45 mal 75 cm groß und zeigt „Fremdanhaftungen". Ein zweites – offenbar ohne „Fremdanhaftungen", also sauber – ist 38 mal 75 cm groß. Von seiner „Breitseite", so die Kriminaltechnische Untersuchungsstelle Stuttgart, „wurde ein Streifen abgeschnitten. Bei dem abgeschnittenen Streifen dürfte es sich mit Sicherheit um das Tatmittel handeln."

Wenn man davon ausgeht, daß die Anstaltshandtücher alle gleich groß sind, so wäre ein 7 cm breiter Streifen von dem zweiten Handtuch abgetrennt worden. Da das Strangwerkzeug aber nur vier Zentimeter breit ist, fehlt ein drei Zentimeter breiter Handtuchstreifen. In der Zelle wurde er nicht gefunden.

● Gefunden wurden in der Zelle von Frau Meinhof als einzige Schneidewerkzeuge

Aus unserem Programm

PDI 20: DIE DEUTSCHLANDSTIFTUNG
– Rechte APO von Dregger und Strauß
Mit einem Vorwort von Prof. Walter Jens; 126 Seiten, 4,10 DM

PDI 21: TATORT: ZDF-STUDIO LÖWENTHAL
Mit einem Vorwort von Max von der Grün; 72 Seiten, 4,– DM

PDI 22: BILDUNGSREFORM IM FADENKREUZ DER REAKTION
Zur Auseinandersetzung um den Politischen Unterricht und die Orientierungsstufe in NRW
Mit einem Vorwort von Anke Brunn; 224 Seiten, 9,80 DM

PDI 23 Klaus Ahlheim / Klaus Wiesinger:
AUF EINEM AUGE BLIND oder
DIE UNTERWANDERUNG DER EVANGELISCHEN KIRCHE VON RECHTS
Mit einem Vorwort von Hellmut Gollwitzer; 160 Seiten, 6,80 DM

PDI 24: VON BERLIN AUS GESEHEN: DIE SPRINGER-PARTEI
Dokumentation über die Rolle der Springerpresse im Berliner Wahlkampf; 108 Seiten, 6,– DM

PDI 25: Günter Wallraff / Bernd Kuhlmann:
WIE HÄTTEN WIR'S DENN GERNE?
Unternehmerstrategen proben den Klassenkampf; 80 Seiten, 4,10 DM

PDI-Konkret 2: PORTUGAL – WIEDERGEBURT EINES VOLKES
Mit einem Vorwort von Jakob Moneta; 150 Seiten, 5,90 DM

PDI-Konkret 3: DIE BANNBULLE AUS MÜNSTER oder
ERHIELTE JESUS HEUTE LEHRVERBOT?
Eine Dokumentation zum Fall Herrmann/Tenhumberg mit einem Vorwort von Heinrich Böll; 120 Seiten, 5,90 DM

PDI-Konkret 4: SCHÜLERZEITUNGSZENSUR IN BAYERN.
FÄLLE UND FOLGEN
80 Seiten, 3,– DM

PDI-Konkret 5: Karl-Heinz Hansen
DEMAGOGIE ALS PROGRAMM. DIE STRATEGIE DER UNIONSPARTEIEN
Mit einem Vorwort von Hermann L. Gremliza; 120 Seiten, 5,90 DM

Pressedienst Demokratische Initiative,
8 München 2, Münzstr. 3

PDI

eine Schere und ein Besteckmesser. Bei der kriminaltechnischen Untersuchung konnten an beiden keine Textilfasern nachgewiesen werden.

Fragen auch zu Differenzen zwischen dem Ergebnis der 1. Obduktion am Sonntag und einer 2. Obduktion, die Prof. Dr. Werner Janssen von der Universität Hamburg als Privatgutachter am Dienstag im Auftrag der Schwester von Frau Meinhof vorgenommen hat:

● Die Professoren Rauschke und Mallach finden eine Leiche von 167 Zentimeter Länge und einem Gewicht von 45 bis 50 Kilogramm vor. Professor Janssen arbeitet zwei Tage später an einer Leiche von 171 cm Länge und 60 bis 65 Kilogramm Gewicht. Messen deutsche Obduzenten, oder schätzen sie nur? Mallach und Rauschke finden – nur ein Beispiel – eine Leiche vor, von der sie schreiben: „27. Beide Gaumenmandeln klein, markig weich, nicht zerklüftet." – Bei Janssen, als die Schwester von Ulrike Meinhof die Leiche identifiziert hatte, heißt es: „Gaumenmandeln beiderseits etwas vergrößert, knapp backpflaumengroß, stark zerklüftet." – Handelt es sich in beiden Fällen um dieselbe Leiche?

Rauschke und Mallach entnehmen ihrer Leiche ein Gehirn von – so ihr Bericht – 1425 Gramm Gewicht, das im Institut für Hirnforschung in Tübingen untersucht werden soll. Professor Dr. Jürgen Peiffer, der Direktor dieses Instituts, untersucht jedoch, so sein Bericht, ein „1600 g schweres, formolfixiertes Gehirn". Er konstatiert zwar: „Oberflächliche Rindenschädigungen mit geringfügigem Übergreifen auf die Markzungen im Bereich der medio-basalen Schläfenlappenregionen rechts (wahrscheinlich Folge eines operativen Eingriffes 1962)", in seinem zweiseitigen Befundbericht findet sich jedoch kein Hinweis auf die Klammer, die Ulrike Meinhof angeblich seit 1962 im Kopf tragen soll.

Janssen stellt bei der Nachobduktion fest: „Die Schildknorpelhörner sind beiderseits im oberen Bereich jeweils 11 bis 12 mm lang abgebrochen." Zu dieser Art der Verletzung heißt es im „Lehrbuch der Gerichtlichen Medizin" von Prof. Ponsold (3. Auflage, Seite 334): „Brüche des Schildknorpels... sind selten und erwecken den Verdacht auf Drosseln oder Würgen."

Rauschke/Mallach und Janssen konstatieren in ihren Gutachten übereinstimmend an der linken Gesäßhälfte der Toten einen „oberflächlichen Hautdefekt" und an beiden Beinen – innen und außen – Verletzungen. Janssen stellt außerdem eine Wunde an der linken Unterlippe fest.

Während die Herkunft der Lippen- und der Rückenwunde unklar bleiben, sollen sich die „Veränderungen " an den Beinen, die bis zu einem halben Zentimeter Tiefe im Unterhautgewebe blutig-rötliche Durchtränkungen verursacht haben, durch Strampeln der Toten im Zustand der Bewußtlosigkeit erklären.

Folgt man dem polizeilichen Untersuchungsbericht der Leiche, so hing das rechte Bein, 20 cm über einer auf dem Boden ausgebreiteten Matratze, rechts von einem nicht umgekippten Stuhl, während das linke – etwas abgespreizt – auf der linken Stuhlkante aufstand. Wie sich bei dieser Hängesituation Verletzungen an der Außenseite der Beine ergeben sollen, er-

Croissant (mit Sartre): Vorbeugehaft?

klären die Mediziner nicht. Sie kommen vielmehr alle zu dem Ergebnis, daß eine „Fremdeinwirkung" beim Tod der Ulrike Meinhof ausgeschlossen sei. Dabei muß berücksichtigt werden, daß Gutachter Janssen eine schon stark sezierte, also zerschnittene Leiche vorfand, bei der unter anderem das Gehirn fehlte. Auch wenn es die Staatsanwaltschaft zu verhindern suchte, gab es Kontakte zwischen den Gutachtern der Staatsanwaltschaft und Janssen.

Nachlässigkeiten, Widersprüche, Ungereimtheiten: In den Augen der Öffentlichkeit mögen es erklärbare Dinge sein, so wie es in den Augen der Anwälte im Stammheimer Prozeß, der dort Angeklagten und der Angehörigen von Ulrike Meinhof Indizien für einen Mord an Ulrike Meinhof sind.

Aber es gibt nicht nur Indizien. Es gibt zwei Fakten:

1. Die nach dem Tode der Ulrike Meinhof in ihrer Zelle gefundene Glühbirne, die sie heimlich aufbewahrt und nach dem Einschluß am 8. Mai hervorgeholt und in die Lampe geschraubt haben soll, wurde auf Fingerabdrücke untersucht.

Das Ergebnis, vom Bundeskriminalamt am 10. 6. 1976 per Einschreiben nach Stuttgart geschickt, lautet: „Die auf dem Glaskörper der übersandten Glühbirne bereits mit schwarzem Pulver sichtbar gemachten daktyloskopischen Spuren sind hier erneut fotografiert worden. In allen Fällen handelt es sich um Fragmentabdrücke, die nicht für Identifizierungszwecke geeignet sind. Beim Vergleich mit den Fingerabdrücken unter den Personalien Meinhof, Ulrike, geb. 7. 10. 1934 in Oldenburg wurden keine Anhaltspunkte für Übereinstimmungen festgestellt." – Im Klartext: Die Fingerabdrücke stammen nicht von Ulrike Meinhof, von wem sie sind, läßt sich nicht feststellen, da die Fragmente dazu nicht groß genug sind. Wer aber, wenn nicht Ulrike Meinhof, hat in ihrer Zelle in der Nacht ihres Todes eine Glühbirne eingeschraubt?

2. Die Kleidungsstücke von Ulrike Meinhof, die an der Leiche gefunden wurden, sind in der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle Stuttgart unter der Nr. KTU Nr. 139/76 untersucht worden. In dem Bericht, den Kriminaloberkommissar Habel unterzeichnet hat, heißt es nach der Beschreibung einer schwarzen Feincordhose, einer hellgrauen Hemdbluse und ein Paar schwarzer Socken: „Ein weißer Schlüpfer. In der Zwickelgegend und im vorderen Bereich finden sich hellgelbe Fremdanhaftungen. Dabei dürfte es sich um eingetrockneten Urin handeln. Eine chemische Sperma-Vorprobe zeigte im Zwickelbereich eine positive Reaktion."

Ähnliche chemische Reaktionen wie Spermien zeigen nur gewisse Absonderungen von Schnecken. Im Klartext heißt das, daß am Schlüpfer von Ulrike Meinhof Spermien festgestellt wurden.

Bei der strengen Isolation der Inhaftierten von Stammheim sind Anstaltsleitung und Staatsanwaltschaft eine Erklärung dafür schuldig, wie dieser Befund möglich ist. Und warum der Verdacht, Ulrike Meinhof sei einem Notzuchtdelikt zum Opfer gefallen, nicht begründet ist.

Unter diesem Aspekt bekommen die Glühbirne, der mit einem Stück Papier und Tesa-Film überklebte Spion in der Tür der Zelle, die bei der Obduktion abgeschnittenen Fingernägel der Toten, deren Untersuchungsergebnis die Staatsanwaltschaft in Stuttgart nicht an die Verteidiger herausgibt, die Wunde am Gesäß und an der Unterlippe, die Prellungen an den Beinen ein ganz anderes Gewicht. Zumal, wenn man weiß – und Wienke Zitzlaff, die Schwester von Ulrike Meinhof bestätigt das –, daß die Tote meist nur mit einem Schlüpfer bekleidet zu schlafen pflegte. Unter diesem Aspekt erscheint es erklärlich, warum die Tote am Fenster andere Kleider trug, als am Abend zuvor. Und nun läßt sich auch leichter verstehen, warum eine Speichelspur auf der Brust der Leiche gefunden wurde, nicht aber auf der Bluse.

Diese Fakten hatte der Stuttgarter Rechtsanwalt Dr. Klaus Croissant vor Augen und in Händen, als er am 16. Juli nachts in Stuttgart von demselben Staatsanwalt Dr. Heißler in Haft genommen wurde, der auch die Ermittlungen in der Todessache Ulrike Meinhof führte und diese schon am 10. Juni 1976 abschloß, obwohl noch am 25. Juni und später Ermittlungsergebnisse zum Tode von Frau Meinhof eintrafen.

Croissant ist Testamentsvollstrecker von Ulrike Meinhof und hat Staatsanwalt Heißler gegenüber angekündigt, er werde die Aufklärung der wirklichen Umstände und Ursachen des Todes von Ulrike Meinhof betreiben und wolle eine internationale Untersuchungskommission dazu einsetzen. Heißler begründete den zweiten Haftbefehl gegen Croissant – der erste war gegen eine Kaution von 80 000 Mark ausgesetzt worden – mit den Aussagen des als Zeugen in Stammheim am 8., 13., 14. und 15. Juli vernommenen Gerhard Müller.

Ein Stuttgarter Amtsrichter lehnte den Haftbefehl, den Heißler beantragte, mit der Feststellung ab, gegen Croissant lägen keine neuen Erkenntnisse vor. Die Aussagen Müllers seien bereits in der seit langem fertigen Anklageschrift gegen Croissant wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" enthalten. Heißler erhob Anklage vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts, die er adäquat besetzt wußte, und holte sich den Haftbefehl in einer Nacht-Aktion gegen 22 Uhr. Der Staatsanwalt hatte es so eilig, Croissant zu verhaften, daß er ihn beim Abendbrot in einem Restaurant greifen ließ. ●

Anzeige

Wollen Sie Herrn Dregger als Innenminister?

Wir sind keineswegs mit allem einverstanden, was die SPD bzw. die Bundesregierung tut oder unterläßt.

Wir kritisieren besonders die auch von Sozialdemokraten geübte Praxis in der Frage der Berufsverbote.

Unsere Kritik richtet sich ebenfalls gegen die von der SPD mitzuverantwortende Wirtschaftspolitik und deren verteilungspolitische und konzentrationsfördernde Auswirkungen.

Wir wissen aber, was dieses Land z. B. von Herrn Dregger als Innenminister zu erwarten hätte. Als hessischer CDU-Vorsitzender ist er der Repräsentant der CSU unter Strauß.

Deshalb: bei dieser Bundestagswahl geht es darum, ob dem Fortschritt in der Politik eine Chance gegeben wird, oder ob die Bundesrepublik zurückfällt in den Konservatismus der 50er Jahre.

Wer seine Stimme unterm Strich verschenkt, hilft objektiv der CDU.

Wer nicht wählt, wählt Strauß und Dregger.

Dr. Lisa Abendroth, Frankfurt
Christel Bungert, „Die Maininger", Frankfurt
Volker Dingeldey, Bezirksvorsitzender der GEW, Frankfurt
Herbert Faller, Frankfurt
Prof. Dr. Iring Fetscher, Hochschullehrer, Frankfurt
Prof. Dr. Klaus Fritzsche, Hochschullehrer, Frankfurt
Armin Kleist, Stellv. Vors. der Jungsozialisten Hessen-Süd, Frankfurt
Matthias Kurth, Vors. der Jungsozialisten Hessen-Süd, Langen
Albert Mangelsdorf, Musiker, Frankfurt
Michael Paris, Vors. Falken Hessen-Süd, Frankfurt
Fritz Reidenbach, Stellv. Vors. der Jungsozialisten Frankfurt
Prof. Dr. Berthold Simonsohn, Hochschullehrer, Frankfurt
Bernd Stöver, Abt. Jugend im DGB Hessen, Frankfurt
Klaus-Dieter Streb, Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstandes, Frankfurt
Dietmar Thieser, Mitglied des DGB-Bundesjugendausschusses, Akademie der Arbeit, Frankfurt
Dr. Martin Wentz, Vors. der Jungsozialisten, Frankfurt
Werner Wilkening, Fachhochschullehrer, Frankfurt
Heinz Wolf, ÖTV Bezirks-Vors. Hessen, AfA-Bezirks-Vors. Hessen-Süd, Frankfurt

Nochmal SPD?

1972 war es so gut wie keine Frage, 1976 tun sich die SPD-Werber ziemlich schwer: Berufsverbote, Verdrängungskomplexe vor der Arbeitslosigkeit, der Wechsel von Brandt zu Schmidt, Maulkorbgesetze wie der Paragraph 88a, der Bramarbas von Puerto Rico – darunter liegt der Elan von einst begraben. Und doch, eine Alternative zum Espedewählen sieht nur einer. Und der bekommt keinen Wahlzettel. Er ist Bürger der DDR.

Axel Eggebrecht, Schriftsteller, zu Weimarer Zeiten KPD- und Ex-KPD-Mann, nach 45 Mitbegründer des NWDR, 1972 Wahlwerber für die SPD. Er wirbt nicht mehr. Wählt er noch?

Im Bundestagswahlkampf von 1972 habe ich in Wählerinitiativen für die SPD, teilweise auch für die Koalition mit der FDP geworben. Diesmal mache ich das nicht mehr.

Auch ohne gewisse Ereignisse der letzten Wochen wäre es mir schwerer gefallen als damals. Da konnte man wirken, ohne sich eng an eine Parteilinie zu binden; und glaubhaft erklären, weshalb man diesen Standpunkt einnahm. Beispielsweise bin ich in Schleswig-Holstein wochenlang, in kleinen und großen Orten, als parteiloser linker Sozialist aufgetreten, habe Kritik an der SPD geübt und dann gesagt: Dennoch können wir anders nicht wählen, wenn die CDU nicht wieder ans Ruder kommen soll.

Ähnlich wollte ich es auch jetzt wieder halten, obwohl mir von vornherein klar war, daß dies viel schwerer sein würde. Und doch hätte ich mich dazu gezwungen, wenn nicht verschiedenes passiert wäre.

Um mit der FDP anzufangen: Diese Partei ist in Hamburg fast ohne Vorbehalte wählbar. Wäre die gesamte FDP so lebendig und progressiv, dann hätten wir fast schon die neue Linke, die ich mir wünsche. Aber da kommt Herr Moersch aus Chile zurück und verkündet, die Junta sei dabei, eine Demokratie einzuführen. Für eine Partei, in der ein prominenter Mann so etwas nahezu unwidersprochen äußern darf, kann ich keine Propaganda machen.

Nun zur SPD. Die Mannschaft, mit der Willy Brandt 1972 die Wahl gewann, ist – aus welchen Gründen immer – jetzt aus dem Rennen. Zu ihr gehörten damals Ehmke, Eppler; eigentlich auch Heinemann, dessen Wahl zum Bundespräsidenten die Erfolge der sozial-liberalen Koalition ja erst ermöglichte.

Heute aber, so jedenfalls meine Meinung, gibt es gar keine SPD-Mannschaft, sondern den einen Mann Helmut Schmidt. Damit würde ich mich auch noch abfinden. Aber nun hat er sich scharf gegen das ausgesprochen, was mir in Europa am meisten Hoffnung macht: Gegen den sogenannten „Eurokommunismus" (ein unnötiges Schablonewort); vor allem gegen Berlinguer und die KPI, die sich doch entschieden aus der Abhängigkeit von Moskau gelöst hat.

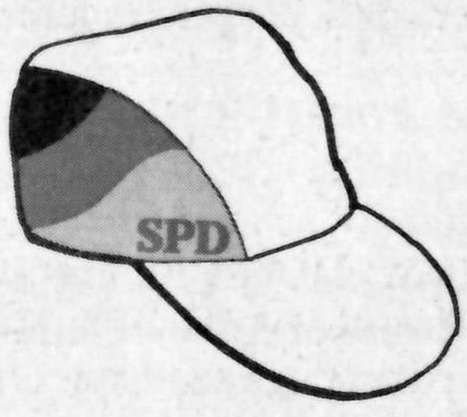
Der italienischen KP will man die Wandlung nicht glauben, wie mir scheint: weil sie erfolgreich ist. Dubcek wurde gefeiert, besonders als er gescheitert war – Berlinguer bleibt verdächtig, obwohl er längst viel weiter ging als die Prager Neuerer. Er hat schon 1968 gegen den sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei Stellung genommen. Soeben protestierte er, ein Vorgang ohne Beispiel, gegen eine zu strenge Bestrafung der streikenden Arbeiter in Polen. Was für Beweise will man denn noch?

Die KPI wird mehr und mehr zur Hoffnung aller Linken in Europa. Sie ist inzwischen so stark, daß gegen sie nicht mehr regiert werden kann. Und da tritt nun Helmut Schmidt gegen sie auf. Wie mir scheint, ich kann's nicht beweisen, nachdem er in den USA eine Spritze bekommen hat – vor Monaten äußerte er sich noch anders. Jetzt droht er mit Entzug von Krediten, falls die KPI offen in die Regierung eintreten sollte. Dazu schweigt die Führung der SPD, nur in einigen Landesverbänden und bei den Jusos rumort es leise.

Mir ist es unmöglich, Schmidts neueste Wendung zu verteidigen. Sie richtet sich gegen meine Vorstellungen von künftiger europäischer Politik. Und die Vorbehalte summieren sich, es gibt ja noch andere, man denke an die Folgen des Radikalenerlasses. Ich kann und will nicht heucheln. Mit 77 Jahren macht man aus seinem Herzen keine Mördergrube. Ich wäre unglaubhaft, wenn ich in einer Wahlversammlung die von mir abgelehnte Haltung der SPD zu verteidigen versuchte. Gewiß werden ich nicht *gegen* die Koalition kämpfen, werde sie im letzten Augenblick doch noch einmal wählen, das ist eine andere Sache. Wer sein Leben lang politisch aktiv war, mag sich nicht schmollend in die Ecke setzen und einfach nicht wählen.

Die DKP wählen? Wenn's nur möglich wäre... Ich kenne und schätze so manche Mitglieder der DKP, zumal junge. Das sind oft Idealisten, integre, solide Leute, vertrauenswürdige Kassenwarte z.B. im Schriftstellerverband. Nur: mit *der* Partei, der ich in meiner Jugend bis 1925 begeistert angehörte, hat der heutige bundesdeutsche Kommunismus durchaus nichts mehr gemein. Ginge es um eine Stadtratswahl in Bottrop – ich überlegte nicht lange. Bei der Bundestagswahl ist jede Stimme für die DKP verschenkt. Nein, schlimmer – sie kommt Strauss, Dregger und Filbinger zugute. Sie hilft, da nutzt kein Drumherumreden, dem neudeutschen Klerikal-Konservatismus. ●

Mütze.
Praktischick.
(Darüber freuen sich nicht nur Kinder.)



Bikini.
Wird der Knüller der Saison.

Schlüsselanhänger.
Mit Kampagnen-Zeichen und Kanzler Helmut Schmidt.

Peter O. Chotjewitz, Schriftsteller, Rechtsanwalt, Freund italienischer (linker) Verhältnisse, entdeckt nur noch kleine Widersprüche im System. Zu kleine.

Zugunsten der SPD spricht ein gewisser Sympathievorsprung einiger Leute, wenngleich die Strauß, Dregger, Carstens umgebende Ekelschwelle auch Leute wie Leber und „Feldwebel" Schmidt ungenießbar macht. Zugunsten der SPD spricht ferner die in langen Jahren der Adenauerrepublik entstandene Erbfeindschaft gegen CDU/CSU. Sie verschleierte lange den Blick für die Tatsache, daß die Gemeinsamkeiten von SPD und CDU/CSU von Anfang an stets größer waren, als das Trennende. Zugunsten der FDP spricht nichts; gegen sie sprechen Scheel, Genscher, Maihofer, Friedrichs, Weyer etc.

Zu den Gemeinsamkeiten, in die man ohne weiteres auch die FDP einbeziehen muß, gehören:

- Die Hinnahme und Verteidigung der limitierten nationalen Souveränität der BRD zugunsten der USA, als wirtschaftliches, politisches und strategisches Aufmarschfeld, die den westdeutschen Bundeskanzler – Schmidt mehr noch als Adenauer, aber das war eine Frage der Entwicklung – zum nordamerikanischen Prokonsul in Europa macht; gegen den realen Sozialismus in Osteuropa und gegen sozialistische und kommunistische Betrebungen im Westen (jüngste Indizien: Portugal und Italien).
- Die Offenhaltung der „Ostfrage", die in der Tradition der SPD-Führung der ersten Stunden der Weimarer Republik steht, d. h. Vorbehalt von Grenzveränderungen im Osten „mit friedlichen Mitteln", Fortdauer der Politik der Nadelstiche an der DDR-Grenze, psychologische Kriegsführung gegen Osteuropa.
- Der weitgehend gelungene Versuch, in eine der Wirtschaftshierarchie entsprechende formierte Gesellschaft alle relevanten gesellschaftlichen Klassen und Gruppen möglichst ohne Reibungshitze zu integrieren und zu diesem Zweck die Perpetuierung einer faschistoiden Ideologie mit propagandistischen Mitteln, deren Einheitlichkeit in Sprachregelung und Nachrichtengebung bzw. Unterlassung, den Eindruck erweckt, es gebe wieder ein Reichspropagandaministerium (ein jüngeres Beispiel hierfür war die Olympiadeberichterstattung, in der die 1972 von westdeutschen Polizeikräften in Fürstenfeldbruck ermordeten israelischen Sportler permanent als von Arabern in München ermordet bezeichnet wurden).
- Schließlich die Politik der wirtschaftlichen, sozialen, psychischen und in Einzelfällen auch physischen Auslöschung von Personen und Personengruppen, die das geschlossene wirtschaftliche und politische System der BRD als Ganzes in Frage stellen – je nach Gefährlichkeit des jeweiligen „Gegners" – im Rahmen einer differenzierten Globalstrategie innenpolitischer Kriegsführung zum Zwecke der rücksichtslosen Verteidigung des Großkapitals und der Konzernbetriebe.
- Asoziale Ausweitung des militärisch-industriellen Sektors unter Hintanstellung dringender sozialer Bedürfnisse und Aufrechterhaltung ständiger Kriegsbereitschaft.

Angesicht dieser Gemeinsamkeiten ist der Kampf um den Wahlsieg ein Kampf um die Klientel, Ämter, Posten und Pfründe. Eine Wahlaussage zugunsten einer der drei großen Parteien bedeutet den Verzicht auf die Diskussion und Infragestellung alles dessen, was diese Parteien an gemeinsamen Zielen verfolgen und an gemeinsamen Methoden gebrauchen. Die Entscheidung für eine der drei großen Parteien ist längst nicht mehr die Entscheidung einer Klasse oder für eine Klasse. Eine politische Diskussion vor Ort, die Wahlpropaganda bezweckt, ist ein Windei. Die CDU/CSU als Partei des großen Geldes, der gesellschaftlichen Starr- und Sturheit, der Dummheit, der Pöstchenschieberei, der inhumanen Repression, der „Demagogenverfolgungen", zu denunzieren, bedeutet die gleichlautenden Sünden der Regierungsparteien zu verschweigen. Die hierzulande in der CDU sind, sie wählen und vertreten, sind dieselben kleinen Leute, die sich wieder einmal nicht im geringsten verschaukelt fühlen, wie die von der SPD/FDP.

Die kleinen Widersprüche im System reichen nicht aus, um eine seiner tragenden Parteien zu wählen. Wer einmal miterlebt hat, wie man Bundestagskandidat wird und wer sie macht, wird nie wieder von „freien Wahlen" sprechen. Das Volk hat die freie Wahl zu wählen, was es nicht wählen würde, wenn es wählen dürfte und könnte. Was würden die Bundesbürger wohl sagen, wenn sie lediglich die Wahl zwischen drei Automarken hätten, die sich in ein paar kleinen Fehlern unterscheiden? ●

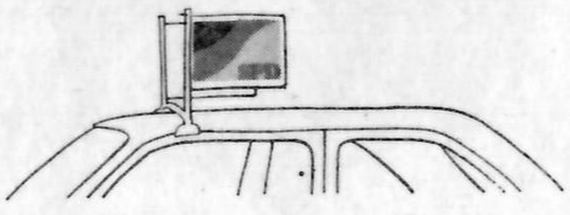
Walter Jens, Schriftsteller, Rhetorik-Professor, PEN-Präsident, wählt diesmal unter dem Aspekt der Notwehr.

Ich weiß: Der Radikalen-Erlaß. Ich weiß: Die Grundfreiheiten in unserem Land, die nicht, wie jetzt, gefährdet wären, wenn die SPD der Reaktion entschlossen Widerpart geleistet hätte. Ich weiß: Die Verneigung vor der Großen Industrie. („Wenn die Gewinne nicht steigen, werden die Unternehmer nicht geneigt sein zu investieren": Das aus dem Mund von Sozialdemokraten! „Geneigt"! Als ob der Boss ein Serenissimus sei: Herr Generaldirektor geruht nicht!) Ich weiß: Die SPD von 1976 ist, an der CDU von 1946 gemessen, eine eher konservative und mit der SPD von 46 verglichen, eine Partei à la Bismarck. Ich weiß: Die Isolation in Raum und Zeit, der europäischen Gegenwart und der deutschen Geschichte gegenüber, ist total: Der Weg zu Mitterand und zu – Bebel wird von Tag zu Tag weiter.

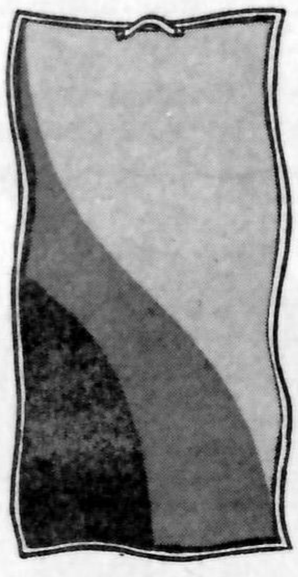
Ich weiß aber auch: Es gibt keine Alternative. Wer DKP wählt, wählt den Sonthofener Mao-Verehrer ... handelt also in mehr als einer Hinsicht absurd. Außerdem: Eine DKP, die sich nicht von den Berufsverboten und sonstigen Disziplinierungen im sozialistischen Lager distanziert; eine Partei, in deren Reihen nicht offen und undogmatisch über den Prager Frühling diskutiert werden kann, ist für mich keine Alternative. (Sie wird es erst dann, wenn sie anfängt, in italienischen Begriffen zu denken und als Partei der Biermann und Smrkovsky, der Gorz und Stojanovic, der Bloch und Dutschke fungiert: als Rosa Luxemburgs Partei!)

Ich weiß schließlich: Wenn Strauß und Dregger, Filbinger und Carstens regieren, wenn die Freunde Franco-Spaniens und Südafrikas, die Anwälte der Todesstrafe und die Apologeten Metternichs an der Macht sind: alle jene, die bestrebt sind, die Errungenschaften der Aufklärung, die Toleranz voran, rückgängig zu machen: Dann wird es wieder Karlsbader Beschlüsse ge-

„Autobrücke" mit Fähnchen.
Zum Anbringen auf dem Autodach.



Badetuch.
So schön, daß man sich am liebsten danebenlegt.
Größe: 70 x 140 cm.



Krawatte.
Macht jedem Krawatten-Muffel endgültig den Garaus.

Abb. aus dem Werbemittelkatalog der SPD zum Wahlkampf

ben in unserem Land. Dann steht die Treibjagd bevor: Die Jagd nicht nur auf Kommunisten, sondern auch auf uns, die bürgerlichen Demokraten, deren Thesen heute als „radikal" angeprangert werden, obwohl es Thesen sind, die genausogut ein Erzliberaler wie Rudolf Virchow oder ein Aufklärer wie der Jakobiner Immanuel Kant hätte vortragen können.

Darum – im Zustand der Notwehr – wähle ich SPD: So wie die Dinge stehen, kann ich, trotz allem, nur im Rahmen *dieser* Partei deutlich machen, daß die Vokabel „demokratischer Sozialismus" eine Tautologie ist – und kein Widerspruch: wie die CDU in ihrem Bestreben meint, die Französische Revolution zu widerrufen.

Carl L. Guggomos, Redakteur des „Berliner Extradienst", früher „Vorwärts"-Redakteur, ausgeschlossenes SPD-Mitglied, wählt den kleinsten gemeinsamen Nenner.

Ich bin ein (West)Berliner! Und damit, für dieses Bundestagsmal, der Gewissensentscheidung enthoben, freilich nicht der Gewissensprüfung. Zumal viele Freunde, denken sie an Deutschland nach der Nacht, Fragen stellen.

Was mich an diesen Fragen irritiert, ist die Beiläufigkeit, mit der sie hingeworfen werden. Nichts Bohrendes, Drängendes ist in ihnen, eher anonymes Demoskopieren, wenn da mehr gesagt als gefragt wird: „Was soll man denn eigentlich diesmal wählen?" Da hört man den Mißmut des Betrachters einer allzuvertrauten Speisenkarte in einem allzuvertrauten Mieslokal heraus, das man trotz herber Enttäuschungen wieder mal besuchte.

Als ich noch Redakteur beim sozialdemokratischen „Vorwärts" war und mich ein höherer Sozialdemokrat (Carlo Schmid) gelegentlich eines Wildbretessens (bei Ria in Godesberg) in die Weihen der bürgerlichen Demokratie einführte, sprach er: „Es genügt, wenn man mit einer Partei zu einundfünfzig Prozent einverstanden ist". Das hat mir schon damals recht mißfallen und ich hielt ihm vor: „Wohin mit den neunundvierzig Prozent, die dann im Regen stehen? Ein Prozent mehr, und man steht unter der Traufe!" Da lachte Carlo, weil er's für einen guten Joke hielt. Inzwischen ist uns allen das Lachen vergangen, weil wir, um Gängiges zu zitieren, vom Regen unter Umgehung der Traufe in die Scheiße geraten sind. Zu 51 Prozent mit der SPD einverstanden! Oh welch Tag, so wunderschön wie damals!

Aber da wir nun mal (noch) in einer bürgerlichen Demokratie Carlo Schmidschen und Helmut Schmidtchens Zuschnitts leben, müssen wir wohl oder übel nach deren Kriterien urteilen, ehe wir zur Urne eilen. Also hoch- und tiefprozentig.

CDU: Null Prozent Zustimmung. Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber.

FDP: Null Prozent Zustimmung. Potentieller CDU-Satellit.

Stimmenthaltung, Ungültigwahl, DKP-Wahl: Null Prozent Zustimmung, da mit jeder solchen Abstimmung ein CDU-Sieg wahrscheinlicher wird.

SPD: ? Prozent Zustimmung. Jede Stimme für die SPD ist eine Stimme weniger für die CDU. Zu dieser Überlegung genügt bereits ein Prozent Zustimmung.

Die restlichen fünfzig Prozent sind geschenkt. ●

Wolfgang Harich, Schriftsteller und Philosoph, wohnhaft in Berlin, DDR, riet vor vier Jahren, SPD zu wählen. Diesmal tut er's nicht.

Vor der Bundestagswahl '72 beschwor ich meine westdeutschen Freunde, und besonders die Kommunisten unter ihnen, alles zu tun für die Rettung und Stärkung der sozialliberalen Koalition. Damals stand die von Egon Bahr konzipierte Deutschland- und Ostpolitik auf Messers Schneide. Noch war Willy Brandts Reformprogramm von '69 nicht fallengelassen worden. Der von SPD und FDP gemeinsam gekürte Bundespräsident hieß Gustav Heinemann. Keine Stimme, so fand ich, durfte unter diesen Umständen durch die 5-Prozent-Klausel verloren gehen.

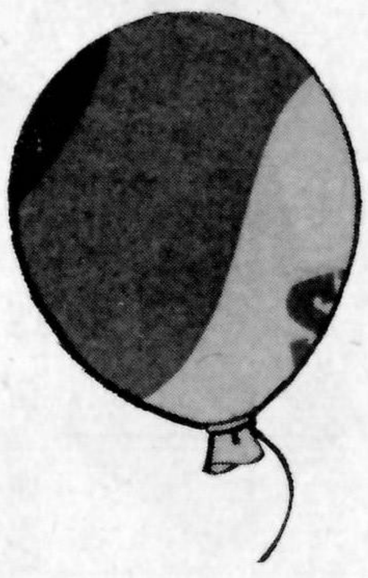
Heute ist alles anders. Abgesehen davon, daß unter einem Kanzler Helmut Schmidt die SPD selbst bei absoluter Stimmenmehrheit keine auf Systemveränderung abzielende Reform mehr zuwege brächte, wird sie nach dem 3. Oktober zweifellos parlamentarisch geschwächt dastehen. Sollte sie trotzdem weiterregieren, von Genschers Gnaden, mit Schmidt als nominellem, mit Friderichs als dem eigentlichen Regierungschef, dann wäre ihr dringlichstes Bestreben, sich schnell als ebenso großes Übel wie die CDU/CSU zu erweisen. Und schon jetzt spricht einiges dafür, daß sie imstande wäre, das zu schaffen.

Dem entgegenzuwirken sehe ich nur ein einziges Mittel: dafür zu sorgen, daß die SPD *auch*, ja womöglich am meisten *nach links an Boden verliert.* Nur so könnte sie, dank heilsamer Selbstbesinnung, entweder als Regierungspartei wirklich das kleinere Übel bleiben, das sie – zugegeben – derzeit noch ist, oder aber, abgewählt, sich als harte, standfeste Opposition regenerieren, die zehnjährige Regierungsbeteiligung zwar an Erfahrung bereichert, doch nicht völlig verdorben hat. Diesmal rufe ich daher meinen westdeutschen Freunden, mit Einschluß der Sozialdemokraten unter ihnen zu: Wählt DKP! Nur kommunistischer Stimmenzuwachs kann das politische Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik, unabhängig davon, wer regieren wird, zum Besseren verschieben.

Daß viele Linke an der DKP viel auszusetzen haben, tut dabei nichts zur Sache. Mir geht die ökologische Orientierung dieser Partei, trotz mancher Verdienste in Bürgerinitiativen, nicht weit genug. Ich wünschte sie mir radikal wachstumskritisch. Derjenige Bundesbürger, den ich am liebsten ihr beitreten sähe, heißt Herbert Gruhl. Denn eben den kurzsichtigen Wachstumsfetischismus zu Lasten der Natur, auf Kosten kommender Generation hasse ich an Friderichs, Schmidt und Matthöfer genau so wie an Kohl und Strauß. Andere Linke, die meisten, hätten die DKP gern italienisch. (Das scheint die neueste Version einer von Winckelmann und Goethe her datierenden deutschen Sehnsucht zu sein. Wohingegen Helmut Schmidts Beziehungen zu Italien eher an die Cimbern und Teutonen erinnert.)

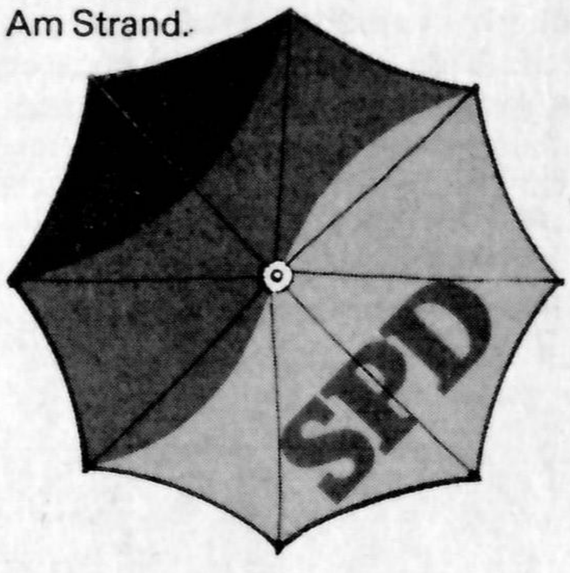
Wie das Idealbild von ihr indes auch aussehen mag, mehr denn je kann nach dem Berliner Gipfel der europäischen kommunistischen Parteien die DKP nur das werden, was ihre Mitglieder, ihre Sympathisanten, ihre Wähler aus ihr machen. Und die erste Bedingung ihres Besserwerdens ist, daß ihr jetzt zu deutlichem Erstarken verholfen wird. ●

Luftballon.
Nett, aber keinesfalls symbolisch zu sehen.



Trimm-Ball.
Damit bleibt man in Form.
Übrigens: Ein gutes Geschenk für Sportvereine im Wahlkreis!

Sonnenschirm.
Zum Aufstellen.
Beim Verteilstand.
Auf'm Balkon.
Im Garten.
Am Strand.



KONKRET-Streitgespräch zur Bundestagswahl

Blüm (Freiheit) gegen Hansen (Sozialismus)

KONKRET: Also zunächst, damit keiner am anderen vorbeiredet: Was wählen Sie am 3. Oktober, Herr Blüm?
Blüm: C – D – U.
KONKRET: Ist das wahr?
Blüm: Entgegen anderslautenden Gerüchten.
KONKRET: Und Sie, Herr Hansen?
Hansen: SPD.
KONKRET: Dann sind Sie also nach dem Willen von Franz Josef Strauß die personifizierte Alternative von Sozialismus und Freiheit. Sie, Herr Blüm, sind also Freiheit, und Sie, Herr Hansen, sind Sozialismus. Sehen Sie das auch so?
Blüm: Ich habe nichts dagegen, wenn im Wahlkampf prinzipielle Diskussionen stattfinden. Mit Personifizierungen in der Politik bin ich immer ein bißchen vorsichtig.
KONKRET: Was heißt das?
Blüm: Ich bin dafür, daß wir über Freiheit und Sozialismus diskutieren.
Hansen: Ich bin dagegen, daß wir über Freiheit *oder* Sozialismus diskutieren. Für mich gibt es nur Freiheit durch Sozialismus. Jedenfalls die Freiheit, die ich meine. Freiheit von Ausbeutung in jeder Form.
Blüm: Ich hab's nicht so gern mit so abstrakten Begriffsgrößen zu tun. Die verselbständigen sich leicht. Ich hab's auch nicht gern mit Kollektivurteilen und mit Kollektiv-Verurteilungen zu tun. Aber ich würde schon feststellen, daß es im Sozialismus und auch in der deutschen Sozialdemokratie eine Affinität zum Bürokratismus gibt, den ich für freiheitsgefährdend halte. Und zu einer Vormundschaft, zu einer freiheitsgefährdenden Vormundschaft, die ins Glück führen soll.
Hansen: Sie sagen, Sie wollen konkret werden und abstrahieren dann in höchstem Maße.
Blüm: Ich will es gern konkretisieren: In was hat sich die Regierung in den letzten vier Jahren nicht alles eingemischt! Das fängt damit an, ob die Taxichauffeure reden dürfen, wie sie ihren Fahrgast behandeln müssen. Ein Perfektionismus, der zu nichts anderem führt als zu mehr Papier und mehr Gängelung. Die hat in den letzten vier Jahren zugenommen. Ganz zweifellos. Das kann ich auch quantifizieren: Das Bundesgesetzblatt ist dreimal so dick wie 1969. Ich habe nicht den Eindruck, daß es uns deshalb dreimal besser geht.
Hansen: Das meinen Sie doch nicht im Ernst, Herr Blüm?
Blüm: Das meine ich im Ernst.
Hansen: Ja, wenn das die Konkretisierung sein soll... Der Gag mit den Taxichauffeuren, den können wir ja weitertreiben. Für mich ist das aber was anderes, Freiheit durch Sozialismus.
Blüm: Allerdings, umgekehrt wird auch ein Schuh daraus. Wenn die Sozialdemokraten, wie Sie gerade dargestellt haben, die Freiheit für den Sozialismus beschlagnahmen, dann ist das eine sublime Arroganz, die in der Tat freiheitsgefährdend ist. Also den Spieß rumzudrehen, den vermeintlichen, das finde ich...
Hansen: ... völlig richtig.
Blüm: Ja, da scheiden wir uns in der Tat.
Hansen: Denn das will doch Ihre Partei mit der Parole „Freiheit statt Sozialismus": Die soziale Demontage. Dazu müssen Sie mal Stellung nehmen. Wenn Sie sagen: Die Eigenverantwortlichkeit des mündigen Bürgers muß das Prinzip der Sozialgesetzgebung werden... Das bedeutet doch Demontage. Und dann endet das in einer Passage bei Strauß: „Dazu gehört auch Privatvermögen". Wörtliches Zitat.
Blüm: Da werden Sie furchbar erschreckt sein. Dies Zitat kann ich unterschreiben. Denn erstens bin ich in der Tat der Meinung, daß Eigenverantwortung das Prinzip der Freiheit ist, und daß Emanzipation etwas zu tun hat mit Selbständigkeit. Ich emanzipiere kein Kollektiv, ich emanzipiere Menschen, Personen, Individuen. Alle solidarischen Einrichtungen sind nur die Krücke für diese Politik. Ich sehe beispielsweise nicht ein, warum es 'ne Großmutter auf Krankenschein gibt. Und in der Tat gibt es in unserem Sozialsystem Belastungen, von denen wir uns befreien müssen. Die Angorahose auf Krankenschein, die im übrigen nicht vom Arbeiter bezogen wird, ist ein sehr teurer Perfektionismus, der von den Arbeitern bezahlt wird.

„Angora-Unterwäsche und Großmutter – das bringt nichts"

Hansen: Dann sagen Sie doch ganz konkret, daß Sie für die Eigenbeteiligung der Rentner an den Krankenkassen sind!
Blüm: Nein.
Hansen: Doch. Sagen Sie es deutlich! Nicht Angoraunterwäsche und Großmutter, das bringt nichts. Sagen Sie sozialer Abbau durch Eigenbeteiligung, die wir abgeschafft haben. Der Rentner an der Krankenkasse – das wollen Sie doch.
Blüm: Wollen Sie für mich mitdiskutieren, damit die Vorurteile der sozialdemokrati-

Karl-Heinz Hansen, SPD-Bundestagsabgeordneter, stellvertretender SPD-Vorsitzender von Düsseldorf, Mitglied des Verteidigungsausschusses, Aufrüstungsgegner, Autor des PDI-KONKRET-Bandes 5 über die CDU/CSU „Demagogie als Programm".

Norbert Blüm, CDU-Bundestagsabgeordneter, ehemaliger Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, Gewerkschafter, Befürworter der neuen Ostpolitik, Gegner von F.J. Strauß, Buhmann des „Bayernkurier" und anderer rechtsradikaler Blätter.

schen Wahlkampfführung auch gleich erfüllt werden? Dann kann ich ja immer nur nicken oder abwinken. Die Angoraunterhose, wenn die Euch nicht paßt, mir paßt sie sehr. Die allermodischsten Prestigemedizinen sich bezahlen zu lassen von den Pfennigen der armen Leute – was daran sozial ist, weiß ich nicht. Und jetzt, was die Selbstbeteiligung der Rentner anbelangt: Erstens ist die mal eingeführt worden von der Großen Koalition. Wie sich der Kollege Hansen erinnert, waren die Sozialdemokraten daran beteiligt. Der Vizekanzler hieß Brandt. Zweitens: Wenn Renten- und Krankenversicherungen wirklich am Schwimmen sind, wie sie es jetzt sind, werden sie auch nicht durch die Gesundbeterei des Herrn Arendt an's Land gezogen. Wenn sie tatsächlich am Schwimmen sind, dann muß man sich mal fragen, ob das sehr sozial ist, daß die alten Rentner ihre Krankenversicherung völlig frei haben. Da sind Leute in der Krankenversicherung, die nie einen Pfennig für die Krankenversicherung bezahlt haben. Die bekommen jetzt im Alter plötzlich 'ne freie Krankenversicherung. Das sind Selbständige, die sich eingekauft haben. Fünf Jahre vor der Rente. Die lassen sich in der Rentenversicherung versichern, brauchen nie mehr einen Pfennig für die Krankenversicherung zu bezahlen. Ob diejenigen, die mehr als 1000 Mark Rente bekommen, sich nicht mit 'nem Prozentsatz an der Solidareinrichtung Krankenversicherung beteiligen sollen, ist durchaus 'ne Frage.

Hansen: Ja, und ganz konkret, wo sind da Ihre Forderungen?

„Löcher, in denen der Staat nichts zu suchen hat"

Blüm: Habe ich doch grade gesagt. Worin wir uns unterscheiden, das ist in der Tat der Bezugspunkt der Politik. Ich habe nicht davon gesprochen, daß wir 'ne Gesellschaft von Einzelkämpfern produzieren oder anstreben, in der Rücksichtslosigkeit sozusagen der Platzanweiser ist. Aber zu sagen, die Selbstentfaltung des Einzelnen geht nur über die Gemeinschaft, das ist eine völlige...

Hansen: Das ist nicht wahr, wir sagen ja: Die Bedingung der Möglichkeit der Selbstverwirklichung ist die Aufhebung der Selbstentfremdung. Würden Sie dem nicht zustimmen?

Blüm: Es gibt ein Loch in dieser Argumentation, das politisch nicht uninteressant ist. Es gibt eine Menge Dinge im Leben, die auch politisch relevant sind, für die die Gemeinschaft nicht zuständig ist.

Hansen: Der Meinung bin ich auch!

Blüm: Also die Gemeinschaft hat keine Antwort auf die elementaren Fragen wie Liebe, Tod...

Hansen: ... Sexualität, die Sie immer noch in den Griff nehmen wollen, schwer zupakkend.

Blüm: In den Griff will ich überhaupt nichts nehmen.

Hansen: Wir wollen über die Pornographie-Diskussion erst gar nicht mal reden, was da bei Ihnen alles hochgekommen ist, das war ja wohl doch stinkendes 19. Jahrhundert. Das sind die Löcher, die ich auch meine, einverstanden, wo der Staat nichts zu suchen hat.

Blüm: Wollen wir jetzt das Thema Sexualität diskutieren oder nur Sexualität als Exempel für die Theorie? Ich will nur darauf aufmerksam machen, daß die Beschlagnahmung des Menschen durch die Gesellschaft...

Hansen: Dann müßten Sie eigentlich für die Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs sein, weil der Mensch eigenverantwortlich, sittlich sich entscheiden können muß, ohne Strafandrohung!

Blüm: Gut, wollen wir dieses Loch jetzt gleich bestimmen: Ich habe gesagt, der Bezugspunkt ist der Einzelne, und da kann ich nicht unterscheiden: Fünf Minuten vor der Geburt oder fünf Minuten nach der Geburt; beschädigtes Leben oder nicht beschädigtes Leben, ...

Hansen: ... nein, aber Sie wollen den Staat da als strafenden Rächer drüber bestimmen lassen...

Blüm: Ja, ich bin dafür, daß mit Sanktionen sichergestellt wird, daß jedes Leben...

Hansen: Sie sind für die Todesstrafe?

Blüm: Nein, dagegen.

Hansen: Aha, sagen Sie das auch Ihren Freunden Dregger und Jäger und Genossen?

Blüm: Dregger ist meines Wissens auch nicht für die Todesstrafe.

Hansen: Oh ja?

Blüm: Na gut, da haben wir eine Meinungsverschiedenheit, also gar keine Aufregung.

KONKRET: Genau deshalb haben wir am Anfang dieser Diskussion die Frage nach der jeweiligen Wahlentscheidung gestellt, weil Sie beide politische Positionen beziehen und in der Vergangenheit bezogen haben, die nicht unbedingt mit *der* Parteimeinung übereinstimmen. Aber wer Hansen wählt, wählt Schmidt und vielleicht, wer weiß, bald wieder Karl Schiller. Und wer Blüm wählt, wählt Kohl und unvermeidlich Strauß. Ist Ihnen eigentlich dieses Gefühl unbehaglich?

Blüm: Also erstmal muß ich zur Enttäuschung von allen Reinrassigen sagen, daß Politik ein Mannschaftskampf ist, und daß die schönste Partei, die ich mir vorstellen könnte, die Blüm-Partei wäre. Die würde nur aus einem Mitglied bestehen und relativ einflußlos sein. Also haben Sie die Wahl, entweder gar keine Politik zu machen und Ihre Ideen zu pflegen oder ein Maximum von Ihren Ideen durchzubringen. Wenn Sie diese zweite Alternative bejahen, dann sind Parteien nur Instrumente. Dann müssen Sie sich das Instrument aussuchen, mit dem Sie ein Maximum Ihrer Ideen verwirklichen. Aber es handelt sich nicht um eine Identifikation mit einer Partei im Sinne von Mitgliedschaft in Kirchen oder eheähnlichen Bindungen. Das ist ein reines Zweckbündnis.

„Mitbestimmung? Da hab ich mit dem Fernglas geguckt"

Hansen: Das ist so allgemein, daß es gar nicht unwahr sein kann. Herr Blüm versucht natürlich, elegant um das Problem herumzugehen. Das ist nämlich das, daß zum Beispiel die Sozialausschüsse, unter

anderem auch der Herr Blüm als ein Mitglied der Sozialausschüsse, sich in „KONKRET" immer versuchen, links zu profilieren...

Blüm: Was heißt profilieren?

Hansen: Jetzt muß man mal die Frage stellen, wie glaubwürdig ist das Ganze? Und da sind wir nun beide angesprochen.

Blüm: Das ist gar nicht so einfach. Damit ich von den Allgemeinplätzen runterkomme: Ich habe mich nicht links profiliert in der Mitbestimmung...

Hansen: Das habe ich nicht behauptet. Ich habe gesagt: „versucht". Im Gegenteil...

Blüm: Achtung, Achtung, das Gelände ist minenhaltig! Wir haben ganz einfach in diesem hohen Hause den Mitbestimmungsantrag der Parität eingebracht. Und da hab ich mit dem Fernglas geguckt. Kein Sozialdemokrat. Hättet Ihr Euch doch ein bißchen profiliert. Dann wär 'ne Mehrheit möglich gewesen. Ich habe dem Ausschuß für Arbeit angehört. Wenn die Sozialdemokraten, die am 1. Mai das Rednerpult umreißen, weil sie für die Parität sind, das nicht

Das kleinere Übel?

nur am 1. Mai machen würden, sondern hier drei Stockwerke höher, im Parlament, gäbe es eine pari...

Hansen: Also ich will mal ganz deutlich sagen: In der Mitbestimmung gilt das, was Sie eben so allgemein gesagt haben. Ich hätte nicht im Traum daran gedacht, an dem Feigenblatt der CDU/CSU mitzustricken, das die Sozialausschüsse hier bedeuten und dauernd hergeben. Dauernd. Ich könnte Sie zum Beispiel fragen, da Sie ja so schön von Löchern gesprochen haben und es so sehr mit Wertordnung haben und dann noch mit christlicher Wertordnung, die eine der höchsten ist: Wo ist denn eigentlich Ihre solidarische Aktion gewesen bei der Aufhebung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer? Das lassen Sie Ihre Eisenfresser machen in Ihrer Fraktion! Das ist die Wahrheit.

Blüm: Ich weiß, ich komm' ja gleich. Ein Klöß nach dem anderen. Wie man ißt. Also bleiben wir noch einmal bei der Mitbestimmung. Ihr solltet das Feigenblatt nicht umfunktionieren zum sanften Ruhekissen derjenigen, die sich für links in der Sozialdemokratie halten. Ob mit Feigenblatt oder ohne Feigenblatt, 'ne Mehrheit wäre in diesem Saal gewesen. Und ich hab' vorhin vom Mannschaftskampf gesprochen. Mannschaftskampf hab' ich nicht als Parademarsch empfunden. Da gibt's durchaus Stellen... bei den Polen-Verträgen bin ich nicht mit der Mannschaft marschiert, ich bin in Mitbestimmung nicht mit der Mannschaft marschiert. Ich will mich gar nicht brüsten. Aber es gibt bestimmte Stellen, wo ich sagte...

„Wenn's ernst wird, hör ich immer kritische Solidarität"

Hansen: Als Einzelkämpfer kann ich Ihnen erzählen, wo ich überall nicht hinmarschiert bin. Das bringt nur nichts. Als Sozialausschüsse dürft Ihr in der Opposition immer machen, was Ihr wollt. Solange aber regiert wurde in der CDU/CSU hattet Ihr die Schnauze zu halten, Kiste rein, Deckel zu und aus. Dann regiert der Wirtschaftsrat der CDU. Ja, auch wir haben als Linke kritische Solidarität mit der Regierung zu üben, und ich sage das ganz offen: Unsere Solidaritätsanspannung ist manchmal bis an die Grenzen gegangen. Die haben wir zähneknirschend geübt. Wir haben aber – und das ist das Entscheidende – in der Fraktion und auf Parteitagen die Alternativen deutlich gemacht, und wir haben auch etwas mehr erreicht...

Blüm: Widerstand zwischen den Zeilen.

Hansen: Nicht zwischen den Zeilen. Das unterscheidet uns nämlich: daß wir auf Parteitagen die Alternativen nicht nur deutlich machen, sondern daß wir durch unsere Beiträge und Arbeit in der Partei auch erreichen, daß die festgeschrieben werden in einem Programm, das verbindlich ist für diese Partei auch für die Zukunft. Und es hat keine Partei außer unserer so ein mittelfristiges und langfristiges Programm wie den Orientierungsrahmen, in dem sehr deutlich steht, was unser politisches Wollen ist in diesem Land, auch in Bezug auf die Mitbestimmung. Daß wir es, wenn wir weiterregieren wollen, mit einem Koalitionspartner zu tun haben, der hier etwas anderer Meinung ist, weiß auch jeder politisch aufgeklärte und kundige Thebaner. Das sind genau die Realitäten, die in der Politik eine Rolle spielen.

„Mit einer ganzen braunen Mafia in der Fraktion"

Blüm: Wenn's ernst wird, hör ich immer die kritische Solidarität. Ob kritisch oder nicht kritisch... wenn der Herbert Wehner durch die Finger pfeift, seh ich Euch marschieren in geschlossener Formation. Wie war das denn bei der Verdopplung des Steuerfreibetrages für die Arbeitnehmer? Den hat die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD sonntags in Duisburg beschlossen. Die Tinte war noch nicht trokken, da haben die hier im Deutschen Bundestag das Gegenteil beschlossen. Wenn das kritische Solidarität ist, muß ich mir allerdings den Bauch halten. Die haben nicht mit den Zähnen geknirscht, dafür hab ich ja Verständnis. Aber die sind noch ans Rednerpult gegangen, der stellvertretende Afa-Vorsitzende hat mit voller Überzeugungskraft, zu der sein Talent ihn befähigt, das Gegenteil von dem gesagt, was er 72 Stunden vorher beschlossen hat.

Hansen: Es geht um die Rolle, die bestimmte Gruppierungen in der Partei darstellen. Wir machen das auf den Parteitagen sehr deutlich. Mir würde als jemand so von Ihrer Statur natürlich das Gewissen schlagen, wenn ich in der Fraktion mit einer ganzen braunen Mafia zusammensitzen müßte, von Becher über den Fircks...

Blüm: Jetzt komm' ich mal zu 'ner sehr prinzipiellen Bemerkung: Ich finde es uninteressant, ob eine Position vertreten wird von Herrn Meier oder von Herrn Schmidt. Interessant ist allein, ob die Position stimmt. Wenn sie stimmt, muß sie die Mehrheit kriegen, egal wer sie vorträgt.

Hansen: Nein, so einfach ist das für mich nicht. Wenn's Ihnen paßt, führen Sie die Geschichte an, Herr Blüm, da gehen Sie sogar bis auf Kaiser, Rom und Renovatio zurück. Ich muß auch die Geschichte anführen, und die liegt uns ein bißchen näher. Weil nämlich die CDU/CSU eine bestimmte Kontinuität zum Dritten Reich hergestellt hat, personell und in Programmen. Und dann spielt die geschichtliche Vergangenheit von Leuten, die nach wie vor aktiv Politik machen, eine wesentliche Rolle. Der Globke ist nun mal der Ingenieur der Macht Adenauers gewesen und all die braunen Herrschaften um ihn herum, von Vialon über Oberländer bis werweiß-noch. Da kann man nicht sagen: Mir ist egal, was die gemacht haben. Die haben ja schließlich die Bundesrepublik in der Ausgestaltung des hohen Anspruchs des Grundgesetzes mit ihrem Verfassungskern der Grundrechte zu dem gemacht, was wir dann hier Ende der sechziger Jahre vorgefunden haben. Und wenn dann heute so ein Neu-Konservatismus entsteht und wir auf dem Wege sind, neue faschistoide Töne zu hören von Dregger und Filbinger, dann kommt das ja nicht aus dem luftleeren Raum, sondern das ist auch geschichtlich bedingt. Zum Beispiel der Herr Fircks, der als SS-Mann Polen ausgesiedelt hat und heute die Bundesregierung angreift, sie mache keine vernünftige Aussiedlerpolitik. Wo ist da Ihr Protest?

Blüm: Ich komme, eins nach dem andern. Erstens: Wenn wir anfangen, politisch Vergangenheiten an Personen festzumachen und davon sozusagen politische Entscheidungen heute abhängig zu machen, wird das ganz schlimm. Ich halt nichts davon, dem Herbert Wehner ständig seine kommunistische Vergangenheit vorzuführen. Ich meine, wie man reinruft, schallt's raus. Ich bin dagegen, aus der Sozialdemokratie, weil es darin auch Kommunisten gibt, jetzt 'ne kommunistische Partei zu machen.

Hansen: Kommunisten?

Blüm: Natürlich gibt's auch die.

Hansen: Wo?

Blüm: Da brauchen Sie doch gar nicht so aufgeregt zu sein.

Hansen: Ich sag ja gar nichts.

Blüm: Und ich bin auch dagegen, aus der CDU eine spätnazistische Partei zu machen. Ein Trick, den die Sozialdemokraten pausenlos machen. Vier Fünftel der Mitglieder der CDU haben das Nazireich gar nicht erlebt und selbst wenn die gewollt hätten, hätten die nicht Nazis sein können. Zweitens: Wir können jetzt über jede ein-

zelne Person streiten, vielleicht wird das dann noch etwas konkreter werden. Das liegt nicht auf meiner Ebene. Es gibt auch in der der Sozialdemokratie angehörigen Arbeitnehmerschaft Affinitäten für alte nationalistische Thesen. Und wenn ich den Wahlkampf der SPD sehe, da stelle ich nicht fest, daß der durch 'ne gewisse Skepsis gegenüber dem Begriff Nation ausgezeichnet ist. Und wenn ich manche Töne höre, die bei sozialdemokratischen Arbeitnehmern Beifall finden, dann kann ich nicht sagen, die wären immun gegen Rechtsradikalismus. Deshalb schimpft nicht nur über die CDU. Kehrt Ihr in Eurem Laden, ich kehr' in meinem.

Hansen: Herr Blüm, so einfach ist das nicht. Ich habe gesagt, ich will Vergangenheit nur so weit einbeziehen in politische Betrachtung, als sie in ihrem Geist in der Gegenwart virulent ist. Sehn sie, wenn Ihr Professor Zeitl aus Südafrika zurückkommt, und alles schön findet,wenn Wohlrabe über Chile spricht oder Strauß griechische Junta zum Kaffee besucht...
Das ist das, was ich mit Virulenz faschistischer Couleur und Tendenzen meine.

Blüm: Auch das stimmt wieder nicht, daß die CDU nur Pinochet stabilisieren will. In der CDU wurde auch Druck auf Chile ausgeübt, Druck im Sinne der Menschenrechte. Aber ich will jetzt nichts verniedlichen. Es gibt Sprüche, die ich nicht teile und die ich ablehne, nach wie vor.

„Soziale Demontage auf breiter Linie"

KONKRET: Was passiert eigentlich schlimmes, Herr Hansen, wenn die CDU an die Regierung kommt. Was passiert Schlimmes, Herr Blüm, wenn die SPD dranbleibt?

Blüm: Die Gewerkschaften müssen geradezu wallfahrten und beten, daß die CDU drankommt, damit Sie wirklich wieder Gewerkschaften sein können. Wenn die SPD dranbleibt, passiert das sehr Schlimme, daß die Gewerkschaften in die Lage kommen, in der Dornröschen 100 Jahre lang war. Das ist für die deutsche Arbeiterbewegung sehr gefährlich. Zweitens: Ich sehe bei dieser Partei 'ne Menge Kleister, mit dem soziale Probleme bekleistert werden. Bleiben wir beim Hauptproblem Arbeitslosigkeit. Die Art von sozialer Ignoranz, die diese Regierung beim Thema Arbeitslosigkeit vorlegt, die ist in einer CDU-geführten Regierung unmöglich. Diese Art von Einschläferung im sozialen Bereich, die im Schlepptau der sozialdemokratischen Gesundbeterei kommt, halte ich für sehr bedrohlich.

Hansen: Ich halte das für Zynismus, denn wenn man sich anschaut, was in den Positionspapieren des gesellschaftspolitischen Arbeitskreises der CDU steht, dann wird dort ja soziale Demontage auf breiter Linie propagiert.

Blüm: Also ich gehör dem Arbeitskreis an, dies Papier gibt's überhaupt nicht.

Hansen: Das habe ich bisher unwidersprochen zitiert gefunden. Überall.

Blüm: Hiermit widerspreche ich hochoffiziell als Norbert Blüm im Vollbesitz meiner geistigen Kräfte, voll wissend, was es in diesem Arbeitskreis gibt, weil ich Mitglied bin...

Hansen: Also dann muß man sich auf die berufen, die wahrscheinlich die CDU/CSU-Regierung bestimmen werden, wenn sie an die Macht kommt. Das ist nicht Herr Kohl, sondern das sind eher Herr Stoltenberg und Herr Strauß, die von den Grenzen des Sozialstaats sprechen von den Wohltaten, die nicht mehr zu rechtfertigen-sind. Und dann muß ich sagen: Die Zahlen, daß zwei bis drei Prozent Arbeitslosigkeit nach internationalem Standard Vollbeschäftigung bedeuten, die gibt's nun weiß Gott aus Ihrem Lager genau so gut wie bei den sogenannten Experten. Und wenn mich wirklich eines ganz überzeugt sein läßt von der zukünftigen Politik meiner Partei, dann ist es das, daß Vollbeschäftigung Punkt Nummer 1 in unserem Programm ist und die SPD in der Tat das Grundrecht auf Arbeit durch die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung durchsetzen wird.

„Ein Heldenfriedhof mit 20 000 Unternehmern"

Blüm: Aber Arbeitslose interessiert, was Ihr gemacht habt. Und da stelle ich fest, daß Ihr eine Konjunkturpolitik betrieben habt, die das Beschäftigungsproblem verschärft hat. Beweis: Das Programm der Investitionszulagen von 7,5 % war ein Programm, das die Großunternehmer begünstigt hat, nämlich die Unternehmen, die investieren konnten. Das war die Firma Veba, mit 2,2 Milliarden, die Firma BASF mit rund 1,5 Milliarden, – die haben deshalb noch keine müde Mark mehr investiert, die haben die staatlichen 7,5 Prozent genommen und weiter tüchtig rationalisiert. Dies war eine Politik, die die Großen größer, die Starken stärker gemacht und die Betriebe, wo die Arbeitsplätze am meisten gefährdet waren, gar nicht erreicht hat. Die konnten nämlich gar nicht investieren. Die haben auch keinen Investitionszuschuß erhalten. Das war eine Politik, die an einem Wachstum orientiert war. Unter diesem Gesichtspunkt war die Politik richtig, sie hat dort angesetzt, wo das größte Wachstumspotential war. Und das war in den gesunden Betrieben. Die 20 000 Betriebe, die da mit ihren Arbeitsplätzen untergegangen sind, haben von dieser Konjunkturpolitik nichts gehabt.

Hansen: Sie greifen einen einzigen Punkt raus und sagen, dies sei die verfehlte Konjunkturpolitik. Und es bleibt allerdings nicht zu bestreiten, daß die Bundesregierung mit ihrem Konjunkturprogramm insgesamt summa summarum 900 000 Arbeitsplätze gesichert hat. Und wer war denn – wenn wir uns einig sein könnten, daß der Kapitalismus ein irrationales System ist, das nicht viel Spielraum läßt für qualitative Veränderungen – wer war denn nun nach 45, wer war denn 20 Jahre verantwortlich für das System, das hier gewachsen ist? Das waren wir ja wohl nicht, da waren wir in Opposition. Und am Anfang wollten Sie das ja auch nicht so ganz. Im Ahlener Programm stand ja was anderes. Das war ja noch ein antikapitalistisches Strukturprogramm. Sie sagen, die Investitionszulage hat eindeutig den großen Konzernen genützt. Wer hat für die Entstehung dieser Großkonzerne gesorgt? Durch die entsprechende Steuergesetzgebung, die ist ja nicht auf unserm Mist gewachsen? Wer hat die ungleichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse geschaffen, die den Konzentrationsprozeß in Gang gesetzt haben?

Blüm: Ich hab mich nie als ein Verteidiger des Kapitalismus betrachtet, auch in dieser Diskussion nicht. Deshalb können wir das vor der Tür unseres Gesprächs lassen. Was den Erfolg der sozialdemokratischen Beschäftigungspolitik anbelangt, wenn ich von den 900 000 Arbeitsplätzen höre, die da geschaffen wurden...

Hansen: Gesichert.

Blüm: Ja, feststeht, daß wir in den letzten zwei Jahren 1,7 Millionen verloren haben und daß der Arbeitsplatzverlust viel härter ist als die statistischen Blitzlichter zum Vorschein bringen. Wir haben nämlich 600 000 ausländische Arbeitnehmer heimgeschickt. Wir haben also Arbeitslosigkeit exportiert und haben rund 400 000 Arbeitnehmer früher in die Rente geschickt.
Ich finde es viel wichtiger, als über alle Systemfragen zu streiten, darüber nachzudenken, welche Instrumente denn genutzt werden können. Beispielsweise ist das Mittel der Steuerpolitik überhaupt noch nicht genutzt worden. Mit einem massiven Verlustrücktrag, womöglich noch mit Vermögenspolitik gekoppelt, hätten wir genau die Unternehmen erreicht, die am Wackeln waren. Bloß, dort sind die Arbeitsplätze verlorengegangen. Statt dessen höre ich die Bundesregierung davon reden, ja, in der Marktwirtschaft wäre es so, daß Unternehmen eben ausscheiden müßten. Wir können einen Heldenfriedhof für die Marktwirtschaft errichten. Dann liegen aber nicht nur Unternehmer drauf, dann liegen pro ausgeschiedenem Unternehmen so rund 50 Arbeitnehmer drauf. Die 50 mal 20 000 erklären ein Großteil der Arbeitslosigkeit. Und nun noch zum Konzentrationsprozeß: Im letzten Jahr, da werdet Ihr wohl kaum sagen , der Adenauer wäre dran schuld, ist die Zahl der Fusionen um 41 Prozent gestiegen.

Hansen: Sie wollen doch nicht allen Ernstes für möglich halten, daß eine einzige Regierung mit einem Donnerschlag die Konzentration beseitigt, den Kapitalismus abschafft...

Blüm: Wie lange wollt ihr denn noch die 20 Jahre CDU zum Alibi nehmen, daß ihr nichts macht? Ihr seid doch sieben Jahre dran! ●

Interview mit dem Hamburger Bundestags-Kandidaten Gerhard Weber:

Ausgerechnet die?

KONKRET: Herr Weber, Sie sind Bundestagskandidat der FDP in Hamburg. Fällt es Ihnen schwer, sich zu wählen?

Weber: Nein, denn sonst würde ich nicht kandidieren.

KONKRET: Halten Sie es für selbstverständlich, daß jedes Mitglied einer Partei diese Partei auch wählt?

Weber: Nicht unbedingt. Hamburger Sozialdemokraten etwa, sofern sie nicht konservativ sind, wären besser beraten, FDP zu wählen. Möglicherweise gibt es auch FDP-Mitglieder, die aus irgend einem Grund eine andere Partei wählen.

KONKRET: Sie könnten also verstehen, daß ein Jungdemokrat einem FDP-Kandidaten, der nach einem Besuch in Chile die Aufbauleistungen Pinochets gerühmt hat, seine Stimme verweigert?

Weber: Ich könnte das verstehen. Ich habe nur den Eindruck, daß man Herrn Moersch nicht ganz gerecht wird. Moersch ist in die Kritik von rechts und links geraten. Von rechts, weil er linke politische Gefangene freibekommen und in die Bundesrepublik eingeladen hat. Von links, weil er etwas zu leichtfertig die wirtschaftliche Entwicklung Chiles positiv beurteilt hat.

KONKRET: Herr Mörsch ist *ein* Kandidat. Aber Herr Genscher ist Parteivorsitzender, und wenn der nun erklärt, die Reformbewegung im westeuropäischen Kommunismus sei noch gefährlicher als der Sowjetkommunismus, und damit den ohnehin grassierenden Antikommunismus in diesem Land weiter anheizt – was macht ein linker Liberaler dann?

Weber: Er versucht, für seine Auffassung Mehrheiten zu erringen. Die Genscher-Erklärung, die ich nicht teile, ist aber wohl so zu verstehen, daß hier der Vizekanzler seinem Kanzler Schmidt mit dessen ebenso unglücklichen wie törichten Italien-Parolen im Wahlkampf Schützenhilfe gibt und damit in dessen Fehler verfällt.

KONKRET: Genschers Erklärung ist nicht als grundsätzliche Positionsbestimmung der FDP in dieser Frage zu werten?

Weber: Es gibt in dieser Frage keine Beschlüsse der FDP. Allerdings kann man auch von einer liberalen Partei nicht erwarten, daß sie in Lobpreisungen des Kommunismus ausbricht. Ich persönlich meine, daß Politiker, die die Entwicklung unter Dubček in der CSSR begrüßt haben – und dazu gehören Vertreter aller Parteien, auch führende Liberale – schlecht die Entwicklung diskriminieren können, die sich unter Berlinguer in der KPI und unter Marchais in der KPF vollzieht.

KONKRET: Apropos Dubček: der bekäme doch in diesem Lande und unter sozialliberalen Regierungen sicherlich Berufsverbot. In Hannover könnte er nicht einmal Friedhofsgärtner werden.

Weber: Ich selbst bekämpfe die Berufsverbote seit ihren Anfängen hier in Hamburg im Dezember 1971. Damals sogar noch als einziger in der Hamburger Bürgerschaft gegen die massive Kritik des sozialdemokratischen Denkmals Prof. Herbert Weichmann. Allerdings mit Unterstützung des FDP-Landesvorstands.

KONKRET: Inzwischen ist die Mehrheit der Hamburger FDP gegen die Berufsverbote, ganz im Gegensatz zur örtlichen SPD. Das hat dazu geführt, daß manche Sozialdemokraten die FDP für die eigentlich linke Partei in der Hansestadt halten. Bei den letzten Bürgerschaftswahlen haben viele SPD-Mitglieder auch entsprechend gewählt. Wenn man aber jetzt am 3.10. den linken Weber wählt, bekommt man den rechten Moersch.

Weber: Wenn die Hamburger FDP, die innerhalb der Bundes-FDP die fortschrittliche Position vertritt, zwei oder drei Prozent verliert, dann ist das nicht nur ein Image-Verlust, sondern das gäbe auch den Konservativen in der Partei neuen Elan. Motto: Das habt Ihr von Eurer Politik! Ein Wahlerfolg der Hamburger FDP würde hingegen bedeuten, daß die Bundespartei in Zukunft noch stärker mit uns rechnen muß als schon jetzt. Und zwar nicht nur in Fragen der Freiheit der Grundrechte des Bürgers, die derzeit immer weiter reduziert wird, sondern auch in bildungs- und wirtschaftspolitischen Fragen.

KONKRET: Was trennt diese Hamburger FDP eigentlich noch von der Position linker Sozialdemokraten?

Weber: Das ist eine Gewissensfrage für die Sozialdemokraten, nicht für mich. Uns trennt unser Verständnis von der Rolle der Freiheit. Unser Endziel als liberale Reformpartei ist nicht der Sozialismus gleich welcher Prägung, sondern eine reformierte kapitalistische Gesellschaft. Wir wollen den Kapitalismus nicht abschaffen, wir wollen seine Giftzähne ziehen.

KONKRET: Könnten Sie sich vorstellen, warum ein Sozialist da noch FDP wählen sollte?

Weber: Weil er seine gesellschaftspolitischen Ziele nur in einer freiheitlichen Gesellschaft verfolgen kann, für die die FDP bis an die Grenze ihrer Kraft kämpft. Auf der Tagesordnung in der Bundesrepublik steht, Freiheiten nicht zu verspielen – etwa dadurch, daß ein Herr Dregger Innenminister wird. Und da kann ein Sozialist durchaus punktuell auch die Liberalen unterstützen, die sich für die Ausweitung der Freiheiten in unserer Gesellschaft einsetzen.

KONKRET: In der FDP ist, wie auch in der SPD, zu beobachten: Auch wenn progressive Positionen auf Parteitagen Mehrheiten finden, die jeweilige Regierungsmannschaft blockt das alles ab, wobei sie gern darauf verweist, daß der Koalitionspartner leider nicht mitmache. Hätte die Parteilinke in der Opposition mehr Chancen?

Weber: Es ist unpolitisches Denken, wenn man wünscht, daß die sozialliberale Regierung zur Regeneration in die Opposition müßte. Es wäre unverantwortlich, Strauß und der Reaktion die Führung der Regierung freiwillig zu überlassen. ●

KONKRET-Interview
mit der
Juso-Vorsitzenden
Heidi Wieczorek-Zeul

Brüder seht die Signale!

KONKRET: Frau Wieczorek-Zeul, was wählen Sie am 3. Oktober?
Wieczorek-Zeul: SPD, völlig klar.
KONKRET: Warum eigentlich: völlig klar? Sie sind doch für demokratischen Sozialismus, und der wird Ihnen diesmal von der SPD nicht versprochen.
Wieczorek-Zeul: In der Bundesrepublik ist die SPD die Partei, in der die Arbeitnehmer am stärksten verankert sind, und die als einzige Chancen für die Verwirklichung einer Politik des demokratischen Sozialismus bietet. Daran ändert das Verhalten einzelner Mandatsträger nichts. Unter diesen grundsätzlichen Aspekten machen wir auch Wahlkampf. Jede andere Perspektive, z.B. die Wahl einer anderen Partei oder Wahlenthaltung führt in die falsche Richtung, stärkt die Linke in der BRD nicht, sondern schwächt sie.
KONKRET: Sind Sie ganz sicher, daß die Schwäche einer linken, einer linkssozialistischen oder kommunistischen Alternative zur SPD die Linke in der SPD stärkt?
Wieczorek-Zeul: Für Sozialisten in der BRD gibt's keine Alternative zur SPD. Was die DKP darstellt, ist weder eine eigenständige noch sozialistische Linie im Sinne von Betonung der Souveränität des Volkes, von Mobilisierung und Aktivierung. Das haben auch die anderen westeuropäischen KPs erkannt. Die DKP ist weder Alternative noch attraktiv. Im übrigen gehe ich davon aus, daß jede zusätzliche linke Partei die SPD eher nach rechts drükken würde. Das gilt auch für eine linkssozialistische Partei, an die manche denken.
KONKRET: Sie sagen, in der SPD sind die deutschen Arbeitnehmer verwurzelt, die SPD ist die Partei, die die besten Ansätze bietet für eine Politik des demokratischen Sozialismus. Diese Ansätze hat die SPD eigentlich immer geboten, mal mehr, mal weniger. Aber immer, und insbesondere an den historisch entscheidenden Punkten, ist die Entscheidung in der SPD gegen eine Politik des demokratischen Sozialismus gefallen. Was gibt Ihnen eigentlich die ewige Hoffnung, daß es irgendwann anders aussehen könnte?
Wieczorek-Zeul: Zunächst ist es je mal ein Unterschied, was Mehrheitslinie der Partei ist, und das, was in der Regierung, in der Sozialdemokraten vertreten sind, verwirklicht wird. Im übrigen: Die Entwicklung zum demokratischen Sozialismus ist ein Prozeß. Über sie wird nicht in einzelnen „Akten" entschieden. Und zweitens, wenn man die Parteigeschichte selbst nimmt, gab es lange Phasen, in denen die theoretisch radikalste Position die Mehrheitslinie der Partei war.

KONKRET: Ist es denn nicht so, daß der permanente Widerspruch zwischen progressiven Programmen wie dem Orientierungsrahmen und der konservativen Regierungspraxis auf allen Ebenen darauf hindeutet, daß diese innerparteiliche Diskussion so'ne Art Integrationsgymnastik ist, die zugelassen wird, um umso ruhiger die Regierungsgeschäfte in der bisher geübten Form weiterzutreiben? Gibt es Gegenbeispiele? Wir haben 72 alle SPD gewählt, nun haben wir 76, nun sollen wir wieder alle SPD wählen – wieviel ist denn eingelöst von dem Versprechen „Demokratischer Sozialismus", das damals auf allen Plakaten prangte?
Wieczorek-Zeul: Ja, da würden wir uns freuen, wenn wir die heute sehen würden ...
KONKRET: Auch das ist ein Indiz.
Wieczorek-Zeul: Ja, sicher. Aber zu den Fragen: Parteidiskussion als folgenlose Beschäftigungstherapie für die Linke? Eine Parteidiskussion ist so dynamisch, daß man die nicht funktionalisieren kann. Die Diskussion in der SPD hat immer auch Auswirkungen auf das, was die Regierung macht. Warum sonst hätte es Mitte 1974 Versuche gegeben, in der SPD die Diskussion über den Orientierungsrahmen abzubrechen. Und wenn man unterstellen würde, das werde nur gemacht, um die Linken da in der Partei zufriedenzustellen, würde man die Dynamik, die in einer solchen Diskussion steckt, einfach unterschätzen. Die zweite Frage: Was ist nun seit 72 eingelöst worden? Wo sind denn nun real die Reformen? Wir verstehen unseren Wahlkampf und auch unsere Argumentation so, daß wir natürlich zunächst eine Reihe von Rahmenbedingungen, die da in der Tat die SPD behindert haben, darstellen, sei es die Bundesrats-Mehrheit der CDU/CSU, sei es die FDP und sei es Friderichs in der Regierung, sei es das Bundesverfassungsgericht. Und wir stellen natürlich auch dar, was an wirtschaftlicher Krise in dieser Zeit 74/75 verstärkt sich entwickelt hat. Wir machen aber daraus keine Entschuldigungsstrategie gegenüber der SPD, sondern wir weisen darauf hin, daß die SPD ihre Handlungschancen durch Mobilisierungsarbeit erweitern muß. Wenn die SPD nicht selbst in der Berufsverbote-Praxis zum Beispiel ein politisches Klima mitgeschaffen hätte, das in der Argumentation des Bundesverfassungsgerichts und anderer immer auch auf ihre eigene Reformpolitik zurückfällt, dann wären ihre Handlungschancen größer gewesen. Das gleiche gilt, wenn sie nicht selbst die kapitalistische Krise vernebelt hätte.

KONKRET: Sie tun so, als hätten die SPD-Regierungsmitglieder das Richtige gewollt und leider das Falsche getan. Das ist aber doch nicht wahr: Sie haben genau das getan, was sie gewollt haben.
Wieczorek-Zeul: Daß SPD-Regierungsmitglieder „das Richtige" wollen, unterstelle ich. Daß sie in der Wirtschaftspolitik z.B. nicht die richtigen Mittel ergreifen, darüber streite ich mit Ihnen.
KONKRET: Bei Arbeitslosigkeit auf „die Weltwirtschaft" zu zeigen, das ist kein Hinweis auf Roß und Reiter, da kann man genausogut sagen: Es zieht ein Tief über Island.
Wieczorek-Zeul: Gerade wir machen auch im Wahlkampf, obwohl das manchmal nicht angenehm sein wird, deutlich, daß erstens kapitalistische Krise entsprechende Hintergründe und Ursachen in diesem Wirtschaftssystem hat. Daß zweitens die Bundesrepublik sich nicht untätig verhalten und darauf warten darf, daß irgendwoher der Aufschwung wiederkommt. Vor allem könnte die Bundesrepublik, weil sie ja nun wirtschaftlich relativ stark ist, eine führende Rolle bei der Orientierung auf eine andere Wirtschaftsstruktur haben. Das funktioniert nur, wenn man sich auch gegen Kapitalinteressen, und speziell gegen die Interessen der Exportindustrie durchsetzt.
KONKRET: Aber die Bereitschaft derer, die wir da wählen sollen, das zu tun, ist doch sehr gering. – Axel Eggebrecht hat im letzten Bundestagswahlkampf bei einer sozialdemokratischen Wählerinitiative mitgemacht. Nun hat er der Wählerinitiative abgesagt: Er könne diesmal nicht für die SPD werben, nachdem Helmut Schmidt erklärt habe, ein Italien, an dessen Regierung die KPI beteiligt sei, könne nicht mehr auf finanzielle Unterstützung rechnen. Macht Ihnen das im Wahlkampf insgesamt zu schaffen?
Wieczorek-Zeul: Sie meinen die Schmidt-Äußerung?
KONKRET: Ja.
Wieczorek-Zeul: Bei den Gruppen, die wir ansprechen, ganz sicher. Vor allem bei den Gruppen aus dem publizistischen, journalistischen und künstlerischen Bereich, also bei den Multiplikatoren, auf die die SPD so sehr angewiesen ist. Selbstverständlich macht's uns da zu schaffen. Wenn man sagt, man muß in jedem Fall die KPI aus der Regierung halten und muß entsprechend Druck auf die D.C. ausüben, dann ist das eine politische Intervention zugunsten der D.C. Und es ist eine Intervention gegen den italienischen Wählerwillen. Und schließlich begründet das eine Doktrin der beschränkten Souveränität von Ländern im Nato- oder im EG-Bündnis. Aber da hat's keinen Zweck nur zu sagen, wir sind über

solche Äußerungen verärgert, die enttäuschen uns. Sondern da muß man eine politische Linie der SPD stärken, die zum Beispiel der Meinung ist, daß die KPI in Italien eine Partei ist, die man nicht in die Moskau-Ecke drängen kann, die eine relevante politische Kraft darstellt und die vor allen Dingen auch in der Lage ist, Italien mitzugestalten und vor dem wirtschaftspolitischen Chaos zu bewahren. Ich warne allerdings auch vor einer Heroisierung der KPI. Manche Linke, die der SPD Kompromißlertum vorwerfen, sind geneigt, der KPI ihre Kompromisse mit der D.C. in der Frage der Abtreibungsreform sehr leicht nachzusehen.

KONKRET: Immer häufiger hat man den Eindruck, daß andere sozialistische Parteien Westeuropas in der SPD nicht mehr so recht einen Partner sehen. Nehmen wir zum Beispiel die Bundesrepublik und Frankreich. Wo ist denn da der Gesprächspartner für Mitterand? Helmut Schmidt ist der adäquate Gesprächspartner für Giscard d'Estaing. Eine französische Volksfrontregierung könnte nach einem adäquaten Gesprächspartner in der Bundesrepublik lange suchen.

Wieczorek-Zeul: Es geht ja auch nicht um den adäquaten Partner einer Volksfrontregierung, sondern zuerst einmal um die solidarische Kooperation der SPD mit ihren Bruderparteien in Europa. Da ist Willy Brandt ein allenthalben geachteter Partner. Unsere Kontakte als Jusos zu den Bruderorganisationen der SPD sind hervorragend. Als Mitterand seine Initiative zur Gründung eines Berufsverbotekomitees in Frankreich veröffentlicht hat, habe ich dazu öffentlich erklärt, daß es im Interesse der Bundesrepublik liege, wenn ihre Nachbarn die demokratische Entwicklung beobachten. Wir haben ausdrücklich gesagt, daß wir solche Reaktionen verstehen, nicht als Einmischung in die innere Situation der Bundesrepublik, sondern als Unterstützung in zentralen Fragen der Grundrechte. Mitterand hat mir daraufhin einen sehr netten Brief geschrieben, in dem er z.B. betont, wie wichtig es auch für ihn ist zu wissen, daß in solchen Fragen in der SPD große Gruppierungen sind, die eine andere Haltung haben. Gerade in einer Phase, in der bei unseren Bruderparteien manchmal der Eindruck entsteht, daß die SPD in vielen Bereichen – Berufsverbote, Wirtschaftspolitik, außenpolitische Fragen, Verhältnis zur USA – eine andere Linie fährt, verstehen wir Jusos uns auch als eine Gruppierung, die hier Signale gegenüber dieser Öffentlichkeit in Europa setzen muß.

KONKRET: Was erwartet uns eigentlich, wenn die CDU/CSU die Wahl gewinnt?

Wieczorek-Zeul: Ich glaube, da wird häufig bei manchen Linken verniedlicht oder falsch eingeschätzt, was eine CDU/CSU-Regierung an realer Gefährdung von Freiheitsrechten bedeuten würde. Ich kann das vielleicht aus Hessen, wo man Dregger unmittelbar vor der Nase hat, am ehesten nachvollziehen. Was da auf uns zukäme, das wäre eine Rückkehr in die fünfziger Jahre: Antisozialismus und Antikommunismus, Verbot der DKP, wie Dregger angekündigt hat, Angriffe gegen Selbstorganisationsformen, gegen Jugendzentren, Angriffe gegen kritischen Journalismus, Angriffe auf Freiheitsrechte der Gewerkschaften, rigoroser Abbau von sozialen Leistungen. Weniger Freiheit für Einzelne, weniger Freiheitsrechte für die Organisationen der Arbeiterklasse, dafür aber mehr staatliche Intervention, wenn's gilt, diese Freiheitsrechte einzuengen, und weniger staatliche Intervention in dem Bereich, wo es eigentlich für den Einzelnen und für die Arbeiterklasse notwendig wäre – im wirtschaftlichen Bereich. Die Vorbereitung einer „formierten Gesellschaft". Schon heute zeigt der Regierungswechsel in Niedersachsen eine Verschärfung der Berufsverbote-Praxis. Viele übersehen auch die Gefahr, daß die Bundesrepublik unter einer CDU/CSU-Regierung das würde, was manche jetzt schon in ihr sehen: Der brutale Handlanger der USA hier in Europa. Das wäre eine Verbindung, die jegliche Weiterentwicklung in Frankreich, Italien, in Südeuropa verhindern würde, und dann nicht nur mit ökonomischem Druck, sondern auch mit massivem militärischen Druck über die Nato.

KONKRET: Und was würde ein Wahlsieg der CDU/CSU für die Linke in der SPD bedeuten?

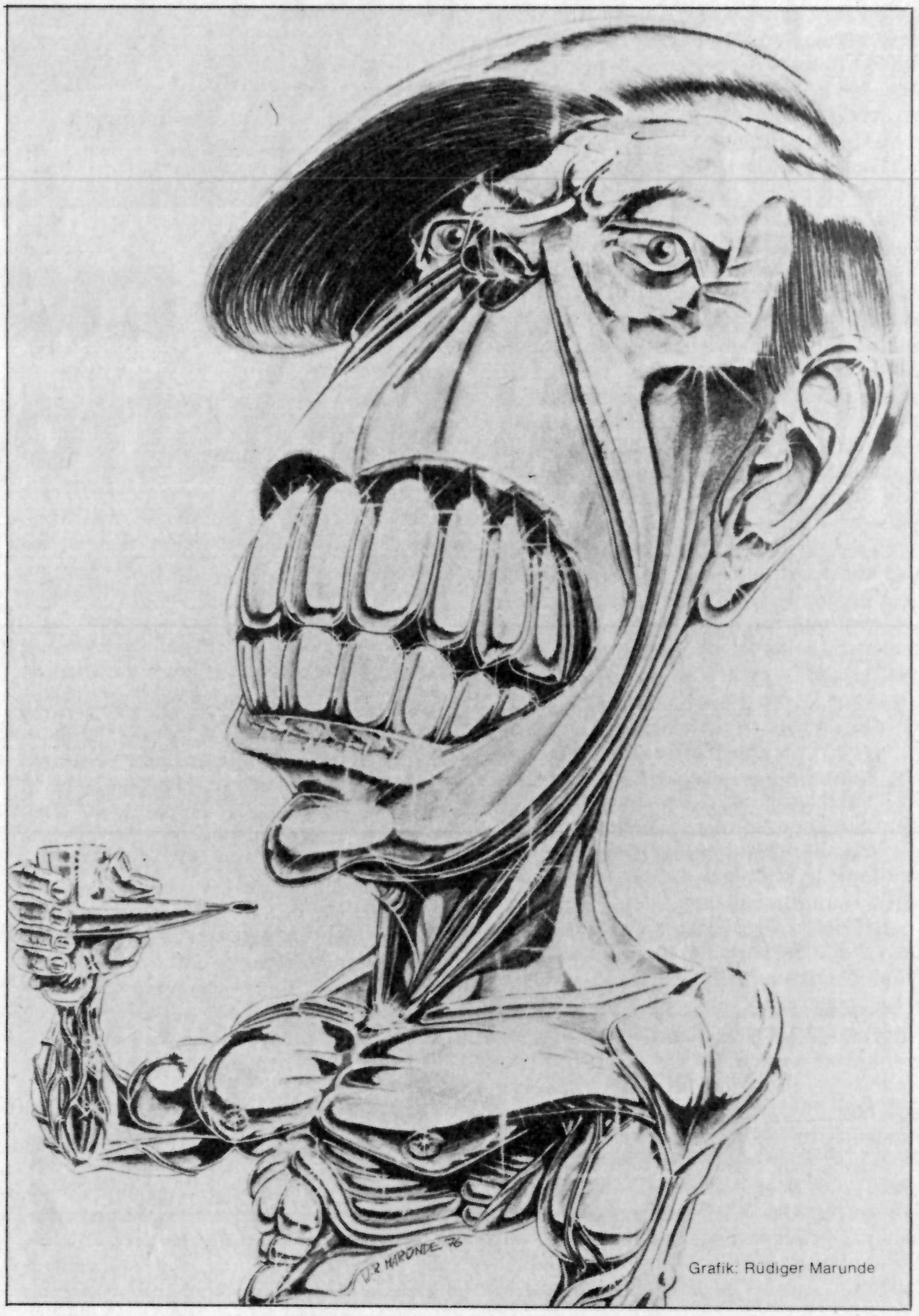
Wieczorek-Zeul: Für die SPD wäre das kein Ansatz der Erneuerung oder Veränderung, es wäre sogar genau das Gegenteil. Ich habe immer alle Spekulationen zurückgewiesen, die drauf rauslaufen, die Linke in der SPD werde stärker, wenn die SPD in die Opposition gehe.

KONKRET: Warum eigentlich? Zur Wahl stehen doch nicht die Parteilinken, die weder in den letzten Jahren regiert haben, noch jetzt im Wahlkampf den Ton angeben, sondern Helmut Schmidt und die seinen. Wenn die SPD verliert, gibt's doch über die Schuldfrage kein Rätseln.

Wieczorek-Zeul: Sie kennen doch die gängige Interpretation, wenn Wahlkämpfe verloren gehen, waren's angeblich die Linken. Es nutzt im übrigen wenig, über Schuld zu rechten, wenn Kohl unter Strauß Kanzler ist.

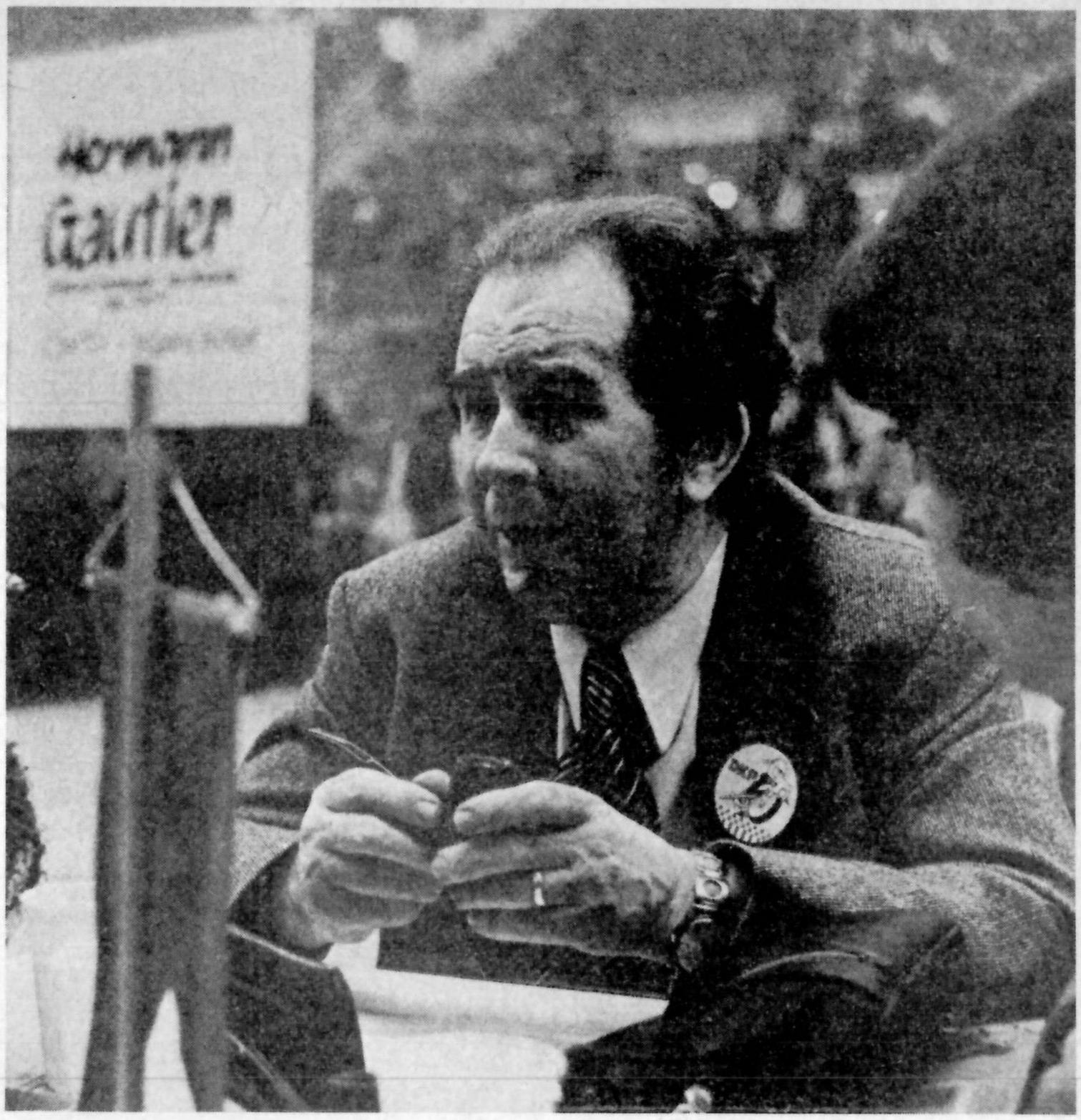
KONKRET: Daß die Linken schuld sind, wäre aber doch nicht einmal mit einem Anschein von Logik vorzutragen.

Wieczorek-Zeul: Wenn man Diskussionsstrukturen in der Partei kennt... Es gibt ja sicherlich in der SPD Gruppen, die der Meinung sind, daß bestimmte linke Positionen in der SPD so nicht oder überhaupt nicht vertreten werden sollten. Und da braucht man Anlässe. ●



Grafik: Rüdiger Marunde

KONKRET-Interview mit dem stellvertretenden DKP-Vorsitzenden Hermann Gautier



Auch mal ein Selbsttor?

KONKRET: Herr Gautier, was wählen Sie am 3. Oktober?

Gautier: Eine seltsame Frage an den Stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Kommunistischen Partei. Es ist ganz klar, daß ich DKP wähle. Es läge im Arbeiter- und Volksinteresse und wäre für die weitere Entwicklung der Bundesrepublik, für die Verteidigung der Demokratie und den Kampf für gesellschaftlichen Fortschritt nur gut, wenn möglichst viele Arbeiter und Angestellte, zahlreiche Vertreter der jungen Generation genau so handeln würden.

KONKRET: Uns erscheint die Frage nicht ganz so seltsam, und zwar aus mehreren Gründen: Erstens hat die DKP doch wohl kaum eine Chance, in den Bundestag zu kommen. Vor ein paar Wochen hat der DKP-Vorstand selbst zu erkennen gegeben, daß er es für unrealistisch halte, damit zu rechnen, die DKP könne die 5-Prozent-Hürde schaffen.

Gautier: Das hat der DKP-Vorstand nie zu erkennen gegeben. Unsere Partei führt einen aktiven, aktionsbezogenen Wahlkampf. Wir kämpfen um jede Stimme für die DKP, weil nur Stimmen für unsere Partei Gewicht haben im Kampf des arbeitenden Volkes für Demokratie, Freiheit und Sozialismus, für seine Tages- und Zukunftsinteressen. Außerdem möchte ich sagen, daß ich es nicht für unrealistisch hielte, die 5-Prozent-Klausel zu überwinden, wenn wir die Möglichkeit hätten, unsere konstruktive Politik über die Massenmedien bekanntzumachen, wenn die Menschen wüßten, was die DKP eigentlich will, wenn die Arbeiter und die Jugend über unsere konstruktive Politik informiert wären. Im übrigen ist die 5-Prozent-Klausel natürlich eine unerträgliche Einschränkung des demokratischen Wahlrechts und eigentlich müßten alle Demokraten, wenn sie wirklich etwas von Demokratie halten, dafür eintreten, daß diese undemokratische Klausel beseitigt wird. Dennoch: Wir kämpfen um einen Wahlerfolg unserer Partei. Für uns ist der Wahlkampf nicht nur ein Ringen um mehr Stimmen, sondern zugleich auch darum, daß politische Veränderungen in unserem Lande auch durch außerparlamentarischen Kampf möglich werden.

KONKRET: Müßte sich denn nicht auch die außerparlamentarische Arbeit in Wählerstimmen niederschlagen?

Gautier: Sie müßte sich niederschlagen. Aber sie schlägt sich noch nicht nieder, weil in unserem Lande, in der BRD, nach wie vor das gilt, was Thomas Dehler einmal gesagt hat: 50 Jahre Antikommunismus als Staatsdoktrin. Alle Bonner Parteien halten diese verhängnisvolle Staatsdoktrin aufrecht. Alles richtet sich im Grunde genommen gegen die Kommunisten in diesem Lande. Gerade in Wahlzeiten wird der Antikommunismus immer zur Hochblüte getrieben. Dort, wo es gelungen ist, deutlich zu machen, daß wir Politik für die arbeitende Bevölkerung machen, dort haben wir auch Wahlerfolge. Ich nenne nur Städte wie Bottrop, Nürnberg, Mannheim, Marburg, aber auch in einigen anderen Städten und Gemeinden der Bundesrepublik. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß sich das auch in Landtags- und Bundestagswahlen auswirken wird.

KONKRET: Nochmals zum Stichwort unrealistisch: Die 5-Prozent-Klausel wird sich nicht abschaffen lassen vor dem 3. Oktober. Die bürgerlichen Medien werden nicht anders über die DKP berichten als sie es bisher getan haben. Das heißt, die Chancen der DKP, in den Bundestag zu kommen, werden in nächster Zukunft nicht größer. Wenn wir nun davon ausgehen, daß DKP-Stimmen linke Stimmen sind, also Stimmen, die alternativ der SPD zugute kämen, ist da nicht jeder Erfolg der DKP eine Minderung der Erfolgschancen für die SPD?

Gautier: Zunächst muß man mal eins deutlich machen: Zur gegenwärtigen politischen Situation in der Bundesrepublik gibt es nur eine Alternative, nämlich die Politik der DKP. Unsere Alternativposition in diesem Wahlkampf kommt in unserer Wahllosung zum Ausdruck: „Frieden, Freiheit, Sozialismus – Für das Recht auf Arbeit! Für Preisstop. Nur wer DKP wählt, stimmt gegen das große Kapital." Alle anderen Parteien sind im wesentlichen auf eine Politik orientiert, die den Interessen der in unserem Land herrschenden monopolkapitalistischen Kreisen dient. Das gilt sowohl für die CDU/CSU als auch für die gegenwärtige Regierungskoalition.

KONKRET: Sie haben nicht gesagt, das gilt für die SPD?

Gautier: Die SPD trägt doch die Hauptverantwortung in der Bundesregierung. Wir sind natürlich durchaus nicht daran interessiert, daß die reaktionärsten Rechtskräfte, angeführt von Strauß und Dregger, in der Bundesrepublik die Regierungsgewalt übernehmen. Es ist für die Arbeiterklasse, für die arbeitende und lernende Jugend, für alle Demokraten günstiger, wenn wenigstens ein Mindestmaß an demokratischen Rechten gewährleistet wird. Nur das kann uns ja nicht veranlassen, die falsche Politik der SPD-Führung dadurch zu unterstützen, daß wir aufrufen würden, die SPD zu wählen. Wir müssen doch den arbeitenden Menschen sagen, daß die Politik dieser Parteiführung nicht den Interessen der Mehrheit unseres Volkes entspricht, sondern den Interessen des Großkapitals den Vorrang gibt. Und wir glauben, daß wir auch im Blick auf die Zu-

Bob Woodward und Carl Bernstein, Reporter der "Washington Post" und Pulitzer-Preisträger
(Aus dem Amerikanischen von Liselotte Julius und Gisela Stege)

Amerikanischer Alptraum

(amerikanische Originalausgabe
THE FINAL DAYS)

Das unrühmliche Ende der Ära Nixon
Ca. 580 Seiten, kartoniert ca. 35,– DM

**Nr. 1
auf der Bestsellerliste
des Time Magazin**

Bob Woodward und Carl Bernstein, die beiden Reporter der "Washington Post", die den Watergate-Skandal aufdeckten und für ihren Bericht den Pulitzer-Preis erhielten, legen hier eine detaillierte Schilderung der Ereignisse vor, die dem spektakulären Rücktritt des 37. Präsidenten der Vereinigten Staaten, Richard M. Nixon, vorausgingen.

Sie beleuchten nicht nur das vordergründige Geschehen, das Netz aus Lügen und Halbwahrheiten, aus Dementis und schrittweisen Eingeständnissen, sondern sie zeigen ebenso den moralischen Verfall, der sich von Tag zu Tag deutlicher abzeichnete – in der Persönlichkeit und im Amt des mächtigsten Staatsmannes der westlichen Hemisphäre. Ein Verfall, der auf die gesamte Umgebung übergriff, der schließlich jede politische Aktivität lähmte und zur tiefsten Krise des amerikanischen Selbstverständnisses führte.

Ein Polit-Thriller, der den Leser bis zur letzten Zeile in Atem hält, zugleich aber ein Buch, das bei allem Abscheu vor dem makabren Schauspiel doch einen tröstlichen Aspekt bietet: daß es dem Zusammenspiel der demokratischen Kontrollorgane gelungen ist, die Demokratie in einem wenn auch schmerzhaften Prozeß der Selbstreinigung zu retten.

EVA
Europäische Verlagsanstalt
Postfach 210140
5000 Köln 21

Neuerscheinung

HERBST '76

L76

Politische und literarische Beiträge

Demokratie und Sozialismus

Herausgeber:
Heinrich Böll, Günter Grass, Carola Stern
Redaktion: Heinrich Vormweg

L76

diskutiert Standort und Perspektiven eines Sozialismus, der die Demokratie zu seiner Verwirklichung voraussetzt.

L76

setzt sich kritisch auseinander mit den Ideologien, die den Privatkapitalismus hier und den Staatskapitalismus dort tragen.

L76

plädiert für die Neuorientierung des kulturellen Lebens, aller kulturellen Aktivitäten: eine Neuorientierung hin zu den Kräften des demokratischen Sozialismus.

L76

plädiert zugleich dafür, den kulturellen Entwicklungen, als unmittelbar politischen, vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen.

L76

bringt literarische und essayistische Texte, in denen der schwierige Prozeß der Neuorientierung des kulturellen Bereichs sich abzeichnet.

L 76 ist einzeln und im Abonnement über jede Buchhandlung zu beziehen.
L 76 erscheint in unregelmäßigen Abständen ca. 4 mal im Jahr.

Bestellcoupon

hiermit bestelle ich aus der Europäischen Verlagsanstalt, Postfach 210140, 5000 Köln 21, über die Buchhandlung:

☐ **Abonnement L 76**
zum Preis von 50,– DM jährlich

☐ **L 76 Heft 1**
zum Preis von 15,– DM zuzüglich Versandkosten

Name, Vorname — Straße, PLZ, Ort

Datum — Unterschrift

Christian Geissler
Wird Zeit, daß wir leben
Geschichte einer exemplarischen Aktion

154: Die exemplarische Geschichte einer Befreiungsaktion, einer Entscheidung zum Handeln gegen Herrschaft, einer Auseinandersetzung um Leben und Tod, also um uns.
240 Seiten. DM 14

Marianne Herzog
Von der Hand in den Mund
Frauen im Akkord

155: Was Akkordarbeit für Frauen heißt, wie sie ihr ganzes Leben, Denken, Fühlen beherrscht – darüber berichtet Marianne Herzog aus eigener Erfahrung.
112 Seiten. DM 7 (Abo: 6)

Karl Mickel
Eisenzeit
Gedichte

156: Diese Gedichte geben ein Panorama der DDR aus ihren Menschen, Landschaften, interpretierter Geschichte, Politik bis zu Hinterhöfen und Kneipen.
80 Seiten. DM 7

Yaak Karsunke
Bauernoper/
Ruhrkampf
Revue

158: Die Bauernoper ist ein populäres, historisch korrektes Konzentrat über den Bauernkrieg. Die Ruhrkampf-Revue deckt ein anderes Kapitel unbekannter deutscher Geschichte auf.
128 Seiten. DM 8

Winfried Thomsen, Mali & Werner
Die Unschuld von Bonn
Ein Schmieren-Comic

160: In diesem Comic erfahren Sie (fast) alles, was Sie vor und nach der Bundestagswahl über die Bonner Volksvertretung wissen müssen sollten.
96 Comic-Seiten. DM 8

Franz J. Hinkelammert
Die Radikalisierung der Christdemokraten

149: Ein Rotbuch über den neuen Rechtsradikalismus der Christdemokraten. Polizeistaat macht frei, Sozialstaat versklavt.
144 Seiten. DM 8 (Abo: 7)

Rotbücher: Literatur und Politik

Kostenlos erhalten Sie auf Anforderung unseren neuen Almanach »Das kleine Rotbuch«

Rotbuch Verlag · 1 Berlin 30 · Potsdamer Str. 98

kunft deutlich machen müssen: Wir stellen uns zur Wahl.

KONKRET: ... das ist ja nun nicht gerade der erste Anlauf. Was macht die DKP eigentlich in einem Wahlkreis, wo die Auseinandersetzungen zwischen einem CDU-Kandidaten und einem SPD-Kandidaten, der ausgesprochener Gegner des Berufsverbotes ist, Spitz auf Knopf steht?

Gautier: Auch in diesem Wahlkreis werden wir dafür werben, daß der Kommunist, der dort kandidiert, gewählt wird. Die sozialdemokratischen Abgeordneten, auch sogenannte Berufsverbotsgegner, haben im Bundestag, in den Landtagen und überall, wenn es Spitz auf Knopf geht, immer noch die Politik ihrer Parteiführung und der Regierung unterstützt und haben nur versucht, mit Ausflüchten über die Runden zu kommen. Übrigens wuchert die Praxis der undemokratischen Berufsverbote auch in Bundesländern, wo die SPD regiert. Darum muß man überall Kommunisten wählen. Anders geht es nicht.

KONKRET: Ist das nicht ein bißchen riskant? Jede Stimme, die von der SPD zur DKP kommt, erhöht die Gefahr, daß die nächste Bundesregierung von den reaktionären Kräften, die Sie vorhin beschrieben haben, gestellt wird. Und es betrifft ja doch auch ein bißchen Ihre eigene Partei. Ein CDU-Innenminister Dregger würde einen Verbotsantrag gegen die DKP beim Bundesverfassungsgericht stellen. Und bei der derzeitigen Zusammensetzung dieses Gerichts wäre damit zu rechnen, daß einem solchen Antrag stattgegeben würde.

Gautier: Wir lassen uns von den täglichen Attacken der Strauß und Dregger nicht einschüchtern. Tag für Tag sind wir gezwungen, mit antidemokratischen Behinderungen, mit Verleumdungen und Drohungen fertigzuwerden. Und wir werden damit fertig. Denn hinter den Drohungen der Dregger und Strauß steckt doch nur die Angst des Großkapitals und seiner politischen Sachwalter vor dem eigenen Volk, vor den Kommunisten, die eine konstruktive Politik machen und auf viele drängende Fragen der werktätigen Menschen Antworten geben, die der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Jugend eine demokratische, sozialistische Perspektive weisen. Natürlich würde die Lösung der Probleme unseres Landes unter einer Regierung Strauß-Dregger-Kohl nicht einfacher werden. Andererseits: Auch die CDU/CSU muß sich an das veränderte internationale Kräfteverhältnis halten. Natürlich sehen wir auch die Gefahren. Aber diese Gefahren sind nicht abzuwenden, wenn man – bei der Politik, die die SPD-Führung gegenwärtig macht – empfehlen würde, SPD zu wählen. Das wäre gegen die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse und der jungen Generation gerichtet. Das würde den Kampf für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt in der Bundesrepublik nur schaden. Außerdem möchte ich noch auf ganz andere Erfahrungen in unserem Lande verweisen. Überall dort, wo wir einen aktiven Wahlkampf geführt haben für unsere Partei, hat sich das in erster Linie gegen die CDU/CSU und ihre reaktionäre Politik ausgewirkt. Wo die DKP, wie z. B. in Bottrop und Marburg, gewonnen hat, hat auch die SPD gewonnen. Und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Weil die SPD dort gezwungen war, auch nach außen sichtbar zu machen, daß sie deutlich gegen die CDU/CSU auftritt. Das hat sich ausgezahlt. Schließlich ist doch klar: je stärker die DKP, je größer ihr Einfluß, um so wirksamer können auch linke Kräfte in der SPD, die gegenwärtig nichts zu bestimmen haben, auftreten. Aber ich möchte noch etwas sagen, was Ihnen vielleicht abwegig erscheint. Ich meine, wenn es der SPD so sehr darum geht, einen Wahlerfolg der CDU/CSU zu verhindern, dann gäbe es eine ganz einfache wirksame Möglichkeit. Man könnte sich ja beispielsweise darauf verständigen, mit der DKP gemeinsam gegen die CDU/CSU zu Felde zu ziehen. Dann würden wir es nämlich gemeinsam mit Leichtigkeit schaffen...

KONKRET: Immer wieder hört man den Satz: Wenn wir bloß in Italien wären. Dort könnten wir kommunistisch wählen.

Gautier: Ja, solche Meinungen kann es geben. Die kommunistische Partei der Bundesrepublik ist die DKP. Sie macht genau wie ihre italienische Bruderpartei entsprechend den konkreten Bedingungen konkrete Politik.Wer also kommunistisch in der Bundesrepublik wählen möchte, kann nur DKP wählen. Das können auch jene tun, die vielleicht in der einen oder anderen Frage mit der DKP und ihrer Politik noch nicht einverstanden sind. Sicher gibt es auch in Italien Wähler der IKP, die gegenüber mancher Forderung unserer Bruderpartei Vorbehalte haben. Nur haben sie etwas, was es bei uns nicht gibt: Sie haben ein ungestörtes Verhältnis zu den Kommunisten als Bestandteil der gesellschaftlichen Kräfte in ihrem eigenen Land. Bei uns richtet sich alles nur gegen die Kommunisten. Das Großkapital und seine Sachwalter, die Massenmedien und – wie Sie ja wissen – Willy Brandt, der sich damit rühmt, die Kommunisten klein zu halten.

KONKRET: An den mageren Wahlergebnissen der DKP ist also schuld: Erstens der Antikommunismus als Staatsdoktrin, zweitens der verschärfte Klassenkampf gerade an dieser Nahtstelle zwischen den Systemen, drittens die Politik des Kleinhaltens. Es ist alles schuld, nur die Politik der DKP nicht.

Gautier: Wir sind ja nicht selbstgerecht. Natürlich machen wir auch Fehler. Wir sind Menschen, und Politik ist Menschenwerk. Aber ich gehe davon aus, und das ist, glaube ich, das Kriterium, daß man aufstellen muß: Unsere Politik, die wir konzipiert haben seit der Konstituierung unserer Partei 1968, ist bis heute konsequent und sie wird es auch in Zukunft bleiben. Wir haben eine gradlinige Politik. Wir machen keine Winkelzüge. Wir lassen uns stets von den Interessen des werktätigen Volkes und den nationalen Interessen unseres Landes leiten und wir sagen den Leuten auch, was wir denken...

KONKRET: ... manchmal zu deutlich...

Gautier: In taktischen Fragen mögen wir auch Fehler machen. Wir sind ja nicht frei davon, auch mal ein Selbsttor zu schießen. Aber unsere Politik, und das kann jeder, der sich dafür interessiert, an unseren Parteitagen von Essen über Düsseldorf, Hamburg bis zum Bonner Parteitag nachlesen, unsere Politik ist eine Politik, die an den Interessen der Mehrheit der Menschen unseres Landes orientiert ist und sie ist, auch wenn es manche noch nicht wahrhaben wollen, eine erfolgreiche Politik. ●

Radikalauer von Winfried Thomsen

Wir setzen unser Programm fort mit der Sendung „Was bin ich nicht?", ein heiteres Berufsverboteraten ...

☆

Keine Experimente. SPD

☆

Und der Haifisch, hat Mäzene ...

☆

Man kann über Hitler denken, was man will, immerhin hat er nie an Vietnam-Demonstrationen teilgenommen.

☆

MODELL DEUTSCHLAND. 102–60–102, bis 22 Uhr frei. Telefon 0221/10 51

☆

Es gibt kein Berufsverbot, wohl aber den Weihnachtsmann.

☆

Die SPD ist vage mutig.

☆

Der Unfreiheit eine Autobahn.

☆

Traumziel: jede Sekunde 100 000 Mark für Deine Innere Sicherheit.

☆

Der Finanzminister holte sich Ratschlag bei Ponto & Pilatus.

☆

Je größer, desto heiliger der Schein.

☆

Am sichersten ist die Freiheit natürlich hinter Schloß und Riegel.

☆

Carlos von Loch Ness.

☆

Der Beifall war unsäglich. Wer erfindet den Ovationshemmer?

Neue Berichte zur Gesinnungslage der Nation

– Die Bundesanwaltschaft fordert die Bevölkerung auf, darauf zu achten, wenn Nachbarn „unmotiviert" verschwinden. Die „Rheinische Post" erläutert: „Auch ein längeres Fernbleiben ohne erkennbaren Grund sollte registriert und der nächsten Polizeistelle mitgeteilt werden".

– Aus einem Leserbrief in der FAZ vom 6. August: „Als der Bundesgrenzschutz an der DDR-Grenze die Namen aller in meinem Zugabteil sitzenden Personen notierte und jemand den Grund dafür wissen wollte, fragte ihn der Beamte: „Haben Sie noch nie was vom Berufsverbot gehört?"

– Der Mannheimer Verwaltungsgerichtshof hat eine Relegation aufgehoben: Weil sie auf dem Schulgelände eine Plakette mit der Aufschrift „Weg mit § 218 – Volksentscheid" getragen hatte, sollte eine zwanzigjährige Schülerin vom Unterricht ausgeschlossen werden.

– Vor 1500 Teilnehmern einer Diskussionsveranstaltung an der Bielefelder Universität zum Thema Berufsverbot erklärte der liberale Innenminister Maihofer, nicht nur die Mitgliedschaft in der DKP begründe Zweifel, daß ein Bewerber jederzeit für diese freiheitliche und so weiter, naaa sie wissen schon..., sondern auch ein Abonnement der DKP-Tageszeitung „Unsere Zeit" und eine Identifikation mit deren Inhalten.

Krank? Geh doch in die Zone

Leserzuschrift an KONKRET von Hans F. Specht aus Witten: „Am 6. Juli habe ich den Unfallarzt und Chirurgen Dr. med. H. J. Schreiber wegen Nachbehandlung eines Knochenbruchs aufgesucht. Er hatte mich als Kommunist erkannt. Nachdem er mich im Beisein von zwei Angestellten und zwei Patienten beschimpft und beleidigt (‚Sie wollen doch hier nur die russische Invasion vorbereiten') und mir weitere Behandlung verweigert hatte, wies er mich aus seiner Praxis und gab mir den Rat, ich solle mich gefälligst in der ‚Zone' behandeln lassen. Ich werde gegen diesen Arzt klagen."

Eine unglaubliche Geschichte? Sie wäre nicht einmal ein Einzelfall. Am gleichen Tag, an dem der HJ-Schreiber dem Kommunisten Specht die ärztliche Versorgung verweigerte, verurteilte das Bottropper Schöffengericht den Gladbecker Arzt Klaus Werner Anton zu einer Geldstrafe von 2000 Mark. In der Nacht zum 17. Januar 1975 hatte Anton, damals als Notarzt in Bottropp tätig, für Kurt Trunk, der für seine Frau um Hilfe rief, am Telefon nur den gleichen Rat wie später sein Wittener Kollege: Fliegen Sie Ihre kranke Frau in die Zone, dort ist doch alles besser. Kurt Trunk war dem Arzt als DKP-Mitglied bekannt. Erst nachdem die Polizei benachrichtigt wurde, brachte die Feuerwehr Margarete Trunk ins Krankenhaus: celebrale Durchblutungsstörungen. „Ich konnte vor Schmerzen kaum atmen. Ich konnte mich nicht mehr bewegen. Ich hatte Angst, daß ich sterben mußte", sagte sie. Eine Beschwerde bei der Ärztekammer bringt Kurt Trunk selbst eine Anzeige ein: Er habe, so Anton, als „fanatischer Kommunist" versucht, dem Arzt eins auszuwischen. Der Kölner Rechtsanwalt Meinecke vom Patientenschutzbund erwirkt schließlich doch noch eine Gerichtsverhandlung, in der Anton wegen fahrlässiger Körperverletzung in Tateinheit mit vorsätzlicher Unterlassung von Hilfeleistung verurteilt wird. Aber er praktiziert immer noch.

„Nüchterne Information"

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wirbt auf Flugblättern mit der LPG Pinnow, einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft in der DDR. Auf einem Foto zeigen die „Mitteilungen aus dem Bundestag" Traktoren vom Typ ZT-300, bei denen sogar noch die DDR-Kennzeichen zu entziffern sind, die aber belegen sollen, daß die „deutsche Landwirtschaft", an deren Etat die SPD/FDP-Koalition sägt, „unentbehrlich für uns alle" ist. Im Artikel zu dem Bild heißt es: „Wir geben Ihnen unsere nüchterne Information über die Realität, damit Sie besser Ihre Meinung bilden können."

MdB-Diäten: Steuern und Gegensteuern

Um insgesamt 217 Prozent haben sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestags in den letzten zehn Jahren die Diäten erhöht. Und bevor sie jetzt in Ferien gingen, haben sie schnell in erster Lesung eine weitere Erhöhung der Grunddiäten beschlossen. Die sollen zwar künftig versteuert werden, aber bei einem Zuwachs von 3850 auf 8000 Mark brutto bleibt eine Nettoerhöhung der Grunddiäten von immerhin noch 58 Prozent. Monatlich sollen zusätzlich zu

den Grunddiäten noch 4500 steuerfreie Unkostenpauschale und 1500 Mark Sitzungsgelder gezahlt werden. Nur verständlich, daß sich da Gesellschaften wie die eines Dr. Klein aus Köln an den sehr geehrten Herrn oder an die sehr geehrte Frau aus dem Hohen Hause wenden. Beispiel aus einem MdB-Schreiben vom 26. Juli: „Die Änderung der Diäten und Bezüge der Bundestagsabgeordneten wird auch bei Ihnen Überlegungen auslösen, wie man legitim Steuern sparen kann... Beigefügt finden Sie ein Beteiligungsangebot, das in vorbildlicher Weise Wirtschaftsförderung im Zonenrandgebiet durch Schaffung neuer Arbeitsplätze mit der Förderung der Industriealisierung in Saudi Arabien verbindet. Der dadurch entstehende Steuervorteil kommt den Zeichnern voll zugute... Wenn Sie sich nach Durchsicht und Prüfung zu einer Beteiligung entschließen würden, senden Sie bitte beiliegenden Zeichnungsschein baldmöglichst an die PRO CURA Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH, Breite Straße 161–167, 5 Köln 1." Und damit das dann auch alle machen, schillert im Klappdeckel der Angebotsmappe noch ein Empfehlungsschreiben irgendeines Ministerialen aus Saudi Arabien.

Anzeigen-Verbund

„Als Kostenträger sichert die Werbung ein breit gefächertes Medienangebot. Die Existenz der meisten Informationsmittler wäre gefährdet, wollte man die Werbung verbieten oder drastisch einschränken." Reklame im Dienste der Pressefreiheit – diesen Schnokus hat sich der Graf Lambsdorff, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, für die August-Nummer des Manager-Magazins einfallen lassen. Hätte der Medienleiter von AEG-Telefunken den Artikel schon gelesen, als ihn die Nachrichtenagentur ppa fragte, warum der Elektrokonzern neben Bertelsmann, Pfaff, Quandt, Buderus, Bayer und anderen in der „Deutschen Wochen-Zeitung" der NPD inseriere, er hätte wohl Eleganteres zu antworten gewußt als ausgerechnet: „Das ist eine kleine Geste gegenüber den Aktionären, die hinter dieser Zeitung stehen."

NPD-Zeitung vom 29. Juli

Arzt und Verfassungsrichter: Die Nation funktioniert

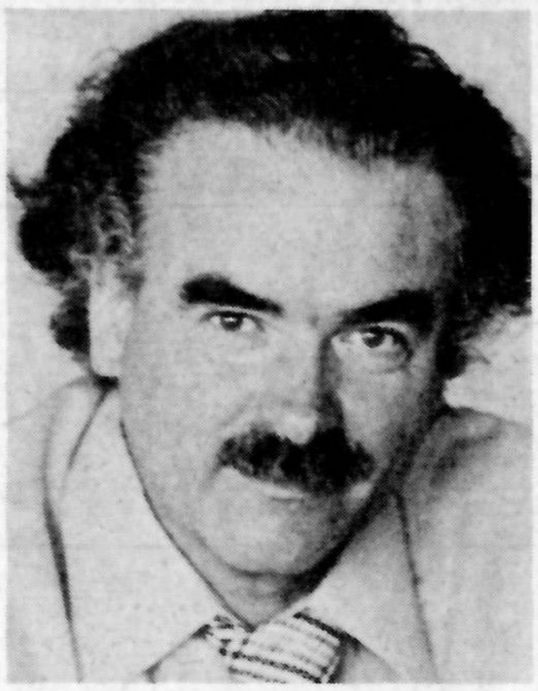
Trau Halb-Gott in weiß und rot

„Sagen Sie bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, ob sie ihr Vertrauen entgegenbringen, oder ob das nicht der Fall ist" hat „Infas" die Bundesbürger gefragt und die Ergebnisse Anfang August veröffentlicht. Die Nation funktioniert, das meiste Vertrauen kriegen die, die's am nötigsten haben: das Bundesver-

Der Justizskandal von Hildesheim

Ein Richter blickt durch

Einen Hauch von Freuden der Commune schenkte uns ausgerechnet die „Bild"-Zeitung, als sie meldete, daß ein „junger Richter sechs Tage bundesweit einen deutschen Industriellen jagen ließ". Abgesehen davon, daß der junge Richter Ulrich Vultejus aus Hildesheim schon 48 ist und seit 14 Jahren amtiert – er ließ niemand jagen, sondern hat einen Haftbefehl unterschrieben: gegen den Verkaufsleiter einer Plattenspielfirma, der sieben von vierzehn Belegschaftsmitgliedern gefeuert hatte, weil sie einen Betriebsrat gründen wollten, und der zum daraufhin anberaumten Gerichtstermin nicht erschienen war. Und vor der Commune ist immer noch – unter anderem – Josef Augstein, Bruder und Rechtsanwalt. Der erließ, als Vertreter des „deutschen Industriellen", nach dem Haftbefehl einen Befangenheitsantrag. Begründung: „Der Richter Vultejus ist Funktionär der Gewerkschaft. Darauf sind die gesamten Absonderlichkeiten des Verfahrens zurückzuführen. Ich werde an meinem Mandanten kein Exempel statuieren lassen." Das Exempel ließ Augstein dafür dann an Mutesius statuieren. Ausgerechnet der Direktor des Hildesheimer Amtsgerichts, Hermann Freudenberg, gab dem Befangenheitsantrag statt. Dieser Freudenberg ist



Ulrich Vultejus

Mitglied des ständischen – mit Vultejus ÖTV konkurrierenden – Richterbunds, nebenbei noch Vorsitzender des Bundes Katholischer Akademiker in Hildesheim und selbstverständlich in der CDU. Jürgen Mechelhof, Redakteur der IG Metall, sprach mit dem abgelehnten Richter:

Diese rigorose Ablehnung Ihrer Person hat doch umheimliche Dimensionen. So kann man auch sagen, ein katholischer Richter darf kein Ehescheidungsverfahren durchführen, weil seine Kirche gegen eine Aufhebung des Ehesakraments ist.

Vultejus: Diese Einwände sind völlig berechtigt. Bisher ist es ständige Rechtsprechung gewesen, daß Gruppenzugehörigkeit von Richtern zu politischen Parteien, zu Verbänden, zu Kirchen oder ähnliches nicht zur Ablehnung berechtigt. Es ist erstaunlich – oder auch nicht –, daß ausgerechnet die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft als Ablehnungsgrund genommen wird.

Das Aufsehen, das Ihr Haftbefehl ausgelöst hat, beweist doch, daß so etwas in unserem Rechtssystem noch nicht selbstverständlich ist.

Vultejus: Man kann davon ausgehen, daß die Gerichte Täter mit weißen Kragen anders behandeln als andere. Nur: Wenn das in der Vergangenheit so gewesen ist, darf es in Zukunft nicht so bleiben.

Sie bestätigen, daß es also eine Klassenjustiz gibt, daß bei uns nicht alle vor dem Gesetz gleich sind?

Vultejus: In der Idee des Rechts ist das sicherlich nicht so. In der Praxis aber sehen wir, daß derjenige, der kein Geld hat, sehr viel Mühe aufwenden muß, um sein Recht zu verwirklichen und daß derjenige, der über einen größeren finanziel-

fassungsgericht und das Gesundheitswesen. 78 Prozent der Befragten glauben an die Halbgötter in rot und weiß. Die Bundesregierung kann sich also direkt auf Volkes Willen berufen, wenn sie jemand nach der im Mai dieses Jahres begrabenen Reform des Arzneimittelgesetzes fragen sollte. Der jetzige Rechtszustand führte übrigens dazu, daß es heute für 95 Prozent sämtlicher 58 000 Präparate (die Schweden kommen sehr gut mit 3600 aus) keine Prüfungspflicht und keinen Wirksamkeitsnachweis mehr gibt. Eine geplante Standardisierung der Medikamente und eine Senkung des Preisniveaus hatte der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie im März erfolgreich verhindert. Na, und womit? Mit der Androhung einer Verfassungsklage in Karlsruhe.

len Rückhalt verfügt, sehr viel leichter bei Gericht zu seinem Recht kommen kann. Wir müssen versuchen, daß bei unseren Gerichten gleiches Recht für alle Angeklagten und letzten Endes damit auch für alle Mitbürger gilt.

Ich bezweifle, daß da Ihre Richterkollegen mitmachen...

Vultejus: Die gesellschaftspolitische Auffassung der Richterschaft wird dadurch deutlich, daß etwa 80 Prozent der Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit im Richterbund organisiert sind, von dem man den Eindruck hat, er steht der CDU nahe. Nur ein sehr kleiner Prozentsatz der Richter ist gewerkschaftlich orientiert. Die Gewerkschaftsbewegung insgesamt hat viel zu lange die Justiz allgemein und die Richterschaft insbesondere vernachlässigt und nicht gesehen, daß Richter Tag für Tag Entscheidungen fällen, die gesellschaftspolitisch für unsere Arbeitnehmer wichtig sind...

...wobei die reaktionären Justizkreise – wie Ihr Fall beweist – zum Schluß dann doch wieder am längeren Hebel sitzen.

Vultejus: Langfristig gesehen würde uns dieser Fall doch weiterbringen, wenn dadurch die Gewerkschaftsbewegung einsieht, daß sie die Justiz nicht weiterhin unbeachtet an der Seite liegenlassen kann.

Das Milliardending

Arbeitslosigkeit ist verdammt teuer: 1975 gab es im Jahresdurchschnitt 1074 217 Arbeitslose. Für jeden gab's durchschnittlich 9110 Mark Arbeitslosengeld und 2500 Mark Krankenkassenbeiträge. Jeder Erwerbslose verursacht einen durchschnittlichen Steuerausfall von 3160 Mark und einen Ausfall von Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträgen von 3370 Mark beziehungsweise 370 Mark. Macht zusammen für jeden 18 510 Mark im Jahr, insgesamt also schlappe 20 Milliarden Mark. Damit wenigstens ein bißchen wieder reinkommt, gibt's den Paragraphen 20 des Sozialhilfegesetzes, mit dem arbeitslose Sozialempfänger dienstverpflichtet werden können. In Köln müssen beispielsweise gegenwärtig 200 von ihnen für einen Stundenlohn von 80 Pfennig vier bis acht Stunden täglich Friedhöfe säubern.

Die Zahl der Arbeitslosen, die länger als ein Jahr ohne Arbeit sind, also kein Arbeitslosengeld mehr bekommen, hat sich gegenüber dem Vorjahr inzwischen um zehn auf 17 Prozent erhöht. Über 150 000 Arbeitslose müssen also von der Arbeitslosenhilfe leben, die in der Regel rund 500 Mark monatlich beträgt. Fast die Hälfte aller Arbeitslosen ist schon länger als sechs Monate ohne Arbeit, und die Aussicht, welche zu finden, sinkt mit der Dauer der Arbeitslosigkeit. Oft genug wird dann bei der Arbeitssuche die Gesundheit auf's Spiel gesetzt: Die NRZ berichtete kürzlich von Fällen, „in denen Arbeitslose innerhalb von acht Wochen zehn Röntgenschüsse abbekommen haben", weil sie verschwiegen haben, bei vorhergehenden Bewerbungs-Untersuchungen in anderen Betrieben schon geröngt worden zu sein. So ließ zum Beispiel eine schwangere Frau innerhalb weniger Tage viermal Röntgenaufnahmen machen, weil sie sich nicht traute, zuzugeben, bereits schon vorher untersucht und abgelehnt worden zu sein. Zur DGB-Forderung nach Einführung eines gesetzlichen Röntgen-Passes hat sich die Bundesregierung bisher noch nicht geäußert.

Als Postkarte und Poster erhältlich bei Klaus Wehmeier, Stetteritzring 60, 6101 Gundernhausen

Raubdruck, legal

Im Ullstein-Verlag ist vor kurzem ein Buch von Säul Karsz erschienen: „Theorie und Politik: Louis Althusser", Untertitel: „Mit vier Texten von Louis Althusser". Den hatten freilich die Verlagsleute in der Westberliner Kochstraße nie befragt. Als er davon erfuhr, wollte der marxistische Philosoph zumindest in die noch nicht ausgelieferte Auflage einen Vermerk eingedruckt wissen, daß er „den Ullstein-Verlag nicht für das geeignete Medium zur Verbreitung seiner Texte und Arbeiten" halte und Abdruckgenehmigungen nicht erteilt habe. Ullstein lehnte ab und ließ Althusser klagen. Die zweite Zivilkammer des Landgerichts Essen hat entschieden, daß es sich bei allen vier ungekürzt abgedruckten Texten um „Zitate" handele, die nach § 51 des Urheberrechtsgesetzes „frei" seien. Die Ullstein-Vertreter werden bei dieser Urteilsbegründung nur schwer ein Lachen unterdrückt haben. Sie selbst hatten nämlich bei zweien der Althusser-Texte, die beim Westberliner VSA-Verlag geklaut wurden, fälschlich angekündigt: „Mit freundlicher Genehmigung des VSA". Althussers Übersetzer, Peter Schöttler, zu dem Essener Urteil: „Es sanktioniert einen krassen Fall der Ausbeutung wissenschaftlicher Arbeit durch einen Großverlag, ohne daß der betroffene Autor in irgendeiner

Weise der Verwendung und Handhabung seiner Texte entgegentreten könnte. Das Vorgehen der Herren von Ullstein wirft zugleich ein bezeichnendes Licht auf jene wissenschaftliche Taschenbuchproduktion, die mit z.T. hochinteressanten Titeln das lädierte Ansehen eines Verlages aufmöbeln sollen, von dem alle Linke, die etwas Gedächtnis haben, wissen, wohin und wem er eigentlich gehört…“

W. Thomsen über eine Serie der „Bunten“

Hitler – ein Mensch wie du und Boenisch

Senator Burda hat einen neuen Ghostwriter. Nach „Führer befiehl, wir folgen. Ein Schäferhund erinnert sich“ und den Geständnissen deutscher Schauspieler, sie alle hätten die Nazis abscheulich gefunden, aber doch auch leben müssen, kommt nun „Das Beste aus Hitlers Digest“ in die „Bunte“-Welt, womit zugleich der Aberglaube widerlegt ist, es gebe kein Leben nach dem Tode.

Als die Mafia noch regierte, war jedes Verbrechen legal, und neidisch wirft die Nachfolgeorganisation einen Blick in des Führers Unterhose. Was dachte Hitler, Adolf, über Albers, Hans, über Dagover, Lil, was hielt er von Ehehygiene, und Schäferhundstündchen, vertilgte er lieber Erdbeertorte oder Rote Ratten, und was sagte er über Filbinger, Hans, über Strauß, Franz?

Fortsetzung folgt: Einkaufstips (Halbhitlerschokolade mit Nüssen), Rezepte (Adolf on the Rocks), Hobbykurse (Malen nach der AH-Methode), Hausfrauenratschläge (Strickmode mit Adolf), Nachgebete (Herr, erhalt mir meine Riesenwaschkraft), Reisen (Auf den Spuren des Führers), Spiele (Die Endlösung) und Bauanleitungen (Wir basteln eine Gaskammer).

Gewiß, er war schon ein bißchen ausgeflippt und mit seinen Tischmanieren stand es auch nicht zum Besten, aber sonst war Hitler ein netter Mensch wie du und Boenisch, der konnte einfach gar nicht böse sein. Vielmehr trat er seinerzeit jederzeit für die Grundordnung ein, und für die Mißstände ist Martin Bormann verantwortlich, der ein Agent Stalins war, den Hitler bekämpfte, während die eigentlich Schuldigen Churchill und Roosevelt mit den Kommunisten zusammenarbeiteten, was zur Teilung Deutschlands führte – und nun ratet ‘mal, wer die Auschwitz-Lüge in die Welt gesetzt hat?

Wer nichts weiß, forscht nicht nach Ursachen und findet keine Übereinstimmungen. In den Schulen kam man immer nur bis 1933, weil der Investiturstreit so viel Zeit in Anspruch genommen hatte. Die Dürre des Wissens ließ das Geschäft mit dem Dünger blühen: erst als nostalgische Mode mit Adolfs Tangogeiger und Heinos SA-Liedern, dann direkt verbreitet in Dutzenden von Büchern, Heften, Zeitschriften, Schallplatten und Filmen (Art. 5 GG Meinungsfreiheit) – lauter politische Onaniervorlagen! Parallel zu diesem 2. Bildungsweg erfolgte der Aufstieg der Leute mit NS-Diplom: von der

Hitler-Verleger Burda

HJ ins Kanzleramt, vom SS-Mann zum Wirtschaftsführer.

Darüber aber wird an Hitlers Tischlein nicht gesprochen: über das Weiterleben der NSDAP unter Anpassung an die veränderten Bedingungen durch personelle Fortsetzung in den demokratischen Organisationen und durch Verbreitung der Lehre an den freiheitlichen Kiosken.

Erich Fried kommentiert eine Karikatur der FAZ vom 29. Juli 76

„Hilfe – die schießen auf unsere Frauen und Kinder!“

FAZisten und ihre Schlachtordnung

Ich halte diese Karikatur für eine der geschmacklosesten, die ich seit der Ermordung Patrice Lumumbas gesehen habe. Ein zähnefletschender Arafat. Gewiß, Karikaturen dürfen verzerren. Aber wird hier nicht hämisch, entmenschlichend verzerrt? Wird hier Yassir Arafat nicht als Untermensch dargestellt?! – vorsichtig natürlich, nicht so, daß man den Zeichner ohne weiteres festnageln und etwa als Rassisten bezeichnen könnte. Aber Zeichnungen von „Untermenschen“ sind mir aus deutschen Zeitungen vor mehr als dreißig Jahren noch zu gut im Gedächtnis. Ich mag derlei nicht, auch nicht andeutungsweise.

Außerdem: hier bezieht sich der Zeichner doch auf den Libanon, auf die Kinder, die dort ermordet werden, und, weiß Gott, es ist einfach nicht *wahr*, daß sie von den Palästinensern als Schutzschild vorgeschoben werden! Sie befanden sich nur in demselben belagerten Flüchtlingslager wie ihre Väter und Mütter, die erwachsenen Palästinenser, die von Syrern, vor allem aber von libanesischen Rechtsradikalen angegriffen wurden, die sich ganz unverhohlen Falangisten nennen. Das Wort bezeichnet heute im Libanon genau wie gestern in Franco-Spanien die Phalanx, das heißt die Schlachtordnung, des Faschismus. Auf die Bezeichnung Christen haben diese Falangisten ebensoviel Anspruch wie weiland General Franco. Aber die Karikatur der FAZ scheint de facto für diese Falangisten Partei zu nehmen. Gerade als sie veröffentlicht wurde, waren wieder 500 Palästinenser, meist Frauen und Kinder, in einem Bunker verschüttet worden, und die „christlichen“ Falangisten behinderten Rettungsarbeiten. – Aber das, und das Schicksal der 30 000 Palästinenser im Lager Tel al Zadar, kommt in dieser Karikatur nicht vor. Ein Zeichner muß selektiv sein, aber diese Karikatur ist etwas zu selektiv! Solche immer wiederholte Selektion kann Menschen psychisch und geistig so beeinflussen wie man körperlich vielleicht durch ständig wiederholten Drogengenuß beeinflußt wird. Ein Engländer, dem ich die Karikatur zeigte, meinte: „It’s a shame!“

In 3 Wochen beginnt hier Hitler zu reden, er selbst. Über:

Die BUNTE druckt die Tischgespräche, die Dr. Henry Picker während eines Jahres mit Hitler aufzeichnete, als der „Führer“ sich auf dem Höhepunkt seiner Macht fühlte. Ab 22. Juli

Eigenanzeige der „Bunten“: lauter politische Onaniervorlagen

Chile nach dem Putsch

Vor dem Bankrott

Ultimas Noticias“ (Neueste Nachrichten) war und ist eine Putschistenzeitung. Aber selbst sie kann die große öffentliche Wut über die Wirtschaftspolitik der Junta nicht mehr verschweigen. In der Ausgabe vom 30. 6. 76 kündigt das Blatt die Erhöhung der Preise für Fleisch mit dem verzweifelten Ausruf an: „Fleisch zum Goldpreis“ und ruft dazu auf, das Recht zu verteidigen, auch weiterhin Fleisch essen zu können. Die Zeitung berichtet gleichzeitig, daß die Hausfrauen mit empörten Protesten auf diese neuerliche Preiserhöhung reagiert haben. Nach einem leichten Rückgang in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres ist die Inflationsrate im 1. Halbjahr dieses Jahres wieder erheblich angestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen liegt weit über den vergleichbaren Daten des Vorjahres.

Junta-Zeitung: „Fleisch zum Goldpreis”

Nach einer bisher noch nicht veröffentlichten Studie der Wirtschaftsabteilung der Universität von Chile beträgt die Arbeitslosigkeit im Großraum Santiago 19 Prozent und liegt damit um rund ein Viertel höher als im Vorjahr. Die Analyse der Industrieproduktion hat ebenfalls Daten ergeben, die dem Optimismus der Junta-Propaganda widersprechen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres war ein Rückgang der Industrieproduktion von 3 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres und von fast 17 Prozent gegenüber vergleichbaren Zahlen von 1969 zu verzeichnen. Andererseits würde eine rasche Ankurbelung der Wirtschaft mit Sicherheit ein weiteres Ansteigen der Inflationsrate hervorrufen.

Aus Anlaß des bevorstehenden 3. Jahrestages der Errichtung der faschistischen Diktatur in Chile am 11. September 1976 hat das Antiimperialistische Informationsbulletin (AIB) in Marburg einen Chile-Sonderdruck herausgegeben.

Der Frankfurter Rechtsanwalt J. Schwammborn berichtet darin über die Reise einer Juristendelegation im Juni d. J. nach Chile (vgl. Konkret 8/76). Das während der OAS-Konferenz in Santiago übergebene Schreiben von fünf chilenischen Rechtsanwälten an die Außenminister der amerikanischen Staaten wird im vollen Wortlaut dokumentiert. Zum 100. Geburtstag des chilenischen Arbeiterführers Luis Emilio Recabarren befaßt sich ein weiterer Beitrag mit der Geschichte der chilenischen Arbeiterbewegung.

Der Sonderdruck umfaßt 28 Seiten und ist zum Preis von 1,– DM (zuzügl. Porto) beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, erhältlich.

Wie beim Radikalenerlaß

Der ehemalige Rektor der Bochumer Ruhruniversität, Prof. Günter Ewald, hat nach einer Chile-Reise die Haltung der Behörden und der Botschaft der Bundesrepublik gegenüber verfolgten Chilenen scharf kritisiert. Ewald: „Die Praxis bei der Visagenehmigung ähnelt den Überprüfungsverfahren für Bewerber im Öffentlichen Dienst nach dem Radikalenerlaß.“ Einer, der sie überstanden hat, ist der ehemalige Erziehungsminister der Regierung Allende, Anibal Palma (Radikale Partei Chiles). Bis Ende Mai dieses Jahres saß er in Pinochets Gefängnissen und KZs. Nach seiner Ausreise hat ihn jetzt die Bremer Universität mit einer Untersuchung über arbeitsrechtliche Probleme beauftragt.

Preß-Freiheit der Junta

Die antifaschistische Journalistenunion hat dem lateinamerikanischen Journalistenkongreß, der kürzlich in Mexiko tagte, einen Bericht über die Lage der Massenmedien in Chile übergeben: Seit dem Putsch mußten sieben überregionale Zeitungen ihr Erscheinen einstellen, vierzig der 155 Radiostationen dürfen nicht mehr senden, der Rest ist gleichgeschaltet. Namentlich bekannt sind noch immer 57 Journalisten, die sich in den Konzentrationslagern befinden, zwanzig wurden ermordet oder starben an den Folgen der Folter.

Nazi-Deutsche foltern mit

Eine Gruppe Deutscher, die nach der Niederlage des Nationalsozialismus in Chile Zuflucht gesucht hatte, gründete damals im Süden Chiles eine Kolonie mit dem Namen „Dignidad“ (Würde). Ringsherum umgab sie die Kolonie mit einem elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun. In der chilenischen Öffentlichkeit wurde Colonia Dignidad erstmals unter der Regierung von Präsident Frei bekannt, als Beweise erbracht wurde, daß dort willkürliche Gewalttätigkeiten, Folterungen und Morde vorgekommen waren. Der Verantwortliche für diese Geschehnisse verschwand auf Nimmerwiedersehen und die Untersuchungen verliefen schließlich im Sand. Damals hatte sich auch der Nazi-Kriegsverbrecher Walter Rauff in dieser deutschen Kolonie aufgehalten, der heute eine wichtige Rolle in der chilenischen Geheimpolizei DINA spielt.

Seit einiger Zeit kursieren nun im Innern Chiles Informationen, nach denen ein großer Teil von führenden Vertretern der Sozialistischen Partei, die nach ihrer Verhaftung durch die DINA spurlos verschwunden waren, in „Colonia Dignidad“ gefangen gehalten werden.

Plakat-Schau

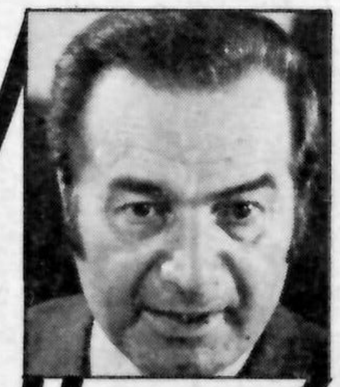
Eine Ausstellung „100 chilenische Plakate aus der Zeit der Regierung Allende“ ist ab 11. September in den Räumen der westberliner Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst zu sehen. Die Ausstellung, die anschließend auch in der Bundesrepublik zu sehen sein wird, hat die „Vereinigung zur Förderung der demokratischen Kultur Chiles“ zusammengestellt. Zu den ersten Veröffentlichungen der Vereinigung gehören die Rede des exchilenischen Schriftstellers Ariel Dorfman vor der Tagung des internationalen PEN im Mai dieses Jahres in Den Haag (diese Rede hat zur Suspendierung des chilenischen PEN geführt) und ein umfassender Bericht über die kulturelle Repression in Chile seit dem Putsch. (Beide Veröffentlichungen sind für je 80 Pfennig bei Dr. Martin Jürgens, Ludgeristr. 58, 4400 Münster, erhältlich.)

Kohl-Portage

Nach Bernt Engelsmanns
„Schwarzbuch: Strauß, Kohl & Co"
(Kiepenheuer & Witsch/PDI-KONKRET)

Fritz Ries, 69 Jahre, Dr. jur., Konsul von Marokko, Vorstandsvorsitzender und Mehrheitsaktionär der Pegulan Werke AG Frankenthal/Pfalz, 1934 Eintritt in die NSDAP, im selben Jahr Übernahme der Firma Flügel & Polter (Gummiartikel). In den folgenden Jahren verschaffte Ries durch Arisierung jüdischer Betriebe seinem Stammwerk zahlreiche Tochterfirmen. Direktor der Ries'schen Fabriken im annektierten Polen war Herbert Packebusch, Leiter der Mordkommandos, die die polnische Intelligenz ausrotteten. Noch heute fahndet die Staatsanwaltschaft Kiel nach dem ehemaligen Ries-Direktor wegen dringenden Verdachts des Mordes in zahlreichen Fällen. Nach dem Krieg Gründung neuer Unternehmen in Frankenthal/Rheinland-Pfalz. 1953 ließ Ries sich seine als Vertriebener angeblich erlittenen Millionenverluste vom Ausgleichsamt Frankenthal zurückerstatten. In den folgenden Jahren großzügiger Förderung von CDU/CSU-Spitzenpolitikern, seit 1967 Träger des großen Bundesverdienstkreuzes, 1972 Stern dazu.

Franz Josef Strauß, 61 Jahre, Dr. h.c., Vorsitzender der CSU, Herausgeber des „Bayern-Kurier".

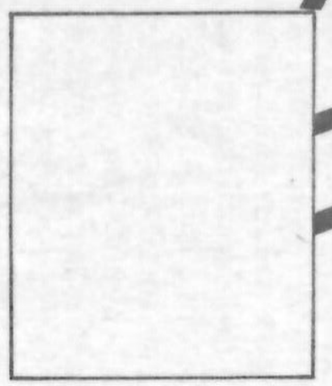


Siegfried Zoglmann, 63 Jahre, Journalist, Inhaber der Werbeagentur „interwerbung", mit 15 Eintritt in die HJ, 1940 Ernennung zum Offizier in der „Leibstandarte Adolf Hitler", nach dem Krieg zusammen mit Freunden Unterwanderung der FDP von rechts, 1954 Landtags-, 1957 Bundestagsabgeordneter, 1970 Austritt aus der FDP, Eintritt in die CSU, 1973 Großes Bundesverdienstkreuz.

Artur Missbach, 65 Jahre, Wirtschaftsberater, Syndikus mehrerer Wirtschaftsverbände, Herausgeber der „Vertraulichen Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft", mit 19 Mitglied der NSDAP, 1943 Leiter der „Wirtschaftsgruppe Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie", 1944 Direktor im Ries-Konzern, 1947 Eintritt in die CDU, 1961–1969 Mitglied der CDU/CSU-Franktion des Bundestages, in den IOS-Skandal verwickelt, Erfinder der Parole „Freiheit oder Sozialismus".

Hanns Martin Schleyer, 61 Jahre, Dr. jur., Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG, Stuttgart-Untertürkheim, 1973 Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), 1976 Vorsitzender des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Mitglied der CDU,

Kurt Georg Kiesinger, 72 Jahre, Dr. h.c., 1967–1971 Parteivorsitzender der CDU, 1966–1969 Bundeskanzler.



Hugo Wellems, bis 1973 Herausgeber der rechtsradikalen Zeitung „Das Deutsche Wort", im zweiten Weltkrieg Chef des Propagandaamtes für Littauen.

Eberhard Taubert, 69 Jahre, Dr. jur., Ministerialrat a.D., Leiter der Rechtsabteilung der Pegulan AG, Frankenthal/Pfalz, im dritten Reich einer der engsten Mitarbeiter Goebbels. Berater von Franz Josef Strauß, Redner auf neonazistischen Veranstaltungen.

Helmut Kohl, 46 Jahre, Dr. phil. Bundesvorsitzender der CDU, Kanzlerkandidat.

Marianne Strauß, geb. Zwicknagl, Dipl.-Volksw., Ehefrau des CSU-Vorsitzenden.

Kurt Biedenkopf, 46 Jahre, Prof. Dr. jur., 1968 Vorsitzender der Mitbestimmungskommission der Kiesinger-Regierung, 1971 Geschäftsführer des Henkelkonzerns, 1973 Generalsekretär der CDU.

als Schüler in der Hitlerjugend, später Eintritt in die SS, Leiter der Reichsstudentenwerke in Heidelberg, Innsbruck und Prag, Chef des Präsidialbüros im „Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren".

Ries – Kohl

Ries, der sich selbst bescheinigt, einen guten Riecher für Spitzenpolitiker zu haben, war lange Jahre Mäzen und väterlicher Freund des aufstrebenden Kohl. Kohl begleitete den Konzernchef auf Auslandsreisen, war und ist häufig Gast in der Villa des Industriellen. Als Ministerpräsident konnte sich Helmut Kohl revanchieren: 1975 verschaffte er Ries eine Landesbürgschaft zur Aufnahme von Krediten und sanierte somit den angeschlagenen Pegulan-Konzern.

Ries – Marianne Strauß

Ries und Marianne Strauß sind Geschäftspartner: Frau Strauß ist mit 16 % an der Ries-Gesellschaft „Dyna-Plastik Werke GmbH" beteiligt.

Ries – Biedenkopf

Biedenkopfs Vater war Mitglied des Beirats der Ries-Gesellschaft „Dyna-Plastik-Werke GmbH". Biedenkopf selbst ist Ries, insbesondere dessen Tochter Ingrid Kuhbier, fast familiär verbunden. Er ist häufig Gast auf Schloß Pichlarn.

Ries – Wellems

Ries finanzierte die von Wellems herausgegebene rechte Zeitung „Das Deutsche Wort".

Ries – Schleyer

Ries und Schleyer sind alte Freunde und Korpsbrüder. In der schlagenden Verbindung „Suevia" war Schleyer der Leibfuchs von Ries. Heute ist Schleyer u. a. stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Pegulan-AG.

Ries – Zoglmann

1970 fanden Gespräche zwischen Zoglmann und Strauß über die Vorbereitungen für den Sturz der Regierung Brandt/Scheel auf Schloß Pichlarn statt.

Ries – Missbach

1943 bekam Missbach als Leiter der „Wirtschaftsgruppe Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie" Kontakt zu Fritz Ries. 1944 wurde Missbach Direktor der Ries'schen „Oberschlesischen Gummiwerke". Missbach zeichnete sich in seiner neuen Funktion vor allem durch brutale Methoden der Ausbeutung der Arbeiter aus.

Ries – Strauß

Strauß und Ries sind langjährige Duzfreunde. FJS ist häufig Gast auf Schloß Pichlarn (Österreich), Eigentum des Fritz Ries.

Ries – Taubert

Taubert ist leitender Angestellter des Ries'schen Pegulan-Konzerns.

Taubert – Wellems

Taubert war während des zweiten Weltkriegs als Leiter des Generalreferats Ostraum direkter Vorgesetzter Wellems. 1970 planten Taubert und Wellems, das rechte Hetzblatt „Das Deutsche Wort" zum Sprachrohr der CSU zu machen.

Taubert – Zoglmann

Als Leiter der Verbindungsstelle der obersten Hitlerjugendführung zum Reichspropagandaministerium hatte Zoglmann engen amtlichen Kontakt zum obersten Juden- und Kommunistenhetzer Taubert.

Taubert – Strauß

Taubert war Berater des ehemaligen Verteidigungsministers Strauß. 1970 wollten Taubert und FJS das rechtslastige Blatt „Das Deutsche Wort" zu einem Organ der CSU nördlich der Mainlinie machen. 1972 zeigten sich Strauß und Parteifreunde brennend interessiert an Dr. Tauberts Patentrezepten für die Mobilisierung bürgerlicher Vorurteile. Taubert hatte unter Goebbels einschlägige Erfahrungen in der Propaganda gegen Linke (und Juden) gesammelt.

Taubert – Kiesinger

Kiesinger war im dritten Reich als AA-Verbindungsmann zum Propagandaministerium offizieller Gesprächspartner Tauberts.

Zoglmann – Schleyer

Zoglmann und Schleyer gehörten zum Führungskreis der Nazidiktatur in Prag.

Zoglmann – Strauß

1969 war Zoglmann Vermittler zwischen den von der sozialliberalen Koalition abfallenden FDP-Abgeordneten und Kreisen in Politik und Wirtschaft, die die Regierung Brandt / Scheel stürzen wollten. Seinen eigenen Abfall von der FDP vollzog Zoglmann nach Gesprächen mit FJS. Zoglmann prophezeite Strauß die zukünftigen Gewissensnöte einiger namentlich genannter FDP-Abgeordneter.

Zoglmann – Wellems

Hugo Wellems war als Referent der Hitlerjugendführung wie Zoglmann hoher HJ-Führer.

Wellems – Strauß

Strauß und seine Parteifreunde unterstützten die von Wellems herausgegebene Zeitung „Das Deutsche Wort" mit öffentlichen Mitteln.

Missbach – Strauß

Über ein getarntes Missbach-Konto flossen 1972 Gelder zur Unterstützung des Wahlkampfes von FJS.

FJS – Marianne Strauß

verheiratet

achenbach
bücher für kopfleser:
sperrig·fordernd·aktivierend

Neuerscheinungen 1976

Ulrich Freund
Der K-Effekt
Eine Kapitulationsurkunde
Vom Unvermögen eigenes und anderer Leiden zu lindern
224 Seiten

Lewis Henry Morgan
Die Urgesellschaft
Untersuchungen über den Fortschritt der Menschheit aus der Wildheit durch die Barbarei zur Zivilisation.
528 Seiten

Joachim S. Hohmann
Die Alten Leute vom Aschenberg
Seniorenarbeit im Gemeinwesen
144 Seiten

Peter Kilian
Wer hat Angst vor Marx und Engels?
Sozialismus oder Marktwirtschaft
160 Seiten

Etappen bürgerlicher Marx-Kritik Band 2
Ladislaus von Bortkiewicz
Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System
213 Seiten

Walter Volpert
Optimierung von Trainingsprogrammen
Untersuchungen über den Einsatz des mentalen Trainings beim Erwerb einer sensumotorischen Fertigkeit
256 Seiten

Ludwig Börst
Der Star-fighter aus Bayern
Bio-Grafisches um Franz-Josef Strauß in Versen
112 Seiten

Jesus Hernandez
Pädagogik des Seins
Paulo Freires praktische Theorie einer emanzipatorischen Erwachsenenbildung
ca. 150 Seiten

Gerhard Schäfer
Studentische Korporationen
Anachronismus an bundesrepublikanischen Universitäten?
ca. 150 Seiten

Joachim S. Hohmann
Homosexualität und Subkultur
ca. 180 Seiten

Georgios Stamatis
Die Methoden der kapitalistischen Produktion und der tendenzielle Fall der Profitrate (Arbeitstitel)
ca. 320 Seiten

M. Masserrat
Hauptentwicklungsstadien der Kapitalistischen Weltwirtschaft
Versuch einer Ableitung des Übergangs vom Grundeigentumsverhältnis zum Kapitalverhältnis auf nationaler und internationaler Ebene
ca. 300 Seiten

BUCHMESSE 1976Halle 6, Stand 1226
Verlag Andreas Achenbach · D 6304 Lollar · Postfach

»Wir müssen an-greifen!«

Auf einer Präsidiumssitzung des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) am 22. 9. 1975 in Westberlin debattierten die Unternehmer – wieder einmal – über die strategische Grundlinie für ihre Tätigkeit in Politik und Verbänden. Als beispielhaft wurde dabei das Modell des Siemens-Konzerns diskutiert, weil dort bereits ausführliche Richtlinien für die Freistellung von Mitarbeitern zur Ausübung politischer Mandate und Ämter existieren. KONKRET gelangte jetzt in den Besitz dieser Richtlinien und dokumentiert sie.

Freistellung von Mi zur Ausübung polit und öffentlicher Än

1. Allgemeines

Mitarbeiter, die ein politisches Mandat oder öffentliches Amt übernehmen, sollen hierdurch weder bevorzugt noch benachteiligt werden.

Die Kandidatur für ein politisches Mandat oder öffentliches Amt und dessen Übernahme gehören grundsätzlich zu den außerdienstlichen Angelegenheiten. Von allen Mitarbeitern, die ein politisches Mandat oder öffentliches Amt ausüben oder hierfür kandidieren, muß Toleranz gegenüber andersdenkenden Mitarbeitern erwartet werden.

Eine parteipolitische Betätigung im Betrieb ist grundsätzlich unzulässig.

2. Geltungsbereich

Diese Richtlinien gelten ausschließlich für Kandidaten und Mandatsträger demokratischer Parteien oder Wählergemeinschaften auf kommunaler Ebene, die sich für die Erhaltung und Weiterentwicklung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung einsetzen. Hierzu gehören nicht extreme Parteien oder Gruppen.

Diese Richtlinien finden Anwendung bei einer Mitgliedschaft
– in dem Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Bundeslandes, (Deutscher Bundestag, Landtag eines Bundeslandes, Abgeordnetenhaus von Berlin, Bürgerschaften der Länder Bremen und Hamburg)
– in einem Bezirkstag
– in einem Kreistag
– in einer Gemeindevertretung (als Gemeinde-, Stadtrat/-verordneter)
ferner bei einer
– Tätigkeit als ehrenamtlicher Stadtrat (Beigeordneter)
– nebenberuflichen Tätigkeit als Bürgermeister.

3. Freistellungen

Die Mandats- bzw. Amtsträger sind in dem zur Ausübung ihrer Funktion erforderlichen Umfang von der Arbeit freizustellen.

Im einzelnen erfolgt hierüber jeweils eine Absprache zwischen dem Mandats- bzw. Amtsträger und der zuständigen Betriebsleitung.

4. Entgelt

Die Freistellung von der beruflichen Tätigkeit darf zu keiner finanziellen Schlechterstellung führen. Das Arbeitsentgelt ist demzufolge insoweit fortzuzahlen, als kein Ersatzanspruch gegenüber einem Dritten wegen des Arbeitsausfalles besteht oder ein bestehender Ersatzanspruch – der allgemeinen Übung entsprechend – von dem Berechtigten nicht geltend gemacht wird.

Mitarbeiter, die wegen Übernahme eines Mandates bzw. Amtes ihre berufliche Tätigkeit ganz oder teilweise aufgeben müssen, werden in der Entwicklung ihres Einkommens einschließlich der Erfolgsbeteiligung wie vergleichbare Mitarbeiter mit entsprechender betrieblicher und beruflicher Erfahrung behandelt. Dieser Grundsatz gilt auch nach Beendigung des Mandates und Wiederaufnahme der Tätigkeit für einen Zeitraum von zwei Jahren.

Bei Mitarbeitern, deren Einkommen durch Provisionen beeinflußt wird, werden im Ein-

tarbeitern
ischer Mandate
nter

zelfall besondere Vereinbarungen getroffen.

Bei der Übernahme eines Mandates in dem Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Bundeslandes ist hinsichtlich der Entgeltfortzahlung wegen der bestehenden sehr unterschiedlichen bundes- und landesrechtlichen Regelungen jeweils eine besondere Absprache erforderlich. Die Entscheidung hierüber trifft die Leitung des ZP.

5. Beendigung des Mandates bzw. Amtes

Mitarbeiter, die wegen der Übernahme eines Mandates bzw. Amtes von ihrer beruflichen Tätigkeit vorübergehend ganz oder teilweise freigestellt wurden, ist nach Beendigung ihrer politischen Funktion eine ihrer Qualifikation entsprechende Tätigkeit anzubieten. Dabei sollen auch zwischenzeitlich erworbene Kenntnisse berücksichtigt werden.

Um die Einarbeitung nach Beendigung des Mandates bzw. Amtes zu erleichtern, ist sicherzustellen, daß die Mitarbeiter auch während ihrer politischen Tätigkeit entsprechend ihrer beruflichen Qualifikation an Bildungsmaßnahmen beteiligt werden.

6. Kandidatur

a) Bewerber um einen Sitz im Deutschen Bundestag sind in dem zur Vorbereitung der Wahl erforderlichen Umfang von der Arbeit freizustellen. Die bezahlte Freistellung soll einen Zeitraum von zwei Monaten nicht überschreiten.

b) Das gleiche gilt für Bewerber um einen Sitz in einem Gesetzgebungsorgan eines Bundeslandes. Die Dauer der bezahlten Freistellung soll in diesen Fällen jedoch vier Wochen nicht überschreiten.

c) Bei Bewerbern um einen Sitz oder ein Amt in den sonstigen in Ziff. 2 genannten Institutionen kommt eine bezahlte Freistellung nur in besonderen Fällen in Betracht; z. B. besondere Beanspruchung bei Spitzenkandidaten, Wahlversammlung in entlegenen Gemeinden von Groß-Landkreisen.
Über den Umfang der Freistellung erfolgt jeweils eine Absprache zwischen dem Kandidaten und der zuständigen Betriebsleitung.

7. Dienstvertrag

Der Dienstvertrag des Mitarbeiters wird von der Freistellung nicht betroffen. Daher nehmen zur Wahrnehmung eines Mandates oder Amtes freigestellte Mitarbeiter weiter an unseren sozialen Maßnahmen teil. Die Anwartschaft auf Leistungen der Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Siemens AG bleibt aufrechterhalten. Sofern ein Mitarbeiter aufgrund seiner politischen Betätigung Versorgungsbezüge erhält, erfolgen bei der Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Siemens AG besondere Regelungen.

8. Durchführungsbestimmungen

Der Mitarbeiter erhält nach Übernahme eines politischen Mandates bez. Amtes einen Brief gemäß Anlage.

Die Übernahme eines politischen Mandates bzw. Amtes durch einen Mitarbeiter ist durch die betreuende Personalabteilung über das zuständige Referat Personal an ZPB 2, Mch W, mitzuteilen.

In Zweifelsfällen ist ZPB 2 anzusprechen.

Entsprechend diesen Richtlinien sind heute 355 Siemens-Angestellte (Gesamt-Belegschaft: 210 000) „politisch besonders engagiert". Zwei von ihnen sitzen im Bundestag, sechs in Landes- und fünf in Bezirksparlamenten. Daß es aber auch ohne „ZPB 2, Mch W" geht, hat kürzlich Keks-Boß Werner Bahlsen im ZDF ausgeplaudert. Auf die Karriere seines neuen Ministerpräsidenten angesprochen, erzählte das Vorstandsmitglied des CDU-Wirtschaftsrats so ungefähr das, was auch Klein-Stamokappes hierzu eingefallen wäre: „Wir haben uns schon vor vielen Jahren entschlossen, Herrn Dr. Albrecht, der diesen Wunsch äußerte, in das Landesparlament zu gehen, zu uns zu bitten, als leitenden Herrn der Finanzabteilung, und trotzdem die Zeit zu haben, für Öffentlichkeitsarbeit in der Landespolitik zu wirken. Nur so ist es möglich, daß wir in Zukunft Gesetze bekommen, die auch der praktischen Wirtschaft, dem praktischen Leben entsprechen."

CDU-Albrecht:
Bleibt am Bahlsen

Und was dem praktischen Leben und der praktischen Wirtschaft entspricht, darüber befindet Bahlsen dann bei seinen regelmäßigen Frühstücksgesprächen, zu denen er sich unter anderem trifft mit: Dr. Hahn (Continental-Gummi), Dr. Götz (Pelikan), Toni Schmücker (VW), Hans Birnbaum (Salzgitter AG) und Dr. von Bismarck (Kali-Chemie). Und es besteht kein Grund, daß sich diese Herren, und nicht nur sie, nicht zur Maxime gemacht hätten, was Ludwig Poullain von der Westdeutschen Landesbank auf der letzten Hannover-Messe seinen Kollegen Unternehmern zugerufen hat, und was, obwohl ein ausgewählter Kreis von Wirtschaftsredakteuren es mithören durfte, bis heute in keiner Zeitung zu lesen war:

„Es muß ein Strukturwandel in uns vorgehen, und zwar derart, daß wir zum Angriff übergehen. Dieses passive Dulden müssen wir bei uns selbst ändern. Wir müssen zeigen, wer der Herr im Hause ist. Wir haben es nicht nötig, daß wir uns die Beschimpfungen aus Hessen-Süd gefallen lassen. Wir haben es nicht nötig, daß wir zum Buh-Mann der Nation werden. Wir haben es nicht nötig, daß wir diese Leiden auf uns nehmen, daß wir als Märtyrer auftreten. Wir müssen unseren Standort so bestimmen, daß wir uns nicht schämen, Unternehmer zu sein. Wir müssen angreifen! Und sei es aus Eigennutz. Wir brauchen sehr viel mehr Selbstbewußtsein, das Selbstbewußtsein des Unternehmers."

Elke Petri und Michael König
Erich-Weinert-Chor Westberlin

Lieder zum Krieg und zur Kriegsgefahr — Gestern und Heute:
Tucholsky - Weinert - Brecht - Eisler - und neue Produktionen der Vereinigung Sozialistischer Kulturschaffender (Lieckfeld, Reininghaus, Traber) mit
Bestell Nr. NWKL 2002 DM 20,—

Weitere NEUE WELT Produktionen:

MANIFIESTO von Pedro Faura, dem Sänger des Widerstandes gegen den spanischen Faschismus.
Bestell Nr. NWIS 1004 DM 20,—

KAOGUIAMO "Steh auf Sklave"
Musik der Befreiungsbewegung von Guinea-Bissau und Kapverden."
Bestell Nr. NWIS 1003 DM20,—

LIEDER AUS DEM SPANISCHEN BÜRGERKRIEG
historische Aufnahmen mit Ernst Busch, Pete Seeger, Woody Guthrie.
Bestell Nr. NWV 14+15 je DM 22,—

Weitere Platten aus Italien, Mexiko, Afrika Katalog anfordern.

Bestellungen an: (NN oder Vorauskasse)

NEUE WELT Schallplatten
Werderstr. 23 5 Köln 1

SOZIALISMUS und/oder
FREIHEIT

Beiträge von Willy Brandt
Helmut Kohl, Klaus Schütz
Biedenkopf, Havemann,
Laub, Schroers, Drewitz,
Wirpsza, Filip, Szende,
Skvorecky, Reinfrank,
Eggebrecht, Schütt, Böll,
Kratochvil, Heinz Brandt
Jean Améry, Zwerenz,
Stajner, Häsler, Pachman,
Scheuch, Kantorowicz,
Flechtheim, W. Leonhard,
Prager, Reinisch, Huppert
Wolf Biermann u.v.a.

ca. 100 S., DM 10,-
Lieferung gegen Vorauszahlung (Scheck, bar oder Briefmarken) - portofrei

ROBERT HAVEMANN
BERLINER SCHRIFTEN
ca. 100 S., DM 10,-

Verlag europäische ideen
I Berlin 37, Postfach 246

Neuerscheinungen des IMSF

Soziale Bewegungen

Analyse und Dokumentation des IMSF

Heft 1 · 76

Der Arbeitskampf in der Druckindustrie im Frühjahr 1976

Von Bernd Güther und Klaus Pickshaus
70 Seiten, DIN A 5, Dokumentenanhang, DM 7,–

Das erste Heft der neuen Publikationsreihe des IMSF analysiert Bedingungen, Verlauf und Ergebnisse des erfolgreichsten gewerkschaftlichen Abwehrkampfes in der Krise 74/76.

Die Reihe „Soziale Bewegungen" erscheint mit vier Heften im Jahr. Umfang 40 bis 70 Seiten, Einzelheftpreis zwischen 5,– und 8,– DM, Abonnement (vier Hefte) 20,– DM.

Zwei Hefte geben einen regelmäßigen, systematischen Überblick über auslösende Momente, Verlauf und Ergebnisse der sozialen und politischen Kämpfe der Arbeiterklasse; zwei („Sonder"-)Hefte behandeln schwerpunktmäßig einzelne Bewegungen, Kampfformen, Bürgerinitiativen u. ä.

Redaktioneller Beirat: Prof. Dr. F. Deppe, Prof. Dr. G. Fülberth, Prof. Dr. L. Peter

S I/76 erscheint im Dezember 1976:

Zur Entwicklung der Gewerkschaftsjugendbewegung in der BRD seit Ende der sechziger Jahre

Verfasser: Peter Katzer
ca. 70 Seiten, DM 7,–

Aktuelle Titel:

Informationsbericht 23

Wyhl – Analyse einer Bürgerbewegung gegen Kernkraftwerke

Verfasser: Rainer Obst, Klaus Pickshaus
148 Seiten, DIN A 4, Dokumentenanhang, Frankfurt/M. 1976, DM 8,–

Informationsbericht 26

Politische Disziplinierung und Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb

Darstellung und Dokumentation. Verfaßt von einer Arbeitsgruppe des IMSF

107 Seiten, DIN A 4, Frankfurt/M. 1976, DM 6,–

Name

Straße

Ort

Ich bestelle aus dem IMSF:
- ☐ Soziale Bewegungen 1 · 76 (DM 7,–)
- ☐ Abonnement Soziale Bewegungen (DM 20,–)
- ☐ Info 23 (Wyhl, DM 8,–)
- ☐ Info 26 (Pol. Disziplin., DM 6,–)
- ☐ Gesamtverzeichnis der IMSF-Publikationen/Prospekt Soziale Bewegungen

Datum Unterschrift:

Lieferung erfolgt gegen Vorausrechnung!

IMSF, Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt/Main

Heinrich Böll

Das große Menschen-Fressen

Es wird so leicht dahin gesagt, Zahlen sprächen für sich; ich zweifle an dieser Feststellung. Große Zahlen verdecken eher als daß sie offenbaren. Wenn es um Menschenleben geht, ist es immer noch die Ziffer und die Zahl eins, die uns nahe geht. Vor einiger Zeit – ungefähr um die Zeit, als der Film „Das große Fressen" lief – fand in der Bundesrepublik Deutschland eine Gerichtsverhandlung um ein verhungertes Kind statt. Der Gegenstand des Prozesses galt als im einzig wahren Sinn sensationell, und es war dann auch, wie es der absurden Logik unseres Publikationswesen entspricht, *nicht* die Sensationspresse, die über den Fall ausführlich, mit genauen Analysen und Milieubeschreibungen berichtete.

Dieser Prozess um *ein* verhungertes Kind schreckte auf. In unserem Land war ein Kind verhungert!

Nach den Unterlagen der UNICEF verhungern jährlich zehn bis fünfzehn Millionen Kinder auf dieser Erde – ich muß feststellen, daß in dem Wörtchen „bis" die ganze Schnödigkeit und Grausamkeit enthalten ist, die man ziffernmäßig erfaßten Toten angedeihen läßt. Und es muß die Frage folgen: wer *führt* die zehn oder fünfzehn Millionen Prozesse, die da fällig wären? Wer klagt an, wer verteidigt, wer richtet? Angesichts dieser notwendigen Frage und ausgeliefert der Phantasie, die notwendig (und das einzig brauchbare Mittel) ist, sich fünfzehn Millionen Gerichtsverfahren vorzustellen, muß wohl festgestellt werden, daß diese Ziffer – bedenkt man, wieviel planerische Intelligenz wir entwickeln und angewendet haben – die Bilanz eines totalen Bankrottes ist. Und diese Feststellung trifft nicht nur die praktische und theoretische Politik, sie betrifft uns alle, die wir am „großen Fressen" beteiligt sind. Denn wir leben ja nicht nur *in*, sondern *von* unseren Wirtschaftsstrukturen. Wenn wir von Strukturhilfe sprechen denken wir doch insgeheim, daß unsere Strukturen auch für andere die einzig wahren, die einzig richtigen sind. Auch an der Richtigkeit dieser Annahme wage ich zu zweifeln.

Vor einhundertundfünfunddreißig Jahren gab es in Irland eine Hungersnot mit verheerenden Wirkungen und Auswirkungen. Man hat errechnet, daß von einer Bevölkerung von sechs Millionen Einwohnern eineinhalb Millionen verhungerten. Ebensoviele wanderten aus, und wenn man sich vorstellt, daß Irland damals so viele Einwohner hatte wie Polen, und feststellt, daß Polen heute fast dreißig Millionen Einwohner hat und Irland deren drei, so sind die Auswirkungen dieser Hungersnot sichtbar gemacht.

Der Konflikt, über den wir fast täglich – jetzt schon nicht mehr, denn der „blutigere" Konflikt im Libanon hat jetzt Vorrang – gehört und gesehen haben, hat sehr sehr viele, uralte Wurzeln, die Hungersnot und ihre Folgen, vor allem die Art, mit der man damals mit ihr „fertig zu werden" versuchte, ist nur eine der vielen Ursachen des Konflikts. Es gab damals endlose Debatten im britischen Parlament, auch in der britischen Öffentlichkeit, ob man angesichts der katastrophalen Lage in Irland Theorie und Ideologie des Free Trade, und die Besitz- und Pachtverhältnisse, die *eine* Ursache der Katastrophe waren, aufrecht erhalten könne. Free Trade, Besitz- und Pachtverhältnisse wurden aufrecht erhalten, und so geschah es, daß, während auf den Straßen Menschen vor Hunger starben, gleichzeitig hochwertige Lebensmittel exportiert wurden.

Und noch etwas: Es wurden zahlreiche Suppenküchen eröffnet, und da gab es welche, die nicht nur die Schöpfkelle, auch den Zeigefinger schwenkten, weil sie dachten: jetzt ist der Augenblick gekommen, wo wir diesen verfluchten Iren ihren abscheulichen Aberglauben, diesen Katholizismus austreiben können, aber genau das, was die anderen Aberglauben nannten, war der Verhungernden letzter und einziger Besitz, und als man ihnen auch den noch nehmen wollte, wurden sie rebellisch und kippten den Missionaren die Suppe vor die Füße. Diese Demütigung wollten sie nicht auch noch erfahren (nicht alle natürlich, manche nahmen die Suppe und den „wahren Glauben" an).

Das erklärt nicht alles, aber einiges und es wäre wohl an der Zeit, es zu vergessen, aber ich frage mich, ob es unsere Sache ist, festzustellen, was andere Völker vergessen sollten.

Es gab einige Umsturzversuche in Irland, solche mit, solche ohne Waffengewalt, und es waren – auch das gehört zur komplizierten Thematik und Problematik – fast immer protestantische Adelige und Intellektuelle dabei solche aus der Schicht der *Besitzenden*, die zur Änderung des Systems aufriefen. Ich kann hier keinen Abriß der komplizierten und auf einigen Schichten tragischen und komplexen Geschichten Irlands geben. Mir fiel da nur einiges ein, als ich gebeten wurde, ein

Hunger: Wer führt Millionen Prozesse, die fällig wären?

paar Worte zu sprechen zur Eröffnung einer UNICEF-Veranstaltung. Es fiel mir zum Beispiel ein, daß vor kurzem der ehrwürdigsten und verehrungswürdigsten (auch ein „Umstrittener", wie könnte es anders sein) Staatsmänner und Politiker der jüngeren europäischen Geschichte gestorben war. Eamon de Valera, der knapp sechzig Jahre vor seinem Tod einer der meistgehaßten und meistgesuchten Terroristen des britischen Empire gewesen war.

Es blieb seinerzeit in Irland bei einer Kombination von Free Trade und Wohltätigkeit, und es scheint mir, an dieser Kombination hat sich bis heute in der Welt nicht viel geändert. Ich entnehme einem Bericht der amerikanischen Zeitschrift „Ramparts" über den Export von Nahrungsmitteln aus Ländern, in denen Hunger herrscht (und ich fand es bestätigt in einer Rede, die Willy Brandt am 12. 12. 74 vor der UNICEF in Genf gehalten hat): Jeder Amerikaner – vergessen wir das Wort Amerikaner sofort wieder, denn diese Untersuchungen wurden *in Amerika* nicht nur angestellt, sondern auch publiziert, und wir wollen uns nicht einbilden, wir lebten anders!: jeder Amerikaner verbraucht 2000 Pfund Getreide im Jahr, davon aber nur 200 für Brot und Backwaren, der Rest dient der Herstellung von Fleisch, Eiern, Alkohol; ein Pfund Weizen ergibt ein Pfund Brot: um ein Pfund Fleisch zu produzieren braucht man acht Pfund Getreide; wir essen also acht Pfund Brot, wenn wir ein Pfund Fleisch essen. Auf dem Umweg über verschiedene Absurditäten importieren wir also den Hunger in Länder, die wir zwingen, Nahrungs-, Futter- und Düngemittel zu exportieren, billig versteht sich, viel zu billig, wie die Bananen, die wir essen und der Kaffee, den wir trinken – und dann geben wir ihnen einen Teil des Gewonnenen als Wohltätigkeit zurück. Ob angesichts solcher Absurditäten unsere Strukturen so verlockend für diese Länder sind, wage ich zu bezweifeln.

Lassen wir also den Zeigefinger unten und überlassen es den nachdenklichen jungen Politikern, Militärs und Intellektuellen in diesen Ländern, welche Strukturen sie für sich erproben wollen. Unsere Sorgen um die zukünftigen Strukturen Portugals sind ja geradezu rührend, nachdem wir uns fünfzig Jahre lang wenig Sorgen um Portugal gemacht haben. Wir beklagen die Ungeduld und die Unvernunft der Umstürzler – die Unvernunft derer, die keine andere Wahl als Umsturz gelassen haben, beklagen wir schon seltener. Das herablassende Gerede über die Volksrepublik China, die ja weiß Gott keine Freie Marktwirtschaft betreibt, ist Respekt gewichen. Bewundern wir also die Hartnäckigkeit, mit der man unsere Modelle abgelehnt hat. Wir haben noch nicht von den Chinesen gelernt, Berge zu versetzen: unseren Zucker-, Butter-, Müll- und Wohnungsberg, Gebirge von Absurditäten, aus denen wir nicht heraus wissen, ganze Ströme von Wein, ganze Meere von Milch: strukturelle Absurditäten, in der Welt des „großen Fressens!" ●

hochaktuell

Hans Adamo

Die CDU/CSU

Wesen und Politik

Verlag Marxistische Blätter Frankfurt/Main
Reihe Marxismus aktuell. Bd. 102
ca. 300 Seiten, ca. DM 10,–

Eine seit langem erwartete Darstellung von einem marxistischen Autor, geeignet für einen breiten politischen Leserkreis nicht nur aus aktuellem Anlaß des Bundestagswahlkampfes.

Kurt Schacht

Bilanz

Sozialdemokratischer Reformpolitik

Verlag marxistische Blätter.
Frankfurt/Main
Reihe Marxismus aktuell. Bd. 101
114 Seiten, DM 5,50

In dieser Schrift wird die Politik der SPD-Führung auf den Prüfstand gestellt und Bilanz in denjenigen Lebensbereichen gezogen, die vor allem das Leben der arbeitenden Menschen prägen.

Bartels/Hagen/Mandel

Wir sind 16 und wollen nicht stempeln

Weltkreis-Verlag, Dortmund
140 Seiten, kartoniert, DM 7,80

Dieses hochaktuelle Story-Buch, mit Illustrationen von W. Kurowski, berichtet von Problemen junger Arbeitsloser. Er läßt persönliche Schicksale deutlich werden und zeigt, wie man etwas ändern kann.

Warum wird so einer Kommunist?

Geschichten, Kurzporträts, Interviews, Gedichte

Damnitz Verlag, München
Reihe „Kleine Arbeiterbibliothek", Bd. 17
160 Seiten, DM 6,80

32 Autoren, darunter Degenhardt, Herburger, Hitzer, Maiwald, Ritter, Runge, Schütt und Süverkrüp, zeigen wie Kommunisten wirklich sind, wie sie es wurden.

---

erhältlich im Buchhandel. Zentrale Auslieferung: Brücken-Verlag, Postfach 1928, 4000 Düsseldorf 1, Telefon: 0211/35 38 83/84

Uwe Timm, Autor eines Romans über Anfang und Ende der Studentenbewegung („Heißer Sommer"), besuchte das ehemalige Deutsch-Südwest, das jetzt von den südafrikanischen Rassisten okkupiert ist und Namibia heißt. An sich und seinen Gastgebern erlebte er, wie die weiße Haut zum Kainszeichen der Gewalt geworden ist und wie tief die Angst der Herrenmenschen vor ihren Opfern schon sitzt.

Wo die Weißen schwarz sehen

Namibias weiße Herren und schwarze Knechte:

Den Weg zum Fort habe ich, ohne fragen zu müssen, gefunden. Die viereckigen weißgetünchten Türme mit ihren Schießscharten und Fenstern sehen tatsächlich so aus, wie ich sie von Fotos in Erinnerung habe. Im Bücherschrank meines Vaters standen: „Unsere schönen alten Kolonien" und „Die Kolonien warten". Später schenkte mir mein Vater „Das Volksbuch der Kolonien" zum Geburtstag, ein antiquarisches Buch, das er, wie er damals erzählte, nach langem Suchen gefunden hatte. Ich muß damals vierzehn geworden sein, glaube ich.

Dieses Fort ist das älteste Gebäude in Windhuk und wurde 1890 von der deutschen Schutztruppe unter dem Hauptmann v. Francois errichtet, wobei, wie ich auf einer Tafel lese, der Mörtel in Ermangelung von Werkzeugen mit der Handfläche aufgetragen werden mußte. Das Gebäude steht jetzt unter dem Denkmalschutz der Südafrikanischen Regierung. Auf dem gleichen Hügel stehen der sogenannte Tintenpalast, ehemaliger Sitz des kaiserlichen Gouverneurs, ein klotziger Kasernenbau und die deutsche evangelische Kirche.

Um diesen Hügel liegt Windhuk, eine Kleinstadt, in der die Deutschen ihre Spuren hinterlassen haben, wie übrigens im ganzen Land und durchaus nicht nur in der Architektur. Politisch und wirtschaftlich mischen sie auch heute noch kräftig mit. Neben den Jugendstilvillen der Jahrhundertwende mit ihren hochgezogenen Fassaden, mit Rankenwerk, Voluten, Erkern, stehen die Betonhochbunker der südafrikanischen Banken.

Autor
Uwe Timm

Das Hotel heißt „Kaiserkrone" und wurde noch in der deutschen Kolonialzeit erbaut, kurz nach der Jahrhundertwende. Am Eingang kann man die Stelle im Putz erkennen, wo das Schild mit dem einen Stern angebracht war. Erst vor wenigen Tagen hat das staatliche Büro für Tourismus dem Hotel diesen Qualitätsstern entzogen. Die „Kaiserkrone" war das einzige Hotel in Nambia mit einer Bar, in der Weiße und Afrikaner zusammen tanzen durften. Es kam immer wieder zu Schlägereien, hauptsächlich zwischen Weißen. Jetzt sitzen die afrikanischen Mädchen, geschminkt und in kurzen Röcken, im Palmengarten und warten auf Kunden.

Vor einer Woche wurde in der Toilette ein weißer Automechaniker, der, aus dem Norden kommend, Urlaub in Windhuk machen wollte, von einem anderen Weißen buchstäblich abgeschlachtet. Die Toilette ist noch nicht geweißt worden. Ich habe die roten Spritzer an den Wänden und an der Decke zunächst für Tomatenmark gehalten. Erst das schwarze Mädchen an der Rezeption erzählte mir, was passiert war: „Mister, gehn Sie mal nicht auf die Toilette, da ist jemand gemordet worden." Wie es zu dem Streit gekommen war, wußte sie nicht.

Die Straße vor dem Hotel ist menschenleer. Ich sitze am Fenster, bis es dunkel geworden ist. Was willst du da, haben sie mich zu Hause immer wieder gefragt. Ich starre auf die schlechtbeleuchtete Straße. Hier Bomben zu legen, müßte doch einfach sein.

Auf dem Gang vor meiner Zimmertür gröhlen zwei Besoffene in Englisch. Es geht ums Ficken, das verstehe ich gerade noch. Wie steril der Wortschatz einer erlernten Fremdsprache doch bleibt. Angekleidet lege ich mich aufs Bett. An die gegenüberliegende Wand ist ein Foto gepinnt. Das Foto von einem alten, kolorierten Stich, der eine Gebirgslandschaft zeigt. Darunter steht: Berchtesgaden. Ich sage mehrmals laut: Wie idiotisch. Auf dem Gang versucht der eine Besoffene den anderen zu überreden, doch wieder aufzustehen.

Am zweiten Abend hat mich ein Engländer vor der „Kaiserkrone" angesprochen. Er bot mir wahlweise oder aber auch beides zusammen 250 Gramm Heroin und drei kleine handliche Goldbarren an. In der Schweiz soll man damit angeblich einen Gewinn zwischen 300 und 400 Prozent erzielen. „Als Tourist werden Sie nicht gefilzt," versicherte er. Er will noch so lange im Lande bleiben und seinen Schnitt machen, bis hier alles hochgeht. Dann macht er eine Mücke nach Brasilien oder Australien.

Er macht im stark verkleinerten Maßstab das, was die südafrikanischen Konzerne mit amerikanischer Kapitalbeteiligung im großen machen. Sie holen aus diesem rohstoffreichen Land heraus, was noch herauszuholen ist, stecken aber nichts mehr hinein, das heißt: sie investieren nichts mehr. Die „Consolidated Diamond Mines of SWA" fördert 95 Prozent der Diamanten im Land und machte 1970 mit nur 4 000 afrikanischen Arbeitern einen offiziell ausgewiesenen Gewinn von 47,3 Millionen US-Dollar. Ein Arbeiter verdiente damals (ein Spitzenlohn!) 52 Rand, etwa 280 Mark im Monat.

Jedes Jahr, jeder Monat, jede Woche unter der Herrschaft der Südafrikanischen

Pistole auf dem Nachttisch, Dobermann vorm Haus und Elektrozaun ums Grundstück

Union sind ihr Geld wert. Die Diamantenvorkommen, die den Reichtum des Landes ausmachen, werden aber bei dem augenblicklichen Raubbau, so schätzt man, 1982 erschöpft sein. Wenn wir hier raus müssen, sagte mir ein weißer Farmer, dann sollen die Affen nochmal von vorn anfangen.

Ich will in den Süden Namibias fahren und mir dort die Orte ansehen, wo damals die Aufstände ausbrachen. Ich vergleiche die deutsche Generalstabskarte von dem Gebiet der Aufstände mit einer heutigen Straßenkarte. Die Straßenkarte ist, das wird sich auch später erweisen, ungenau. Viele Orte sind nicht eingezeichnet. Die südafrikanische Regierung verbietet den Vertrieb von Meßtischkarten. Das soll die Arbeit der eingeborenen Guerilleros erschweren. Ich würde mir einen Wagen mieten müssen, um die Plätze und Orte besuchen zu können, an denen sich damals, vor siebzig Jahren, die Kämpfe abgespielt haben. Was wird zu sehen sein? Eine karstige Berglandschaft, trockene Flußläufe, Steppe mit Dornenbüschen und in dieser Jahreszeit, im Mai, nach den besonders reichen Regenfällen der letzten Wochen, blühendes Gras, das wußte ich aus Büchern.

Die Ereignisse haben sich, kurz zusammengefaßt, folgendermaßen zugetragen. Am 12. Januar 1904 bricht in dem deutschen Schutzgebiet ein Aufstand der Hereros aus. Über hundert deutsche Ansiedler, Beamte und Soldaten werden getötet; Frauen, Kinder, Missionare, Engländer und Buren aber, auf Anordnung des Oberhäuptlings Samuel Maharero, verschont. Der Aufstand richtet sich also nicht gegen die Weißen, sondern gegen die Kolonialherren, gegen die Deutschen. Diese hatten durch sogenannte Schutzverträge, die seit 1884 mit den Häuptlingen der verschiedenen Stämme abgeschlossen worden waren, und zwar mit Hilfe von Branntwein, Gewalt und Missionaren, das Land unter die Herrschaft des deutschen Reichs gebracht. Die Eingeborenen wurden durch europäische Händler verschuldet, es kam zu Viehpfändungen, deutsche Siedler drangen in das Gebiet der Hereros vor und die Kolonialherren waren in der Anwendung von Prügel- und Todesstrafen nicht gerade zimperlich.

Da beginnt, für die Deutschen völlig überraschend, der Aufstand. Nach anfänglichen Erfolgen werden die Hereros durch die eintreffenden Truppenverstärkungen in das Gebiet um den Waterberg zurückgedrängt. Dort werden sie am 1. August 1904 von den deutschen Truppen unter dem General v. Trotha in einer Kesselschlacht geschlagen. „Ich vernichte die aufständischen Stämme in Strömen von Blut und Geld. Nur auf dieser Aussaat kann etwas Neues entstehen“ (Trotha).

Die fliehenden Hereros werden in die wasserlose Wüste Omaheke abgedrängt, wo die meisten von ihnen verdursten. Von ehemals 80 000 Hereros überleben knapp 15 000. Der Plan des Generals, eine grundsätzliche Lösung für die Eingeborenenpolitik zu finden, war fast gelungen. Nur das Wort Endlösung gab es damals noch nicht. Unmittelbar nach dieser Vernichtungsschlacht kam es zu dem Aufstand der Nama (Hottentotten) unter dem Kapitän Hendrik Witbooi. Im Gegensatz zu den Hereros stellten sie sich keiner Feldschlacht, sondern lieferten den Deutschen einen jahrelangen verlustreichen Guerilla-Krieg. Der erfolgreichste und von den Deutschen gefürchtetste Führer war Jakob Morenga, in dessen Einheit Hereros und Namas gemeinsam kämpften.

„In zwei Jahren sind die Weißen hier keine Herren mehr“

Morenga, dieser Name sollte in den folgenden Monaten und Jahren im ganzen Süden Afrikas bekannt werden, ein Afrikaner, der gegen die Weißen kämpfte, mit ihrer zahlenmäßig und technisch überlegenen Armee, die er trotzdem schlagen konnte. Morenga, eine Hoffnung: Afrika den Afrikanern. 1907 wurde Morenga in einem Gefecht mit englischen Truppen, die die Deutschen unterstützten, erschossen.

Keiner der afrikanischen Arbeiter, die abends zusammengedrängt auf einem Lastwagen stehend zu der Eingeborenenstadt Katatura hinausfahren, kennt heute diesen Namen, weiß genaues über die großen Aufstände vor siebzig Jahren. Damals hat man den Überlebenden nicht nur ihr Land und ihr Vieh genommen, sondern man hat darüberhinaus ihnen ihre Geschichte, ihre Identität geraubt. Man hat versucht (und nicht ohne Erfolg), ihr Selbstbewußtsein zu brechen, ihnen ein Sklavenbewußtsein einzuimpfen, das sich den weißen Herren unterlegen wissen soll: feige, faul und kulturlos zu sein. Dazu bestimmt, zu dienen und zu arbeiten.

Damit sich daran nichts ändere, gab es jahrzehntelang (1919 übernahm Südafrika die ehemals deutsche Kolonie als Mandatsgebiet) keine Schulpflicht; werden heute für einen afrikanischen Schüler 227 Mark Schulgeld ausgegeben, für einen weißen Schüler hingegen 1428 Mark. So wird schon im Staatsbudget der Rassenunterschied, wie ihn die Weißen verstehen, mitfinanziert. Daraus folgert die schrumpfköpfige Rassenideologie die naturbedingte Überlegenheit der weißen Rasse. Die Schwarzen sind faul, sagen sie und zeigen auf die schlafenden Farmarbeiter.

Aber wozu arbeiten, da es für die Afrikaner keine Aufstiegsmöglichkeiten gibt, da sie nur den sechsten Teil des Lohnes bekommen, den ein weißer Arbeiter für die gleiche Arbeit erhält. Warum sollen sie sich für die reichen weißen Herrn kaputt machen. Faulheit ist der einfachste und individuellste Protest gegen die Ausbeutung durch die Weißen.

Für ein oder zwei Jahre kommen die Afrikaner aus ihren sogenannten Homelands in die Städte, als Kontraktarbeiter. Sie hausen in den Betonbaracken von Katatura, in das sie abends nach dem Sirenenzeichen zurückkehren müssen. Hier schlafen sie, hinter Stacheldraht.

Herbstlich kühl werden die Nächte im Mai und schon hat es den ersten Frost gegeben, unten am Fluß. Der Wind treibt Papierfetzen über die sandige Ebene. Sie haben Papier und Pappe gesammelt und in einem Teerfaß ein Feuer angezündet. Schweigend stehen sie, dichtgedrängt, in Kitteln und Arbeitskleidung um das Faß, halten die Hände über das Feuer. Rot zuckt der Widerschein des Feuers über ihre Gesichter. Unten, im Tal der Stadt, in der „Kaiserkrone“, singt ein deutscher Stammtisch „Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“. Peinlich, diese Fossilien, sagt ein Manager, der für eine deutsche Elektrofirma die Investitionsbedingungen prüft. Sehr gute steuerliche Konditionen, sagt er, extrem niedrige Löhne, aber die Zukunft – schwarz ganz schwarz. Er lacht so laut über seinen Witz, daß die Leute von den anderen Tischen herüberblicken. Die Langusten kommen frisch von der Küste, sehr preiswert.

In Katatura machte vor zwei Tagen die südafrikanische Polizei eine Razzia. Gesucht wurde ein gewisser Heinrich Kansius Heneche, ein Guerillero, der eine Farm überfallen und einen Jeep der südafrikanischen Streitkräfte beschossen haben soll. Als man daran ging, eine jener Baracken, in denen die schwarzen Arbeiter hausen, zu durchsuchen, erhielt die Polizei aus einem Fenster Feuer. Die weißen Polizeioffiziere ließen das Haus von den afrikanischen Polizisten stürmen. Ein Polizeisergant wurde erschossen, ein anderer schwer verletzt. Heinrich entkam. Er floh ins Feld, wie die Steppe hier heißt. Hubschrauber werden eingesetzt, Armeepatrouillen überwachen Straßen, Polizeieinheiten mit Hundestaffeln durchsuchen die Gegend. Die Afrikaner in Katatura, in Windhuk und Umgebung erleben etwas, aus dem für viele ein neues Selbstbewußtsein entstehen wird: Die Angst der Weißen.

Wenn heute Farmen im Norden zu einem Drittel ihres Nennwertes angeboten werden, wenn amerikanische Ölkonzerne, trotz der Erdölvorkommen, nicht mehr investieren, wenn der deutsche Juwelier in Windhuk ein Bankkonto in der Schweiz eingerichtet hat, dann ist das ein Resultat des bewaffneten Kampfes der SWAPO (South West Africa People's Organization of Namibia), die 1960 gegründet wurde und seit 1966, als die UNO das Völkerbund-Mandat Südafrikas für beendet erklärte, den militärischen Kampf gegen die weiße Besatzungsmacht führt. Die SWAPO ist die größte politische Organisation der Afrikaner in Namibia, aber die südafrikanische Regierung weigert sich, mit den politischen Organisationen der Afrikaner über die Unabhängigkeit Namibias zu reden. Sie verhandelt nur mit den Stammesorganisationen. Dadurch können Stammesinteressen gegeneinander ausgespielt werden. Man will Zeit gewinnen

Rassisten-Opfer in Soweto

Mittags esse ich Leber nach Berliner Art. Am Nebentisch unterhalten sich vier Männer über elektrische Zäune. Und über Hunde. Gehör müssen die haben und scharf müssen sie sein, sagt der eine. Auf einer Farm, ganz in der Nähe von Windhuk, sind auf rätselhafte Weise innerhalb von zehn Tagen zwei Hunde verschwunden. Dabei soll der letzte ein besonders scharfer, auf den Mann dressierter Dobermann gewesen sein. Wenn man wenigstens die Kadaver der Hunde gefunden hätte, aber so.

Einer erzählt, er habe sich jetzt ein kleines Hilfsaggregat im Keller seines Hauses installieren lassen. Für alle Fälle. Das Funkgerät. Ohne Strom ist man geliefert. Der elektrische Zaun. Und wenn die einen gewischt kriegen. Sie lachen. Die Affen haben doch mehr Angst als Vaterlandsliebe.

Abends, es wird schon früh dunkel, gehe ich durch die menschenleere, hellerleuchtete Geschäftsstraße, die Kaiserstraße, spazieren. Da kommen mir, es ist kurz vor der Sperrstunde, drei Afrikaner entgegen, und ich ertappe mich dabei, wie ich nach einem Grund suche, die Straßenseite zu wechseln. Aber auf der anderen Straßenseite ist nichts zu sehen als die öde Betonmauer des Hauptpostamtes. Während ich den drei Afrikanern langsam entgegengehe, wird mir erstmals etwas ganz Selbstverständliches, zuvor kaum beachtetes, quälendes bewußt: die Farbe meiner Haut, wie ein Kainszeichen der Gewalt, und zugleich auch deren Gegenteil – Angst. Diese Angst, die Angst des Herren, sitzt in diesem Land den Weißen im Genick.

Der Boy, seit Jahren im Haus und unser guter Jakobus genannt, wird, wie jeden Tag, nachmittags in die Küche geschickt, den Tee zu bringen, alle sitzen in ihren Sesseln und warten, aber Jakobus will und will nicht kommen, man ruft, vergeblich, endlich läßt man nach ihm suchen, aber der Ausgeschickte kommt auch nicht zurück, man geht selbst und fragt, in der Küche war er angeblich nicht, auch keiner der eingeborenen Arbeiter will ihn gesehen haben. Es wird Abend, schließlich Nacht und, was bisher in all den Jahren noch nicht vorgekommen ist, Jakobus ist nicht zur Stelle. Ein anderer serviert, ungeschickt und täppisch, das Abendessen.

Später wird wie jede Nacht die Alarmanlage geprüft, dann eingeschaltet, die Schlafzimmertür verriegelt, die Pistole auf den Nachttisch gelegt. Da, kurz nach eins, ertönt das Heulen der Alarmsirene. Irgendwo ist der elektrisch geladene Grundstückzaun durchschnitten worden, das Licht fällt aus, der Hund, ein Dobermann mit gutem Gehör und scharf auf den Mann dressiert, schlägt nicht an. Die Telefonleitung ist tot. Die Stromleitung wird auf das vorsorglich gekaufte Aggregat im Keller des Hauses umgestellt. Licht. Das beruhigende Summen des Aggregats. Sonst ist nichts zu hören. Plötzlich geht das Licht aus. Die Weißen in diesem Land träumen schwer mit ihren vollen Mägen.

Länger als zwei Jahre werden sie hier nicht mehr die Herren sein, sagt in Windhuk ein Mitglied der SWAPO. Wie das Land dann aber aussehen wird, darum wird jetzt gekämpft. ●

Interview mit Pierre Mauroy

Schmidt's Uhr geht Jahre nach

© Nouvel Observateur

Ende Juli besuchten die französischen Sozialisten ihre Genossen in der Bonner SPD-Baracke. Wichtigster Tagesordnungspunkt: die Berufsverbote. Aber der macht sich inzwischen, nach der Erpressung von Puerto Rico, nachgerade harmlos aus. Franz Giesbert sprach mit dem Leiter der französischen SP-Delegation in Bonn, Pierre Mauroy, stellvertretender Vorsitzender seiner Partei, und befragte ihn nach – wie es jenseits des Rheins heißt – „l'affaire Schmidt":

Auf der Konferenz von Puerto Rico haben die Bundesrepublik Deutschland Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten beschlossen, Italien keine Wirtschaftshilfe mehr zu gewähren, wenn dort Kommunisten in die Regierung eintreten. Diese Entscheidung ist also auch von den beiden sozialistischen Regierungschefs Schmidt und Callaghan getroffen worden. Was halten Sie davon?

Ich bin konsterniert. Unsere Genossen Schmidt und Callaghan haben sich in der Epoche geirrt. Muß man aber deshalb ihre Parteien verdammen? Nein. Weder die SPD noch die Labour Party werden in ihren eigenen Ländern mit dem Kommunismus konfrontiert. Sie beurteilen den Kommunismus nur nach der sowjetischen Realität. Und die Westdeutschen haben, mit dem Stacheldraht des Eisernen Vorhangs, einigen Grund, antisowjetisch zu sein...

Sie entschuldigen Sie also?

Nein, ich versuche, sie zu verstehen. Als sich Helmut Schmidt und James Callaghan den Thesen von Ford und Giscard d'Estaing angeschlossen haben, haben sie einen schweren historischen Fehler begangen. Sie haben nicht begriffen, daß die italienischen wie die französischen Kommunisten die Bindungen an die Sowjetunion gelöst haben. Sie haben nicht begriffen, daß wir Sozialisten zusammen mit diesen Kommunisten einen neuen Gesellschaftstyp errichten können, und daß wir damit das Spiel der beiden Blöcke beenden könnten, das so viele Risiken für die Welt birgt.

Für Sie sind also alle Verbindungen zwischen der IKP beziehungsweise der FKP und der Sowjetunion zerbrochen?

Sie zerbrechen. Die pluralistische und antibürokratische Gesellschaft, die diese beiden Parteien wollen, ist das Gegenteil vom sowjetischen Modell.

Welche Bedeutung haben die Bundestagswahlen für Sie?

Es ist für uns sehr wichtig, daß die SPD die Wahlen gewinnt. Ein Sieg der CDU würde eine Rückkehr in die Vergangenheit bedeuten, und das wäre nicht nur für Deutschland, sondern für das ganze Europa schädlich. Die CDU würde soziale Unruhe säen, ihr exzessiver Antikommunismus würde zu einer Erstarrung der Lager in Europa führen, was eine Konsolidierung der sowjetischen Position zur Folge hätte.

Ist Helmut Schmidt für Sie ein Sozialist?

Ja, weil er der SPD angehört, der Partei der deutschen Arbeiter. Aber er ist ein Sozialist, der seine Uhr stellen muß. Sie geht einige Jahre nach.

Machen Ihre unterschiedlichen Einschätzungen des Kommunismus nicht jede Form von Zusammenarbeit mit den europäischen Sozialisten unnötig?

Die deutschen Sozialdemokraten und die britische Labour-Partei sind so wie ihre Klasse ist. Sie sind also unsere natürlichen Gesprächspartner. Wir sind zwar alle aus den gleichen historischen Umständen entstanden, haben aber heute wesentliche Meinungsverschiedenheiten. Das führt uns jetzt auf die inneren Strukturen von SPD und Labour: Jeder weiß, daß Willy Brandt die politische Gangart der französischen Sozialisten versteht, und daß in England Männer wie Michael Foot uns sehr nahe sind. Weil es demokratische Parteien sind, darf man hoffen, daß sie ihre Politik revidieren. Wir versuchen, sie dahin zu stoßen. Ich bleibe optimistisch: An dem Tag, an dem die französische Linke an der Macht ist, werden wir etwas Neues bringen, etwas Ansteckendes, etwas, mit dem SPD und Labour noch stark rechnen müssen.

Neuerscheinungen

396 Seiten, 7,80 DM

Die umfangreichste Dokumentation zum Thema Berufsverbot.
Trotz aller Versuche der Einschüchterung, trotz Verbreitung von Angst und Unsicherheit löst jedes neue Berufsverbot Empörung und Engagement aus. Diese demokratische Bewegung will der Band argumentativ unterstützen. Er dokumentiert u. a. Anhörungsprotokolle, Bundestagsdebatten, ausländische Stimmen sowie Stellungnahmen und Beschlüsse aus Gewerkschaften, politischen Gremien, Kultur und Gesellschaft.

Die erste umfassende Darstellung und Aufarbeitung der Krise ind der BRD erklärt ihre Ursachen und geht ausführlich auf die Folgen – vor allem für die Lohn- und Gehaltsabhängigen – ein. Der Sammelband beschäftigt sich weiter mit der offiziellen Krisenerklärung sowie mit allen Vorschlägen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise.

540 Seiten, 12,80 DM

Pahl-Rugenstein

Vorgebirgstraße 115 · 5 Köln 51

Max Jäggi über die Giftgas-Katastrophe von Séveso und den Hoff-Roche-Konzern

Ab 12.40 h wird vergiftet

Es ist immer noch nicht abzusehen, welches Ausmaß die Giftgas-Katastrophe in Oberitalien angenommen hat und weiter annehmen wird. Daß die Katastrophe stattfinden würde, das allerdings war abzusehen.

Zuerst ließen die Kaninchen die Ohren hängen und verendeten. Dann stürzten tote Vögel von den Dächern, Katzen krepierten und in die Pflanzenblätter fraßen sich gelbumrandete Löcher. Doch richtig ernst nahmen die Bewohner des nördlich Mailand gelegenen Kleinstädtchens Séveso die Sache erst, als die ersten Kinder mit rotem Hautausschlag vom Spielen heimgekehrt waren. Inzwischen ist der chemische Krieg in Oberitalien perfekt: mit total vergifteter Ernte, mit schweren Lebererkrankungen, mit Angst vor mißgebildeten Neugeborenen.

Verursacher des verheerenden Angriffs auf Menschen, Tiere und Pflanzen ist jenes Gift, das amerikanische Piloten seinerzeit in Entlaubungsaktionen wiederholt über Vietnam auskippten. In der Chemikersprache heißt der Stoff „2,3,7,8-Tetra-chlor-dibenzo-p-dioxin" oder kurz TCDD. Seine Folgen in Vietnam: Tot- und Mißgeburten, Erblindungen, Leberschäden bei der betroffenen Bevölkerung – 51 000 Hektar zerstörter Wald im Landesinnern, 124 000 Hektar vernichtete Mangrovewälder an der Küste, ein auf Jahre hinaus gestörtes biologisches Gleichgewicht.

Im norditalienischen Séveso freilich sind nicht tieffliegende US-Transporter schuld am grausamen Giftkrieg. Die Katastrophe begann stiller. Am 10. Juli um 12.40 Uhr zischte es kurz am Kamin der chemischen Fabrik ICMESA, dann stieg eine purpurfarbene Wolke zum Himmel, und es begann lästig nach Chemie zu stinken. Aus dem Herstellerwerk für Duftstoffe und Pflanzenvertilgungsmittel waren 300 Kilogramm giftiges Trichlorphenol und zwei Kilogramm supergiftiges TCDD via Wolke entwichen - weil nach einer Explosion in einem Druckkessel das Ventil versagt hatte.

Für die verantwortlichen Fabrikbosse hätte das zum allermindesten das Signal zum blitzartigen Großalarm sein müssen. Denn als promovierte Chemiker hätten sie sofort wissen dürfen, welch giftiger Dreck aus ihrer Hexenküche entschwunden war. Doch die Firmenleitung hüllte sich in vornehmes Schweigen. Und selbst als vier Tage später die ersten Kleintiere draufgegangen waren, versuchten die ICMESA-Chefs noch abzuwiegeln - mit echt schweizerischer Zurückhaltung.

Die Schweigsamkeit hatte ihren Grund: Die giftspeiende Chemiefabrik in Oberitalien ist eine Tochter der schweizerischen Chemiegruppe Givaudan S.A. Und die wiederum gehört dem weltgrößten Pharmakonzern F. Hoffmann-La Roche & Co AG in Basel, der sogar in der diskreten Geschäftswelt der Eidgenossen für seine informationsfeindliche Verschwiegenheit ein Begriff ist. So gaben die Basler beispielsweise erstmals 1974 – 78 Jahre nach der Firmengründung – offizielle Umsatzzahlen bekannt. Konzernumsatz 1975: 4,755 Milliarden Franken, Gewinn: 455 Millionen Franken.

In Sachen Profit kennen sich die tüchtigen Pillendreher in der Schweiz also aus. Weniger geläufig sind ihnen dagegen die von den Strategen der Marktwirtschaft so gern zitierten Vokabeln von unternehmerischer Verantwortung und vom Eigentum, das verpflichtet. Auch aus gemachten Erfahrungen lernen sie nur ungern. Dabei hätten sie in der Firmenchronik bloß vier Jahre zurückblättern müssen, um den letzten Giftskandal zu entdecken – mit genau dem gleichen chemischen Stoff, der heute ein mehr als 100 Hektar großes Gebiet in Norditalien verseucht.

1972 nämlich starben in Frankreich insgesamt 26 Babies an Hautschädigungen. Ihre Mütter hatten die Popos der Säuglinge mit einem „speziell hautfreundlichen" Talkpuder bestreut. Doch das wohlriechende Pulver enthielt eine zu hohe Dosis des antibakteriellen Wirkstoffs „Hexachlorophen". Und diese Überdosis wirkte bei den 26 Kleinkindern tödlich – allein durch den Hautkontakt. Hersteller der heimtückischen Chemikalie, die eine französische Fertigungsfirma zu reichhaltig in den Puder gemischt hatte: der Genfer Produktionsbetrieb der Givaudan S.A.

Was den französischen Puder so gefährlich machte, hat sich jetzt als Giftnebel über Séveso und Umgebung niedergeschlagen. Denn den Bakterientöter „Hexachlorophen" synthetisieren die Givaudan-Chemiker auf der Grundlage des Giftstoffs Trichlorphenol, der in Séveso hergestellt wird. Und bei der Produktion dieses Trichlorphenols entsteht – als Verunreinigung – das noch giftigere TCDD. Beide Stoffe sind über den ICMESA-Schlot entwichen. Und die Giftwirkung beider Stoffe ist seit Jahren bekannt – die Roche-Manager nahmen davon aber offensichtlich nicht Kenntnis.

Schon im November 1953 kam es bei BASF in Ludwigshafen bei der Trichlorphenol-Herstellung zu einem ähnlichen explosionsartigen Zersetzungsprozess wie jetzt bei der ICMESA in Séveso. Damals entstanden bislang unbekannte, außerordentlich giftige „Chlorkohlenwasserstoffe" – zu denen auch das jetzt bei ICMESA freigewordene TCDD zählt –, die bei den BASF-Arbeitern verheerende Folgen nach sich zogen. Bilanz: 21 Fälle von Hauterkrankungen verschiedenen Grades, 14 Fälle von Schäden an inneren Organen, 7 Fälle von Nervenschäden.

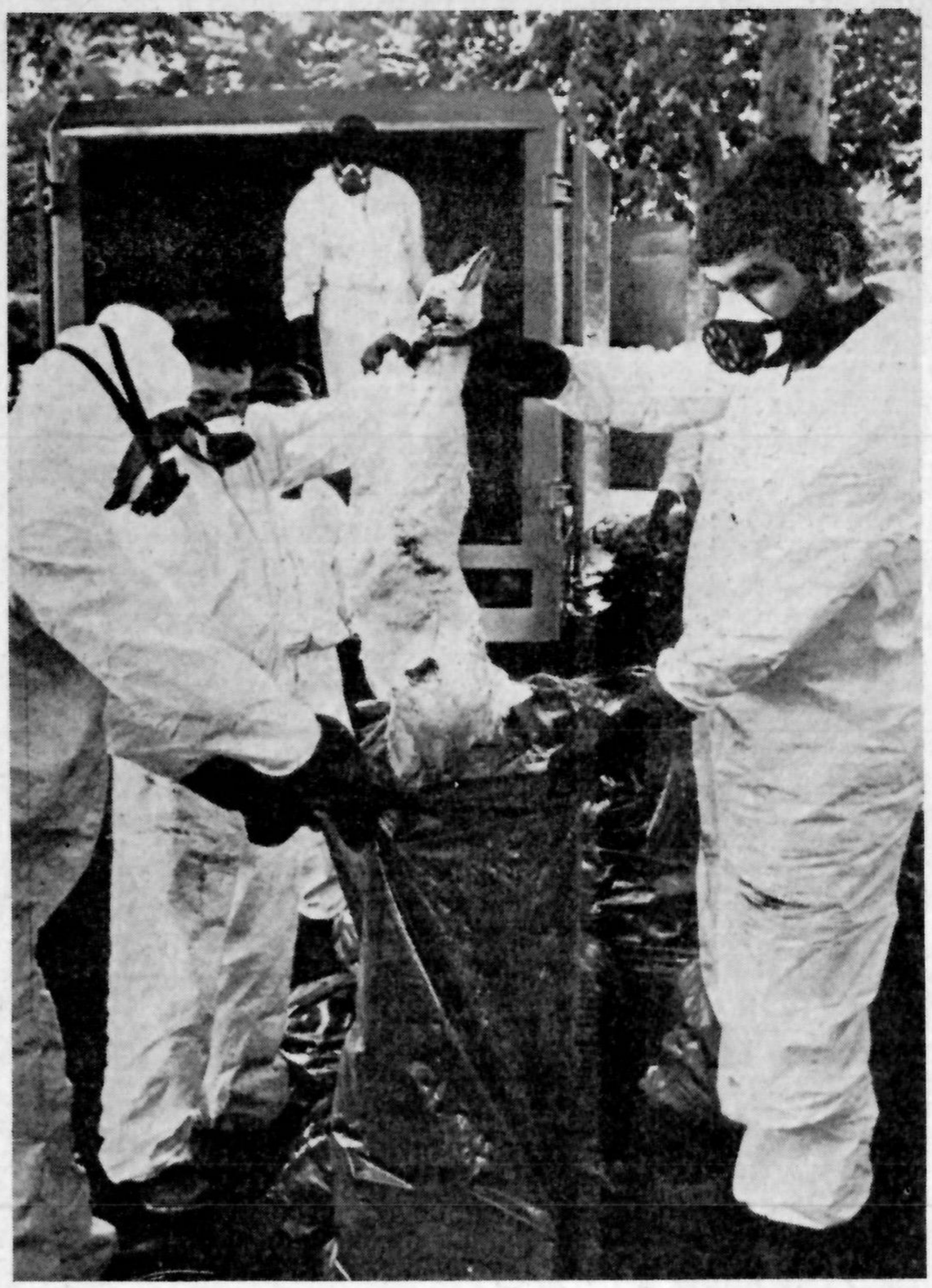
Über einen schwer geschädigten Schlosser schrieb BASF-Chefarzt Dr. A. M. Thiess in der Zeitschrift „Arbeitsmedizin-Sozialmedizin-Arbeitshygiene": „Die Nasenflügel waren zerklüftet und sahen wie ausgebrannt aus. Der behaarte Kopf war schmutzig verfärbt und lederartig infiltriert. Die Haare fielen vermehrt aus. Unzählige Mitesser bildeten Ausgangsherde für ständige fingerkuppengroße Abszedierungen. G. konnte nicht schwitzen und hatte das Gefühl einer kochenden Haut." Zehn Jahre später mußte der Arbeiter in Krankenhaus: Unterschenkelödeme und Lungenbluten führten als Spätfolgen zum Tod.

Auch amerikanische Chemiearbeiter machten ihre Erfahrungen mit dem teuflichen Trichlorphenol und seinen Derivaten. Die US-Gesundheitsbehörden untersuchten 1971 vorsorglich 73 Werktätige in einer Fabrik, die den Unkrautvertilger „2,4,5-Trichlor-phenoxy-essigsäure" herstellte. Irgendein Unfall war nicht passiert. Dennoch eruierten die behördlichen Tester bei 18 Prozent der untersuchten Arbeiter „mäßige bis starke Chlor-Akne, Narbenbildung, Hyperpigmentierung, Haarausfall und abnormen Haarwuchs, Augenreize usw".

Als Landschaftspfleger in Nordschweden genau diesen Unkrautvernichter versprüht hatten, gingen gleich 300 Hirsche ein. Und ebenfalls in Schweden erkrankten Bahnarbeiter, die den Bahnlinien entlang mit dem gleichen Herbizid unerwünschtes Unkraut vertilgt hatten. 79 „schwere Hauterkrankungen" waren die Folge in einem britischen Chemiewerk, das – genau wie die ICMESA in Séveso – Trichlorphenol herstellte. Und in einer tschechoslowakischen Fabrik erkrankten nach einer Explosion – ähnlich der von Séveso – 78 Arbeiter; zwölf von ihnen erlitten Leberschäden.

Die Giftbilanz spricht für sich. Den gewinngewohnten Schweizer Konzernherren von Hoffroche jedoch sagte sie nichts. Obschon beispielsweise in den Archiven des „Internationalen Informationszentrums für Arbeitssicherheit und Arbeitshygiene", einer Abteilung der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf, umfangreiche Dokumentationen über wenigsten 20 Trichlorphenol-Verseuchungen liegen, ließen die Roche-Herrscher den bösartigen Stoff wortlos weiter produzieren. Nicht in der Schweiz, versteht sich, wo ein strenges Arbeitsgesetz im Weg steht – die sauberen Eidgenossen exportierten die Giftproduktion ins laschere Ausland.

Sogar der für seine äußerst kapitalistenfreundliche Haltung bekannte Schweizer Wirtschaftsprofessor Emil Küng aus St. Gallen wunderte sich, „daß hier überhaupt mit einer Substanz gearbeitet wurde, von der man wissen mußte, daß sie zu den gefährlichsten Giftstoffen zählt". Küngs



Trichlorphenol-Folgen in Italien...

... und in Vietnam: „vorher/nachher"

Sorge gilt allerdings weniger den Betroffenen von Séveso als dem dadurch angeschlagenen „Ruf der Unternehmerschaft": „Es ist das Ansehen der Marktwirtschaft und der Wettbewerbsordnung schlechthin, das auf dem Spiel steht."

Die Bosse von Hoffmann-La Roche scheinen sich indes darüber nicht allzu viele Gedanken zu machen. Obschon gerade sie es sind, die wieder und wieder dafür sorgten, daß die Multis multinational ins Gerede kamen – selbst bei überzeugten Anhängern der sogenannten freien Marktwirtschaft. Denn nicht nur im Umgang mit hochgradigen Giftstoffen – wie in Séveso – regieren sie ihr Chemie-Imperium mit harter und rücksichtsloser Hand, die Basler Pharma-Barone profilierten sich auch im Sektor Verkauf als knallharte Krämer.

Der Konzern – dessen Haupt-Anteilseigner Paul Sacher sich als Orchesterdirigent lieber mit musischeren Dingen beschäftigt – machte sich bei Feinden wie Freunden vor allem unbeliebt, weil er seine Psychopharmaka „Valium" und „Librium" (Werbung: „Die rosa Brille für die Seele") in verschiedenen Ländern zu total übersetzten Preisen verhökerte. In Großbritannien mußten die Schweizer nach einem Vergleich mit den Gesundheitsbehörden herunter mit den Preisen. In der Bundesrepublik liegt eine entsprechende Streitsache beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe.

Noch mehr Negativ-Publizität brachte dem Basler Konzern die sogenannte Treuerabatt-Affäre. Obwohl der Artikel 86 der Römer EG-Verträge den Unternehmen im EG-Bereich den „Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stel-

Paul Sacher, Hauptanteilseigner von Hoffmann-La Roche: „Rosa Brille für die Seele"

lung" verbietet, hatte Hoffroche seinen Vitamin-Kunden im EG-Raum einen Treuerabatt gewährt, der entfiel, sobald die Kunden bei der Roche-Konkurrenz kauften. Für diese „Wettbewerbsverzerrung" erhielt Hoffmann-La Roche eine EG-Buße von einer Million Schweizer Franken aufgebrummt.

Der Clou der Affäre: Der 49jährige Malteser Stanley Adams, der die Brüsseler EG-Behörden als ehemaliger Roche-Prokurist auf die verbotenen Tricks der Schweizer Firma aufmerksam gemacht hatte, mußte sich vor einem nicht öffentlichen Basler Gericht zu 12 Monaten Gefängnis verurteilen lassen. Grund: Nach Artikel 273 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs muß mit einer Freiheitsstrafe rechnen, „wer ein Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnis einer fremden amtlichen Stelle oder einer ausländischen Organisation... zugänglich macht". Hoffroche hatte erfolgreich auf Verletzung dieser sonderbaren Bestimmung geklagt.

„Wir suchen keine Konflikte", meinte Roche-Prsäsident Adolf W. Jann in der Aktionärsversammlung im vergangenen Juni, „aber wenn wir überzeugt sind, eine gute Sache zu vertreten, dann empfinden wir den vollen Einsatz dafür geradezu als Teil der unternehmerischen Verantwortung." Daß die Hoffroche-Sache alleweil eine gute Sache sei, scheint für ihn über die meisten Zweifel erhaben. Auch wenn er zugab: „Gewiß sind auch auf unserer Seite Fehler gemacht worden."

Der „Fehler" in Oberitalien war das bisher stärkste Stück. „Die Verunfallten von Séveso", schrieb die Basler „National-Zeitung", „sind jetzt lebende menschliche Versuchskaninchen geworden, an denen man feststellen wird, welche anderen Gefahren, außer den reinen und direkten Vergiftungsgefahren, aus der Anwendung, Herstellung und dem profitablen Verkauf eines keineswegs lebensnotwendigen Chemieerzeugnisses entstanden sind."

Für Guy E. Waldvogel – der als Generaldirektor der ICMESA-Muttergesellschaft Givaudan-Roche gleichzeitig im Schweizerischen Schulrat sitzt und die bundeseigenen Hochschulen überwacht – bleibt das Séveso-Desaster trotzdem ein „technischer Unfall". Mit Gönnergebärde ließ er den Giftopfern im Namen des Konzerns fürs erste 300 000 Schweizer Fränkli spendieren – das entspricht nicht einmal dem Börsenwert von drei der insgesamt 16 000 Aktien der F. Hoffmann-La Roche & Co AG. ●

Bundesrepublik 1976
Sonderheft der Zeitschrift „Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus"; ca. 144 Seiten; ca. DM 8.– (ISBN 3-87975-106-4)

Wie ist vor dem Hintergrund der zunehmenden Repression, der stagnierenden Ökonomie und der sich erst zögernd regenden Gegenwehr seitens der Arbeiterklasse die zukünftige ökonomische und politische Entwicklung der Bundesrepublik einzuschätzen? Antworten zur Wahl und über die Wahl hinaus, Orientierung über den zukünftigen Gang der Klassenauseinandersetzung enthält dieses Sonderheft.

Margit Frackmann
Das Elend der Berufsausbildung
Lehrstellenabbau und Berufliche Bildung; ca. 140 Seiten; ca. DM 9,80

Claus Garbe, Stephanie Odenwald
Das Lehrlings–Rollen–Buch
Ein Arbeitsbuch zu Jugendarbeitslosigkeit und Reform der beruflichen Bildung für Lehrlinge und Jungarbeiter; 144 Seiten; DM 8,–

Projektgruppe Arbeiterfotografie Bielefeld
Rationalisierung – für wen?
Reportagen: Arbeitswelt in der Krise; 164 Seiten; DM 15.–

Projekt Klassenanalyse
Gesamtreproduktionsprozeß der BRD 1950 – 1970
Kritik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung; ca. 250 Seiten; ca. DM 16,–

Joachim Bischoff (Hrsg.)
Die Klassenstruktur der Bundesrepublik Deutschland
Ein Handbuch zum sozialen System der BRD; 173 Seiten; DM 9,80

VSA, Erkelenzdamm 7, Postfach 360 307, 1000 Berlin (West) 36

VSA

Leichen beleben das Blatt

Uwe Jean Herzog

Was passiert eigentlich mit den Leuten, aus deren Unglück, Pech oder Fehlern die Boulevard-Presse ihre Schlagzeilen macht? Und wie geht es den Schlagzeilen-Dichtern, wenn sie erkennen, was sie da anrichten? Uwe Jean Herzog hat es an sich selbst erlebt:

Im Moment weiß ich noch nicht so recht, wovon ich in Zukunft leben werde. Aber ich weiß, wovon ich nicht mehr leben werde: Von den Geschichten, die ich bisher an rechts-liberale bis rechts-radikale Boulevard-Blätter in der Bundesrepublik verkauft habe. „Bild" ghört dazu, die „Abendzeitung" (Nürnberg) und die „tz" (München). Den Grund lieferten ein Toter, einer, der noch lebt und die simple Selbstkontrolle: „Was tust du da eigentlich?"

Der Tote war Bürgermeister in Rosstal, einer Großgemeinde bei Nürnberg. Er hat sich erhängt. Drei Tage vor seinem Selbstmord, an einem Freitag, wurde er wegen Trunkenheit im Verkehr, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Beleidigung und Körperverletzung im Amtsgericht Fürth verurteilt: Ein Jahr Führerscheinentzug, 4000 Mark Geldstrafe. Am Montag

darauf schlug er das Lokalblatt auf, las den Bericht über seine Verhandlung und ging nach Hause. Eine Stunde später fand ihn seine Frau auf dem Dachboden: tot.

Die Gerichts-Geschichte war von mir. Wobei ich mir sicher bin, daß sie nicht der Grund für die Kurzschlußhandlung war. Vielleicht Anlaß. Aber das kann man nicht berechnen.

Als ich davon erfuhr, war ich einen Moment lang geschockt. Dann habe ich Honorar gescheffelt: Dienstag Schlagzeile Abendzeitung Nürnberg: „Bürgermeister hing tot auf dem Dachboden" - Mittwoch machte die „tz" München damit auf. Saubere Bilanz für einen „freien" Journalisten: 140 Zeilen ...

Natürlich gab es eine anständige Protestwelle: Der Ortspfarrer, der Dekan, ein Landtagsabgeordneter – alle wußten, daß hinter dem Gerichtsbericht nur die Absicht stand, den Bürgermeister abzusägen (ich hatte ihn bei der Verhandlung zum ersten Mal gesehen und noch nie von ihm gehört).

Ich habe mich aalglatt aus der Affäre gezogen, aber die Geschichte wurde ich nicht los: Der Tote hatte im Frühjahr einen Herzinfarkt. Konnte seinen Beruf als Tiefbauingenieur nicht mehr ausüben. Seine Partei hätte ihn 1978 sicher nicht mehr zur Wahl aufgestellt – aus vielen Gründen. Die 2700 Mark Aufwandsentschädigung für den Vater von drei Kindern wären futsch gewesen. Sicher: Er hätte einen ruhigen Verwaltungsjob gekriegt. Der Mann hatte ja Beziehungen.

Und ohne Beziehungen?

Wäre dieser Bürgermeister Fabrikarbeiter gewesen, er hätte zehn Mal mehr Grund gehabt, sich aufzuhängen. Dann hätte ich auch in der Gerichtsgeschichte Namen und Ort erwähnt. Bei dem Kommunalpolitiker habe ich mich – ehrlich – nicht getraut. Der gehörte zu den Leuten, die wissen, wie sie sich gegen Veröffentlichungen wehren können. Nazim, der Türke, der für 'nen Tausender am Fließband steht, weiß das nicht.

Über das Gefühl, für die größte Tageszeitung Europas zu arbeiten

Bevor ich nach Nürnberg kam, um „frei" für mehrere Blätter zu arbeiten, war ich Polizeireporter bei „Bild"-Hannover. Ich dachte, wenn du dort weggehst, wird vieles anders. Die Geschichten und meine Verantwortung. Fehlanzeige. Wenn man da einmal drin ist, kommt man so schnell nicht raus. Dann sieht man nur noch Geschichten. Keine Menschen mehr, keine „Schicksale" – nur noch in jedem und allem Storys. Und natürlich das Honorar. Und sogar das Gefühl, für die größte Tageszeitung Europas zu arbeiten, ist schön. Naja.

Zurück zum Grundsätzlichen: Werner ist 27, seit zwei Jahren arbeitslos, von Beruf Klimatechniker. Ich habe leider seinen Nachnamen vergessen. Also, Werner stand vor Gericht. Zwei Jahre lang rief er permanent die Einsatzzentrale der Schupo Nürnberg an: „In fünf Minuten fliegt die Bundesanstalt für Arbeit in die Luft". Das erste Mal, im September 74, war er total besoffen, sonntags früh um drei. Ich glaube, er hatte so um die drei Promille. Er ruft also an und droht. Die Polizei schirmt das Gebäude ab, evakuiert die Anwohner.

Er hat mir erzählt, wie er daraufhin arbeitslos geworden ist: „Am nächsten Morgen bin ich zur Straßenbahn und da hab ich dann die Schlagzeile in der Abendzeitung gelesen. Ganz groß. Mein Name war drin, mein Alter, Beruf, alles. Und gelogen haben die in dem Bericht. Da bin ich gar nicht mehr zu Siemens, da wär ich sowieso rausgeflogen." Tagelang haben die Nachbarn im Haus die Zeitung hin- und hergereicht. Werner hat sich nicht mehr rausgetraut. Höchstens zum Bierholen.

Seinen Antrag auf Arbeitslosenunterstützung hat er zu spät gestellt. Seidem lebt er von Gelegenheitsarbeiten: „Ich tapezier halt mal bei Freunden oder mach sonstwas..."

Der psychiatrische Gutachter hat bescheinigt: Er ist völlig normal. Nur kaputt. Kein Wunder.

Ich habe über die Gerichtsverhandlung (Urteil: Sechs Monate auf Bewährung) geschrieben. In der Abendzeitung. Nicht, ohne seine Geschichte in der Redaktion zu erzählen. Ein Kollege: „Dann darf man halt sowas nicht machen, selber Schuld." Ich weiß nicht, ob ich „sowas" mit drei Promille im Blut nicht auch machen würde... Auf jeden Fall: Der kriegt so schnell keinen Job mehr. Der traut sich gar nicht.

Über Täter, Leser und Mittäter

Mit diesem Journalismus werden zwei Dinge erreicht: Zu fast jeder Geschichte gibt es ein Opfer, das im Blatt zum Täter wird. Und zu jeder Geschichte gibt es Leser, die dem Blatt zum Opfer fallen, weil man sie zu Mittätern macht. Leser vergewaltigen, töten, und brechen sonstwie aus der Maloche aus. Beim Lesen. Ein Kollege in der Redaktion von „Bild" in Hannover hat mir das klargemacht: „Weißt du, daß wir DDR in Anführungszeichen schreiben, ist halb so schlimm. Das kriegt sowieso keiner mit. Aber, das wir nette Geschichten machen, über den Frühling oder das Wetter, ist viel gefährlicher. Da identifiziert sich der Leser voll mit dem Blatt, weil er jede Geschichte über den Frühling glaubt. Dann glaubt er auch die politischen Lügengeschichten. Und deine Crime-Storys mußt du so machen, daß die Leute das richtig im Kopf miterleben können. Das macht denen riesigen Spaß..." Der Kollege ist übrigens nur bei „Bild", um Schulden zu bezahlen. Wenn er die weg hat, sagt er, geht er. Journalismus will er nicht weitermachen: „Da machst du dich bloß kaputt, schau dir doch die Typen an..."

Der tägliche Job bei „Bild" hat einen besonderen Gag: Immer, wenn ich in irgendeinem Hinterhaus irgendeine Baby-, Blut- oder Busengeschichte recherchiert habe, bin ich auf Schwierigkeiten gestoßen. Auf verängstigte Hausmeister, verstörte „kleine Leute". Dann habe ich ihnen mein Anliegen so erklärt, wie ich es in dieser Redaktion gelernt habe: „Schauen Sie," habe ich den Leuten eingeredet, „daß sich bei Ihnen noch keine andere Zeitung gemeldet hat, liegt doch nur daran, daß die nicht sauber nachforschen. Wir wollen, daß jeder Fact stimmt. Wir nehmen nur unsere journalistische Sorgfaltspflicht wahr, das ist doch auch in Ihrem Sinn..." ●

Darauf kommt es jetzt an: die tat

Antifaschistisch

Antimilitaristisch

die tat

antifaschistische wochenzeitung

Sie sollten uns mal kennenlernen... und die antifaschistische Literatur aus dem

RÖDERBERG-VERLAG

6 Frankfurt 1
Postfach 4129

Ich wünsche kostenlos

☐ Probeexemplare der „tat"
☐ Röderberg-Verlagsprospekte

Name

PLZ u. Ort

Straße

Quarthefte

Neue Ausstattung, neues Format, neue Inhalte

Heinar Kipphardt
Leben des schizophrenen Dichters Alexander M.
Ein Film. Mit Bildern.
Quartheft 78. 96 Seiten. DM 9,80
In 82 Stationen erzählt Kipphardt die Geschichte Alexanders. Es ist eine Geschichte des ICH. Wie es stumm gemacht wird, bekloppt, besessen, irr. Und wie es zu reden versucht.

Elke Erb
Einer schreit: Nicht!
Geschichten und Gedichte
Quartheft 81. 80 Seiten. DM 7,80
Gedankengedichte, Traumprosa, Kopflangereien aus der DDR.

Tintenfisch 9
Jahrbuch: Deutsche Literatur 1976
Herausgegeben von Michael Krüger
Quartheft 79. 128 Seiten. DM 7,80
Mit Texten von Andersch, Böll, Fried, Harig, Kunert, Rühmkorf, Weiß, Zwerenz u. a. und einem Dossier „30 Jahre danach" sowie einer vollständigen Bibliografie.

Wagenbach

alternative
108/109
19. JAHRGANG
JUNI/AUGUST 1976
DOPPELNUMMER 7 DM
A 20034 F

DAS LÄCHELN DER MEDUSA
Frauenbewegung · Sprache · Psychoanalyse

Texte von
Hélène Cixous
Catherine Clément
Luce Irigaray
Jacques Lacan
Julia Kristeva
Christa Reinig
Elisabeth Roudinesco
Verena Stefan
Johanna Wördemann

107 **Brecht in der Fabrik**
Erprobung des Lehrstücks «Die Ausnahme und die Regel» im Stahlwerk Terni – Ein Experiment zum politischen Gebrauch des gewerkschaftlichen Bildungsurlaubs in Italien – Arbeitsprotokolle, Gespräch mit Benno Besson.

Zu beziehen über jede Buchhandlung (Einzelheft DM 5, Doppelnummer DM 7) oder direkt vom Alternative Verlag, Postfach 150 230, 1000 Berlin 15. Bitte Katalog anfordern.

Hans Rüdiger Minow

Blutsbrüder

Ein ehemaliger Hitlergeneral rezensiert die Memoiren seines amerikanischen Kollegen Westmoreland („More Westland"), das Forum dafür bietet der „Spiegel". Hans Rüdiger Minow (auf dem Foto mit Vietnams Ministerpräsident Pham Van Dong) kommentiert diesen ekelerregenden Vorgang.

Zwei ins Alter gekommene Terroristen treffen sich auf einem belebten Boulevard. „Wie geht es Ihnen", fragt der eine. „Nun, es könnte besser sein", antwortet der Jüngere dem Älteren. „Darf ich Ihren Worten entnehmen, daß Sie Mißerfolge hinzunehmen hatten", erkundigt sich der besorgte Pensionär. „So kann man es auch nennen. Mein jüngster Einsatz hat die angestrebten Ziele nicht erreicht. Insbesondere die betroffene Zivilbevölkerung ließ sich nicht einschüchtern. Ich mußte die Aktion abbrechen und erhebliche eigene Verluste hinnehmen." „Das ist bedauerlich", sorgt sich der erfahrenere Terrorist und beginnt aus seiner eigenen Praxis zu plaudern, die unzählige Menschenleben kostete.

Als die angeregte Unterhaltung Neugierige anzieht, werden die zwei Terrorspezialisten auf ein Podest gehoben, damit ihre kenntnisreiche Auseinandersetzung dem Publikum nicht entgehe. So erfahren die erstaunten Passanten, welche neuen Tricks sich diese Internationale ausdenkt, um unter den Umstehenden zukünftig besser aufzuräumen. Keine Hand rührt sich, um die offensichtlichen Verbrecher in Gewahrsam zu nehmen. Im Gegenteil: das Fachgespräch interessiert sogleich eine Gazette, die die Veröffentlichungsrechte der Ausführungen des älteren Lehrmeisters honoriert.

*

Selbstverständlich hat sich dieses Ereignis in dieser Form nie zugetragen. Der Leser möge aber deswegen nicht glauben, wir wollten ihn für dumm verkaufen. Denn unsere Geschichte stellt nur die Dramatisierung tatsächlicher Vorgänge dar, die wir auf den Punkt brachten, um ihre Tragweite besser ermessen zu können.

Am 26. Juli nämlich veröffentlichte der „Spiegel" einen Dialog des Grafen Johann Adolf von Kielmannsegg, Fachmann für „Bandenbekämpfung" in der Naziarmee und späterer General der Bundeswehr. In dieser Funktion stand Graf von Kielmannsegg auch verschiedenen Kommandobereichen der NATO in Europa vor und verantwortete zwischen 1963 und 1966 respektive 1966 und 1968 die aggressive Militärpolitik im Auftrag der eigentlichen Herren dieses Bündnisses, die in Washington zu Hause sind.

Sein Gesprächspartner ist allerdings nicht „Carlos", sondern William C. Westmoreland, ein zum zeitweiligen Befehlshaber der US-Interventionstruppen in Vietnam aufgestieger Mensch, den schwedische Pressekollegen unwidersprochen den „Barbaren der kapitalistischen Welt par excellence" nennen durften. Mr. Westmoreland ist jener amerikanische Militär, dem der Ausspruch zugeschrieben wird, es gelte, Vietnam „in die Steinzeit zurückzubomben". Er ist auch derjenige, der die militärische Verantwortung für ungezählte Gemetzel an der vietnamesischen Zivilbevölkerung zu tragen hat; derjenige, unter dessen Kommando die B 52 in Thailand zu ihren Flächenbombardements auf Hanoi,

Hitler behindert seinen Kielmannsegg...

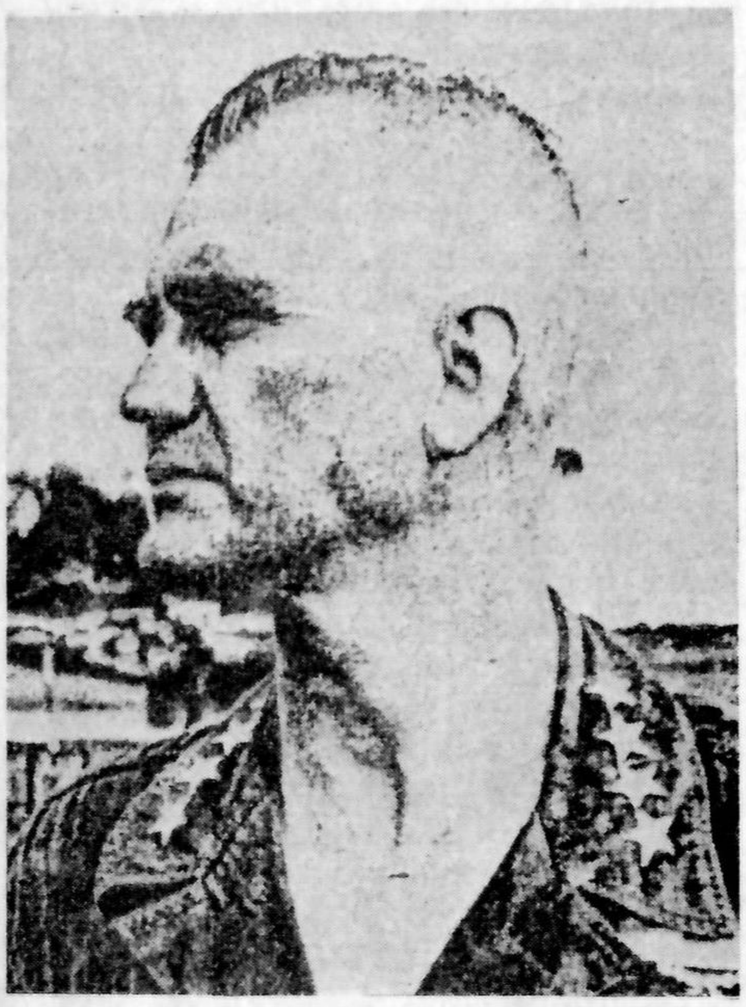
Haiphong und Vinh Linh aufstiegen, um Tausende von Zivilisten zu ermorden.

Graf von Kielmannsegg gibt vor, eine Buchbesprechung an Westmorelands Memoiren „A Soldier Reports" auszuführen. Davon kann aber keine Rede sein. Denn der „Spiegel"-Autor unterschlägt dem sich nur aus zweiter Hand informierenden Leser die eigentlichen Schwerpunkte dieses Buches, das schon vor seiner Veröffentlichung in den USA zumindest Entsetzen hervorrief. Amerikanische Zeitungen gelangten in den Besitz von Auszügen, in denen Westmoreland preisgibt, daß er 1968 beabsichtigte, gegen den eingeschlossenen US-Stützpunkt Khe Sanh in Südvietnam Atomwaffen einzusetzen. Glauben wir dem Memoiren-Helden, dann bildete er zur Zeit der Tet-Offensive „eine geheime Studiengruppe" mit dem Ziel, den „begrenzten Atomschlag" vorzubereiten. Khe Sanh „wäre ein ideales Einsatzgebiet" gewesen: „Man hätte nur minimale Verluste hinnehmen müssen", die durch die atomare Vernichtung sowohl unter amerikanischen als auch vietnamesischen Soldaten und Zivilisten die Folge gewesen wären.

Wie viele der Pläne Westmorelands, den Kielmannsegg liebevoll „Westy" ruft, scheiterte auch dieser am Einspruch des Weißen Hauses, dessen Amtsinhaber in einiger Entfernung vom Kriegsschauplatz immerhin noch ein ungefähres Gespür für die möglichen Folgen einer Politik hatten, deren Abenteuerlichkeit Westmoreland und andere Spezialisten für Kriegsterror ins Selbstmörderische treiben wollten.

Von diesen hybriden Träumen des amerikanischen Vier-Sterne-Generals ist in des Grafen Buchbesprechung nicht die Rede. Es ist aber die Rede von den Exkulpationen aller bürgerlichen Militärs in noch jedem verlorengegangenen Krieg, daß nämlich die Politik den Waffengang behindert hätte, daß der eigentliche Dolchstoß aus der Heimat kam.

Graf Kielmannsegg denkt nicht daran, diese Logik des von Staats wegen legalisierten Terrors, dem jede gesellschaftliche Verantwortung abhanden gekommen ist, in Zweifel zu ziehen. Im Gegenteil. Der „Spiegel"-Autor führt uns in ein paar eigene Erfahrungen ein, die noch vor zehn Jahren in der Bundesrepublik, eitel präsentiert, einen Skandal hervorgerufen hätten, weil sie aus dem Blut der Zivilbevölkerung der UdSSR geronnen sind.



... Johnson seinen Westmoreland

Demnach hat Graf von Kielmannsegg „Erfahrungen auf der Aktions- und auf der Führungsebene mit dem Partisanenkampf in Rußland", mit anderen Worten Erfahrungen sowohl beim Töten als auch bei der Planung des Tötens von Menschen, die sich dem faschistischen Hitler-Angriff widersetzten und die Souveränität ihrer Heimat verteidigten.

Damit jedoch nicht genug. Die nach Kielmannsegg in der UdSSR und in Jugoslawien aus dem Blut des Widerstandskampfes filtrierten Erkenntnisse seien in Vietnam nicht ausreichend berücksichtigt worden, sowenig, wie die Politik der Hitler-Regierung den Ratschlägen der reichsdeutschen Militärs gefolgt sei. Man beachte die Duplizität der Ereignisse und Bedingungen: Hitler fällt Kielmannsegg in den Arm, Johnson seinem General Westmoreland, den Krieg mit beiden Händen zu führen, statt „nur mit einer Hand" (Westmoreland über seine Kriegsführung in Vietnam).

Der Rezensent, der beschwört, die Amerikaner „hätten fragen können", wenn sie nur ernsthaft den Sieg im Auge gehabt hätten, dient seinen leider nicht früher bereitgestellten Rat aber auch im Zivilen Hinterland der ehedem kriegführenden Macht an. Er sorgt sich um die Medienberichterstattung der USA! Eine weitere Bedingung der Niederlage sei gewesen, daß es „für die Medien nicht die geringste Beschränkung oder Zensur (gab), und sie berichteten größtenteils zu viel, zu einseitig, zu sensationsbestimmt". Mit dieser offenen Attacke gegen einen der wesentlichsten Riegel für Militärs vom Schlage Westmorelands, den Krieg in Vietnam durch Atombomben nicht auch noch zum Schauplatz eines potenzierten Völkermords zu machen, läßt der schlaue Kielmannsegg in das beruhigende Orakel gleiten: „Der Transport des Kriegsgeschehens in die Wohnzimmer ist ein zum ersten Mal deutlich gewordenes, viel zu wenig beachtetes und erforschtes Phänomen".

Kielmannsegg versucht so, seine Anregung ein wenig zu entschärfen und scheint sie den Medienwissenschaftlern publizistischer Institute zu übergeben. Gemeint ist sie in Wirklichkeit für die praktische Politik.

Akademisch ist das von Kielmannsegg angeschnittene „Phänomen" umso weniger, als ihm bekannt sein dürfte, daß seine eigenen Taten bei der „Bandenbekämpfung" in der Sowjetunion Lehrmeister der Zensur und Fälschung im Hinterland des Großdeutschen Reiches fanden, die große Teile der Bevölkerung bis zum bitteren Ende im Glauben ließen, einfache Kriminelle wollten den Großtaten des Führers das Handwerk legen.

Ist der faschistische Krieg deswegen gewonnen worden? Der Antwort, mit der sich Graf von Kielmannsegg noch nicht ausreichend vertraut gemacht zu haben scheint, muß man hinzufügen: Der amerikanische Krieg in Vietnam ist für die USA nur deswegen nicht noch katastrophaler verloren worden, weil sich *trotz* aller Zensur in den Vereinigten Staaten Kräfte Gehör schaffen konnten, die in der besten Tradition der Demokratie stehen. ●

Die neuen pockets

„Aufdeckung einer Verschwörung" versteht sich als direkte Fortsetzung der Aktion, mit der es Günter Wallraff gelang, die Vorbereitungen eines rechten Putsches in Portugal zu entdecken und zu entlarven. Das Buch enthält die vollständigen Tonbandprotokolle und die Unterlagen der Putschpläne, die Wallraff von den Verschwörern übergeben wurden und die bisher nur zu einem geringen Teil veröffentlicht worden sind.
144 Seiten, Broschur DM 8,50

pocket 70
Ursula Linnhoff
Weibliche Homosexualität
Zwischen Anpassung und Emanzipation
„Feminismus ist die Theorie – Lesbianismus die Praxis" wurde zu einem Schlagwort der Neuen Frauenbewegung. Die Autorin, die seit Jahren mit Gruppen der Neuen Frauenbewegung zusammenarbeitet und die auch mit Gruppen homosexueller Frauen in Kontakt steht, gibt in diesem Band einen kurzen Überblick über die verschiedenen Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Medizin, der Psychoanalyse und Soziologie, zu den Fragen der Homosexualität, insbesondere der weiblichen, und stellt dar, seit wann und wie sich bis heute die Homosexuellen politisch organisiert haben und welchen ideologischen Standpunkt sie vertreten.
Im Anhang: Adressen von Gruppen homosexueller Frauen.
144 Seiten, Broschur DM 10,–

pocket 71
Jürgen Roth
Eltern erziehen Kinder
Kinder erziehen Eltern
Elterninitiativen nach der Kinderladenbewegung
Was ist aus der Kinderladenbewegung geworden – fast 10 Jahre danach?
Der Autor gibt einen ersten Erfahrungsbericht über die Elterninitiativen der 70er Jahre und ihren Versuch einer emanzipatorischen Kollektiverziehung. Mit Protokollen, Gesprächen, eigenen Erfahrungen des Autors und praktischen Anleitungen zum richtigen Umgang mit Problemen in Elterninitiativgruppen.
130 Seiten, Broschur DM 10,–

k&w
Verlag Kiepenheuer & Witsch

Jörg Huffschmid

Langweilig aber wichtig

KONKRET-Leser, das hat unsere Analyse Ende letzten Jahres ergeben, wollen mehr über politische Theorie lesen – ein Wunsch, den eine linke Publikumszeitschrift sicher nie voll befriedigen kann. Um hier wenigstens ein Service-Angebot zu machen, gibt KONKRET künftig namhaften Wissenschaftlern Gelegenheit, wichtige Neuerscheinungen aus ihrem Fachgebiet vorzustellen. Den Anfang macht der Wirtschaftswissenschaftler Professor Jörg Huffschmid von der Bremer Universität.

Im Gegensatz zur Krise 1966/67 hat die wissenschaftliche und publizistische Verarbeitung der jüngsten schweren Wirtschaftskrise in der BRD relativ früh eingesetzt und bereits reichliche Früchte getragen:
Einen kurzen, ausgezeichneten Überblick über Ursachen und Verlauf der Krise sowie die Hauptargumente, die von bürgerlicher Seite zu ihrer Erklärung und Verharmlosung vorgebracht werden sowie über die diese Behauptungen widerlegenden Tatsachen geben

Jörg Goldberg/Heinz Jung. Die Wirtschaftskrise 1974 – 1976 in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen, Auswirkungen, Argumente. Marxistische Taschenbücher, Reihe „Marxismus aktuell" Nr. 95, Frankfurt/M 1976, 5,– DM

Einen Versuch, die gegenwärtige inflationäre Krise vorwiegend auf der theoretischen Ebene aus dem Zusammenhang der Gesamtproduktion des Kapitals zu erklären, ohne monopolistische Strukturveränderungen des gegenwärtigen Kapitalismus als entscheidenden Faktor heranzuziehen, bietet das

Handbuch 3, Inflation – Akkumulation – Krise I, Inflation und Reproduktion des Kapitals, herausgegeben von Elmar Altvater, Volkhard Brandes und Jochen Reiche, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M-Köln 1976

Dieser Sammelband wird ergänzt durch das von denselben Herausgebern zusammengestellte

Handbuch 4, Inflation – Akkumulation – Krise II, Internationale und nationale Bedingungen von Inflation und Krise, ebenda 1976,

in dem die besonderen Formen inflationärer Entwicklung in den einzelnen kapitalistischen Ländern materialreich dargestellt werden.

Im Gegensatz zu den mehr auf der begrifflichen Ebene verweilenden Abhandlungen versucht das Buch

Autorenkollektiv, Allgemeine Krise des Kapitalismus. Triebkräfte und Erscheinungsformen in der Gegenwart, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1976, 12,50 DM

die gegenwärtigen Krisenerscheinungen des Kapitalismus im nationalen und internationalen Maßstab im Zusammenhang der gesamten geschichtlichen Entwicklung zu sehen, in dem die Wandlung der inneren Struktur des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus und zum staatsmonopolistischen Kapitalismus auf der einen, das Erstarken der sozialistischen Länder, der nationalen Befreiungsbewegungen und der demokratischen und sozialistischen Bewegungen in den imperalistischen Ländern auf der anderen Seite entscheidende Etappen und Faktoren darstellen. Eine hervorragende und umfassende, leichtverständliche Arbeit über Struktur und Perspektive des gegenwärtigen Kapitalismus!

Historische Perspektive besonderer Art steuern auch drei Texte von Rudolf Godscheid und ein Aufsatz von Joseph Schumpeter bei, die aus dem 2. Jahrzehnt dieses Jahrhunderts stammen und sich schon damals mit dem Problem der Finanzkrise des Staates befassen. Seinen besonderen Wert gewinnt das Buch durch die einleitende Aktualisierung des Problems durch Rudolf Hickel, der zeigt, daß und wie sich die Fragen der Fiskalkrise heute stellen und wie vor allem die Sozialdemokratie versucht, ihrer Herr zu werden:

Rudolf Goldscheid/Joseph Schumpeter. Die Finanzkrise des Steuerstaates. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen. Herausgegeben von Rudolf Hickel, edition suhrkamp 698, Frankfurt/M 1976.

Die Wirtschaftskrise hat naturgemäß die Diskussion über die politischen Handlungsmöglichkeiten wieder belebt, die sich in der BRD bekanntlich auf die Frage der Investitionslenkung zugespitzt hat. Einen – durchaus nicht erfreulichen – Überblick über den Stand der gewerkschaftlichen und mehr oder weniger parteioffiziellen Diskussion gibt der Sammelband

Gerhard Fleischle/Manfred Krüper (Hrsg.), Investitionslenkung, Überwindung oder Ergänzung der Marktwirtschaft? Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1976,

der auf einer Sendereihe des Deutschlandfunks beruht. Was hier zu lesen ist, gibt den Stand der Diskussion schon richtig wieder, aber dieser Stand ist eben in einem beklagenswerten Zustand. Einzig der Beitrag von **Karl Georg Zinn** macht hier eine Ausnahme, indem er das Kind beim Namen nennt und sich unverblümt für eine planwirtschaftliche Lenkung der Wirtschaft ausspricht und dieses Votum messerscharf begründet.

Mehr als verblümt dagegen kommt ein von SPD-Seite vorgelegter Band daher:

Wolfgang Roth (Hrsg.), Investitionslenkung, rororo aktuell 4000, reinbek 1976,

der die „Ergebnisse einer Diskussion zwischen jungen Unternehmern und Sozialdemokraten zum Problem von Markt und Lenkung" wiedergibt. Das eigentlich Interessante an diesem Buch ist die sich dem Leser zwingend nahelegende Einsicht, daß von den hier vorgetragenen Ansichten – Konzepte wäre bereits entschieden zu hoch gegriffen – mit Sicherheit keine Veränderung der krisenhaften Verhältnisse zu erwarten ist.

Ergänzend sei daher noch auf zwei Neuerscheinungen hingewiesen, die dazu beitragen können, die sozialdemokratische Hilflosigkeit angesichts der Krise und die Konzeptionslosigkeit bei ihrer Bekämpfung zu erklären, nämlich

Jutta von Freyberg u. a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863 bis 1975, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975, 9,50 DM.
sowie

Hans Jochen Brauns u. a., SPD in der Krise, Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1976

Beide Bücher weisen in ihren Schlußteilen auf zunehmende Differenzierungen in der SPD hin und leiten hieraus eine mögliche Perspektive der weiteren Entwicklung der westdeutschen Sozialdemokratie ab. Wenn dem auch sicher so allgemeinen zuzustimmen ist, so muß doch auch auf den beschränkten Umfang und Einfluß der innerparteilichen Opposition verwiesen werden und auf die ungebrochene Übermacht des Opportunismus und der Halbheiten, die die Theorie und Politik der SPD bestimmen und von denen gerade die beiden Bände über die Investitionslenkung ein deprimierendes Zeugnis ablegen. ●

Peggy Parnass:

Das Ungeheuerliche ist kein Thema

Ich mag kaum noch schreiben. Ich mag nicht mehr in politische Prozesse gehen. Dabei habe ich diesen Beruf ergriffen gerade aufgrund empörend stattfindender und genauso empörend nicht stattfindender politischer Prozesse, NS-Prozesse.

Ich sammelte Urteile. Schnitt sie mir fast täglich aus, hielt sie gegeneinander und sah, daß in diesem Land Diebe härter bestraft wurden als KZ-Wächter. Außer mir schien das nur wenige zu interessieren.

Ich lieh mir einen großen Stapel Akten und Berichte vom Auschwitz-Prozeß. Als ich sie gelesen hatte, legte ich mich erstmal viele Wochen krank ins Bett. Nicht das, was in Auschwitz geschehen war, hatte mich umgehauen. Darunter litt ich schon immer. Aber was in den Prozessen lief, aktualisierte die Vergangenheit: Zeugen, die wie Angeklagte behandelt wurden. Angeklagte, die nie aufhörten, Respektspersonen zu sein.

Ich fing an, Gerichtsreporter anzurufen. Ich beredete sie, doch was zu tun. Ich bewirkte nichts. Die Horrorspiele der Justiz rissen die Profis schon lange nicht mehr vom Stuhl. Ab und zu besuchte ich selber Prozesse. Ich kriegte mit, wieviel Langeweile und wie wenig Entsetzen sie bei Reportern und Zuschauern auslösten.

Ines Stosch von der „Frankfurter Rundschau" animierte mich, selbst über Prozesse zu schreiben. Das tat ich dann auch. Erst für die „Rundschau" und dann für das alte KONKRET. Das war vor genau sechs Jahren.

Mein Optimismus war ungeheuer. Die Zuversicht, durch unmißverständliche Berichte etwas zu bewirken, groß. Meine Freude an jedem Schritt voran auch. Mein Elan im Kampf gegen längst überholte Gesetze, die nur gegen den Gesetzesgeber sprechen, ließ nie nach. Z. B. Kriegsdienstverweigerung, Abtreibung, Homosexualität, Kuppelei.

Ich hoffte, Gewalt abzubauen. Ich war stolz auf meinen gesunden Menschenverstand und wollte ihn gebrauchen, um Polizei und Staatsanwaltschaft nachdenklich zu stimmen. Denn meine wiedererwachte Angst vor der Staatsgewalt ließ mich seit dem Polizeieinsatz 1968 vorm Springerhaus nicht mehr los.

Verzweiflung und Wut in NS-Prozessen machten mich immer wieder krank. Ich ertrug nicht, daß fast stets die wenigen überlebenden Opfer-Zeugen diffamiert, die Täter jedoch auf freiem Fuß gelassen wurden. Ich schrieb über den erklärten Prozeß gegen den lebenden Massenmörder Dr. jur. Hahn und über den nicht erklärten, aber geführten Prozeß gegen den toten Widerstandskämpfer Fiete Schulz. Fiete durfte laut Gericht wieder „Mörder" genannt werden. Hahn durfte nach Hause.

Dennoch, es schien voranzugehen. 1969 kam die SPD an's Ruder. Heinemann wurde Präsident, Brandt Kanzler. Zu schön, um wahr zu sein. Ist ja auch längst korrigiert. Aber erstmal Euphorie auf der Linken. Dann Änderung der politischen Landschaft. Über Nacht. Im Mai 1970: Ulrikes Steckbrief im ganzen Land. Die guten Deutschen die mit mir gegen Atomtod und Wiederbewaffnung über die Kuh-Dörfer marschiert waren, waren die kriminellen Deutschen geworden. Und standen vor Richtern, die die Auschwitz-Leute hatten laufen lassen. Amokläufe nach zu vielen vergeblichen Anläufen.

Auch Staat und Berichterstatter liefen Amok. Der Staat ist immer in „Notwehr". Auch wenn seine Schützen zuerst schießen. Wie auf Ohnesorg. Ohnesorg war wehrlos. Kurras wurde nie verurteilt. Sein Freispruch wurde zum Präzedenzfall. Der Polizist, der den harmlosen nackten Ausländer Jan McLeod erschoß, auch. Die vielen anderen putativen Notwehrtäter auch. Wie gehabt: Leben ist nicht gleich Leben, Tod nicht gleich Tod.

Heinar Kipphardt, geboren 1922, Psychiater, Dramaturg, lebt als Schriftsteller in der Nähe von München. Er wurde durch seine Dramen, für die er viele Literaturpreise bekam, auch international bekannt:

». . . ›März‹ ist ein Buch, das man gar nicht oft genug lesen kann, um alles mitzukriegen, was es enthält.«
Monika Sperr/Deutsche Zeitung

». . . es macht Mut – und Lust – Fragen zu stellen. Das ist viel.«
Hans Brender/Deutsche Volkszeitung

». . . erinnert an Büchners Lenz-Novelle.«
H.-P. Klausenitzer/Die Welt

». . . konkret, sinnlich, plastisch, ja spannend . . . ein außerordentlich wichtiges, sehr beunruhigendes Buch, ein gezieltes, gelungenes und notwendiges Ärgernis.«
Wolfgang Hädecke/Stuttg. Zeitung

...kostenlos anfordern.

Postkarte genügt!
An: C. Bertelsmann/München
Steinhauser Straße 1
8000 München 80

Alle von Heinrich Böll bisher veröffentlichten Gedichte. Klaus Staeck erstellte in einer Art von Dialog zu den Gedichten 8 Collagen, die von einer Annonce für die Abonnentenwerbung in "DIE WELT" ausgehen.

Querheft 1
62 Seiten ISBN 3-921521-01-7 DM 12.80

Querheft 2

Agostinho Neto
ANGOLA Heilige Hoffnung

Labbé & Muta Verlag

Die Gedichte des MPLA-Vorsitzenden und Präsidenten der Republik Angola erschienen bereits in neun Sprachen.
Ausführliche Einleitung von Marga Holness über die Ziele und die Entstehung der MPLA. Vorwort Basil Davidson.

Querheft 2
164 Seiten ISBN 3-921521-00-9 DM 16.80

Labbé & Muta Verlag

M.Luther-Platz 15
5000 Köln 1

WO DRUCKEN?

Seit dem 1. Juni 1976 gibt es in Hannover die Offizin.

Die Offizin gründete sich aus den Arbeitszusammenhängen undogmatischer linker Gruppen am Ort, des SB Hannover und den ehemaligen Arbeitszusammenhängen der SOAK.

Wir drucken Schüler- und Stadtteilzeitungen, Infos, Flugblätter, Plakate, Broschüren, Bücher im Buch- und Offsetdruck.

Eine Angebotsmappe mit ausführlichen Informationen und Preisen schicken wir auf Wunsch zu.

OFFIZIN

Druck- und Verlags-GmbH
Stiftstraße 11 · 3 Hannover 1
Telefon (0511) 17622

Kontaktanschrift
des SB Hannover c/o Offizin.

Vereinzelt wehren sich Bürger gegen so eine Sicht. Ich war dabei, als Erich Fried mit Heinrich Böll zur Seite hier in Hamburg deswegen vor Gericht stand. Er hatte den Hinterkopfschuß auf Georg von Rauch in einem Leserbrief „Mord" genannt. Darüber hätte ich gern berichtet. Aber das wollte keiner.

Ich war nicht dabei, als in Köln das stattfand, was für mich der Jahrhundertprozeß gewesen wäre. Die Gegenüberstellung Beate Klarsfelds mit dem in Frankreich zum Tode verurteilten Nazi Kurt Lischka. Man stelle sich vor: Lischka, das [redacted], das hier immer noch wohlgelitten herumläuft, als Zeuge gegen Beate Klarsfeld, die ihn notgedrungen mit unkonventionellen Mitteln, spät aber doch seinen Richtern in Frankreich vorführen wollte. Klarsfeld verurteilt, Lischka immer noch nicht vorbestraft. Da denkt man doch, man spinnt. Aber auch diese Ungeheuerlichkeit war kein Thema: Ist doch langweilig, diese ewigen Nazi-Geschichten. Will doch keiner mehr wissen. Schreib doch mal wieder sowas wie „Männer sind mies".

Meine Arbeit wurde lächerlich. Die Widerstände wuchsen. Die linke Berührungsangst, die Angst womöglich mit der RAF identifiziert zu werden, führte dazu, daß man lieber Sittenprozesse ins Blatt brachte. Ich war mehr als 30 Tage im Hoppe-Prozeß. Bei Halbzeit wurde mir das Thema weggenommen. Man ließ lieber eine Kollegin berichten, die den Prozeß nur vom Hörensagen kannte, aber allzeit Gewähr dafür bot, ihre Sympathien gleichmäßig auf Richter und Staatsanwalt zu verteilen.

Als der Prozeß gelaufen war und das Urteil auch die bürgerliche Presse schockte, durfte ich wieder ran. Um zwei Drittel gekürzt erschien „Null Beweise – zehn Jahre".

Ich habe dann im Laufe der letzten Jahre zahllose Stunden im Gericht verbracht. Vergeblich. Ich konnte nicht an die Öffentlichkeit weitergeben, was ich sah. Nicht nur, weil es niemand drucken wollte. Ich selbst hatte ja auch nur das Gefühl meiner Ohnmacht weitergeben können. Die Ohnmacht der Angeklagten. Häufig die offensichtliche Verlogenheit der Zeugen. Und immer häufiger auch die Ohnmacht der Verteidiger.

Und die unerträgliche Heuchelei. Da lösen eine Handvoll Tote Krisen aus bei Leuten, die mit Gelassenheit über Völkermorde hinweggehen.

Dann kam Stammheim, *der* Prozeß für einen Gerichtsreporter. Doch was hätte ich schreiben können? Ulrike hatte mir viel bedeutet. Und dort, in Freiheit auf der Pressebank sitzend, wäre ich mir wie ihr Richter vorgekommen. Ich hätte sie sprechen mögen, um genau zu erfahren, was sich in den Jahren, seit wir uns nicht mehr gesehen haben, in und mit ihr getan hat. Und *dann* vielleicht berichten. So, wie es war, fühlte ich mich in dem Maße ausgesperrt, wie sie eingesperrt war.

Aber nicht nur das. Wer sollte es denn drucken? Wer hat denn überhaupt noch den Mut, ein Unrecht Unrecht zu nennen, wenn es denen zugefügt wird, die jetzt die schlechten Deutschen sind? An denen heute längst freigesprochenes und in christliche Karrieren befördertes SS-Pack seine Lynchbegierde nährt?

Es gehört ja schon Mut dazu – und wieviel Mut – sie zu verteidigen. Wer Auschwitz-Mörder verteidigte, hat inzwischen eine gut beschäftigte Mammut-Praxis. Anwälte in BM-Verfahren werden dafür durch Ehrengerichtsverfahren gehetzt. Sie werden verdächtigt. Sie erhalten Berufsverbot. Jeder mißtraut jedem. Sowas führt zur Verzweiflung, zur Resignation, manchmal auch zum Ausflippen. Liberale, auch rechte Anwälte rücken als Pflichtverteidiger nach. Verändern sich häufig durch das, was sie dort erfahren. Merken, wie anders als sonst sie in solchen Prozessen behandelt werden. Wie automatisch ihre An-

Ich hasse meinen Weg zum Arbeitsplatz

träge abgelehnt werden. Und wie häufig ihnen Akteneinsicht verwehrt wird. Wie sie durch eine gewissenhafte Verteidigung ins Abseits geraten. Vom Verfassungsschutz überwacht und von angeblichen Anarchisten bedroht.

Angst macht sich breit. Wer schwach ist, macht sich schuldig. Mitte Juni wird ein Brandanschlag auf die Kanzlei von Klaus Langner, Pflichtverteidiger von Margrit Schiller, verübt. Seine Schreibkraft Johanna Keller geht an Verbrennungen elend zugrunde. Ich raffe mich auf und gehe wieder ins Gericht. Bin viel zu früh da. Mein Taxifahrer wird von zwei schwerbewaffneten Polizisten festgehalten. Weil er es wagte, mich vor dem Strafjustizgebäude abzusetzen.

Ich hasse meinen Weg zum Arbeitsplatz. Gerichte sind nie schön. Aber sie werden immer schauriger. Alles starrt vor Uniformen und Waffen. Ja, ja, ich weiß – nur zu meinem Schutz. Ich fühl mich aber im Strafjustizgebäude wirklich nicht bedrohter als auf der Straße, in Kneipen, auf der Post und zu Hause. Stellt euch mal vor, ihr müßtet ins Büro, in die Fabrik, zur Uni, in die Redaktionen oder wo immer ihr arbeitet, immer an schwerbewaffneten Beamten und auf Mann dressierten Kötern vorbei! Müßtet euch dauernd abtasten und filzen lassen.

Hinzu kommt, daß ich mich von Waffen nicht beschützt, sondern bedroht fühle. Verliert einer die Nerven, geht so ein Ding putativ los. Und ich hab dem nichts entgegenzusetzen. Außer meiner Angst.

Und Angst hat Folgen. Beseitigt Rückgrat und Anstand. Ich bin überzeugt davon, daß schon bald ein Erlaß an alle Händler möglich wird, bestimmte Bevölkerungsgruppen auszuschließen. Meinetwegen allen Linken den Besuch von Lebensmittelläden, Friseuren, Freibädern, Kinos, Theatern, S-Bahnen und Restaurants, Taxi, Post, Bank zu verwehren. Jede Übertretung wäre Hausfriedensbruch.

Na, wer wäre da noch mutig? Nicht zu vergessen: Opfer werden unansehnlich. Es fällt immer leichter, sie der eigenen Angst zu opfern. Alles wird möglich, wenn man Unrecht erträgt. Zum Schluß bleibt nur die Monotonie des Ungeheuerlichen. Nicht mehr erwähnenswert, da usus.

Ich mag kaum noch schreiben. Aber ich werde, weil ich muß.

Wolf Biermann über Heinar Kipphardt

Der Umweg über die Hauptstraße

Was ist das Verrückte an den Verrückten? Die verrückte Welt? Was macht den Einzelnen verrückt? Gibt es überhaupt sowas: eine normale, eine gesunde Gesellschaft?

Heinar Kipphardt, der exilierte DDR-Dramatiker, hat seinen ersten Roman veröffentlicht: „März" – die Leidensgeschichte des schizophrenen Dichters Alexander März in einer westdeutschen Irrenanstalt. Das ist eine Erzählung über die schiefe Freundschaft zwischen dem kranken Dichter und seinem Psychiater Kofler, das ist die Ballade von der Liebe zweier Schizos: März und Hanna G.

Als junger Mann war Heinar Kipphardt aus dem Westen abgehaun, rüber in diese deutsche - demokratische - Geh - doch - nach - drüben -wenn - du's - da - so - schön - findest! Kipphardt arbeitete hier als Nervenarzt, dann als Dramaturg und Dramatiker, bis er endlich „kehrte, woher er kam": er riß sich den stalinschen Maulkorb vom Gesicht und haute nochmal ab, zurück nach Westen. Er war vom Regen in die Traufe und von der Traufe in die Jauche geraten – so kam mir das damals vor. Nun galt er hier bei uns als „R.F." (Republikflüchtling), das heißt: verloren für die Menschheit.

Zeit heilt ganz und gar nicht alle Wunden. Aber – siehe da! – Jahre später spielte das berühmte Berliner Ensemble ein neues, ein Dokumentarstück des davongelaufenen Dramatikers, das Stück über den Atombomben-Oppenheimer. Ich ging da nicht hin. Es stimmt – auch aus Furcht vor dem Modergeruch im Brechtmuseum. Aber eigentlich sah ich mir Kipphardts Spektakel nicht an, weil er uns nun von den gleichen Zensoren verordnet war, die ihn eben noch verjagt und verketzert hatten. Und vielleicht war das auch ein Vorwand – ich fürchte, ich hatte nur Furcht, daß mir das Stück gefallen könnte; es paßte mir nicht in den Kram, daß einer, der von uns abgehaun war, noch was Gutes zustandebringt.

Und nun kam dieser verwirrend sympatische West-Ost-West-Mensch in der Chausseestraße vorbei und schenkte mir seinen „März". Die ersten Seiten las ich mit spitzen Fingern, aber dann hielt ich meine Ignoranz nicht länger durch, ich ließ mich ein – und immer lieber – mit Kipphardts Buch. Nun bin ich durch damit. Ich will versuchen, einen Lobartikel zu schreiben, einen, der vielleicht ein paar mehr Leute aufmerksam macht und neugierig.

Ein schönes Gedicht fand ich auf den letzten Seiten, Kipphardt hat es seinem Helden März in den Mund gelegt:

Das Lieben

Das Lieben ist schön.
Schöner als das Singen.
Das Lieben hat zwei Personen.
Das ist beim Lieben der Kummer.

Die Liebes- wie auch die Lebensgeschichte des Dichters März geht schlecht aus, schlecht auch die Geschichte des zweiten Helden, des Psychiaters K. Die schizophrene Geliebte Hanna geht natürlich auch zugrund mit ihrem Kind von März. Und der „fröhliche Organiker" Feuerstein, Chef der Anstalt, kommt aus seiner intelligenten Stumpfheit im Anstaltstrott nicht heraus. Trotzalledem ist dies ein Buch, das mich ermutigen kann. Bei seinem Versuch, sich dem kranken März freundschaftlich zu nähern und ihn zu retten, scheitert der Nervenarzt Kofler nämlich auf eine überaus fruchtbare Art. Der Leser macht mit diesem Kofler die Erfahrung und bringt sie auch auf den Begriff: daß die Psychiatrie solange Wasser mit dem Sieb schöpfen muß, wie die umgebende normale Gesellschaft verrückt – das hätte ich früher kennen sollen! und in Musik bringen! und mit auf meine Schallplatte singen! Solche Kargheit hätten meine „Liebeslieder" gut brauchen können.

ist und krank. Kipphardts Kofler bricht zum guten schlechten Ende aus in die Welt der normalen Verrücktheit, er faßt den Entschluß, sich nicht länger nur an den kranken Außenseitern abzuarbeiten, sondern an der kranken Gesellschaft. Der Umweg über die Hauptstraße der Geschichte.

Kipphardt hat allerhand zusammengetragen, was er in seiner eigenen Praxis als Nervenarzt in den 50er Jahren wohl erlebt – und im Lichte der antiautoritären 60er Jahre daran im Nachhinein bestimmt auch tiefer begriffen hat. Und sein Buch formuliert auch die Erfahrung der härteren 70er Jahre: über das Schicksal der getretenen Außenseiter wird nur im organisierten politischen Kampf der normalen Verrückten entschieden. Dabei gefällt mir auch, daß Kipphardt seinen Roman-Kollegen Kofler nicht zum Schluß in die naheliegende Illusion schliddern läßt, er könne sich auf diesem anderen und größeren Schlachtfeld nicht auch und schlimmer verbluten.

Die realistische Schilderung des Anstaltslebens, das Ausgeliefert- und Ausgebeutetsein der Insassen, der Knastcharakter der Anstalt, die Praxis des Niederspritzens seelisch kranker Menschen in den kerngesunden Stumpfsinn, die Verhinderung jeglicher Liebesbeziehungen unter den Insassen – das ist eine Dimension an Kipphardts Buch, die mich an die Dokumentarliteratur, an die Mode von gestern erinnert. Aber im „März" ist das Dokumentarische intergriert in den künstlerischen Zusammenhang. Das Gefundene ist eingebaut in den erfundenen Zusammenhang der Geschichte und ist gerade dadurch einprägsamer und erschüttert das Gemüt tiefer als jegliche Dokumentarliteratur, die ja nur ein lahmer Zwitter ist, weder Fisch noch Fleisch, weder Dokument noch Literatur, die stinkfaule Fleißarbeit der Phantasielosen. Als ob man die Menschen schon dadurch erschüttert, daß man erschütternde Tatsachen stammelt!

Dagegen sind die dokumentarischen Elemente von Kipphardt mit einer kunstvollen Ungleichmäßigkeit für die Kofler-Hanna-März-Geschichte verbraucht. Zu Beginn erzählt Kipphardt mehr die Story und verschont den Leser mit Exkursen in irgendwelche überwichtigen Nebendinge. Die werden erst eingefügt, wenn man von der spannenden Geschichte schon nicht mehr loskommt: woran krankt der Schizo, an seiner Biolo-

gie oder an seiner Umwelt? ist sein Leiden organisch oder politisch? wie verkleidet sich das eine als das andere? liefert die normale Gesellschaft das barbarische Modell für die Anstalt, für den Knast? sind die Verrückten nicht vielleicht die einzig Normalen, weil sie zumindest fähig sind, an dieser Gesellschaft noch kaputt zu gehn?

Im letzten Drittel strapaziert Kipphardt die Geduld des Lesers mit langen Ausflügen ins Polemische und Theoretische, und die Geschichte des kranken Dichters März geht solange nicht weiter, bis das sogenannte höhere Interesse des Lesers aufgebraucht ist. Dann kommt, ohne allen lehrreichen Nebenkram, die Liebesgeschichte; auf eine schön konventionelle Weise mündet der Roman wieder im Roman.

Der Text ist gebaut aus Sprachfetzen, Aufsatzstücken, Gedichten, Aussagen, Aufzeichnungen, Erinnerungen, Träumen, Berichten, Briefen, Gesetzblättern, Krankengeschichten, Explorationen, Tagebuchnotizen. Und immer auch vergleiche ich beim Lesen mit Gelesenem: Hölderlins Späteste Gedichte, Peter Weissens Stück über Hölderlin, Büchners Fragment „Lenz", Tschechows „Krankenstation No. 6". Und ich vergleiche mit meinem Freund C. hier, ein DDR-Schizo, der immer dann, wenn er in eine gefährlich heftige Phase seiner Krankheit kommt, die erfreulichsten Wahnsinnigkeiten begeht. Bei Gelegenheit seines letzten „Schubs" marschierte er zu jener unscheinbaren Seitentür im großen CENTRUM-Warenhaus am Alex, an der nichts dransteht, klingelte und drang fröhlich in den Teil des Kaufhauses ein und randalierte dort, wo Bonzen und andere Privilegierte mit Sonderausweis und klammheimlich östliche Mangel- und westliche Luxuswaren zu billigen Ostpreisen einkaufen. Wer ist nun verrückt – mein verrückter Freund etwa?

Kipphardt hat mich verblüfft mit seinem Roman: hätte er dieses Werk mit ebensolcher schönen Radikalität und ohne ideologischen Krampf überhaupt schreiben können, hier in der DDR? hier, wo den meisten Schriftstellern die Zensoren-Schere schon ins Gehirn eingewachsen ist? Und kann ich meine Position im Lied über die Flucht des kleinen Flori Havemann aufrechterhalten? Haben nicht solche Leute vielleicht doch recht, deren wohlmeinende Ratschläge ich immer mit indigniertem Schweigen quittierte? „Wolf, komm bloß wieder nach Westen... Dich lassen sie doch... du könntest da genauso und viel besser deine Lieder singen... da wird auch gekämpft, da gibts auch Kommunisten... und öffentlich auftreten... was von der Welt sehn, bevor du'n alter Knacker bist... du würdest auch die DDR neu sehn... ganz anderer Horizont... das große Geld verdienen... und überhaupt... und für unsere Sache mehr tun, als in deiner ewigen grauen Chausseestraße mit den Wanzen in der Wand und den Bullen vor der Tür... es ist schade, um jedes Jahr, das du da absitzt in deinem Luxusknast... du bist ja verrückt...

Mein Freund Kipphardt weiß, wovon er spricht, er sagte zu mir: Hör nicht auf die! ●

Schizophrenie und Taktarbeit

KONKRET-Interview mit Heinar Kipphardt
Hella Schlumberger befragte den Autor nach seinem Begriff von Schizophrenie

KONKRET: Welchen Zusammenhang sehen Sie zwischen Kulturkreis, Gesellschaftsform und schizoiden Erkrankungen?

Kipphardt: Die Organiker behaupten seit Ewigkeiten, sie könnten den Defekt von Schizophrenie herausfinden, er müsse in Degenerations-, Stoffwechsel- oder chemischen Prozessen liegen. Bisher hat allerdings diese ganze Suche in bezug auf die endogenen Psychosen, zu denen die Schizophrenie zählt, zu nichts geführt. Mittlerweile ist es berechtigt zu fragen, ob überhaupt solche organischen Defekte vorliegen, ob nicht eher ein Zusammenhang besteht zwischen Individualgeschichte und Erkrankung, zwischen Erlebnissen und Wahninhalten. Jeder hat das schon mal erlebt, wie sich bei scheinbar völlig normalen Leuten in Extremsituationen psychische Störungen gezeigt haben, die sich oft als Verfolgungswahnsinn äußern. Viele landen dann in der Klinik, weil die Verwandten Angst haben und die Polizei holen. Dort in der Klinik wird die Krankheit dann natürlich stark gefördert. Auf ungefähr 600 000 Kranke kommen an die 2000 Psychiater in der BRD. Die Produktivität wird in schroffer Weise gedämpft, die Persönlichkeitsstruktur durch Psychopharmaka verändert. Das gibt dann diese merkwürdigen, auch in ihrem körperlichen Bewegungsablauf gestörten Automaten, die mit ihren Salbengesichtern umhergehen und nur wenig über sich selber äußern. Das ist aber kein Prozeß zur Heilung, das ist eine andere Art von Auf-Eis-Legen.

Unsere Kultur hat zu tun, wie März einmal sagt, mit einer gewissen Wettbewerbsfolter. Man könnte sich doch durchaus vorstellen, daß ein späterer Betrachter die Leute, die sich so mühevoll abrichten ließen, die ihr ganzes Leben taten, was sie nicht wollten, Lohnarbeit genannt, und die sich wie gutwillige Haustiere benahmen, als „Irre, Wahnsinnige, Verrückte" bezeichnet, die für uns die sogenannte Normalität verkörpern. Also ich bin ja niemand, der gegen „Leistung" ist, ich kritisiere nur die Leistung, die nichts mit den Bedürfnissen der Leute zu tun hat. Jede Arbeit erfordert gewisse Beschränkungen, sie geht gegen die Lust zur Faulheit, das ist ganz selbstverständlich. Nur haben eben andere Kulturen kein derartiges Normierungsbedürfnis wie die spätkapitalistische Industriegesellschaft, die nur Taktarbeiter, Rädchen, Objekte braucht. Deshalb müssen die Leute es schaffen, dieses Prinzip der Fremdbestimmung zu verinnerlichen, als eine aus der Sache hervorgehende Notwendigkeit akzeptieren, sonst können sie es nicht ertragen.

KONKRET: Wie hoch veranschlagen Sie den Anteil schizophrener Erkrankungen in anderen Gesellschaftssystemen, z.B. in den sozialistischen Staaten?

Kipphardt: Psychosen transkulturell zu untersuchen, wäre eine interessante Aufgabe, aber ich kann sie nicht leisten, ich bin zunächst einmal Romanautor. Fremdbestimmung wird ja nicht ausgeschaltet durch veränderte Besitzverhältnisse, eine Verstaatlichung hebt ja die Fremdbestimmung noch nicht auf. Die Fortsetzung der gleichen Wirtschaftsstruktur auf quasi verstaatlichter Ebene mit einem ebenso geringen Maß an Selbstbestimmung, das hat ja noch nichts mit Sozialismus zu tun. Ob sich weniger Fremdbestimmung gleich zeigt in der geringeren Zahl von psychisch Erkrankten, darüber kann ich nichts sagen.

KONKRET: Sie hatten einmal eine Arbeit angefangen „Warten auf den Guerrillero", was ist daraus geworden?

Kipphardt: Das ist eine der Arbeiten, in die ich viel Zeit investiert hatte, und die ich abbrach. Es gab da eine bestimmte Arbeitskrise nach dieser Zeit der Hoffnung auf politische Veränderungen in unserem Land, in der ich wie viele andere eine politische Praxis suchte, die über die schriftstellerische Arbeit hinausging. Das hat sich aber für mich als nicht zu realisierende Illusion erwiesen, die politische Entwicklung in diesem Land mit seinen ungeheuren restaurativen Tendenzen erlaubt mir keine mir behagende politische Praxis mehr. Das hat mich gelehrt, daß die politische Praxis eines Schriftstellers seine Arbeit ist. Es mag Zeiten geben, wo man das überschreiten kann, ein Wunsch von mir wäre das. ●

Wem gehört der Rundfunk?

„Der Betriebsrat – ein Kurs für Arbeitnehmer", unter diesem Titel sollten in den nächsten Wochen 13 Folgen einer Sendereihe von Fritz Schröder-Jahn über die dritten Fernsehprogramme des NDR und des WDR ausgestrahlt werden. Aber die Sendungen gefielen den Unternehmern nicht, und darum – ganz einfach – wurden sie Anfang August vom NDR-Intendanten Neuffer (SPD) abgesetzt. Neuffer, der bislang als Stadtdirektor von Hannover vorwiegend die Qualität der Straßenreinigung zu beurteilen hatte, begründete seine Ablehnung mit journalistischen Mängeln. Daß eine Intervention des schleswig-holsteinischen Unternehmer-Verbands der tatsächliche Grund war, geht aus einem Brief hervor, den NDR-Programmdirektor Räuker am 12. Juli 1976 an seinen Intendanten geschrieben hat und in dem er ihn auffordert, die Sendereihe abzusetzen: „Eine detaillierte Prüfung erschien mir auch deshalb als notwendig, weil der Beschwerdeführer im Namen der hinter ihm stehenden Wirtschaftsverbände in einem fotokopiert anliegenden Schreiben vom 1. 7. rechtliche Schritte gegen eine Ausstrahlung des Kurses im Programm des NDR in Aussicht gestellt hat." Es folgen verschiedene inhaltliche Vorbehalte („marxistisch und klassenkämpferisch"), und zwar genau die, auf die Räuker von eben den genannten Wirtschaftsverbänden geeicht wurde. KONKRET gelangte in den Besitz des Beschwerdebriefs der nordischen Bosse und dokumentiert ihn im Wortlaut:

Herrn
Friedrich Wilhelm Räuker
Programmdirektor des
Norddeutschen Rundfunks
Gazellenkamp 57
2000 Hamburg 54

13. 5. 76-I/1-

Betr.: NDR/WDR-Fernsehserie
„Der Betriebsrat"

Sehr geehrter Herr Räuker,
die Abteilung III. Fernsehprogramm/Weiterbildung hat uns mit Schreiben vom 5. April 1976 durch Herrn Michael Kipp-Thomas gemeinsam mit anderen Institutionen zu einer Besprechung für den 21. April eingeladen, die der Organisation eines Medienverbundes für das Kursusprogramm „Der Betriebsrat – Kurs für Arbeitnehmer" dienen sollte. Wir waren in dieser Sitzung durch den Leiter unserer Bildungsabteilung, Herrn Wilhelm Moeller, vertreten.
Aufgrund des uns von Herrn Moeller vorgelegten Berichtes und der Ergebnisse früherer Sitzungen auf anderer Ebene zum gleichen Thema nehmen wir nun wie folgt Stellung.
Wir betonen einleitend, daß wir die in Aussicht genommene Sendung nur insoweit zu beurteilen vermögen, als uns die Filme eins und zwei des 13teiligen Kursusprogrammes vorgelegen haben und wir Einsicht in das dazu gefertigte Begleitmaterial nehmen konnten.
Dieser Augenschein und die uns von den verschiedenen Beteiligten gegebenen Erläuterungen haben uns in unserer Auffassung gefestigt, daß wir uns an einem Medienverbund für ein Programm, wie es dies nach unserem bisherigen Wissensstand darstellt, nicht beteiligen können.
Das uns vorgelegte Material ist einseitig aus der Sicht der IG Metall gestaltet worden. Ein Sachbearbeiter aus der Bildungsabteilung der IG Metall Frankfurt, zeichnet für das gesamte Begleitmaterial der Fernsehserie verantwortlich.
Man kann u. E. ohne weiteres davon ausgehen, daß es sich hier gewissermaßen um eine IG Metall-Sendereihe handelt, die logischerweise einseitig Auffassungen dieser Gewerkschaft vertritt.

Wenn in diesem Sinne öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten eine Sendereihe finanzieren und produzieren, die im wesentlichen von einem Interessenträger für dessen Mitglieder und **darüber hinaus im propagandistischen Sinne konzipiert ist**, erscheint uns das nicht nur als Einzelvorgang, sondern vor allem auch in grundsätzlicher und präjudizieller Hinsicht **in höchstem Maße bedenklich**. Unter gleichen Interessengesichtspunkten und mit gleichem Recht könnten andere Gruppierungen in unserer Gesellschaft das Medium Rundfunk für sich in Anspruch nehmen wollen.
Über diese grundsätzliche Problematik hinaus kommt hinzu, daß die Sendung als solche **den Grundgedanken des Betriebsverfassungsgesetzes**, auf denen ja Rechte und Pflichten der Betriebsräte basieren, **inhaltlich absolut entgegensteht**. Die ordnungspolitischen Funktionen des Betriebsverfassungsgesetzes, die den sozialen Frieden im Auge haben, werden negiert; an ihre Stelle tritt die Hervorhebung der von der IG Metall vertretenen Konfliktstrategie.
Zur inhaltlichen Seite nur einige wenige beispielhafte Hinweise.
Die Autoren haben eine völlig einseitig ausgerichtete Literatur verwendet. Das gilt neben den verschiedensten gewerkschaftseigenen Publikationen insbesondere für Professor Däu
Zum Thema „Konfliktstrategie" ein Beispielzitat:

„Der Betrieb ist nämlich nicht jener Ort, wo Unternehmer und abhängig Beschäftigte friedlich in einem Boot sitzen, wie die Unternehmer es gerne darstellen."

An der gesetzlichen Regelung des §2 Betriebsverfassungsgesetz wird scharfe Kritik geübt. Das Gesetz wolle

„den Betriebsrat auf ein Verhalten festlegen, das die vorhandenen Interessengegensätze im Betrieb nach Möglichkeit übersieht und verschleiert."

Mehr oder weniger deutlich wird zur Mißachtung des Gesetzes aufgerufen, zum Beispiel:

„Zu fragen ist also, ob es richtig ist, im Gesetz eine ‚neutrale' Einrichtung zu sehen."
„Wo, wenn das Gesetz Verwirrung stiftet, findet man Hinweise, die mehr Sicherheit geben?"
„Hier wird eindeutig die Absicht erkennbar, die solidarische Durchsetzungskraft der Interessenvertretung in Zusammenarbeit mit der Belegschaft zu schwächen. Wenn die Handhabe dazu im Gesetz als Möglichkeit angelegt ist, dann wäre zu fragen, wie dem begegnet werden kann."

Einige bezeichnende Zitate zur Sprachstrategie:

„Abhängig Beschäftigte..."
„... als Mindestbedingungen zum Schutz der Arbeitnehmer von den Gewerkschaften durchgesetzt...
„... schon seit Jahrhunderten währenden Auseinandersetzung zwischen der arbeitenden und der besitzenden Klasse..."
„... den Kapitalinteressen den Willen der abhängig Beschäftigten entgegenstellen..."
Das Betriebsverfassungsgesetz mußte „gegen den Widerstand der wirtschaftlich und politisch Herrschenden durchgesetzt werden..."

Wir fassen zusammen:

1. Die Sendereihe ist eine indirekte Produktion der IG Metall, gerichtet an deren Mitglieder, verbunden mit propagandistischer Zielsetzung.
2. Der Sendereihe fehlt es an objektiver Darstellung und Ausgewogenheit; sie desavouiert Gesetz und Gesetzgeber.
3. Ihr ist aus den zu 1. und 2. genannten Gründen weder die Qualifikation einer Informations- noch einer Bildungssendung beizumessen.

Abgesehen davon, daß wir uns aus den vorstehend genannten Gründen nicht an einer derartigen Sendung beteiligen können und wollen, ist in der Besprechung am 21. April 1976 durch Herrn Dr. Klinnert vom WDR ohnehin zum Ausdruck gebracht worden, daß man die Arbeitnehmer zwar in bestimmten Fragen um eine Auskunft, aber niemals um Mitwirkung im Sinne einer Mitverantwortung gebeten habe.
Wir möchten Sie, sehr geehrter Herr Räuker, mit aller Eindringlichkeit darum bitten, dieser Sendung noch im Stadium ihrer Vorbereitung Ihr Augenmerk zu schenken und die Ausstrahlung in dieser Form und mit dieser Urheberschaft zu verhindern. Wir würden uns – daran möchten wir keinen Zweifel lassen – im Falle einer Ausstrahlung nicht nur der Öffentlichkeit gegenüber zu Wort melden, sondern auch die für die Einhaltung des Staatsvertrages verantwortlichen Länder insoweit auf ihre Verpflichtungen hinweisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

VEREINIGUNG DER
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN
UNTERNEHMENSVERBÄNDE e.V.
(Dr. de Haan)

hifi-reparatur-zentrum-hamburg
ein neuer name
eine neue leistung für norddeutschland
wir beschäftigen uns ausschließlich mit der reparatur und dem verkauf hochwertiger hifi-geräte

JBL — ebenfalls neu für norddeutschland service-werksvertretungen für: — JVC NIVICO

TEAC ONKYO®
harman/kardon
KENWOOD®

und – reparaturdauer 1 tag –
bei uns eine selbstverständlichkeit

jürgen schindler
2 hh 13, werderstr. 52, tel. 4 10 48 12

F. C. Delius:
Unsere Siemens-Welt

Erweiterte Neuausgabe mit einem Anhang über den Prozeß, über die Kunst der Satire, die Menschenwürde des Konzerns, Bierpreise und den verlorenen Kredit des Hauses S.
Rotbuch 102
160 Seiten
DM 10.–

Dies Buch bezahlt mit 10 Mark,
macht Siemens schwach
und Rotbuch stark,
es hilft uns aus den Kosten-Schlingen
und läßt die Abschreckung mißlingen.

Henning Venskes Musikkolumne
1. und letzte Folge

"?" "|||||||||||||||||" "_"

Es ist eine Zumutung. Es ist eine ungeheuerliche Zumutung seitens der Redaktion. Wissen diese Leute nicht, daß es sinnlos ist, über Schallplatten zu schreiben? Wissen sie nicht, daß es nur eine einzige Sache gibt, die noch sinnloser ist: etwas über Schallplatten zu lesen?

„...diese eher aufgewühlten, hektischen Klänge kontrastiert Zawinul mit ruhigen, balladesken Themen, die durch ihre klare, übersichtliche Gliederung und ihre harmonischen Klanglinien bestechen" (Zitat aus „Sounds", Aug. 76). Da klingen einem nicht die Ohren, da bestechen einen bestenfalls Kopfschmerzen. Von Malerei etwas hören, von Musik etwas lesen: Unfug. Aber Bitteschön, wenn man diese Seite mit Unfug füllen will – mir soll's recht sein, man hat ja meine Kontonummer. Apropos: es sind zu wenig Anzeigen von Schallplattenfirmen im Heft. Wenn mehr Anzeigen drin wären, wüßte ich wenigstens sofort, wo ich mich mit der Kritik zurückhalten muß, weil sonst unser netter Anzeigenleiter so unangenehme Telefonate führen muß. Das heißt: zurückhaltend bin ich sowieso, weil ... also, das ist so: bei Ariola z.B. – die Chefin im Büro des Nordens – mit der bin ich ziemlich gut befreundet. Wie kann ich da was gegen „Roxy-Music" sagen? Bei WEA – da heißt der PR-Mann Conny und ist auch sonst ein geselliger Biertrinker – wie kann ich da sagen, daß ein Bett im Kornfeld doch wohl höchstens den Ansprüchen von Provinzbuffos genügt? Bei CBS – da erfüllt mir die niedliche Traudl immer jeden Plattenwunsch – wie kann ich da sagen, daß McLaughlin mit seinen abnormen Fingern doch wohl besser Waschbrett in einer Skiffelband geworden wäre? Bei Electrola – nun ja, die haben mir gerade ein entzückendes Päckchen mit allen alten Beatles-Singles geschickt – werde ich da auch nur ein einziges krummes Wort über Heino verlieren? Bei Teldec – kein böses Wort über Teldec: weiß ich, welcher Kumpel aus der Hamburger Szene da gerade produziert? (Außerdem, und das ist noch wichtiger, habe ich da Kinderplatten gemacht.) Bei Phonogramm – verdammt, bei denen stehe ich doch noch in den roten Zahlen, weil meine erste Blödelplatte sich nicht verkaufen ließ – nichts Schlechtes über Phonogramm! Bei Polydor – tja, da ist das so: Ich soll Sie, die Leser, nämlich im Auftrag der Firma fragen, warum Sie eigentlich meine letzte Platte immer noch nicht gekauft haben ... mit den übrigen Plattenfirmen, deren Name mir momentan nicht präsent ist, habe ich's nun sowieso verdorben, weil ich sie hier nicht erwähne – dabei wäre das dringend nötig – weiß ich, wo ich den nächsten Vertrag unterschreibe, wenn meine letzte Firma merkt, daß ich außer Kosten nichts weiter verusache? Also, wie gesagt: mehr Anzeigen der Schallplattenindustrie ins Heft: die informieren den Leser über Neuerscheinungen und stoppen jeden kritischen Ansatz eines Lohnschreibers. Was heißt hier überhaupt Kritik – jeder Schallplattenkäufer kann sich die gewünschte Platte im Laden anhören, bevor er sie kauft; dann ist ihm die Meinung desjenigen, der ihm mitzuteilen versucht hat, warum er welche Platte wie zu finden hat, gewißlich schnurz. „... flottsoul für Disco- und geistigen Gebrauch. Super." (Zitat aus „pop mit melody maker" 15/76)

Natürlich gibt es für den schlichten Liebhaber der Schallplattenmusik, der sich nicht so elegant ausdrücken kann – „... das interessante an dieser Platte ist, daß sich fast die gesamte Musik um punktierte Rhythmen von Elektrobaß und Baßdrum gruppiert, in einer direkten abhängigen Beziehung zu diesen steht. Das Skelett dieser Musik sind funk-beladene Baßläufe und ein monotoner Schlagzeugpuls. Um diesen

Kern spielt sich der Rest des Geschehens ab…" („Sounds", Aug. 76) – ganz klare Wertmaßstäbe, an die er sich halten kann. Diese Wertmaßstäbe findet er im Werbevokabular: je gewaltiger die Häufung von Superlativen – „das gewaltigste Spectakel unter den gewaltigen Spectakeln der letzten 10 Jahre!!!" – umso einfacher die Wertung: entweder sind die Musiker den Vorstellungen der Marketingmanager nahe gekommen, dann entspringt das Werbevokabular echter Begeisterung der Handelsleute. Daraus kann man schließen, daß die Musiker Kompromisse schließen mußten, die ihnen keineswegs behagen. Sie selbst finden ihre Musik schlecht, und der Hörer darf das auch. Oder das Werbevokabular entstammt der tiefsten Verzweiflung der Marketing-Leute, die nun mit gewaltigen Superlativen wenigstens die Produktionskosten hereinholen wollen: dann haben sich vermutlich die Musiker durchgesetzt und ihre musikalischen Vorstellungen verwirklicht. Sie finden ihre Musik gut, und der Hörer darf das auch. Es gibt natürlich auch ganz schlechte Musiker, die in den Händen von ganz schlechten Marketingleuten sind. Diese Gruppierung zeichnet sich wiederum häufig durch ein fortschrittliches Bewußtsein aus. Das ergibt auch gute Schallplatten. Und schließlich gibt es noch die Zusammenarbeit von guten Musikern mit guten Marketingleuten. Dieses Zusammenspiel führt gelegentlich zu einem kapitalen Erfolgsriecher. Die daraus resultierenden Schallplatten kann man auch ganz schlecht nennen.

Mit anderen Worten: es gibt gute schlechte und schlechte gute Platten. Was ein echter Schallplattenkenner ist, der legt sich zu diesem Thema ein paar griffige Sätze zurecht, nicht zuletzt deshalb, um innerlich damit fertig zu werden, daß er allein in seinem Kämmerlein ganz andere Musik hört als die, mit der er seinen vermeintlich anspruchsvollen Besuch quält. Und was ein guter Schallplattenkritiker ist: der kennt sowohl die Marketing-Leute (weil er ja oft genug die Begleittexte auf den Plattenhüllen geschrieben hat!), als auch die Musiker (weil er von denen erfahren muß, was er auf den Plattenhüllen schreiben soll). Und so kennt er sich auch bestens aus bei schlechten Platten, die gut laufen, und bei guten Platten, die schlecht laufen, und bei schlechten Platten, die schlecht laufen. Und natürlich auch bei guten Platten, die gut laufen – aber die sind meistens schlecht. Ist der gute Schallplattenkritiker deswegen ein schlechter Mensch? Oder der schlechte ein guter? Nein. Der Schallplattenkritiker ist überhaupt kein Mensch – er ist das gute schlechthin, jedenfalls für die Marketing-Leute: es kann so schlecht kritisiert werden, daß es schlechter nicht geht – für die Marketing-Leute ist es immer gut. „Oiii! Oii! Hört, hört!" (Zitat aus „pop mit melody maker", 15/76)

Eben. Hört – aber lest nicht. Wen interessiert schon die Fortsetzung des Musikunterrichts an höheren Schulen? „Venske, erklären Sie mal die Sonatenform" (Zitat Musikpädagoge). Ich will in diesem Blatt

… doch noch ein Platten-Tip

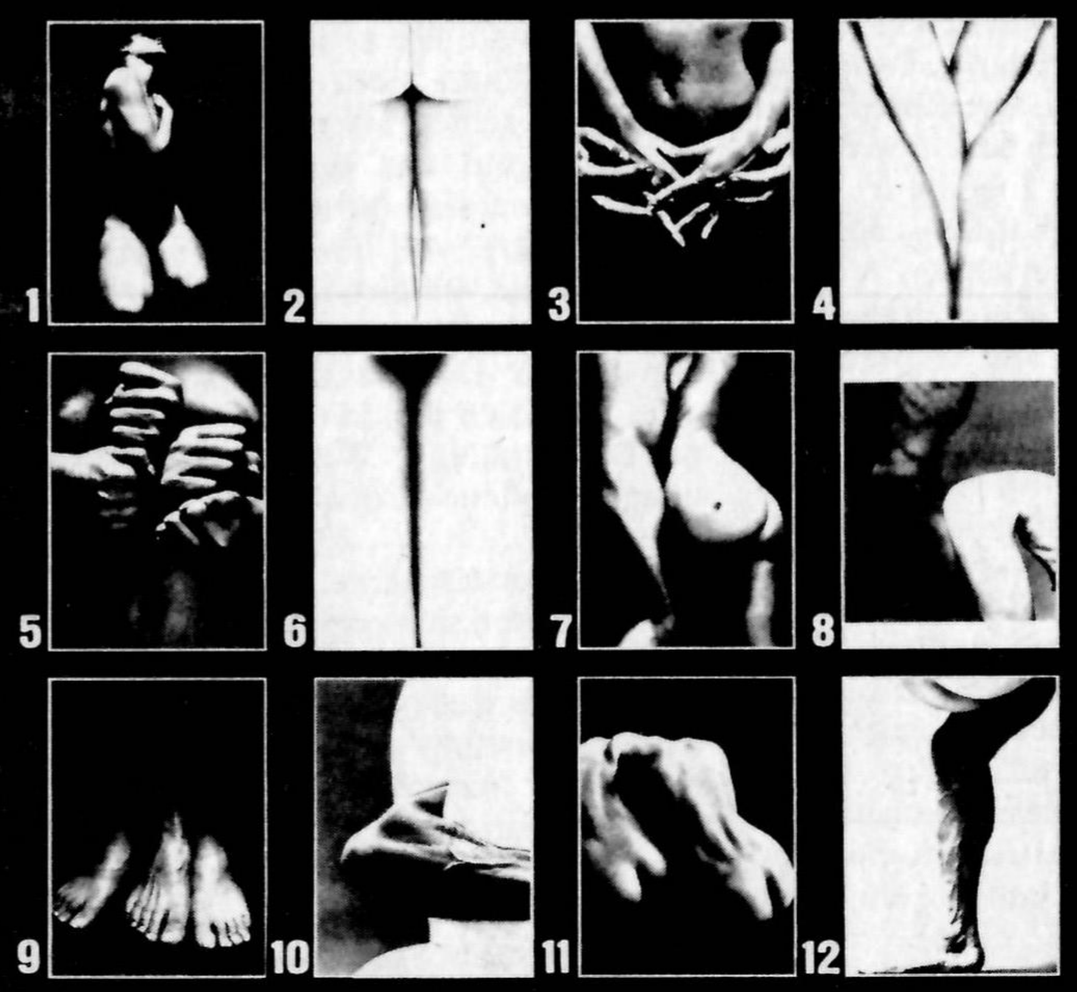
keine Schallplattenkritik schreiben, weil ich die Sonatenform nicht drauf habe. Und weil ich zu abhängig bin. Und voller Vorurteile. Und weil ich nicht aufschreiben kann, was ich höre. Wie ich es höre. Und warum ich dasselbe Stück morgen vielleicht ganz anders höre als ich es gestern gehört habe.

P.S.

Ich habe in den letzten Tagen drei Schallplatten des Wieners Wolfgang Ambros gehört. Die „Watzmann"-LP gibt es meines Wissens in der BRD nicht zu kaufen. Alle drei haben mir gut gefallen. Aber der „Watzmann" – dieser alpine Horrortrip – es ist ein Jammer, daß mir das nicht eingefallen ist. Oder wenigstens Otto Lindenberg… ●

EDITION ULI BARDECK

Kalender "Erotische Fotografie" 77/78



Der großformatige Fotokalender »Erotische Fotografie 77/78«, der sich durch hervorragende Druckqualität auszeichnet, enthält die abgebildeten Motive des Fotografenteams Bardeck/Paxmann und des japanischen Fotografen Eikoh Hosoe. Format 63 x 48 cm, Preis DM 39.–.

Als Kunstdruck, Format DIN A 1 offerieren wir die abgebildeten Motive zum Stückpreis von DM 12.–.

Bitte fordern Sie Prospektmaterial an.

Alu Wechselrahmen zu Vorzugspreisen

Bestellschein

..... Fotokalender 77/78 DM 39.- ..... Alu-Rahmen 60x43 cm DM 29.-

..... Kunstdruck Stückpr. DM 12.- ..... Alu-Rahmen 42x30 cm DM 23.-

..... Alu-Rahmen 85x60 cm DM 34.- ..... Alu-Rahmen 50x50 cm DM 29.-

Preis + Versandkosten incl. MwSt.

Name und Adresse des Bestellers .....

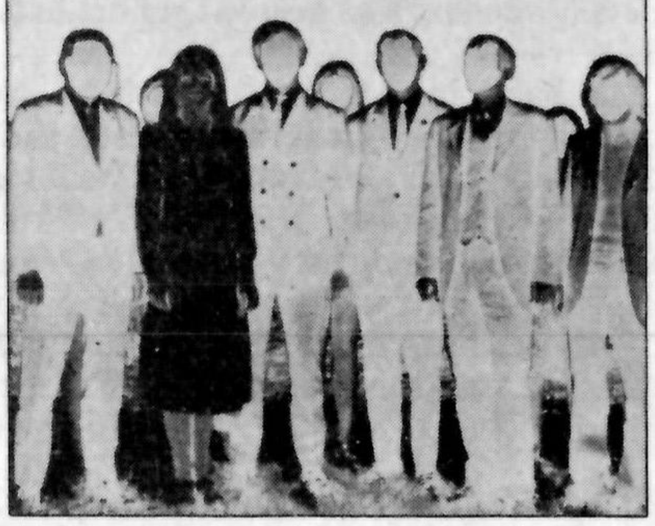
.....

Unterschrift

An die Foto-Edition Uli Bardeck Bebelstraße 12 4690 Herne 1

Heinrich Bölls umfangreichster, umfassendster Roman jetzt als Sonderausgabe

Heinrich Böll
Gruppenbild mit Dame
Roman
k&w



„Noch nie war bei Böll eine solche (oft schon verwirrende Fülle) der Motive und Milieus, der Fakten und Figuren, der Stoffe und Schauplätze zu finden. In manchen Kapiteln jagt förmlich ein Einfall den nächsten. Ein Erzähler, dessen Beobachtungsgabe kaum noch zu übertreffen ist und dessen Sensibilität und Phantasie keine Grenzen kennt, schöpft aus dem vollen."
Marcel Reich-Ranicki, DIE ZEIT.
400 Seiten, Leinen DM 18,80

pocket 65
Heinrich Böll
Christian Linder
Drei Tage im März
Ein Gespräch
Zentrale Gesprächsthemen sind u. a.:
das Problem der Gewalt, Anarchismus, Erfolg in dieser Gesellschaft, die Entleerung der öffentlichen Moral, das Thema Sterben, eine Theologie der Zärtlichkeit.
144 Seiten + 8 Fotos, Broschur DM 12,–

pocket 64
Heinrich Böll
Berichte zur Gesinnungslage der Nation
Heinrich Bölls Satire handelt von der Gesinnungsschnüffelei der staatlichen Geheimdienste, ihren grotesken Geheimsprachen und Machenschaften. Die Satire ist die literarische Enttarnung einer verborgenen Wirklichkeit und zeigt mit scharfem Witz die grotesken Züge einer Gesellschaft ohne Vertrauen.
64 Seiten, Broschur DM 4,80

k&w
Verlag Kiepenheuer & Witsch

Rudi Dutschke: über den neuen Ziewer-Film

Ist der aufrichtige Gang schon der aufrechte Gang?

Christian Ziewer zeigt Möglichkeiten und Grenzen der Entstehung von Verlern- und Lernprozessen in Streiks und in der Krise: Die Arbeiter- und Angestelltenfamilie Wittkowski spielt in seinem neuen Film nicht die Rolle der „politischen Avantgarde", ist auch nicht besonders unterprivilegiert, sondern gehört zu jener breiten Schicht von Angestellten und Arbeitern, die sich einen gewissen Wohlstand mühsam geschaffen hat und sich von Inflation und Krise nicht zurückwerfen lassen will. Und dafür streikt jetzt die Belegschaft des Großstahlwerks „Emser Hütte".

Der Reparatur-Schlosser Dieter Wittkowski gehört zu den Arbeitern, die die spontanen Septemberstreiks von 1969 mitgemacht und in guter Erinnerung haben. Aber sein Verhältnis zu den Gewerkschaften, zu den Betriebsvertrauensleuten scheint seit dem kaum besser geworden zu sein. Er gehört zwar wie die Mehrheit zu denen, die den Streik voll unterstützen, die aber den Ausgang des Konflikts von Lohnarbeit und Kapital nach der ersten Demonstration interessiert von „außen" verfolgen. Die oft bei den Vertrauensleuten anrufen, aber nicht bereit sind, Streikposten zu stehen. Dieter Wittkowski gehört zu den vielen, die über die Familie die freie Zeit „totschlagen" wollen, um „sie aushalten zu können". Er hat kein emanzipatives Ziel.

Durch Zufall gerät Dieter dennoch aktiv in den Streik. Als Schlosser wird er vom Betriebsvertrauensmann Georg für den „Notdienst" eingesetzt: damit die sowieso über den Streik schon fies berichtende Presse nicht noch fieser berichtet. „Notdienst"-Arbeit ist zwar eine von der Streikleitung genehmigte, aber von den streikenden Arbeitern ziemlich gehaßte Tätigkeit; gilt doch irgendwie als Streikbrecherei. Dieter erklärt sich dennoch bereit, wird von einem streikbrechenden Ingenieur sogar dazu gebracht über den Notdienst hinausgehende Arbeiten zu verrichten. Vorher hatte er Dieter übrigens schon überredet, ein Erinnerungsbild an die Septemberstreiks von 1969 vom Arbeitsplatz wegzunehmen, er könne es ja später wieder hinhängen. Dieter merkt nichts, redet mit den nicht zufällig auftauchenden und fotografierenden Journalisten, denkt nicht an die Rolle und Funktion dieser Interviews. Die Zusammenarbeit von herrschender Öffentlichkeit und herrschender Profitinteressen wird für den außenstehenden sozialistischen Intellektuellen scheinbar leicht durchschaubar. Ist das aber wirklich alles so klar? Wie oft sind wir als sozialistische Studenten in den sechziger Jahren reingelegt worden?!

Als 36jähriger Arbeiter in der BRD kann Dieter noch nicht viele Erfahrungen im Lohnkampf, geschweige denn im politischen Klassenkampf, gesammelt haben. Darum sagt er, ein isolierter Arbeiter im „Notdienst" und ohne kritische Distanz, dem Journalisten aufrichtig seine Meinung. Vergessen wir nicht: „Hier, wo der Arbeiter von Kindesbeinen an bürokratisch gemaßregelt wird und an die Autorität, an die vorgesetzte Behörde glaubt, gilt es vor allem, ihn selbständig gehen zu lehren". Dieses Wort von Marx stimmt heute noch. Und wer ist der Lehrer der Arbeiter, sein Erzieher in den Betrieben? Ohne Zweifel die Gewerkschaften. Aber wie erzieht die Gewerkschaftsführung die Gewerkschaftsmitglieder? Und wie wird der Erzieher erzogen von denen, die es erlernen und erkämpfen müssen, *selbständig zu gehen?* An Dieter werden die Schwierigkeiten und Notwendigkeiten, durch Lernprozesse Veränderungen durchzumachen, exemplarisch deutlich: Wie ohne oftmalige Wiederholung von ähnlichen Kämpfen eine tiefe Veränderung von Erfahrung und Zielorientierung nicht wachsen kann.

„Dieter Wittkowski will arbeiten" – so findet er sich in der Zeitung wieder. Er geht auf's Klo, um zu lesen, wie er als Streikbrecher portraitiert wird, als einer, der seine türkischen Arbeitskollegen für alles verantwortlich macht. Wie verdaut er diese Umdrehung der Wahrheit? Das zeigt Ziewers Film meisterlich: Um das Interview entbrennt ein schwerer Streit zwischen Dieter, der in der Industriearbeit großgeworden ist, und seinem Vater, einem von Großhändlern abhängig gewordenen Handwerker. Die Generationskluft wird deutlich, die in Wirklichkeit eine klassenfraktionelle Kluft geworden ist.

Eigentlich hatte Dieter verhindern wollen, daß der Vater die ihn entwürdigende Zeitung in die Hand bekam. Als sich aber nun der Vater über die vermeintlichen Aussagen seines Sohnes freut, antwortet Dieter darauf von seinem Klassenstandpunkt, ohne sich dieses Klassenkampfzusammenhangs voll bewußt zu sein und beschreibt die unmittelbare Wahrheit des Streiks und die Interessen der herrschenden Presse: Der Streik ist berechtigt und „die Anatolen haben die niedrigsten Löhne. Das ist alles... Weil sie denen was anhängen wollen, verdrehen sie mir die Worte".

Zwei verschiedene, schier unvereinbare Welten treten sich gegenüber. Der proletarisierte Kleinbürgersohn Dieter, gewissermaßen Ausdruck der Proletarisierung des Kleinbürgertums, und die alte Kleinbürgerfamilie Wittkowski, die noch in der Handwerkerideologie lebt, aber schon längst für die größten Unternehmen nur Handlangerdienste leistet. Ziewer dokumentiert in dieser familiären Konfrontation und direkt an dem sich verändernden Verhalten der Streikenden die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung von Klassenbewußtsein.

Wie sieht es nun aber mit dem „aufrechten Gang" aus? Erschöpft sich dieser Bloch'sche, dieser, so meine ich, sozialistisch-kommunistische Begriff darin, aufrichtig zu sein? Der aufrichtige Gang des proletarisierten Kleinbürgersohns Dieter Wittkowski, fast mehr ein *neues* Kleinbürgertum mit neuem Klassenbündnis zur Arbeiterklasse als tradiertes Proletariat ausdrückend, hat ohne Zweifel mit dem aufrechten Gang des Sozialismus zu tun, ist aber nicht mit ihm identisch. Beim „aufrechten Gang" im Bloch'schen Sinne geht es um das philisophische Naturrecht des Menschen, aufrecht zu gehen und nicht der zweiten Natur der kapitalistischen, der staatskapitalistischen, der „sozialistischen Warenproduktion" zu unterliegen.

„Aufrechter Gang" und Selbstverwaltung der Produzenten sind nicht voneinander zu trennen. Der „aufrechte Gang" ist das Fundament der Sozialismusfrage. Und für Dieter steht das noch nicht zur Debatte, wenn auch eine Nähe zu riechen ist. Es geht beim „aufrechten Gang", um da keine Unklarheit entstehen zu lassen, nicht um einen „dritten Weg", nicht um „schöne Gesichter", wie Genosse Degenhardt anderen Genossinnen und Genossen unterstellt, deren Nasen und Gesichter schon mehr abbekommen haben als er, sondern es geht um das Insistieren auf die konkrete Wahrheit und die Kritik all der Verhältnisse, in denen der Mensch noch erniedrigt, beleidigt, ausgebeutet, unfrei, von sich selbst entfremdet, noch nicht zu sich selbst gekommen ist. Selbständig gehen ist in letzter Konsequenz natürlich nicht Mitbestimmung, nicht paritätische Mitbestimmung, sondern Selbstverwaltung, der aufrechte Gang der Assoziation der Produzenten.

So ist es nicht verwunderlich, daß die Aufrichtigkeit von Dieter die Gekrümmtheit und Halbwahrheit der von größeren Händlern abhängig gewordenen Handwerkerfamilie seiner Eltern und seines Bruders nicht mehr ertragen kann, sich in der Toilette auskotzt und den Weg zur Streikfront zurück einschlägt. Wobei ihn kein politisches Bewußtsein als „Mitglied der Arbeiterklasse" treibt, sondern jener natürliche Anspruch des neuen Industriearbeiters, seine Würde nicht preiszugeben. Sich nicht als Arbeiterverräter beschreien zu lassen und keiner zu sein.

Um da Klarheit herzustellen geht er zu denen, die er sonst selten besucht, zu den Gewerkschaften. Sie wollen ihm aus der Patsche helfen und die Wahrheit zu ihrem Recht kommen lassen. Im zugespitzten Streik zeigt der verantwortliche Gewerkschaftler wenig Verständnis für Dieter: „Hättest Du doch das Interview nicht gegeben". Sie reden aneinander vorbei, sie bilden noch keine Streikeinigkeit. Dieter ist von dem Ergebnis, „in einigen Tagen könnte vielleicht die Pressekorrektur beantragt werden" sehr enttäuscht. Er merkt aber immer mehr, daß er seine Würde und Anerkennung unter den Kollegen nur wiederherstellen kann, wenn er sich direkt am Streik beteiligt.

Die unklarste Sache des Films ist für mich die so spannende Sache der Hanne, Dieters Frau. Welchen Lernprozeß hat sie durchgemacht? Ihre familiäre und persönliche Sozialisierungsgeschichte haben wir nicht mitbekommen. Wir erfuhren nur, daß sie eine angesehene Verkäuferin ist, die über die Ganztagsarbeit in der dann von ihr geleiteten Bäcker-Filiale der Familie finanziell helfen, aber auch „selbständiger" sein will. Den Hinweis von Dieter: „Da arbeitest Du auch bloß für andere Leute", versteht sie nicht. Ihre Kritik an Dieter ist nur in Keimformen zu spüren: „Allerdings fragst Du mich nie nach meiner Meinung. Du tust nämlich so, als ob euer ganzer Streik nur dich was angeht..."

Im Film werden die heute so oft auftretenden Widersprüche zwischen Mann und Frau, zwischen den Kindern und Eltern auf Sparflamme gehalten. Aber gerade wenn man sich nicht auf die Betriebsebene beschränken will, gilt es, die *Totalität* des Alltagslebens darzustellen. Hanna geht voller familiärer Solidarität und voller Angst mit an das Werktor und erkennt trotzdem in der Schlußdiskussion den Ablauf im Detail am besten. Ob das eine *typische* Reflektionsebene ist, möchte ich in Frage stellen.

Und dennoch muß gesagt werden: dieser *nicht* proletkultbeladene Film ist wichtig, um die Tendenzen der gegenwärtigen Wirklichkeit genauer erfassen zu können.

Leben und Abenteuer
der Trobadora Beatriz

nach Zeugnissen
ihrer Spielfrau Laura

Roman in dreizehn Büchern
und sieben Intermezzos
von

Irmtraud Morgner

Luchterhand

698 Seiten. Leinen. DM 32,–

Leser seien gewarnt. Dieser Roman, der so lächelnd schon im Titel verspricht, uns in eine ferne Provence des 12. Jahrhunderts zu entführen, spielt heute. Dieses Spiel, märchenhaft in seinem Reichtum an Phantasie, an Zärtlichkeit, meint uns. Noch während wir daran teilnehmen, sind wir unversehens verführt zu Einsichten in das Wesen unserer Erotik, unserer Sitten, in die Geschichte von der Befreiung der Frau. So mag sich erklären, warum diesem Roman aus der DDR von der literarischen Kritik auch hierzulande bereits superlativer Ruhm verliehen wird.

Luchterhand

Ein Bestseller muß kein gutes Buch sein. Aber auch ein schlechtes Buch muß kein Bestseller werden. Offenbar bestimmen weder literarische noch wissenschaftliche Qualität den Verkaufserfolg. Was dann? KONKRET wird in den nächsten Monaten den Erfolg einiger Bestseller analysieren. Den Anfang macht Prof. Ernst Borneman („Das Patriarchat") mit Horst Eberhard Richters Psycho-Vademecum „Flüchten oder Standhalten" (Rowohlt, 1976)

Ernest Borneman

Das Geheimnis des flüchtenden Standhaltens

Eigentlich müßte Richters neues Buch heißen: *Institutionen: Wie bekämpft man sie und wie hält man ihnen stand?* Das wäre kein schlechter Titel, aber was meint Richter eigentlich mit „Institution"? Sucht man zeilenweise, seitenweise, am Ende durch das ganze Buch hindurch nach einer Antwort, so stößt man auf die entmutigende Entdeckung, daß der gleiche Autor, der psychoanalytische Syndrome mit bewundernswerter Präzision beschreibt, in ein Wattebett nichtssagender Wortmatratzen absackt, sobald es um die Frage geht, was wir *tun* sollen, um die krankmachenden Einflüsse der Gesellschaft zu therapieren.

Hier bietet er uns nur eine einzige Lösung an: die Teilnahme an Spontanaktionen. Wir sollen uns, wo immer das möglich ist, einer bereits bestehenden Spontangruppe oder Bürgerinitiative anschließen. Wo keine besteht, sollen wir eine gründen. Um zu ermitteln, wo eine zu gründen ist, sollen wir uns bei den Behörden erkundigen: „Man kann sich, wenn man eine kleine Schar von Interessenten beisammen hat, zum Beispiel an die Sozialbehörde, an das Jugendamt, an Wohlfahrtsverbände, an Heime, Gefängnisse oder Krankenhäuser wenden und sich zunächst einmal informieren, wo ein besonderer Bedarf für einen kleinen Arbeitskreis bestände, der zwar selbständig, aber in Kooperation mit vorhandenen Diensten irgendeine gemeinsame Betreuungsarbeit übernehmen möchte."

Wir sollen also zu den „Institutionen" gehen, um von den „Institutionen" zu erfahren, wie man die Institutionen abschafft oder ihnen Widerstand leistet. Bei allem Respekt für Richters Mut kommt mir das paradox vor. Es ist jedoch ein charakteristisches Paradox, das sich durch Richters gesamtes Denken seit seinen frühesten Schriften schlängelt.

Und es ist eben dieses Paradox, das ihn zum Erfolgsautor gemacht hat. Denn es erlaubt dem Leser, der sich mit ihm identifiziert, einerseits das schlechte Gewissen des Nichtstuns, der Indifferenz gegenüber Korruption und Ausbeutung, loszuwerden, andererseits aber auch im sicheren Mutterschoß der bürgerlichen Gesellschaft zu verweilen, von Radikalenerlassen und Gewaltverboten verschont zu bleiben und so das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden. Wie macht man denn Bestseller? Indem man sich ein dringendes Bedürfnis des Volkes aneignet und eine mühelose Befriedigung anbietet. Indem man ein Problem aufgreift, das uns alle bedrückt, und eine Lösung anbietet, die keine Opfer fordert. So war's mit Alice Schwarzers „Der kleine Unterschied und seine großen Folgen" und so ist's mit Richters „Flüchten oder Standhalten". Daß beide Bücher von intelligenten Autoren stammen, die sich selbst als Linke verstehen, soll uns davor bewahren, sie allzu hart anzugreifen, denn es ist besser für uns alle, daß ein zumindest halbwegs Linker in die Bestsellersparten aufrückt als ein Däniken oder Smith („Die Russen").

Bestseller werden nicht von ihren Autoren gemacht, sondern von den Umständen, die sie sich zu Nutze machen. Wir leben in einer Zeit des Verfalls der bürgerlichen Ordnung. Wirtschaftskrisen, Kriege, Kursstürze, Arbeitslosigkeit und Behördenmaßnahmen aller Art erfolgen, ohne daß der Bürger irgendetwas dagegen tun kann. Der Gang zur Wahlurne hat nur noch eine rituelle Bedeutung. Er dient dem Bürger, wie die Zauberrituale dem Vorzeitmenschen gedient haben, und er beeinflußt die Kräfte der Wirtschaft und der Politik ebensowenig, wie die Zeremonien der Urzeit das Wirken der Naturkräfte beeinflußt haben. Da die ganze Erziehung der bürgerlichen Demokratie aber darauf hinzielt, dem Bürger die Illusion zu vermitteln, er sei Meister seines eigenen Schicksals, entsteht zwischen Realität und Psyche ein Spannungsfeld völlig neuer Art. Die Erkenntnis, daß die Welt nicht so ist, wie man uns in der Schule und im Elternhaus beigebracht hat, wird derart mühselig verdrängt, daß wir uns mit neuroseartigen Symptomen völlig neuer Art konfrontiert finden.

Diese „Neurosen" sind nicht mehr therapierbar, weil sie nicht individualpsychischen Ursprungs sind. Sind sie aber Produkte einer Umwelt, die selbst den psychisch Ausgeglichenen bedroht, dann können wir sie auch nicht mehr mit den traditionellen Methoden der Psychotherapie heilen. Auch Gruppentherapie von der Art, die Richter empfiehlt, hilft hier nicht. Im Gegenteil, sie schadet. Denn wenn der Patient aus der Gruppe in die krankmachende Umgebung seiner Fabrik, seines Büros und seiner Familie zurückkehrt, wird er das neuerliche Aufflackern seiner Symptome als Indiz seiner Unheilbarkeit auffassen und wird dadurch erst wirklich krank werden.

In einer Gesellschaft, in der psychisches Leiden nicht mehr das Schicksal einer möglicherweise therapierenden Minderheit darstellt, sondern zum Symptom der Mehrheit geworden ist, hat jedes einigermaßen lesbare Buch, das eine Patentkur dieser Symptome anbietet, eine gute Chance, zum Bestseller zu werden. Alice Schwarzer, die der Misere der Frau im Patriarchat das Patentrezept anbot, aus der Männerwelt zu emigrieren und sich nur noch mit Frauen zu befassen, konnte mit ähnlicher Sicherheit auf ein kleines Vermögen hoffen. Jeder, der dem geschädigten Bürger und der geschädigten Bürgerin heute eine Wunderkur anbietet, mit deren Hilfe man sich ohne harte politische Arbeit eine bessere Welt heranzaubern kann, der kann heute aus einem in drei Wochen geschriebenen Pamphlet einen Bestseller machen. Er muß nur glaubwürdig klingen.

Richters neue Wunderdroge, die „Spontangruppe", kann nur improvisierendes Flickwerk an der abbröckelnden Fassade des bürgerlichen Establishments vornehmen. Sie übt in Richters Katechismus jene gewissensbeschwichtigende Funktion aus, welche die „gute Tat" einst in der protestantischen Theologie einnahm. Dabei soll keineswegs abgeleugnet werden, daß Spontangruppen und Bürgerinitiativen oft fortschrittliche und manchmal sogar revolutionäre Arbeit leisten können. Aber was Richter darunter versteht, ist etwas anderes, nämlich eine von den Behörden vorgeschlagene und ihnen dienende Hilfsarbeit als Helfershelfer des bürgerlichen Establishments: Kein Wunder, daß Konservative genau wie Liberale und „neue" Linke Richters Buch kaufen, denn sie alle vermeinen, es vertrete ihre eigenen Ansichten gegen die der anderen. Das ist die Unschärfe, von der ich eingangs gesprochen habe. Für den klinisch arbeitenden Kollegen stellt sie den größten Einwand gegen Richters Thesen dar. Vom Standpunkt der Verkaufschance dagegen liegt gerade hier das Geheimnis des Erfolgs. Wer dem Leser sagt: „Es ist durchaus möglich, dich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf herauszuziehen", der kann auf ein gewaltiges Echo rechnen. Er muß nur hinzufügen: „Anpassung ist leicht, solange man sich vormacht, man sei ein Rebell."

Alice Schwarzer über Feminismus im Sozialismus

Auch Genossen sind nicht automatisch Brüder

Uns steht kein langweiliges Leben bevor, wenn die Damen erst tun wollen, was sie tun wollen, nicht, was sie tun sollen", schreibt Irmtraud Morgner und tut, was sie will. Und tatsächlich, was für ein Vergnügen, dieses Buch! Die Vorstellung, ich hätte es nicht gelesen, erschreckt mich im nachhinein. Ich wäre um vieles ärmer. Dabei hätte ich es leicht verpassen können, denn ich mag keine dicken Bücher, finde mehr als 300 Seiten repressiv. Aber diese Frau hat so unerhört viel Talent und Bewußtsein, soviel Ironie und Zärtlichkeit, Souveränität und Charakter, daß ihr auch 688 Seiten erlaubt sind. Und sie hat die Ehrlichkeit und Stärke, zu sich selbst zu finden. „Unmerklich, vielleicht auf dem brutalen Wege der Demütigung war ihre eigene Stimmlage freigelegt worden. Für deren Gebrauch es freilich noch keine Vorlage gab," schreibt sie handelnd und liefert mit diesem Roman eine solche Vorlage.

Die „Trobadora Beatriz" ist das fünfte Buch der inzwischen renomierten DDR-Schriftstellerin und das vierte, das in der BRD erscheint. Es ist nicht nur literarisch bemerkenswert, sondern auch politisch, denn es gibt Zeugnis von Morgners extremer Sensibilität für alles; was die besondere Betroffenheit von Frauen in einer Männergesellschaft angeht – egal, ob in einer kapitalistischen oder sozialistischen. Dieses Buch ist ein kühner Schritt nach vorn auf dem Weg zur Selbstfindung der Frauen, ist eine Infragestellung männlich geprägter Normen in der Literatur und offensive Einbringung von „Weiblichkeit", – ohne dem so gefährlichen Mythos der Weiblichkeit zu verfallen, vor dem die Marxistin Morgner bestens gefeit ist: für sie sind Geschlechterrollen immer nur historisch und sozial geworden, nie angeboren.

Dieses Buch wird Unruhe stiften, denn Morgner macht das Spiel nicht mehr mit, ist eine Spielverderberin, ganz wie das Kind im Märchen, das als einziges beim Anblick des nackten Kaisers ausruft: Aber der Kaiser hat ja gar keine Kleider an! Bei ihrer Lektüre werden viele patriarchalische Blößen peinlich deutlich. So mancher männliche Leser wird sich entkleidet fühlen – das heißt, so weit er es versteht. Denn es gehört wohl schon die Komplizenschaft weiblicher Betroffenheit dazu, um Morgners verschmitzte Subversivität voll genießen zu können. Was Männer nicht an der Lektüre hindern sollte, im Gegenteil.

Irmtraud Morgner, 42, Ehefrau und Mutter, hat auch dieses Buch ihrer eigenen, täglich gelebten Doppelbelastung abgerungen. Schreiben kann ein Autor, wenn er weiblich ist und Mutter, auch in der DDR nur vormittags – bis das Kind aus der Schule kommt. Aus dieser Not macht sie eine Tugend: Da verlieren philosophische

Mädchen in der DDR: Der kleinere Unterschied

Höhenflüge nie den Kontakt zu den unteren Regionen eines banalen Hausfrauenalltags und laufen so auch nie Gefahr, abzuheben. „Sie relativieren und ironisieren sich gegenseitig" (Morgner über Morgner).

Die von ihr gewählte offene Form eines Montageromans, diese Aneinanderreihung und Verflechtung von Geschichten, Pamphleten und Dokumenten, ist nicht nur eingestandenes und reflektiertes Resultat der Realität ihres Frauenlebens, sondern darüber hinaus künstlerischer Anspruch für eine emanzipierte Literatur überhaupt. Einer Literatur, deren Genies nicht über die Leichen von Zulieferern und Dienerinnen wandeln, wo die einen (Frauen) für das tägliche Leben sorgen und die anderen (Männer) entrückte Genialität produzieren. Denn eine solche Arbeitsteilung produziert Hierarchien und Fachidioten, also reduzierte und verstümmelte Menschen und Ideen. Nicht in diesem Sinne, aber in dem neuen ist Irmtraud Morgner genial.

Was den mittelalterlichen Patriarchen gar nicht paßte . Nur ihr adeliger Stand bewahrt sie vor dem Scheiterhaufen

Ein Resümee ihres Buches kann nur einen blassen Eindruck vermitteln, denn um die Geschichten, Menschen und Ereignisse ranken sich vielfältige Reflexionen und Anspielungen. Roter Faden sind die Abenteuer der Trobadora Beatriz de Dia, einer Dame, die tatsächlich im Mittelalter gelebt hat und die Dreistigkeit besaß, weiblicher Minnesänger zu sein. Hilfesuchend kontaktiert Beatriz die Zauberin Persephone und läßt sich in 810jährigen Schlaf versenken – in der Hoffnung, in einer Epoche aufzuwachen, in der auch Frauen erlaubt sein wird, dem anderen Geschlecht den Hof zu machen.

Ausgerechnet im Mai 68, dem Monat der französischen Studenten-Revolte, reißt die Sprengung ihres provençalischen Dornröschen-Schlosses zwecks Autobahnbau sie aus dem Schlaf. Und nun beginnt eine Aventüre, die im „Ort des Wunderbaren", der DDR endet. Nicht triumphalistisch, sondern eher wehmütig. Doch zunächst trampt Beatriz nach Paris, wird ganz en passant und selbstverständlich vergewaltigt, heiratet einen Krämer aus der Pariser rue Moufetard, sympatisiert mit der Mai-Revolte („Seid Realisten, verlangt das Unmögliche"), schmeißt Mollis und schiebt Kassiber mit der schönen Melusine.

Diese Dame stammt ebenfalls aus dem Mittelalter, ist ihre Cousine und hat es auch mit der Emanzipation. Sie scheppert seit 800 Jahren als Sphinx durch die Lüfte und Kämpft für die „dritte Ordnung, weder patriarchalisch, noch matriarchalisch, sondern menschlich". Dabei hat sie ihre liebe Mühe. Nicht nur mit den Patriarchen, sondern auch mit ihren einstigen Kampfgefährtinnen, den entmachteten Göttinnen Persephone und Demeter, die konspirierend und rachsüchtig die Wiedereinführung des Matriarchats planen. Eine Richtung mit der Beatriz in dieser noch immer mittelalterlichen Männerwelt zunehmend liebäugelt – obwohl sie, versteht sich, „verstandsmäßig und disziplinhalber" weiterhin der melusinischen Gleichberechtigungs-Fraktion verbunden bleibt.

Just als sie anfängt, sich in Frankreich zu langweilen – wegen der „Unbewohnbarkeit des Landes für Frauen, die ihren Ursprung nicht von einer männlichen Rippe herzuleiten bereit sind", trifft sie Parnitzke. Ein sanfter DDR-Journalist, dem „nur ein gewisser Glanz fehlte, den anmaßendes Auftreten spendet". Aber gerade das weiß sie zu schätzen. Ansonsten sagt er kluge Sachen. Zum Beispiel:

„Die Expropriierten sind die Frauen, die bisher nicht für wert erachtet wurden, in der geschriebenen Geschichte vermerkt zu werden, sind dadurch nicht automatisch geschichtslos. Realität läßt sich nicht anschaffen oder wegschaffen mit Worten, allerdings verschweigen. Wir müssen dieses Schweigen brechen. Wir müssen uns ein legendäres Geschichtsbewußtsein schaffen."

berliner EXTRA dienst

1.
WAS IST EIGENTLICH DER EXTRA-Dienst?

„Eine der übelst berüchtigsten Publikationen des deutschen Sprachraums", so empfiehlt uns Springers „Welt". Immerhin: „Der größte Informationsdienst in der Bundesrepublik und Berlin" („Süddeutsche Zeitung"). Zweimal in der Woche erscheint das „linke Ding" (so der „Rheinische Merkur"). Jeweils 24 bis 32 Seiten stark. Damit die Linke weiß, was die Rechte tut.

2.
WAS STEHT EIGENTLICH IM EXTRA-Dienst?

Das, was woanders nicht steht, weil es der „freien Presse" nicht in den Kram paßt. Aktuelle Nachrichten, Reports, Analysen, Dokumentationen, Diskussionen. Wir wissen meist auch nicht mehr als andere Journalisten. Der Unterschied ist: Das, was wir wissen, schreiben wir auch. Kein Verleger kann uns da hineinreden. Weil wir unsere eigenen Verleger sind.

3.
WER MACHT EIGENTLICH DEN EXTRA-Dienst?

Eine Gruppe von Journalisten, die ihre Karriere im bürgerlichen Pressebetrieb an den Nagel gehängt haben, weil sie endlich Nägel mit Köpfen machen wollten statt Köpfe zu vernageln. In Berlin sind es Carl L. Guggomos als verantwortlich Zeichnender, Karikaturist Rainer Hachfeld als „unverantwortlicher Zeichner" (so F.J. Strauß), Martin Buchholz und Horst Tomayer; in der Bonner Redaktion arbeiten Walter Barthel und Rudolf Schwinn. Dazu kommen viele freie Mitarbeiter im In- und Ausland.

4.
WER FINANZIERT EIGENTLICH DEN EXTRA-Dienst?

Zur Zeit genau 7.200 Geldgeber: Unsere Abonnenten. Von denen sind wir abhängig. Von niemand sonst. Neun Mark im Monat kostet das Abo (drei Mark davon bekommt die Post). Das ist teuer, zugegeben. Doch unsere journalistische Unabhängigkeit ist auch unseren Lesern teuer.

Wenn Sie den EXTRA-Dienst kennenlernen wollen, schreiben Sie uns. Wir senden Ihnen kostenlose Probeexemplare zu. Sie können auch gleich bestellen – auf dem anhängenden Coupon.
Also dann: Auf Wiederlesen!

Ausschneiden und einsenden an:
Berliner EXTRA-Dienst, Pfalzburger Str. 20, 1000 Berlin 31

Ich bestelle den EXTRA-Dienst für mindestens 6 Monate. (Abo-Preis: 9,- DM monatlich)

Name _____

Straße _____

Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Was Beatriz, legendäres Geschichtsbewußtsein in Person, so beeindruckt, daß sie den Umzug in das gelobte Land der Parnitzkes beschließt. „Sie durchquerte ein Land, in dem Frauen, wenn sie die gleiche Arbeit wie Männer verrichten, schlechter bezahlt wurden und eins, in dem sie für die gleiche Arbeit gleichen Lohn erhielten." Aber sehr viel mehr auch nicht. Schon Beatrizens Einreisebegründung „Ansiedlung im Paradies" machte den DDR-Grenzbeamten mißtrauisch. Und als sie gar, ganz Trobadora, „den Glanz seiner weißen, ebenmäßig gewachsenen Zähne, die den bräunlichen Teint schön zur Geltung brächten", lobte, da „schwand das Lächeln. Räuspern." Als erstes registriert die Trobadora verwundert die Abwesenheit männlicher Kindergärtner und die Anwesenheit weiblicher Prostitution.

Sie trifft die DDR-Bürgerin Laura Salmann, wird über Frauenfeindliches von ihr aufgeklärt und macht sie zu ihrer Spielfrau. Laura ist die Anti-Beatriz, ihr räsonables, pragmatisches Gegenstück. Die diplomierte Germanistin arbeitet als S-Bahn-Fahrerin, weil sie durch das Bremsen ihrer Karriere ihre Ehe zu retten hoffte („Beschlafen konnte er nur abwärts"). Als Mutter ist sie geprägt von der „fanatismushemmenden Wirkung von Windeltöpfen".

Während Beatriz sich traditionell männliche Rechte nimmt, leidenschaftlich für ihre Berufung entwickelt, Lauras Dienstleistungen erwartet und ungestüm hier und heute alles will, trägt Laura, ihr „weibliches" Pendant, schleppend an der Doppelbelastung. Die Spielfrau weiß aus Erfahrung klug, um die Notwendigkeit einer Überlebens-Strategie zur Überlistung der Patriarchen. Diese Laura nimmt notgedrungen aber aufmüpfig ihre Benachteiligung und Ausbeutung hin. „Sie stellt sich der Geschichte", wie Morgner systemkonform sagen würde. Beatriz hingegen katapultiert sich raus. Doch ist die eine ohne die andere nicht denkbar; Laura würde ohne Beatrizens visionäre Kraft in Resignation versacken und Beatriz ohne Lauras Realitätsbezogenheit schlicht ausflippen. Zwei Seelen wohnen ach in Irmtrauds Brust, und beide haben recht. So schizophren ist heute die Situation von Frauen.

Nach einer weltweiten ergebnislosen Suche nach dem weißen Einhorn – das aus Menschen mit einem „niedrigen bzw. reaktionären ideologischen Bewußtseinsstand... kluge, gütige, friedliche Erdenbürger" macht – kehrt Beatriz zurück an den Ort des Wunderbaren und stürzt sich beim Fensterputzen zu Tode. Ein sehr „weibliches" und sehr banales Ende für eine Trobadora, die zu früh aufgewacht ist, und deren „einzigartiges Talent die Ungeduld" und „außerordentliche Tugend der Größenwahn" waren.

Kein weiblicher Biermann

Dieser Schluß ist unter anderem wahrscheinlich auch eine Anspielung auf die in diesem Punkt priviligierte Autorin selbst, die als Frau des Nationalpreisträgers Paul Wiens viel reiste – jüngst auch Autorenlesungen in der BRD machte –, im goldenen kapitalistischen Westen das Paradies erst recht nicht fand und in die DDR zurückkehrte. Denn Irmtraud Morgner ist Feministin und Sozialistin. Häme westlicher DDR-Kritiker ist unangebracht. Sie ist „kein weiblicher Biermann und will auch keiner sein". Für sie sind Feminismus und Sozialismus untrennbar – auch wenn sie es nicht so nennt, weil der Begriff „Feminismus" in der DDR verpönt und sehr eigenwillig interpretiert wird.

Offiziell haben die Genossen das Frauenproblem nämlich gelöst. Zumindest in ihrer Selbstdarstellung nach außen. Nach innen scheinen sie differenzierter zu sein. Doch über Frauenkampf in der BRD berichten DDR-Presse im Osten wie DKP-Presse im Westen am liebsten in Springer-Manier, denn in der Frauenfrage sind auch Klassenfeinde Kumpel: Da kneifen hysterische Feministinnen gehetzten Männern in den Hintern, verbrennen ihre BHs und lenken so nur vom Feind Nr. 1, dem Monopolkapital ab (so nachzulesen zum Beispiel in der DDR-Frauenzeitschrift FÜR DICH).

Diese irrationale Heftigkeit der Reaktion deutet auf Frauenunruhe im eigenen Land, die gleich im Keim erstickt werden soll. Von Morgners Buch waren die ersten drei Auflagen sofort vergriffen, und schon die Existenz einer solchen Schriftstellerin ist symthomatisch. Morgner ist kein Einzelphänomen. Es gibt bereits eine sogenannte „Emanzipations-Literatur" (zu der unter anderem auch Sarah Kirsch und Christa Wolff gehören). Unsere Schwestern drüben scheinen sich nicht länger mit „der" Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zufrieden geben zu wollen, sondern wollen mehr, wollen die Abschaffung der Ausbeutung der Frau durch den Mann.

Irmtraud Morgner konfrontiert den Sozialismus mit seinem eigenen Anspruch. Sie denunziert eine patriarchalisch geprägte und beherrschte DDR, in der Frauen 80 % der Hausarbeit machen und Erotik Männerdomäne geblieben ist. Sexualität ist bei ihr immer Kampf oder emotionslose Mechanik: „Nachts lag Beatriz der Kalfaktor auf dem Bauch. Sie fand sich widerwillig damit ab. Auch wegen seines Stils. Der Mann stieg von rechts auf, bewegte sich kaum eine Minute wie eine Nähmaschine, ließ sich links herabfallen und begann zu schnarchen. Auch Genossen sind nicht automatisch Brüder.

In weiten Teilen könnte das Buch ebensogut in der BRD handeln. Aber es ist kein Zufall, daß es in der DDR geschrieben werden konnte und spricht für sie. Denn es hat Qualitäten, die hierzulande unter dem Druck marktgerechten Schreibens und zu Opportunismus und Konformismus treibenden Existenzängsten rar geworden sind.

Von der DDR-Kritik wurde die Trobadora verhalten-freundlich aufgenommen. Irmtraud Morgners ganz außergewöhnliche Begabung ist unleugbar, auch wenn ihre Inhalte unbequem sind. Sie wurde teils gelobt, teils geschulmeistert, aber nie so angegeifert, wie in der BRD (FAZ:„Debakel", „episches Monstrum", „viel fruchtlose Anstrengung bei so teurem Papier"). Da ist schon ein kleiner Unterschied, wenn auch kein fundamentaler.

Die Phantasie an die Macht! lautet einer der Slogans von Irmtraud Morgner spürbar geliebten französichen Mai-Revolte. Für deutsche Verhältnisse müßte ergänzt werden: Der Humor an die Macht! – Dieses Buch steht für beides. ●

Zweitausendeins No 3.
„Die ersten 20 ‹Kursbuch›-Bände nochmals drucken und dann für ein paar Mark verkaufen. Das wäre was.“

Diese als Vorschlag getarnte Frage richteten wir an den Herausgeber Hans Magnus Enzensberger.
Denn seit Jahren waren die ersten 20 Bände dieses „interessantesten Periodikums in Westdeutschland“ (NEW YORK TIMES) beim Verlag ausverkauft, in den Buchhandlungen vergriffen, sie wurden selbst unter Freunden nur ungern verliehen.

„Aus Kursbüchern ist ersichtlich, wo es hingeht.“ DIE ZEIT.
Obwohl Enzensberger anfangs untertreibend meinte, Kursbücher gäben nur „Verbindungen an“ und schrieben „keine Richtungen vor“, stellte sich doch bald heraus, daß das Kursbuch zumindest richtungsweisend war.
Kursbuch 2 1965 legte mit seinem Dossier „Der Iran und sein Wohltäter“ die Grundlage zu dem etwas distanzierten Empfang, den der Schah 1967 hierzulande hatte. Das gleiche Kursbuch berichtete in „Apartheid als Geschäft“ über das westliche Wirtschaftsinteresse an der unveränderten Situation in Südafrika, ein derzeit auch nicht gerade unaktuelles Thema.
Kursbuch 6 1966 berichtete über „Die amerikanische Opposition gegen den Krieg in Vietnam“, aus dem bald auch eine hiesige wurde. Heft 17 1969 behandelte „Die kulturelle Revolution der Frau“ und lieferte damit erste feministische Ansätze. Und bereits in Kursbuch 19 erschien 1969 eine „Kritik des Anarchismus“.

„Mal in Enzensbergers Kursbuch blicken, das bringt einen anderswohin.“ Alexander Mitscherlich.
Das von Hans Magnus Enzensberger herausgegebene und bei Suhrkamp verlegte Kursbuch hatte gleich nach seinem ersten Erscheinen 1965 „einen Erfolg, der auf dem deutschen Zeitschriften-Markt bisher seinesgleichen sucht“, sagt der Westdeutsche Rundfunk. In der Zeit „von Juni 1967 bis Sommer 1968 war die Publikation fast schon zu einer Institution der revolutionsgestimmten Linken in der Bundesrepublik geworden“, steht in der ZEIT zu lesen. Und selbst das linker Parteinahme sicherlich unverdächtige CAPITAL mußte beeindruckt zugeben: „Vergleicht man die derzeitige Druckauflage der linken Elitezeitschrift Kursbuch, welche die auf diesem Niveau schwindelnde Höhe von 40 bis 45.000 erreicht hat und hält, mit den Auflagen der im Anspruch vergleichbaren renommierten bürgerlichen Diskussions- und Kulturzeitschriften – 3.000 bis 7.000 Exemplare –, so hat man im übrigen einiges Recht auf die Folgerung, der Geist stehe auch heute nun einmal links.“

Plötzlich kosten die ersten 20 kompletten Kursbuch-Bände nicht mehr 160 Mark. Sondern 29,90. Haben Sie die übrig?
Um die ersten kompletten Jahrgänge des Kursbuchs, einzeln gekauft, ins Regal stellen zu können, hätten Sie damals schon 160 Mark ausgeben müssen. Nicht gerechnet die Liebhaberpreise, die bisher für die verschollene Ausgaben oder Raubdrucke gezahlt wurden. (Antiquariate verlangten rund 25 Mark pro Kursbuch, macht schreckliche 500 Mark für die kompletten 20 Bände!).
Ab jetzt ermäßigt sich der erforderliche Betrag drastisch auf ganze 29,90 DM. Der Herausgeber Hans Magnus Enzensberger hat uns nämlich die Erlaubnis zum kompletten Nachdruck gegeben. Und wir veröffentlichen die ersten 20 Kursbuch-Bände nun ungekürzt, als Reprint der Originalausgaben, incl. Kursbögen. Unser Reprint hat 4.168 Dünndruckseiten (11 x 15 cm), ist in zwei dicke Glanzleinen-Bände gebunden (dunkelblaues Irisleinen mit Prägung). Jeder Band hat ein Lesebändchen und ein Gesamtinhaltsverzeichnis.

Wo es die 20 Kursbuch-Bände für nur 29,90 gibt.
1. Nicht im Buchhandel, tut uns leid, sondern nur bei uns, exclusiv bei Zweitausendeins.
2. In unseren Läden *Berlin* Kantstraße 131, *Frankfurt* Eschersheimer Ldstr. 5, *Freiburg* Schiffstr. 10, *Mainz* Große Langgasse 8 und *München* Amalienstraße 45.
3. Per Post mit dem nachfolgenden Coupon. Zu erwähnen wäre noch der begrenzte Vorrat. Und die Auslieferung in der Reihenfolge des Bestelleingangs.

Kursbuch 1
Beckett: Falsch angefangen. J. Becker: Glücksreihen. Chotjewitz: Hommage à Frantek. U. Johnson: Eine Kneipe geht verloren. K. M. Michel: Sprachlose Intelligenz. Dossier 1: Streit um Worte, Sartre/Simon. Dossier 2: Auschwitz-Prozeß; P. Weiss, M. Walser. Und mehr.

Kursbuch 2
Fanon: Von der Gewalt. C. Fuentes: Rede an d. Bürger d. USA. Castro: Rede v. d. UNO. Robinson: Von China aus gesehen. R. Barthes: Afrikanische Grammatik. Dossiers: Der Iran & sein Wohltäter/Apartheid als Geschäft/Entwicklungshilfe o. Ausbeutung/Volkes Stimme. H. M. Enzensberger: Europäische Peripherie. Und mehr.

Kursbuch 3
Foucault: Spuren d. Wahnsinns. Lars Gustafsson: Ballonfahrer. Hermans: Manuskript, gefunden in einer Klinik. Häfner: Einblicke in Wahnwelten. Barthelme: Spiel. Chr. Enzensberger: Verminderung d. Menschen. Dossier: Wahn & Politik. Und mehr.

Kursbuch 4
Katechismus zur deutschen Frage. Brief a. d. Bundesminister für Verteidigung, V. Braun: 5 Gedichte auf Deutschland. J. Ziem: Brief aus Halle. M. Walser: Eine gewöhnlich verlaufende Reise. Dossier: Fahrlässige Werbung. Und mehr.

Kursbuch 5
Sanguineti: Purgatorio del'Inferno, A. B. Johnson: Traktat über die Sprache. Saussure: Gegenstand der Sprachwissenschaft. Carnap: Strukturbeschreibungen. Tynjanow & Jakobson: Literatur & Sprachforschung. Bierwisch: Strukturalismus. Geschichte, Probleme & Methoden. Lévi-Strauss: Sprache & Gesellschaft. Und mehr.

Kursbuch 6
Ferlinghetti: Where is Vietnam? Dossiers: Amerikanische Opposition gegen den Krieg in Vietnam/Erzählungen aus einem chinesischen Dorf. Kantowsky: Versagen der indischen Landreform. Bo Gustafsson: Versuch über den Kolonialismus. P. Weiss & H. M. Enzensberger: Kontroverse um politische Moral. Und mehr.

Kursbuch 7
Lettau: Der Feind. G. Grass: Vom Rest unterm Nagel. H. Müller: Lohndrücker. Max Frisch: Erinnerungen an Brecht. K. Völker: Brecht & Lukács. Heinrich Böll: Brief an einen jungen Nicht-Katholiken. Lettau: Journalismus als Menschenjagd. Dossiers: Ein Wirtschaftstag der CDU/Kommentare zur deutschen Frage (Augstein, Dichgans, Mitzenheim u. a.). Und mehr.

Kursbuch 8
Neue Mathematik.
Bertrand Russell: Die Mathematik & die Metaphysiker. A. d'Abro: Kontroversen über das Wesen der Mathematik. Wittgenstein: Bemerkungen über die Grundlagen der Mathematik. Turing: Kann eine Maschine denken? Neumann: Allg. & logische Theorie der Automaten. Lévi-Strauss: Mathematik vom Menschen. Und mehr.

Kursbuch 9
Revolution, Protest.
Herbert Marcuse: Ist die Idee der Revolution eine Mystifikation? Dossier 1: Kronstadt 1921 oder die Dritte Revolution. Kuron/Modzelewski: Offener Brief an die Polnische Arbeiterpartei. Schickel: Dialektik in China. Dossier 2: Vietnam & die Weltrevolution. Chomsky: Vietnam & die Redlichkeit des Intellektuellen. Walser: Praktiker, Weltfremde & Vietnam. Zur Kritik der progressiven Intelligenz in Deutschland. Und mehr.

Kursbuch 10
Dossier: Chlebnikov und andere. Manganelli: Über die Schwierigkeit, mit den Toten zu verkehren. Chr. Enzensberger: Größerer Versuch über den Schmutz. Herburger: Dogmatisches über Gedichte. Johnson Brief aus NY. Und mehr.

Kursbuch 11
Revolution in Lateinamerika.
Peter Weiss: Che Guevara! Imperialismus & Revolution in Lateinamerika: Imp. & kapital. Entwicklung/Der bewaffnete Aufstand/Internationaler Kontext: China, Cuba, Vietnam. Interview mit Douglas Bravo. Kontroverse Castro & die kommunistische Partei Venezuelas. Dossier: Lateinamerikanische Annalen. Berliner Gemeinplätze. Und mehr.

Kursbuch 12
Der nicht erklärte Notstand.
Dokumentation & Analyse eines Berliner Sommers.

Kursbuch 13
Nirumand: Die Avantgarde der Studenten im Internationalen Klassenkampf. Schütze: Widerstand an Spaniens Universitäten. Donolo: Theorie & Praxis der Studentenbewegung in Italien. 2 Dossiers: Studenten in Prag/Warschauer Bilanz. Sonntag: Versuch über die lateinamerikanischen Universitäten. Dossier: Politische Kriegsdienstverweigerung. Kreipe: Studenten in Frankreich. Negt: Studentischer Protest – Liberalismus – 'Linksfaschismus'. Und mehr.

Kursbuch 14
Kritik der Zukunft. Koch: Kritik der Futurologie. Dossier: Zukunft der Konterrevolution. Goodman: Plauderstunde m. d. Rüstungsindustrie. Dossier 2: SF-Literatur in Deutschland. Friedrich Engels: Von der Autorität: Dossier: Konkrete Utopie, 72 Gedanken für die Zukunft. Dutschke/Rabehl/Semler: Ein Gespräch über die Zukunft. Und mehr.

Kursbuch 15
Cimarrón: Erzählungen eines ehemaligen Sklaven. Lu Hsün: 4 Schriften ü. Literatur & Revolution. Dossier: China, Kultur Revolution Literatur. Mao Tsetung: Ein unveröffentlichtes Gedicht. Salvatore: Versuche über Unsereinen. Karsunke: Anachronistische Polemik. K. M. Michel: Ein Kranz für die Literatur. H. M. Enzensberger: Gemeinplätze, die Neueste Literatur betreffend. Kursbogen: Autodafé, Die Kritik ist tot ... Und mehr.

Kursbuch 16
Kulturrevolution/Dialektik der Befreiung. Schneider: Phantasie im Spätkapitalismus & die Kulturrevolution. Kreipe: Spontaneität & Organisation. Dossier dazu. Laing: Undurchschaubarkeit & Evidenz in modernen Sozialsystemen. Carmichael: Black Power. Henry: Soziale & psychologische Kriegsvorbereitung. Gerassi: Imperialismus & Revolution in Amerika. Sweezy: Zukunft des Kapitalismus. Marcuse: Befreiung v. d. Überflußgesellschaft. Und mehr.

Kursbuch 17
Frau/Familie/Gesellschaft.
Schrader-Klebert: Kulturelle Revolution d. Frau. Hazel: Unwissensch. Betrachtungen eines weiblichen Monsters. Morstein: Der Begriff 'Frau'. Dossier: Emanzipationen, Protokolliert Emanzipationen, protokolliert von Eva Runge. Joachimsen: Frauen in der BRD. Masi: Favon Eva Runge. Joachimsen: Frauen un der BRD. Masi: Familie im alten & neuen China. Berndt: Kommune & Familie. Kommune 2: Kindererziehung in der Kommune. Dermitzel: Thesen zur antiautoritären Erziehung. Kursbogen. Und mehr.

Kursbuch 18
Cuba. Marti: Schleuder Davids. Dossier: 50 Jahre cubanischer Geschichte mit den Augen einer Köchin. Chaumón: Angriff auf den Präsidentenpalast. Desnoes: Erinnerungen eines Zurückgebliebenen. Kontroverse ü. d. ökonomische Sysrem in Cuba: Guevara, Bettelverse ü. d. ökonomische System in Cuba: Guevara, Bettelheim, E. Mandel. Alonso: Wider die Lehrbücher des Marxismus. Castro: 3 Reden. Padilla: 5 Gedichte. Bildnis einer Partei: PCC. Kursbogen: Tupamaros. Und mehr.

Kursbuch 19
Kritik des Anarchismus. Bakunin: Brief an A. Herzen. Dreßen: Gegen Narzißmus & Volkstümelei. Hobsbawm: Was kann man noch vom Anarchismus lernen? Stalin: Anarchismus oder Sozialismus. Harich: Zur Kritik der revolutionären Ungeduld. Schickel: Anarchismus in China. K. M. Michel: Herrschaftsfreie Institutionen? Kursbogen. Und mehr.

Kursbuch 20
Über ästhetische Fragen. Benjamin: Methodenfragen e. marxistischen Literatur-Analyse. Chr. Enzensberger: Die Sache m. d. Literatur, die Sache m. d. Person. Walser: Über die Neueste Stimmung im Westen. Karsunke: Die Straße & das Theater. Wondratschek: Roman. Roehler: Die Abrichtung, deutsche Sätze für Schüler & Erwachsene. Jürgens: Staat als Kunstwerk. Haug: Kritik der Warenästhetik. Baukasten zu einer Theorie d. Medien. Siepmann: Rotfront Faraday. Und mehr.

Kursbuch 1 bis 20, komplett in 2 Dünndruckbänden für nur 29,90 DM.

Hiermit wird bestellt:
Bitte ausschneiden und einsenden an Zweitausendeins Versand, Hahnstraße 54-56, Postfach 710249, 6000 Frankfurt am Main 71.

Ich bestelle _____ Exemplar(e) der kompletten Ausgaben Kursbuch 1 bis 20, in 2 Dünndruckbänden, Ganzleinen, Format 15 x 10 x 5 cm, für zusammen nur 29,90 DM, incl. Mehrwertsteuer.

Zahlungsweise:
☐ Ich füge 1 Post/Bankscheck bei über _____ DM plus 2,50 Versand.
☐ Schicken Sie die Ausgabe bitte per Nachnahme. Die Nachnahme- und Versandkosten will ich tragen.
Keine Lieferung ins Ausland.
Ihr Gratismerkheft bekomme ich bereits regelmäßig: ☐ ja ☐ nein

Name, Vorname

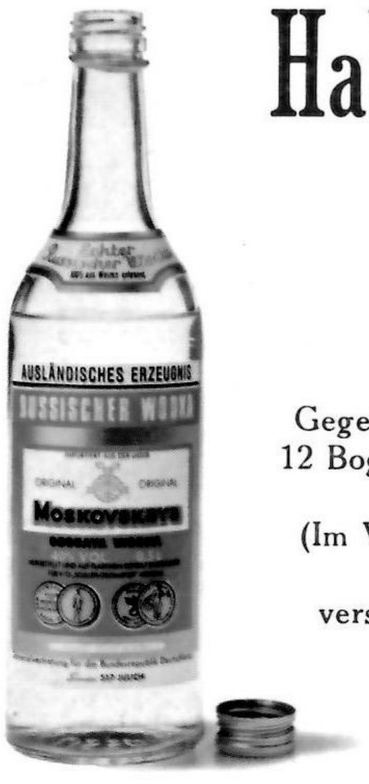
Postleitzahl, Ort

Straße, Nummer

Meine Unterschrift, Datum KK9

ТБВА

Haben Sie schon eine ordentliche russische Verpackung für Ihren ordentlichen russischen Inhalt?



Was tun Sie, wenn Sie völlig überraschend eine wohltätige Anwandlung bekommen und eine Flasche Wodka Moskovskaya verschenken wollen? Sie in langweiliges weißes Papier einwickeln? Das muß nicht sein. Gegen Einsendung von 1 Mark 20 in Briefmarken an Simex, Postfach, 517 Jülich, erhalten Sie für diesen ungewöhnlichen Fall 12 Bogen eines gänzlich neuartigen Geschenkpapiers. Es ist garantiert nicht holzfrei und trägt auf braunem Grund eine gewisse Anzahl von Buchstaben, die dafür, daß wir sie selbst draufgedruckt haben, erstaunlich russisch wirken. (Im Vertrauen: Hintereinander gelesen ergeben sie die echt russische Version des Slogans für unser echt russisches Getränk.) Skeptischen Seelen, die auf den Inhalt von Wodka Moskovskaya mehr Wert legen als auf die Verpackung, sei hiermit versichert, daß der erstere durch die letztere keinen Schaden nimmt. *Nur echt russischer Wodka ist echt russischer Wodka.*

Simex 517 JÜLICH. ALLE ECHT RUSSISCHEN WEINE, SEKTE UND SPIRITUOSEN.